

**Rossitza Ivkova**

**Rettung und Mord in genozidalen Entscheidungsprozessen:  
Bulgarien 1941-1943**

Dissertation zum Erwerb des Grades einer  
Doktorin der Sozialwissenschaften (Dr. rer. soc.)  
an der Fakultät für Soziologie der Universität Bielefeld

Erster Gutachter: Prof. Dr. Klaus Dammann

Zweiter Gutachter: Privatdozent Dr. Hans-Walter Schmuhl

Bielefeld, 2004

## **Vorwort**

Leider konnte ich wegen außerakademischer Berufstätigkeit die Verbesserungsanregungen, die ich von Prof. Dr. Klaus Dammann und Privatdozent Dr. Hans-Walter Schmuhl bekommen habe, nicht alle noch einarbeiten. Ich bin für die Fassung also alleine verantwortlich.

Einzelne Teile der Arbeit sollen, wahrscheinlich in englischer Sprache, in überarbeiteter Form veröffentlicht werden, im Internet und anderswo. Anregungen erbitte ich unter:

[rossironi@yahoo.com](mailto:rossironi@yahoo.com)

Mit einem speziellen Dank an Prof. Dr. Klaus Dammann, der diese Arbeit angeregt und betreut hat, sowie an Herrn Privatdozent Dr. Hans-Walter Schmuhl für seine kritischen Anregungen. Ich danke Gabi Schulte, die mich von Anfang an unterstützt hat und sich bereit erklärt hat, die Arbeit gründlich zu korrigieren, sowie Mitko, der immer an mich geglaubt hat!

Bielefeld, 17. Juni 2005

# INHALT

I. EINLEITUNG .....	1
1. Alte Fragen neu formuliert: Viktimisierungsunterschiede beim Holocaust .....	2
2. Gang der Untersuchung.....	3
II. STAND DER BISHERIGEN FORSCHUNG.....	5
1. Unterschiedliche Viktimisierung: Helen Feins Modell .....	5
2. Ein erweitertes Modell für atypische Viktimisierung: die Shoah in Bulgarien.....	6
III. METHODEN DER UNTERSUCHUNG .....	10
1. Fallstudiendesign .....	10
2. Der zeitliche Rahmen der Untersuchung.....	12
3. Datenerhebung .....	12
4. Der theoretische Rahmen .....	13
IV. ANTI-OPFER-ORIENTIERUNG? .....	15
1. Garbage can-Entscheidungstheorie .....	15
2. Forschungsfragen und Hypothese 1 .....	18
3. Operationalisierung.....	22
4. Überprüfung: Deutsch-bulgarischer Entscheidungsprozess.....	24
V. DEMOKRATIE MIT BROKERAGE? .....	93
1. Theoretischer Forschungsstand.....	93
2. Bildung der Hypothese 2 .....	125
3. Operationalisierung.....	127
4. Überprüfung: neue Teilnehmer und neue Problematisierungen?.....	133

<b>VI. NATIONALER ANTISEMITISMUS ODER ETHNISCHER NATIONALISMUS? .....</b>	<b>170</b>
<b>1. Theoretischer Forschungsstand.....</b>	<b>170</b>
<b>2. Eine dritte Hypothese.....</b>	<b>173</b>
<b>3. Der Fall Bulgarien.....</b>	<b>173</b>
<b>4. Operationalisierung.....</b>	<b>177</b>
<b>5. Überprüfung: genozidale Kopplung durch ethnischen Nationalismus? .....</b>	<b>178</b>
<b>VII. ZUSAMMENFASSUNG.....</b>	<b>187</b>

**Anhang**

<b>Datenquellen in Archiven .....</b>	<b>192</b>
<b>Publizierte Datenquellen und Literatur .....</b>	<b>193</b>
<b>Anlage 1: Clodius-Abkommen</b>	
<b>Anhang 1: Karten</b>	

## I. EINLEITUNG

Jeder Genozid ist ein einzigartiges Ereignis. Bei jedem Vergleich solcher einzigartigen genozidalen Ereignisse werden nicht nur die strukturellen Ähnlichkeiten sichtbar gemacht, sondern auch die spezifischen regionalen Unterschiede der Entscheidungsprozesse. In der Debatte über den Genozid an den Juden (Holocaust, Shoah) lässt sich neuerdings eine Neuformulierung der alten Forschungsfragen beobachten. Aus den neuesten Untersuchungen geht hervor, dass es sich bei der nationalsozialistischen Judenpolitik in den besetzten oder verbündeten Regionen Europas nicht um einen einheitlichen Vorgang handelte, sondern um spezifische Entwicklungen mit unterschiedlicher Vorgeschichte.<sup>1</sup> Damit zeigt sich immer wieder in der Genozidforschung, dass, bevor die strukturellen Ähnlichkeiten von Genoziden zum Vorschein kommen, auch die Unterschiede erforscht werden sollten. Dabei geht es nicht nur um die Unterschiede zwischen einzelnen genozidalen Ereignissen, sondern auch um solche (z.B. regionale) innerhalb eines genozidalen Ereignisses, das besonders global (im Sinne eines „total genocide“) ist, wie der Holocaust.

Diese Unterschiede in regionalen Viktimisierungsprozessen laden auch zu einem Perspektivenwechsel bei ihrer Erforschung ein: nicht die Geschichte wird neu geschrieben, nur die alten Fragen werden neu formuliert. In Anlehnung an Niklas Luhmann können wir bei der Analyse von solchen historischen Ereignissen die Rolle der Soziologie darin sehen, dass sie sich nicht immer gezwungen sieht, neue, unerforschte Sachverhalte und Forschungsstrategien zu finden, „sondern sich auch mit völlig unbestrittenen Sachverhalten“ (Luhmann 1991: 42) befassen kann, aber mit Hilfe von Theorien die Forschungsfragen re- oder gar neu formuliert (bei Luhmann: „Redeskription“).

*Es gibt viel unbestrittenes Wissen, das der Forschung zunächst als trivial erscheinen mag. Aber Theorie ist eben die Kunst, aus Trivialitäten weitreichende Schlüsse zu ziehen.* (Luhmann 1991: 42)

Darüber hinaus können wir allgemein fragen: Wie lassen sich genozidale Unterschiede soziologisch beobachten und mit der fachspezifischen Sprache beschreiben?

---

1 Herbert (Hg.) 1998

## 1. Alte Fragen neu formuliert: Viktimisierungsunterschiede beim Holocaust

*„Legenden entstehen ja nicht zuletzt durch das, was man wider besseres Wissen nicht erzählt.“*

Stephan Malinowski

„Der Zar hat die bulgarischen Juden gerettet“, „Peshev hat die bulgarischen Juden gerettet“ oder „Todor Jivkov ist der Retter der bulgarischen Juden“. Solche Antworten und schon die Frage: Wer hat die bulgarischen Juden gerettet? interessieren mich in dieser Arbeit nicht. Das aus zwei Gründen:

1. Die Soziologie unterscheidet zwischen Psyche und Kommunikation und in der Kommunikation zwischen Personen und Organisationen.<sup>2</sup>
  - In Anlehnung an Niklas Luhmann unterscheide ich bei der Bildung der Fragestellung zwischen Psyche und Kommunikation, indem ich Entscheidungen nicht als Ergebnisse psychischer Zustände betrachte, sondern als Kommunikation.<sup>3</sup> Luhmann stellt Kommunikation als dreistufigen Selektionsprozess von Information, Mitteilung und Verstehen dar.<sup>4</sup> Es handelt sich bei diesen drei Elementen um soziale Konstruktionen und nicht um (psychische) Phänomene und Wahrnehmungen, die außerhalb von Kommunikation lokalisierbar wären.<sup>5</sup>
  - Durch die Konzeption von Organisationen als soziale Gebilde, die sich von anderen durch die Kommunikation von Entscheidungen unterscheiden, ist es möglich, Organisationen als Teilnehmer im Entscheidungsprozess zu begreifen.<sup>6</sup>

---

2 Aus den Theoriezusammenhängen, die mit dem Namen Niklas Luhmann verbunden sind, verwende ich in dieser Arbeit nur Kommunikations- und Beobachtungstheorie, nicht aber System- und Evolutionstheorie. Ich hoffe, dass das die Ergebnisse konsensfähiger macht.

3 Vgl. Luhmann 2000: 141-142: *„Was immer eine Entscheidung „ist“: innerhalb von Organisationssystemen kommt sie nur als Kommunikation zu Stande. Für uns ist demnach die Entscheidung ein kommunikatives Ereignis und nicht etwas, was im Kopf eines Individuums stattfindet.“*

4 Luhmann 1984

5 Vgl. Luhmann 2000: 59: *„Sozialität ist kein unabhängig von Kommunikation (etwa als Eigenschaft des Menschen) gegebener Sachverhalt.“*

6 Im Sinne des garbage can-Modells, vgl. Westphal 2001: 41.

2. Die „bulgarischen Juden sind gerettet“ – das ist falsch. Fakt ist: ein kleines Balkanland wie Bulgarien hat 1943 auch seinen Platz in der Geschichte von Genoziden gefunden.<sup>7</sup> Staatliche bulgarische Organisationen kollaborierten mit den Deutschen und deportierten ca. 12 000 Juden aus Neubulgarien (Pirot, Thrazien und Mazedonien) in den Tod.<sup>8</sup> Dieselben bulgarischen Organisationen haben sich auch gegen die Deportation von ca. 8 000, später gegen die Deportation aller Juden erklärt, so dass die gesamte jüdische Bevölkerung Altbulgariens (das Territorium Bulgariens bis 1941 und nach dem Krieg 1945)<sup>9</sup> vor tödlichen Deportationen gerettet wurde und die Kriegszeit überlebte. Über den Fall Bulgarien gibt es in der bekannten internationalen Literatur schiefe Darstellungen (z.B. die Darstellung von Arendt 1986)<sup>10</sup> und Legenden (z.B. auch Mommsen 2002).<sup>11</sup> Ziel dieses Forschungsprojekts ist es zu versuchen, solche Missverständnisse zu beseitigen, indem die zentrale Fragestellung so formuliert wird:

***Warum Rettung und Tötung zugleich als Ergebnisse derselben Entscheidungsprozesse?***

## **2. Gang der Untersuchung**

Diese Studie ist also eine Zwei-Fall-Studie: Ich konstruiere Rettung und Tötung als je einen Fall. Im **Kapitel II** wird der Stand der bisherigen Forschung über die Shoah in Bulgarien dargestellt und mit Helen Feins Modell für unvollständige Viktimisierung verglichen. Ziel dabei ist es, Feins Modell als Grundmodell zu betrachten und es gleichzeitig in einer Zwei-Fall-Studie über Bulgarien anzuwenden und zu erweitern. Dadurch wird klar, dass mit einem theoretisch begründeten Modell Unterschiede in genozidalen Viktimisierungs-

---

7 Im Lexikon der Völkermorde von Heinsohn (1998) ist die bulgarische Bevölkerung auch als Opfer von Genozid dargestellt: im Jahr 1014 und im Jahr 1876.

8 Hilberg (1961/1982), Oren (1969) und Fein (1979) sind die ersten klaren Darstellungen dieser Tragödie.

9 Siehe Anhang

10 „Das Ergebnis war, daß nicht ein einziger bulgarischer Jude deportiert worden oder eines unnatürlichen Todes gestorben war, als im August 1944 beim Heranrücken der Roten Armee die antijüdischen Gesetze annulliert wurden.“ Arendt 1986: 229-230.

11 „Während sich die Slowakei frühzeitig bereit erklärte, den deutschen Häschern den größten Teil der einheimischen Juden auszuliefern, und sich die Verhandlungen mit Rumänien, Kroatien und Bulgarien reibungslos gestalteten und schon 1942 zu zahlreichen Deportationen führten, leistete die ungarische Regierung hinhaltenden Widerstand.“ Mommsen 2002: 169.

prozessen beobachtbar sind. Das lädt dazu ein, soziologische Theorie anzuwenden, um allgemeine Hypothesen zu formulieren und diese empirisch in Fallstudien zu überprüfen.

**Kapitel III** erläutert die Methoden, die in dieser Studie benutzt werden. Dabei handelt es sich um eine Zwei-Fall-Studie, bei der die Fall-Bildung nach einer Replikationslogik erfolgte, die das Überprüfen der Ergebnisse dieser Studie in weiteren Forschungsprojekten jederzeit möglich macht.

In den **Kapiteln IV, V** und **VI** wird soziologische Theorie mittlerer Reichweite dargestellt, deren theoretische Hauptannahmen in diesem Projekt Anwendung finden: das garbage can-Modell als allgemeiner theoretischer Rahmen mit einigen spezifischen konzeptionellen Umformungen, Nationalismustheorie, allgemeine empirische Demokratietheorie sowie soziale Netzwerk- und brokerage-Theorie. In diesen Kapiteln werden auch die Forschungsfragen und die Hypothesen der Studie entwickelt. Hier werden vor allem die Fragen *wie?* und *warum?* vorgestellt, aber auch die Frage *wer?* kommt vor, nur in Bezug auf Organisationen oder auf Personen, die Organisationen angehören. Die Operationalisierung der einzelnen Begriffe und Hypothesen wird ebenfalls in diesen zwei Kapiteln dargestellt. Im Anschluss an die Theorien und an die Hypothesenbildung werden die gewonnenen Erkenntnisse aus dem bisherigen Forschungsstand über Shoah in Bulgarien und über soziologische Theorie empirisch angewendet und an den zwei Fällen aus der Region Bulgarien (1941-1943) überprüft. Die Zusammenfassung der Ergebnisse beschließt die Arbeit (**Kapitel VII**).

## II. STAND DER BISHERIGEN FORSCHUNG

### 1. Unterschiedliche Viktimisierung: Helen Feins Modell

Helen Fein (1979) schreibt eine viele regionale Fälle vergleichende Studie, die soziologisch das unterschiedliche Ausmaß der Tötung von Juden 1939-1945 erklärt. Sie entwickelt anhand der Fallstudien ein begründetes Erklärungsmodell mit drei Hauptthesen. Zu diesen drei Thesen hebt Fein als Bedingung für unterschiedliche Viktimisierungsgrade hervor:

- das Ausmaß des Antisemitismus (Fein 1979: 36: *Value-consensus Thesis: The more successful were prewar anti-Semitic movements, the more Jewish victims there were.*)
- das Ausmaß deutscher Kontrolle (ebd., 35: *German control Thesis: The more direct the German control, the less resistance and greater cooperation there were, and the more Jewish victims.*)
- das Ausmaß der Solidarität (ebd.: *Solidarity Thesis: The more solidary was the nation-state before the war, the fewer Jewish victims there were.*)

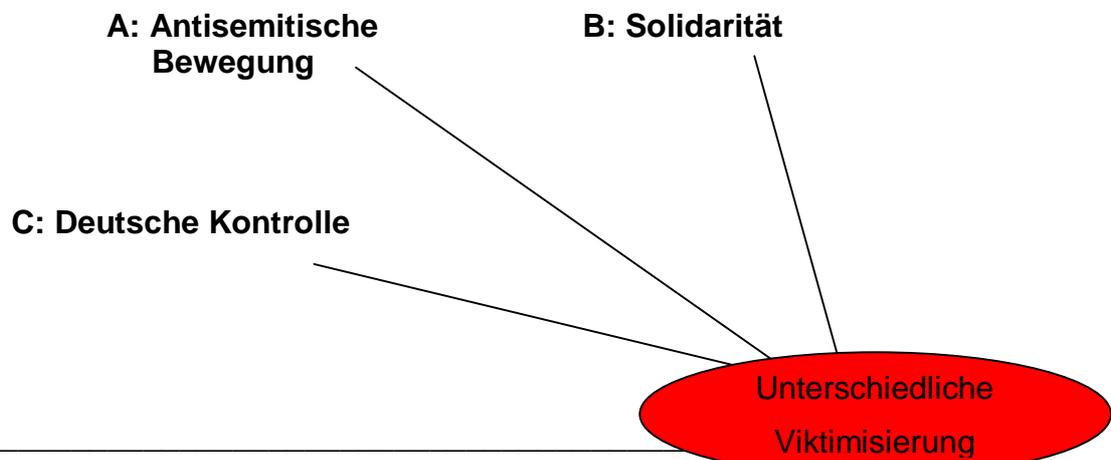
Ich möchte Feins Erklärungsmodell in diesem Forschungsprojekt testen und in einer Vergleichsstudie anhand eines regionalen Beispiels problematisieren. Hier wird Feins Modell nach zwei Perspektiven aufgeteilt: Täter-Perspektive und Opfer-Perspektive, und als Gemeinsames wird die unterschiedliche *Viktimisierung* definiert.

## Übersicht 1:

### Erklärungsmodell für unterschiedliche Viktimisierung bei Fein (1979):

---

#### Perspektive auf Täter



---

#### Perspektive auf Opfer

Jüdische Gegenwehr:  
(Emigration, Kollaboration, Aufstand)

---

## 2. Ein erweitertes Modell für atypische Viktimisierung: die Shoah in Bulgarien

In den wissenschaftlichen Disziplinen, die sich mit dem Genozid an den Juden 1939-1945 auseinandersetzen, ist seit den 90er Jahren die Vorgehensweise üblich geworden, Entscheidungsprozesse der regionalen Organisationen zu untersuchen. Die neueren historischen Studien von Gerlach, Aly und anderen, die sich mit der Ingangsetzung des Judeozids beschäftigen, beruhen nicht nur auf dem Narrativen, sondern benutzen soziologie-nahe Argumentation. Diese historischen Regionalanalysen sind besonders auf die Unterschiede in den verschiedenen Ländern konzentriert und auf die Unterschiede bei der Motivation der Regionalorganisationen, bestimmte genozidale Entscheidungen zu treffen. Dabei stellen diese Analysen auch den Gesamtprozess detaillierter dar. Es stellt sich heraus, wie wenig zwangsläufig eigentlich das Vernichtungsprogramm der Hitler-Organisationen war und wie sehr die deutschen Mordkommandos auf nationale Unterstützung

stießen. Es stellt sich heraus, dass die Lösungen bereit standen und man nur noch „nationale“ Probleme zu definieren brauchte (garbage can-Modell).<sup>12</sup>

Trotz der angestrebten Generalisierung in diesem Forschungsprojekt, wird dem spezifischen Charakter einer regionalen Fallstudie eine wichtige Rolle für die Formulierung der Fragestellung beigemessen: dem bulgarischen Holocaust. Zum Thema Shoah in Bulgarien wurde meistens in der Geschichtsschreibung auf die regionalen Besonderheiten dieser genozidalen Entscheidungsprozesse verwiesen, die unterschiedliche Ergebnisse hatten: Rettung im Kern des Landes und Tötung in den neuerworbenen Gebieten. In der Literatur über Bulgarien finden sich implizit, bei manchen Autoren auch ganz explizit, verschiedene Thesen über Faktoren, die solche Entscheidungen zu erklären versuchen. Ich werde die wichtigsten Faktoren, die in der Literatur zur Erklärung im Fall Bulgarien herangezogen wurden, in einer zweiten Übersicht darstellen, wobei das Modell von Fein stehen bleibt und die neuen Faktoren in rot bezeichnet sind, um die Unterschiede zwischen den beiden Erklärungsangeboten aufzuzeigen. Damit wird beabsichtigt, eine alternative Erklärung für unterschiedliche Viktimisierung darzustellen (im Vergleich zu Feins Erklärungsangebot), wobei die regionalen Spezifika der genozidalen Entscheidungsprozesse in Feins Bulgarien (mit zwei Fällen Alt- und Neubulgarien neu konstruiert) zum Vorschein kommen. Die Fragestellung dieses Forschungsprojektes ist es dabei nicht, die regionalen Unterschiede im Fall Bulgarien in den Mittelpunkt der Untersuchung zu stellen. Damit haben sich schon viele Historiker wissenschaftlich befasst. Es geht hier vielmehr darum, das existierende Modell von Fein theoretisch zu problematisieren und zu erweitern, indem ich es bei der Untersuchung an einem regionalen Beispiel (Bulgarien) anwende und überprüfe. Die Faktoren, die wir in der Literatur über Bulgarien finden, weichen in mancher Hinsicht von Feins Erklärungsmodell für unterschiedliche Viktimisierung ab: Genau diese „neuen“ Faktoren möchte ich weiter explizieren, erforschen und in einem theoretisch begründeten Erklärungsmodell für atypische genozidale Entscheidungen zusammenkoppeln.

---

12 Cohen/ March/ Olsen 1972

## Übersicht 2:

### Erklärungsmodell für unterschiedliche Viktimisierung in Alt- und Neubulgarien 1941-1943 (Zwei-Fall-Studie) nach der Auswertung der Literatur

#### Perspektive auf Täter

**A: Antisemitische Bewegung** (Fein 1979: in Bulgarien niedrig)

**B: Solidarität** (Fein 1979: Bulgarien gehört zu den „solidarischen“ Ländern, weil weniger Vorkriegs-antisemitische Bewegung)

**C: Deutsche Kontrolle** (Fein 1979: die Region Bulgarien gehört zu der Zone niedrigster deutscher Kontrolle und wird von Fein als „Kolonialzone“ bezeichnet)

**am Beispiel Bulgarien:**

**D: Ethnischer Nationalismus**

**Da: Bulgarisierungspläne** (Oren 1971, Cohen (ed.) 1995, Fleischer 1996, Hoppe 1996)

**Db: Erwartung territorialer Gewinne ohne Kriegsführung gegen die Alliierten** (Hilberg 1982, Baruch 1991, Nissim 2000)

**E: relativ demokratische Verhältnisse** (Hilberg 1982, Oren 1989)

Unterschiedliche  
Viktimisierung

#### Perspektive auf Opfer

**Jüdische Gegenwehr (Fein 1979):**  
(Emigration, Kollaboration, Aufstand)

**am Beispiel Bulgarien:**

(Aktivierung der persönlichen Beziehungen zwischen jüdischen Opfern und Schlüsselfiguren im bulgarischen Entscheidungsprozess)  
(Baruch 1991, Groueff 1991, Bar-Zohar 1998, Nissim 2000)

Um genozidale Entscheidungen von regionalen Organisationen zu thematisieren und alternative Hypothesen darüber zu generieren, warum Opferpopulationen in gleichen Entscheidungsprozessen unterschiedliche Schicksale erfuhren, erscheint eine nähere Betrachtung mehrerer impliziter Annahmen in der Spezialliteratur über Shoah als relevant. Ich habe die

folgenden Annahmen für eine weitere explizite Problematisierung mit Hilfe sozialwissenschaftlicher Theorien mittlerer Reichweite ausgewählt:

1. **„Freundschaften“ und „Beziehungen“** (persönliche Netzwerke) und die Rettung von Opferpopulationen mit Hilfe solcher Netzwerke unter bestimmten Umständen. Solche Umstände können relativ demokratische Verhältnisse sein, die eine soziale Kontrolle über politische Entscheidungen (civil society?, politische Opposition?) seitens der Öffentlichkeit ermöglichen. Diese sollen als Umfeld persönlicher Netzwerkbeziehungen erforscht werden (siehe 3.).
2. **Ethnischer Nationalismus** als Faktor für genozidale Entscheidungen in organisationalen Entscheidungsprozessen über Opferpopulationen in Streiterritorien (Randgebiete) von zwei oder mehreren Ländern.
3. **Demokratische Restbestände** als „release“ für Broker-Beziehungen und als Umfeld von politischen Protesten bis hin zu Rettungsprozessen.

### III. METHODEN DER UNTERSUCHUNG

#### 1. Fallstudiendesign

Die Genozidforschung ist ein interdisziplinäres Feld, zu dem die Soziologie nicht nur beitragen, sondern auch ihr Profil schärfen kann. Aus soziologischer Sicht kann die Völkermordforschung zweierlei wissenschaftliche Aufgaben erfüllen: allgemeine Hypothesen und theoretische Annahmen über Modernität, Bürokratie (Organisationen), demokratische Entwicklung etc. können getestet werden, und damit wird ferner ein Beitrag zur Entwicklung eines Instrumentariums geleistet, um genozidale Ereignisse präziser zu beobachten und zu definieren und somit die Präventionsalternativen zu erweitern. Ziel dieses Forschungsprojekts ist, die erste Aufgabe zu erfüllen: mit Hilfe soziologischer Theorie allgemeine Hypothesen über genozidale Entscheidungsprozesse zu generieren und sie dann empirisch in einer Zwei-Fall-Studie<sup>13</sup> zu überprüfen. Bei der Fallstudien-Methodik, die ich benutze, handelt es sich um eine Replikationslogik und nicht um eine auf statistischem Sampling beruhende Logik.<sup>14</sup>

*Wie kann man die Ergebnisse einer Ein-Fall-Studie generalisieren? Die kurze Antwort darauf lautet, dass Ein-Fall-Studien, ähnlich wie Experimente, sich in Bezug auf theoretische Erkenntnisse generalisieren lassen und nicht in Bezug auf Populationen oder ein ganzes Universum. In dem Sinne stellen Fallstudien sowie Experimente keine „Stichprobe“ dar; Ziel des Forschers ist es, Theorien zu erweitern und zu generalisieren (analytische Generalisierung) und nicht Häufigkeiten aufzuzählen (statistische Generalisierung). (meine Übersetzung, Yin 1984: 13)*

Die Ergebnisse dieser Studie können jederzeit von anderen Forschern in weiteren Fallstudien überprüft werden.<sup>15</sup>

---

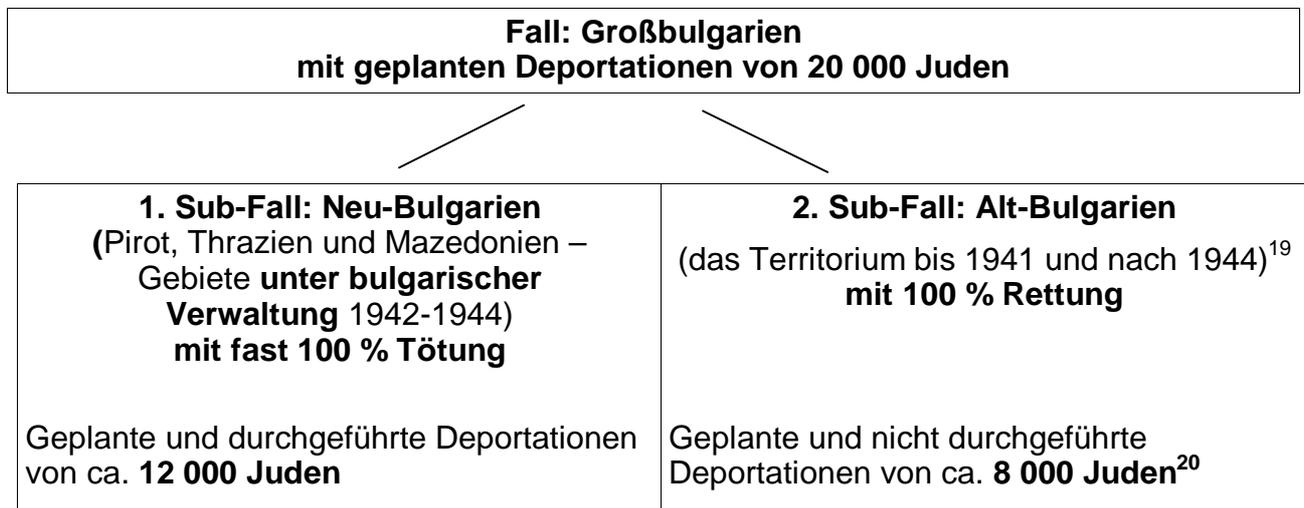
13 Bei Fein ist Bulgarien **ein** Fall mit 18 % deportierten und ermordeten Juden und 82 % geretteten Juden, ich teile Bulgarien in **zwei** Fälle: Altbulgarien mit fast 100 % Rettung und Neubulgarien mit fast 100 % Deportation und Tötung.

14 Vgl. Yin (1984: 48-52)

15 Vgl. Yin (1984: 15)

- **Das Definieren des Falls**

Der Holocaust an den Juden Europas gilt insgesamt als ausserordentlich „erfolgreicher“ Völkermord. Man muss aber nach Regionen differenzieren: Es gab Regionen, in denen der Viktimisierungsgrad sich als sehr hoch bezeichnen lässt – Lettland 95 %, Niederlande 73 %<sup>16</sup> – und solche, wo weniger Juden ermordet wurden – z.B. Dänemark ca. 2 %, Bulgarien 18 %. Bulgarien unterscheidet sich von Dänemark<sup>17</sup> dadurch, dass in einem regionalen Entscheidungsprozess in dem Teilgebiet Altbulgarien alle Juden gerettet wurden (100 % Rettung)<sup>18</sup> und in drei weiteren Teilgebieten (Pirot, Thrazien und Mazedonien – Gebiete unter bulgarischer Verwaltung) fast keine Juden den Holocaust überlebten (fast 100 % Tötung). Diese Unterschiede erwiesen sich als grundlegend für die Fall-Bildung in diesem Forschungsprojekt:



16 Siehe Übersicht 1 in Dammann/ Ivkova 2001

17 Dänemark ist ein Fall (Herbert 1996), in dem die Möglichkeit für die dänischen Juden existierte, nach Schweden zu flüchten.

18 Altbulgarische Juden kamen wegen ihrer Tätigkeit im Untergrund zu Tode (also nicht „als“ Juden) oder wurden, soweit sie im Ausland lebten, von der bulgarischen Regierung dem Dritten Reich zur Tötung freigegeben.

19 Mit einer Ausnahme: das Gebiet Süddobrudja, das Bulgarien im Jahr 1941 nach dem Unterzeichnen des Krajova-Abkommens mit Rumänien zurückbekam, bleibt auch im Territorium von Nachkriegs-Bulgarien.

20 Auch später geplante Deportationen der gesamten jüdischen Bevölkerung (48 000) fanden dann nie statt.

## 2. Der zeitliche Rahmen der Untersuchung

Die untersuchte Periode ist 1941-1943. Ich will Anfang 1941 als Ausgangspunkt der Untersuchung betrachten, weil im Januar das Gesetz zum Schutz der Nation in Kraft trat. Dadurch wurden die darauf folgenden Maßnahmen gegen die bulgarischen Juden juristisch gerechtfertigt. Das Gesetz zum Schutz der Nation sehe ich als einen ersten Schritt an, in der Kommunikation zur „Judenfrage“ in Bulgarien Problematisierungen zu produzieren. Im Jahr 1943 schließt sich der zeitliche Rahmen dieses Forschungsprojekts, da im März 1943 die Entscheidungen getroffen wurden, aus denen sich die untersuchten Viktimisierungsunterschiede ergaben: Ich konzentriere mich dabei nicht auf die sehr späte endgültige Rettung der *gesamten jüdischen Population Bulgariens* (1944), sondern im Mittelpunkt stehen die genozidale Kopplung der Entscheidungsströme<sup>21</sup> für *20 000 Juden*, die Entkopplung der Ströme dann für *8 000 altbulgarische Juden* und die endgültige Entscheidung zur Deportation von *12 000 neubulgarischen Juden (keine Entkopplung)*.

## 3. Datenerhebung

Daten werden den bisher publizierten Studien entnommen, die meistens aus der Geschichtswissenschaft oder aus Bereichen wie Journalismus, Biographien und Memoiren stammen. Dazu kommen publizierte Quellen und eine eigene archivarische Datenrecherche in den folgenden Archiven:

- Zentralarchiv in Sofia,
- Zentralarchiv für Geschichte im Zentralarchiv in Sofia.

Die archivarische Datenrecherche wurde zur Hypothesenüberprüfung nötig, da in der Literatur implizite oder explizite Äußerungen gemacht worden sind, die nicht mit Daten belegt sind oder deren Quellen nicht erwähnt sind.

Die Zuverlässigkeit der Datenerhebung in den bisherigen Studien wird dann unterstellt, wenn:

- a) die Daten durch Quellenangaben belegt sind und
- b) keine Zweifel in der Literatur erhoben worden sind.

---

21 Ein Fachbegriff der garbage can-Theorie. Ausführlicher dazu s. S. 18ff.

#### 4. Der theoretische Rahmen

In diesem Forschungsprojekt stellt sich die Frage: Wie kann man Theorie mit Empirie verbinden, um allgemeine Hypothesen zu testen, ohne dass bei der Hypothesenbildung die Hypothesen an den bestimmten empirischen Fall angepasst werden? Das heißt: so dass diese Hypothesen auch in anderen Fällen überprüft werden können. Die Soziologie muss mit Hilfe von theoretisch gestützten, allgemeinen und operationalisierbaren Hypothesen beschreiben können, wie es zu Beiträgen zu solchen Viktimisierungsunterschieden in Entscheidungsprozessen gekommen ist, ohne dabei eine vollständige Erklärung anzustreben oder gar präskriptive Aussagen zu machen. Nach der Auswertung des Forschungsstands über die Shoah in Bulgarien und nach dem Vergleich mit Feins Erklärungsansatz erweisen sich die folgenden Theorien als relevanter Rahmen der Untersuchung:

- **garbage can-Entscheidungstheorie**

Diese Theorie wird als allgemeiner theoretischer Rahmen für die Beschreibung der organisationalen Entscheidungsprozesse benutzt. Die garbage can-Entscheidungstheorie kann man mit ergänzenden Theorien mittlerer Reichweite als soziologische Übersetzung des „funktionalistischen“ („strukturalistischen“) Theorieprogramms (Mommsen 1983) der geschichtswissenschaftlichen Shoah-Forschung sehen (Dammann/ Ivkova 2001, Dammann 2002). Funktionalistische Erklärungen sind über den Fall des Judeozids 1939-1945 („Shoah“, „Holocaust“) hinaus für andere Fälle von Genozid vorgeschlagen worden, nämlich die NS-Morde an Kranken und Behinderten (Schmuhl 1992) sowie an Sinti und Roma (Zimmermann 1996).

- **Theorie der persönlichen Netzwerke und der brokerage**

Versucht wird, die Entkopplung der vier garbage can-Ströme, d.h. Rettung, mit komplexen Netzwerken (brokerage) zwischen Personen zu verbinden und die endgültige Kopplung, d.h. Deportation und Tötung, mit Abwesenheit solcher Beziehungen.<sup>22</sup>

- **Demokratiethorie**

Ein Überblick über den neuesten Stand der empirisch ausgerichteten Demokratietheorie soll zeigen, was die in der narrativen Literatur angedeuteten „Restbestände“ an

---

22 Vgl. Granovetter 1973, Boussevain 1974, Burkolter 1976, Eisenstadt/ Roniger (eds.) 1984, Weber-Pazmino 1991, Gibson 2001

Demokratie soziologisch heißen können. Ein Sonderfall ist die Anwendung auf Genozide, wobei untersucht wird, was für ein Verhältnis zwischen Demokratie und genozidalen Entscheidungsprozessen festzustellen ist.<sup>23</sup> Darüber hinaus wird versucht, theoretische Annahmen über das spezifische Zusammenfallen von demokratischen Merkmalen und brokerage zu formulieren und dadurch den Erfolg von Rettungsprozessen gegenüber genozidalen Entscheidungen zu analysieren.

- **Soziologische Theorie zu Antisemitismus versus Nationalismus**

In der soziologischen Theorie wird Nationalismus von Antisemitismus unterschieden (Klaus Holz 1998, 2000, 2001), und dementsprechend muss man auch die entsprechenden Bewegungen und Entscheidungsprämissen bei genozidalen Prozessen voneinander unterscheiden. Dieser Unterschied kann eine entscheidende Rolle bei der Untersuchung regionaler Entscheidungsprozesse auch beim Holocaust spielen.

---

23 Vgl. Fein 1979, Fein 1993a, b, Rummel 1994, Rummel 1998

## IV. ANTI-OPFER-ORIENTIERUNG?

### 1. Garbage can-Entscheidungstheorie

Das garbage can-Modell entstand 1971 im Umfeld der verhaltenswissenschaftlichen Entscheidungstheorie und beschreibt Organisationen (vgl. March/ Olsen 1976: 82ff.). Die garbage can-Theorie im engeren Sinne beschreibt organisationale Entscheidungsprozesse in Situationen der Ambiguität als organisierte Anarchien.<sup>24</sup> Diesem Modell liegt die Annahme zugrunde, dass Organisationen sich in einer komplexen Umwelt befinden und deshalb nicht immer rational Entscheidungen treffen können. Die Umwelt zeichnet sich durch Mehrdeutigkeiten aus. Das garbage can-Modell stellt den Versuch dar, eine dritte Auffassung für Entscheidungen zu entwickeln, zusätzlich zur Konditional- und Zweckprogrammierung.<sup>25</sup> Durch dieses engere Modell wird keine Entscheidungsfindung allgemein beschrieben, sondern das a-rationale Zusammentreffen mehrerer Ströme.

Die zentralen Elemente und Annahmen – auch über a-rationale Kopplung hinaus anwendbar – des garbage can-Modells sind:

#### 1.1 Die vier Entscheidungsströme:

- **Strom der Probleme**

Probleme werden von Teilnehmern (im ursprünglichen Modell: Personen) in Organisationen hinein gebracht. Diese können von verschiedenem Charakter sein und allen möglichen Bereichen entstammen. Später kamen in Anwendungen auch Organisationen als Teilnehmer in Frage.

- **Strom der Lösungen**

Im Rahmen des garbage can-Modells sind Lösungen nicht unbedingt an bestimmte Probleme gekoppelt, sondern können oft Angebote sein, die nach Problemen suchen. Lösungen können also zeitlich vor Problemen auftauchen und dann nach Problemen Ausschau halten.

---

24 Vgl. Cohen/ March/ Olsen 1972, March/ Weissinger-Baylon (eds.) 1986; vgl. auch schon Lindblom/ Braybrooke 1963

25 Vgl. Luhmann 2000

- **Strom der Teilnehmer**

Teilnehmer können gleichzeitig mehrere Probleme verarbeiten. Damit ist offen, wie viel Zeit und Aufmerksamkeit die unterschiedlichen Teilnehmer einer Entscheidung widmen: Es hängt nicht von den Elementen der Entscheidung, sondern vom Entscheidungskontext und anderen gleichzeitig stattfindenden Entscheidungsprozessen ab.

- **Strom der Entscheidungsgelegenheiten**

Entscheidungsgelegenheiten bieten sich immer wieder neu unter ganz unterschiedlichen Umständen in Organisationen: Entscheidungen werden oft zu einem bestimmten Zeitpunkt erwartet, sie können aber auch ohne Termin getroffen werden, wenn sich ein Anlass bietet. Dabei geht es nicht immer um die Lösung von bestimmten Problemen, sondern um Gelegenheiten, bei denen die strömenden Probleme und Lösungen von den Teilnehmern aufgegriffen werden, ohne dass Probleme, Lösungen und Gelegenheiten zwangsläufig schon miteinander in Verbindung stehen.

**1.2 Ein 2. Hauptaspekt** des garbage can-Modells ist die Möglichkeit (aber nicht Notwendigkeit) einer *losen* Kopplung der vier Entscheidungsströme. Im Unterschied zur festen Kopplung ist bei einer losen Kopplung nicht klar geregelt, wie Probleme, Angelegenheiten, Lösungen und Teilnehmer verknüpft werden und zu welcher Zeit diese zusammentreffen.

**1.3** Es muss keine *rationale Kopplung* dieser vier Entscheidungsströme beim Zusammenkommen vorliegen. Damit grenzt sich das garbage can-Modell von Konditional- und Zweckprogrammierung (vgl. Luhmann 2000, Simon 1976) ab, bei denen Entscheidungsprozesse mit zukünftigen Zuständen (Konsequenzen) arbeiten. Entweder geht es um Konditionalprogrammierung (Routine) oder um Zweck/ Mittel-Definitionen. In solchen Entscheidungsprozessen sind die Probleme und Lösungen schon gekoppelt, und zwar von Problemen her. Bei nicht-rationalen Entscheidungsprozessen (garbage can im engeren Sinne) gibt es keine solche rationale Verbindung (von den Konsequenzen/ Problemen her) zwischen Lösungen und Problemen.<sup>26</sup>

Im garbage can-Modell ist das Aufeinandertreffen der vier Ströme als unsystematische und kontextabhängige Kopplung von Problemen, Lösungen, Teilnehmern und Entschei-

---

26 Vgl. dazu Westphal 2001: 47

dungsgelegenheiten konzipiert. Das Zusammentreffen der vier Entscheidungsströme ist als *situationsabhängig* beschrieben; es erfolgt nicht durch Routinen oder Zwecke. Die Ströme sind nur *lose gekoppelt*, wobei *die Zeit* eine besondere Rolle spielt: Eine Verknüpfung dieser Ströme hängt von ihrem *zeitlichen* Erscheinen in einem garbage can ab. Dem garbage can-Modell im engeren Sinne zufolge suchen Organisationen eher nach Problemen als dass sie nach Lösungen Ausschau halten.<sup>27</sup>

Mit der Erarbeitung des garbage can-Modells wurde von den Autoren beabsichtigt, die bestehenden Modelle organisationaler Entscheidungsprozesse für mehrdeutige komplexe Situationen zu verbessern: In jeder Organisation ist immer eine Kombination aus fest gekoppelten und lose gekoppelten Elementen zu finden. Mit dem garbage can-Modell sollen nicht routinisierte und Zweck-Entscheidungsprogramme, sondern Entscheidungsprogramme in Situationen der Ambiguität erfasst werden. Der Ansatz dabei ist, dass solche Entscheidungen nur als zufällig erscheinen, sich dahinter aber eine Struktur verbirgt, die nur schwer zu bestimmen ist. Das garbage can-Modell erweitert die konventionelle Sichtweise, die als Entscheidungsprogramme nur Zwecke und Routinen kennt.

Diese beschriebenen drei Komponenten der garbage can-Theorie lassen sich auch getrennt voneinander anwenden und operationalisieren, um organisationale Entscheidungen im Holocaust zu beobachten und zu beschreiben. Die vier Entscheidungsströme sind keine ausreichende Bedingung für garbage can-Prozesse, können aber als allgemeiner Rahmen dafür dienen, das „Polykratie“-Konzept zu operationalisieren und der These nachzugehen, dass unter der Bedingung „organisierter Anarchie“ kein fester Zusammenhang mehr zwischen Entscheidungsgelegenheiten, Problemen, Teilnehmern und Lösungen besteht: Es ist unklar, wie die Kopplung dieser Elemente zustande kommt. Das Zustandekommen hängt von dem jeweiligen Kontext des Entscheidungsprozesses ab sowie von den gleichzeitigen Ereignissen innerhalb der Organisationen und in deren Umfeld (kontext- und zeitabhängig).<sup>28</sup> Die Frage, ob die vier Elemente des garbage can rational oder a-rational verknüpft sind, muss zunächst nicht beantwortet werden. Das garbage can-Modell ist ein Versuch, solche kontext- und zeitabhängigen Entscheidungsprozesse zu beschreiben und kann als solches auch bei der Beobachtung der Entscheidungsprozesse

---

27 Vgl. Cohen/ March/ Olsen 1990: 332

28 Vgl. Berger/ Bernhard-Mehlich 1993

von Organisationen im Holocaust operationalisiert werden, die in der einschlägigen Literatur als „organisierte Anarchien“ charakterisiert werden.

## 2. Forschungsfragen und Hypothese 1

Für die Beobachtung von genozidalen Ereignissen und besonders genozidale Unterschiede erweist sich das Schema „Personen als Retter oder Täter“<sup>29</sup> doch in mancher Hinsicht als problematisch:

- Die problematisierten Personen werden oft als individuelle Psychen untersucht und nicht als Repräsentanten von Organisationen.
- Noch generellere Umstände, die genozidale Entscheidungen von Organisationen begleiten, bleiben im Hintergrund.

Soziologisch umschrieben geht es hier um organisationale Entscheidungsprozesse und ihre begleitenden kommunikativen Umstände,<sup>30</sup> die von den Psychen oder individuellen sozialen Merkmalen der entscheidenden Personen unterschieden werden.<sup>31</sup> Die Frage *wer?* kann in diesem Forschungsprojekt keine relevante Erklärung von genozidalen Entscheidungen darbieten, auch nicht für genozidale Unterschiede, es sei denn, sie wird im Sinne von handelnden Organisationen gestellt oder von Personen als Mitgliedern dieser entscheidenden Organisationen. Die relevanten Fragen könnte man hier eher als *warum?* und *wie?* formulieren.<sup>32</sup> In dieser Arbeit wird die Frage *wer?* (im Sinne von Psychen von Handelnden zu verstehen) nicht mehr gestellt, auch nicht, wenn interpersonelle Beziehungen im Entscheidungsprozess als mobilisierende Kraft eingesetzt wurden und als ausschlaggebend für politische Proteste betrachtet werden können. Die Fragestellung dieser Arbeit wird anders konzipiert und zwar als Frage nach mehreren sozialen Umständen, die die organisationalen Entscheidungsprozesse begleiten, und nicht als Frage nach Personen, deren Psyche Rettung und Tötung zugerechnet wird. Diese sozialen Umstände

---

29 Meistens personifizieren Autoren, die über diese Ereignisse in Bulgarien schreiben, die Rettung der Juden, machen aber Personen selten verantwortlich für Deportationen.

30 Über Entscheidungsprozesse von Organisationen siehe March (1994) und über Kommunikation siehe Luhmann (1984).

31 Siehe Luhmann (1984) über die Unterscheidung von Psychischem und Sozialem.

32 So Fein (1979): 159: „The causes of Bulgaria's policy have aroused most postwar discussion, but no explanation of why collaboration was stopped is possible without examining how it was stopped.“

werden hier näher expliziert, indem sie in Faktorenkomplexe zergliedert werden, die dann zur Erklärung genozidaler/ nicht-genozidaler Ereignisse herangezogen werden. Mehrere Fragen in Bezug auf diese Umstände kommen so in den Vordergrund der Untersuchung, die bis jetzt unklar formuliert und nicht näher erforscht wurden.

Ein weiteres explizites Erforschen folgender Fragen erweist sich als relevant, um die regionalen Spezifika von genozidalen Ereignissen zu beobachten:

- Beim Holocaust gibt es abweichende Viktimisierungsgrade in Fällen, in denen besonders viele Juden vor dem Tod gerettet wurden, jedoch in Randregionen Juden deportiert und ermordet wurden. Die Forschungsfrage lautet: *warum* beobachten wir solche Unterschiede in den organisationalen Entscheidungsprozessen? *Warum* kam es zu unterschiedlichen Ergebnissen (Rettung/ Tötung) für Opferpopulationen, die entweder im Kernland oder in der Peripherie eines Staates lebten?
- *Wie* kam dieser Unterschied zustande? Wie verlief die innen- und außenpolitische Kommunikation, die diese Entscheidungen begleitete und zu diesem Viktimisierungsunterschied vielleicht beigetragen hat? Wurde im genozidalen Entscheidungsprozess mit Anti-Opfer-Schemata argumentiert, oder waren andere Problematisierungen und Gelegenheiten entscheidend, die nicht in direkte Verbindung zur Opferpopulation gebracht werden können?

Die organisationalen Strukturen des Nationalsozialismus, die sich mit der „Judenfrage“ befassten, wurden mehrmals in der einschlägigen Literatur als ein „Durcheinander“, als „Polykratie“ oder auch als „organisiertes Chaos“ bezeichnet.<sup>33</sup> In den letzten Jahren wurde immer mehr das Konzept erarbeitet, dass die Verfolgungsprozesse gegen die europäischen Juden nicht zentral von den fachlich verantwortlichen Stellen des deutschen Machtapparates (z.B. SS, Militär) oder gar von Hitlers Kanzleien gesteuert wurden. Vielmehr werden die Deutschen als abhängig von den lokalen/ regionalen Organisationen gesehen. Hierbei kommen dann auch die ausländischen lokalen/ regionalen Organisationen der verbündeten oder besetzten Länder in den Blick, die in unterschiedlichem Ausmaß Diskriminierung, Enteignung und Deportation unterstützten.<sup>34</sup> Die Abhängigkeit der deutschen

---

33 Für einen ausführlichen Überblick über den Forschungsstand vgl. Seibel/ Raab 2003.

34 Vgl. Aly 2001: 37 ff., Seibel/ Raab 2003: 198-199

Organisationen von den ausländischen Ressourcen (Personal, spezifisches Wissen und Erfahrung) war von Land zu Land unterschiedlich, ebenso wie die Machtverhältnisse innerhalb dieser Länder und die domänenspezifischen Konflikte, die die Unterschiede bei der eigentlichen Implementation der „Judenpolitik“ aufzeigten. Die Maßnahmen gegen die Juden in den besetzten oder verbündeten Ländern hingen sowohl mit den deutschen Organisationen als auch mit der Kooperation der verantwortlichen Instanzen der nationalen Regime zusammen.<sup>35</sup>

*Man kann ferner unterstellen, dass der gegen die Juden gerichtete Verfolgungsapparat gerade deshalb so robust und durchsetzungsfähig war, weil er weder auf SS und Gestapo als organisatorische Träger noch allein auf Antisemitismus als Primärmotivation der vielen Helfer angewiesen war.*<sup>36</sup>

Inwieweit diese Merkmale der Machtstrukturen des Verfolgungsapparates in den besetzten oder verbündeten Ländern und die Abhängigkeit der deutschen Organisationen von den ausländischen Ressorts sich auf die unterschiedliche Intensität der Judenverfolgung und Deportationen auswirkte, ist nur bruchstückhaft in der Literatur untersucht worden. Das ist eine der Fragen in diesem Forschungsprojekt. Ich will beobachten: Wie kommunizierten die ausländischen Spezialressorts und Koordinationsstellen über die „Judenfrage“? Wie fügte sich ihre domänenspezifische Argumentation in den rassistisch motivierten Rahmen des deutschen Verfolgungsapparates ein und welche Auswirkungen (intensivierend oder abmildernd) hatte das auf die Verfolgung der Juden? Welches regional bedingte und ressortspezifische Handlungskonzept hatten die beteiligten Organisationen im Entscheidungsprozess, das zum unterschiedlichen Ausmaß an genozidaler Tötung führte?

In den Situationen der Unsicherheit in Bulgarien, sowohl innenpolitisch (politische Instabilität der Mehrheit, Hungersnöte, Korruption, Schwarzmarkt, Wohnungsknappheit, Flüchtlingsprobleme etc.) als auch außenpolitisch (Krieg und Kriegsbeteiligung, territoriale Forderungen und Revisionismuspolitik etc.), war die „Judenfrage“ (wenn überhaupt zu diesem Zeitpunkt als „Problem“ definierbar)<sup>37</sup> nur eines von vielen Problemen, die innerhalb jeden Ressorts kommuniziert wurden, und sogar bis 1942 eher ein marginales

---

35 Vgl. Seibel/ Raab 2003: 199

36 Seibel/ Raab 2003: 199

37 Als Komplex von Lösungen sieht sie Dammann 2002.

Problem. Jede Spezialorganisation wurde unterschiedlichen Erwartungen ausgesetzt und lieferte domänenspezifische Argumentationen für die eigene Entscheidungssituation. Das wird oft mit Begriffen ausgedrückt wie Zielkonflikt zwischen den Organisationen, Domänenkonkurrenz, Interessenunterschiede. Die beteiligten Organisationen trafen Entscheidungen nach verschiedenartigen Kriterien und unter Bezugnahme auf mehrere sich ständig ändernde Erwartungen, Umstände und Partizipanten. Es scheint so gewesen zu sein, dass sich mehrere Entscheidungsgelegenheiten boten, Lösungen zu definieren, ohne dass sie einem oder mehreren („Juden“-) Problemen zugeschrieben wurden. Vielmehr suchten sie nach solchen Problemen.

Um sich vom Holocaust als einem Spezialfall von Genozid<sup>38</sup> wegzubewegen und sich im allgemeinen auf genozidale Tötungen zu konzentrieren, ist die Aussage von Fein (1993a: 37) zu betrachten: *Genocides, as are other murders, may be premeditated or an ad hoc response to a problem or opportunity.* In diesem Satz lassen sich zwei wichtige Aspekte hervorheben: genozidale Tötungen können als Ergebnis einer *Planung* auftreten, jedoch kann Genozid auch durch *zeitliches Zusammentreffen* (= *ad hoc*)<sup>39</sup> von Problemen und Gelegenheiten zustande kommen. In diesem Sinne formuliere ich die erste Hypothese des Forschungsprojekts:

**H1:** *Anti-Opfer-Orientierung bei der Koordination genozidaler Fachpolitiken ist nicht nötig, um bestimmte Populationen genozidal zu viktimisieren.*

Anti-Opfer-Orientierung (= Antisemitismus in dieser Fallstudie) kann bei verschiedenen Teilnehmern im Entscheidungsprozess beobachtbar sein, zum Beispiel wenn sich bestimmte Anti-Opfer-Bewegungen (hier: antisemitische Bewegungen) in Fachorganisationen im Entscheidungsprozess einnisten. Dabei kann man dann durchaus eine Kommunikation beobachten, die sich ausschließlich durch Anti-Opfer-Argumentation auszeichnet (= „Die Juden raus!“). Es ist jedoch anzunehmen, dass bei der End-Entscheidungsfindung, die zentral von **Dachorganisationen** (= Ministerrat, Zarenhof, Parlament) koordiniert wird, Anti-Opfer-Orientierung durch andere Faktoren (z.B. territoriale Forderungen,

---

38 Vgl. eine ausführliche Diskussion über den Forschungsstand zum Thema Genozid bei Fein 1993a.

39 Vgl. Dammann 2002: 9, der das *zeitliche* Zusammentreffen der vier garbage can-Entscheidungsströme unter anderem als ad hoc-Entscheiden operationalisiert: „*Some decision making occurs in using an **ad hoc** criterion.*“

keine Kriegsführung im Osten, opportunistische Politik etc.) des Entscheidungsprozesses verdrängt wird, die nicht unbedingt einen direkten Bezug zu der Opferpopulation aufweisen, aber dennoch zu einer diese viktimisierenden genozidalen Entscheidung führen können.

### **3. Operationalisierung**

#### **3.1 Garbage can-Modell**

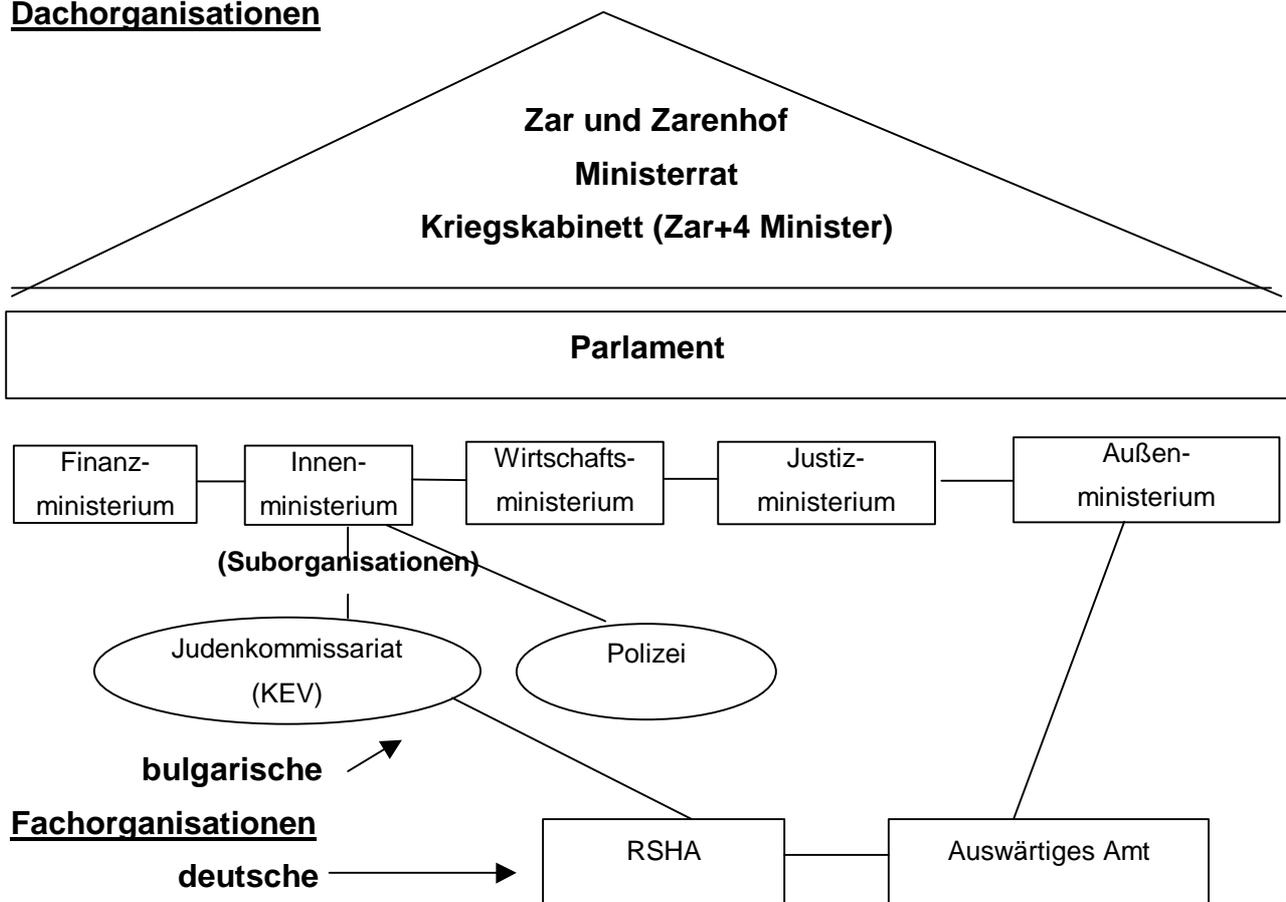
Im Rahmen dieses Projektes werden aufgrund der Spezifika der Forschungsfragen einige Umformungen der garbage can-Theorie benötigt. Als erstes werden Organisationen und nicht Personen als Teilnehmer definiert, da organisationale Entscheidungsprozesse beim Holocaust untersucht werden und nicht Individuen und individuelle Entscheidungen.<sup>40</sup> Zweitens wird uns zunächst nicht interessieren, ob Entscheidungen rational oder nicht-rational getroffen wurden. Wir konzentrieren uns nur auf die ersten zentralen Elemente der garbage can-Theorie sowie auf den jeweiligen Entscheidungskontext, d.h. die gleichzeitigen Ereignisse und Umstände innerhalb und außerhalb der entscheidenden Organisationen, die die Kopplung der vier Elemente des garbage can beeinflussen: Die vier Ströme im Entscheidungsprozess, die für die Überprüfung der ersten allgemeinen Hypothese operationalisiert werden, aber auch als Forschungsrahmen für weitere Beobachtungen in der gesamten Fallstudie über den Holocaust in Bulgarien dienen:

---

40 Vgl. Westphal 2001, Dammann 2002

- **Teilnehmer**

**Dachorganisationen**



- **Problemdefinition**

Mit dem oben gezeichneten Netzwerk von Organisationen können wir uns darauf konzentrieren, die Problematisierungen der einzelnen Ressorts, die an den Entscheidungsprozessen teilgenommen haben, im Hinblick auf „die Judenfrage“ zu untersuchen. Es ist sehr wichtig dabei herauszufinden, welche spezifische Argumentation diese Organisationen liefern und wie die spezifischen Probleme und Lösungen in der Zeitspanne 1939-1943 in Verbindung zum „Judenproblem“ gebracht wurden.

- **Lösungsdefinition**

Der dritte Strom im „Mülleimer“ der Entscheidungstheorie von James March u.a. ist, wie die anderen drei Ströme, zunächst als selbstständig zu betrachten. Als Lösungen der „Judenfrage“ konnten die folgenden Alternativen vorgeschlagen werden:

1. Wirtschaftliche und politische Restriktionen durch Gesetzgebung und spezielle Bestimmungen
2. Zwangsumsiedlung in andere Gegenden des Landes
3. Zwangsarbeit im Arbeitslager (-gruppen) innerhalb des Landes
4. Deportation ins Ausland und
5. Tötung

- **Entscheidungsgelegenheiten**

Entscheidungsgelegenheiten ergeben sich unter den folgenden Aspekten: Es entsteht Druck in der politischen Kommunikation, schnell zu handeln und zu entscheiden. Dieser Druck kann innenpolitisch bedingt sein – zum Beispiel komplizierte gesellschaftliche Verhältnisse wie Sabotage und Attentate, Hunger oder Wohnungsnot – oder außenpolitisch von Seiten der Alliierten oder der deutschen Verbündeten.

Die vier Ströme des garbage can-Modells geben uns einen relevanten allgemeinen theoretischen Rahmen, Organisationen und organisationale Entscheidungsfindung zu beobachten. Dieser Weg expliziert nicht nur das „Judenproblem“ an sich, sondern verortet es in einer Konstellation von Organisationen, mehreren komplizierten generellen Umständen und Prozessen der Entscheidungsfindung.

#### **4. Überprüfung: Deutsch-bulgarischer Entscheidungsprozess**

##### **4.1 Forschungsstand: die Personalisierungsthese**

Die meisten Arbeiten über den bulgarischen Holocaust konzentrieren ihr Interesse besonders auf „die Rettung der bulgarischen Juden“. Dies führt das Publikum oft zu dem falschen Eindruck, die bulgarischen Juden seien alle gerettet worden, weil meistens nur über „Rettung“ und über mythologisierte „Personen-Retter“ (König Boris III, den Vizevorsitzenden des Parlaments Peshev, Patriarch Stefan, den späteren Chef der kommunistischen Partei Todor Jivkov) geschrieben wurde. Wenn es um die Deportation der neubulgarischen Juden ging, sind aber dieselben untersuchten Personen nicht mehr im Mittelpunkt des Entscheidungsprozesses. Der wurde angeblich von den Deutschen gesteuert, und also waren die Personen nicht mehr verantwortlich für Deportation und Mord. Vor der politischen Wende am 10. November

1989<sup>41</sup> hatte sich die Version offiziell etabliert, die kommunistische Partei und ihr späterer Generalsekretär Todor Jivkov (1943 Funktionär in Sofia) hätten die bulgarischen Juden gerettet. Es wurden Bücher geschrieben, Filme gedreht, die diese Version glaubwürdig machen sollten. Dabei wurden Dokumente gefälscht, Archive blieben geschlossen, viele Wissenschaftler litten unter „historischer Amnesie“, was die Periode zwischen 1918-1944 in der bulgarischen Geschichte angeht. Das Thema wurde öfters für die politischen Ziele des Regimes manipuliert. Im Mittelpunkt der Darstellung stand immer der Kampf zwischen zwei politischen Systemen: Faschismus versus Kommunismus. Damals wurde die Rolle der KPB und ihres Chefsekretärs Todor Jivkov in den Fokus gerückt. Personen wie Zar Boris III, Peshev, Filov und Patriarch Stefan etc. – Personen, die vor dem Kommunismus an der Macht waren – wurden völlig tabuisiert. Ihre Rolle in der Periode 1939-1944 und speziell beim bulgarischen Holocaust wurde nie untersucht; diese Personen gerieten schlicht und einfach in Vergessenheit. Die einzige Ausnahme in Bulgarien vor 1989 ist die Forschung des Historikers Ilco Dimitrov (1969, 1980a, 1980b, 2000), der die Rolle von Zar Boris III interpretiert. Nach der Wende wurden viele Archivmaterialien veröffentlicht, viele Bücher von bulgarischen und ausländischen Wissenschaftlern erschienen. Darüber wurde erneut wissenschaftlich und politisch diskutiert. Viele der Autoren konzentrierten sich erneut auf die Beantwortung der Frage, *wer* der Retter war: zwei der prominentesten Studien nach 1989 sind die von Bar-Zohar (1998) und Nissim (2000). Bar-Zohar bezeichnet den König als Retter, weil ohne seine Entscheidung und die Änderung seiner Politik im entscheidenden Moment auch die altbulgarischen Juden deportiert und ermordet worden wären. Bei Nissim steht der Vizevorsitzende des Parlaments (Narodno Subranie) Dimitar Peshev als die wichtigste Person im Entscheidungsprozess der Rettung im Mittelpunkt seines Buches. Es ist durchaus verständlich, dass nach 1989 die Rolle von König Boris III und anderen Politikern und Figuren der bulgarischen Kirche und der Intelligenz aus dieser Periode mit großem Interesse untersucht wurde. Die Demokratisierung der Verhältnisse in Bulgarien lud dazu ein, die Geschichte wieder zu entmanipulieren. Daraus wurde ein Versuch, wieder Personen als verantwortlich zu betrachten, weil vorher Volk und Partei besonders betont wurden – neben dem Personenkult um Todor Jivkov.<sup>42</sup>

---

41 Mit dem Datum 10. November 1989 wird die bulgarische „Perestroika“ bezeichnet.

42 In der kommunistischen Gesellschaft in Bulgarien gab es immer eine diffuse Verantwortlichkeit, die nicht personifiziert wurde. Für alles war das Volk, die Partei, das Kollektiv verantwortlich, selten

Von manchen Autoren, die sich mit dem Thema Shoah in Bulgarien beschäftigen, wurde implizit auf soziale Umstände verwiesen, die eine unterschiedliche Gewichtung bei jedem Erklärungsangebot haben. Sogar Autoren, die der Frage „wer?“ treu blieben, benutzten implizit auch die Fragen „wie?“ und „warum?“. Man kann kaum übersehen, dass alle Autoren (ohne Ausnahme), obwohl manche detaillierter als andere, „Freundschaften“ und „Beziehungen“ bei der Rettungsaktion für die altbulgarischen Juden als eine ausschlaggebende Kraft für Proteste und deren Ergebnis registrieren. Andere Autoren (Oschlies 1972, Boyadjiev 1991, teilweise auch Hoppe 1979) unterstützen die These, die altbulgarischen Juden wurden „auf Kosten“ der neubulgarischen Juden gerettet („rational choice“ als „tragic choice“). Zu den innenpolitischen Umständen während der Shoah in Bulgarien zählen auch die relativ demokratischen Verhältnisse im Land, die die Proteste breiterer Kreise der Öffentlichkeit ermöglichten, heute sagt man: „civil society“ (Hilberg 1982, Oren 1989). Andere geben den außenpolitischen Umständen mehr Gewicht: bulgarischer Nationalismus im Sinne von Bulgarisierungsplänen für die neuen Gebiete (Fleischer 1996, Hoppe 1996, Baruch 1991, Cohen, ed. 1995), die Niederlage der Achsenmächte bei Stalingrad besiegelt am 2. Februar 1943, Antizipation deutscher und alliierter Entscheidungen bei späteren Nachkriegsverhandlungen oder ethnischer Nationalismus im Sinne von Beibehaltung der neuen Gebiete, verbunden mit der Politik „Truppenpräsenz, jedoch keine Kriegsführung“, d.h. „mit Deutschland, aber nicht gegen die Alliierten“ (Nissim 2000). Barouh

---

bestimmte Personen. Seit dem Ende der neunziger Jahren hat sich die Debatte in Bulgarien und in Israel in eine andere Richtung entwickelt. Das Thema der Deportation der neubulgarischen Juden und die Verantwortung der bulgarischen staatlichen Organisationen dafür, die früher vernachlässigt wurde, kam immer mehr in den Mittelpunkt politischer und wissenschaftlicher Kommunikation. In Israel wurde eine Kommission unter der Führung Moshe Beyskis, eines Überlebenden der Shoah, gegründet, um sich mit den Anschuldigungen der Nachkommen der thrasischen und mazedonischen Juden zu beschäftigen. Es wird gefragt: Kann man überhaupt Bulgarien als Rettungsland feiern, und ist es richtig, dass in Bulgarien alle Juden gerettet wurden? Die Kommission hat entschieden, dass alle persönlichen Denkmale durch ein allgemeines ersetzt werden. Diese Entscheidung hat für starke Aufregung in Bulgarien gesorgt und wurde von manchen Teilnehmern der Debatte als „Kompromiss“ bezeichnet (Bar-Zohar im Interview für die Zeitung Demokrazia von 19. Juli 2000 verteidigt weiter seine These, der König sei der Retter; das allgemeine Denkmal sei ein sozialer Kompromiss mit der historischen Wahrheit). So sind wir wieder auf dem alten Stand: Bulgarien wird eine diffuse Verantwortlichkeit zugerechnet, nur unter anderen Umständen: weil die gestellten Fragen, die diese Debatte begleiteten, unklare Antworten oder keine bekamen.

(2002) gibt einen Überblick über die Geschehnisse dadurch, dass sie mehrere soziale Umstände explizit problematisiert.<sup>43</sup>

## 4.2 Eine „organisierte Anarchie“?

Um die Frage zu untersuchen, warum die neu- und die altbulgarischen Juden ein ganz unterschiedliches Schicksal erlitten, müssen wir diese sozialen Umstände in die Analyse mit einbeziehen und alle anderen Problematisierungen, die die entscheidenden Organisationen kommunizierten, im Hinblick auf die Problematisierungen der „Judenfrage“ betrachten. Wir müssen untersuchen, welche Bedingungen eine Kollaboration (wir unterstellen sie vorerst) in Bezug auf „die Judenfrage“ seitens bulgarischer Organisationen begünstigten. Wenn wir eine Beobachtung der organisationalen Prozesse anstreben, ist es richtig anzunehmen, dass eine mögliche Vorgehensweise ist, die „Judenfrage“ in Verbindung mit anderen kommunizierten Problemen in der Zeitspanne zu analysieren. Wir können annehmen, dass sich die entscheidenden Organisationen in einer komplexeren Situation befanden, in der jedes Ressort im Entscheidungsprozess verschiedenen normativen und kognitiven Erwartungen ausgesetzt wurde, verschiedenartige Probleme und Lösungen definierte, und angesichts der sich ständig ändernden Umstände, organisationsspezifische Ziele und Teilnehmer diese Definitionen variierten und sich möglicherweise auch in den verschiedenen Phasen der untersuchten Zeitspanne änderten. So können wir versuchen, die zwei wichtigen Forschungsfragen dieses Projektes zu beantworten: Wieso beobachten wir im selben Entscheidungsprozess unterschiedliche Ergebnisse (Rettung und Mord), und welche sozialen Umstände lassen sich in Bezug auf die „Judenfrage“ erstens als entscheidend für Mitwirkung (Mord) bulgarischer staatlicher Organisationen und zweitens als entscheidend für Ablehnung von Mitwirkung (Rettung) benennen? Soziologisch umschrieben heißt das: Welche Problematisierungen der entscheidenden Organisationen wurden in der Kommunikation explizit benannt? Können wir über *problematische Präferenzen, unklare Technologien und fluktuierende Teilnehmer*<sup>44</sup> in der Kommunikation zwischen und in den verschiedenen Ressorts selbst reden, und wie knüpften die kommunizierten Probleme an die „Judenfrage“ in Bulgarien an? Wann und unter

---

43 Die Autorin steht „Retter-Schemata“ in Bezug auf Bulgarien während des Zweiten Weltkriegs kritisch gegenüber, vgl. Barouh 2002: 81 ff.

44 Vgl. March 1994: 178 über seine Definition der Situation der Ambiguität.

welchen Umständen ist die „Judenfrage“ schon als Problem für die entscheidenden Teilorganisationen erschienen, und wie wurde dieses Problem genau von den Teilnehmern in der Kommunikation definiert?

### 4.3 Eine Politik zwischen Scylla und Charibdis

Mit dem Beitritt zum Dreimächtepakt verfolgte Bulgarien zwei große außenpolitische Ziele, die die ganze Zwischenkriegsperiode charakterisierten und die als entscheidend für die Haltung Bulgariens während des Zweiten Weltkriegs in der politisch-administrativen und militärischen Kommunikation betrachtet wurden:

***Kommunikative Unterstellung 1: Konsens über die Vermeidung einer potentiellen Kriegsgefahr: Politik der Neutralität: „Wenn sich die Eselhengste treten, dann muss sich das Eselein zur Seite stellen.“<sup>45</sup>***

Die Angst vor dem Krieg, vor Beteiligung an „eentlichen“ Kriegsgeschehnissen (außerhalb der Besetzungsaktivitäten in Jugoslawien) zeichnete konsequent die bulgarische Außenpolitik der untersuchten Periode aus. Über das Ziel Bulgariens, sich nicht aktiv am Krieg zu beteiligen, erreichte man mehr als über alles andere einen Konsens zwischen den regierenden Organisationen und der Opposition. Keine andere Idee, außer dem nationalen Revisionismus, besaß die Kraft, als solcher Kitt in der Politik zu wirken und politische Uneinigkeit und Rivalitäten zu hemmen. Bulgarien lehnte bis zum letzten Kriegsjahr aktive militärische Beteiligung am Krieg außerhalb der Partisanen-Bekämpfung in Jugoslawien ab, vor allem Truppen an die Ostfront zu schicken und damit die Deutschen zu unterstützen. Es unterhielt als einziger deutscher Verbündeter aktive diplomatische Beziehungen zur Sowjetunion. Dieses Problem wird in der Literatur ausführlich diskutiert;<sup>46</sup> Groueff (1991: 402) bezeichnet die Politik des Zaren Boris III (er versteht die Figur des Zaren als den allerhöchsten

---

45 Vgl. ZDA, Fond 250-B/1/ 39, Bl. 40, Minister Mitakov erzählt, dass er sich daran erinnert, dass Minister Daskalov (Verteidigungsminister im Kabinett Filov) über seine Begegnung mit Zar Boris und seine Reaktion zu Beginn des Krieges erzählte und den Zar zitierte; damit meint Zar Boris eine Politik der Neutralität, die Bulgarien konsequent verfolgen müsse.

46 Vgl. Groueff 1991, Toschkova 1985, Chary 1972 etc.

Entscheidungsträger des Königreichs – Personalisierungsthese) im Jahr 1942 als Politik des *friedlichen Revisionismus*:

*Das war die Grundlage der bulgarischen Außenpolitik: Bulgarien wird nicht eine einzige Militärtruppe schicken, um ihre Solidarität mit den Verbündeten oder ihre Abneigung zu den Kommunisten zu zeigen.*<sup>47</sup>

Minister Mitakov (Justizminister im ersten Filov-Kabinett vom 26. Oktober 1939) spricht davon, dass die Wahl zum Parlament im selben Jahr unter dem Motto „Frieden und Neutralität“ verlief, was zum Hauptziel der Außenpolitik erklärt wurde.<sup>48</sup> Auch in der Dokumentation der bulgarischen Fachorganisationen (Ministerien) aus der Zeit sowie in Peshevs Notizen<sup>49</sup> zu der Periode wurden die Position der Regierung und ein nationaler Konsens klar: einerseits hatte Bulgarien kein Interesse, gegen Deutschland im Krieg zu kämpfen, andererseits wollte es nicht riskieren (wegen seines Status auf dem Balkan), sich mit den Nachbarländern im Krieg zu befinden. Peshev bemerkte in seinen Notizen über die Geschehnisse im Jahr 1941, dass Bulgarien das russische Bündnisangebot nicht annehmen konnte, weil die Gefahr existierte, die Kommunisten im Lande würden damit unterstützt, die Peshev als *„ein politisches Problem für die Regierung“* bezeichnete.<sup>50</sup> Andererseits war die gesellschaftliche Meinung in der Kommunikation über die bulgarische Haltung zwischen Deutschland und Russland gespalten. Der Zar und die Regierung wollten die Kriegsteilnahme nicht zulassen: entscheidend waren die revisionistischen Forderungen, deren Verwirklichung eine Annäherung an die Sowjetunion nur behindern würde.

*Der zeitgenössische Bulgare fühlte sich in seinen Gedanken und Gefühlen gespalten. Einerseits gab es die Überzeugung, dass unsere wirtschaftlichen Interessen uns zu Deutschland stoßen, andererseits, dass die traditionellen Gefühle uns mit dem russischen Rettervolk verbanden.*<sup>51</sup>

---

47 Vgl. Groueff 1991: 402 (meine Übersetzung)

48 Vgl. ZDA, Fond 250-B/1/ 39, Bl. 40

49 Vgl. ZDA, Fond 1335-K/1/165, Bl. 11-13

50 Vgl. ZDA, Fond 1335-K/1/165, Bl. 1-54, Peshevs Notizen

51 Vgl. ZDA, Fond 1335-K/1/165, Bl. 3 (meine Übersetzung)

1939 äußerte sich der bulgarische Zar persönlich zu der außenpolitischen Situation im Gespräch mit seinem Vertrauten Lultschev: *„Ich, mein lieber Lultschev, bin im allgemeinen zielgerichtet. Es mag sein, dass ich zwischen den Details schwanke, aber die Richtlinie verfolge ich konzentriert und konsequent. ... Weder Göring hat es geschafft, mich mit seinen Flugzeugen zu kaufen, noch haben mich die Engländer mit ihrem Lob überzeugt. Ich halte immer noch meine Position der Neutralität, die ich auch heute noch verteidige.“*<sup>52</sup>

Die einzig mögliche Politik für Bulgarien wurde die der Neutralität. Dies wurde auch zum Inhalt eines Geheimtelegramms aus Sofia vom deutschen Gesandten Richthofen an den Außenminister Joachim von Ribbentrop, in dem er schreibt, dass die bulgarische Regierung als Antwort auf die deutsche Forderung, deutsche Truppen nach Bulgarien zu schicken, nochmal ihre Position betonte, eine friedliche Politik weiterzuführen.<sup>53</sup> Die bulgarische Regierung informierte sogar die russische Regierung diesbezüglich und erhoffte sich damit Verständnis von Russland, dass die damalige politische Situation solches Benehmen verlangte. Die bulgarische Regierung demonstrierte ausdrücklich ihre Entschlossenheit, weiterhin mit Russland solchen Umgang zu pflegen.

In den Richtlinien an die Bürgermeister und die anderen administrativen Verwaltungsorganisationen des Landes spricht Innenminister Gabrowski (September 1941)<sup>54</sup> von den zwei wichtigsten Zielen der bulgarischen Außenpolitik. Die Außenpolitik des Landes wird nur von ihren *nationalen Interessen* gesteuert. An erster Stelle steht die Unabhängigkeit Bulgariens und die Schaffung solcher Bedingungen, die dem Land eine rasche Entwicklung und einen gerechten Platz in Europas neuer Ordnung ermöglichen. Dabei kann als höchster Prioritätsanspruch für die bulgarische Führung und das ganze Volk nichts anderes dienen, als dies mit friedlichen Mitteln zu erreichen und sich mit aller Kraft dagegen zu wehren, sich an diesem Krieg mit Truppen zu beteiligen.

---

52 Vgl. Gentschev 1972: 405 (meine Übersetzung)

53 Vgl. Toschkova 1992 (Hg.): 34, Dokument Nr. 17

54 Vgl. ZDA, Fond 264-K/1/123, Bl. 1-29, Archiv des Innenministeriums

## ***Kommunikative Unterstellung 2: Konsens über den bulgarischen Revisionismus***

Das zweite Hauptprinzip der Außenpolitik, das Bulgarien als deutscher Verbündeter verfolgte, war der Zurückgewinn aller bulgarischen Territorien, die seit dem Abkommen von Neuilly nicht mehr zu Bulgarien gehörten. Der bulgarische Revisionismus hatte in der ganzen Zwischenkriegszeit und in den Jahren des Zweiten Weltkrieges eine Politik vorgeschrieben, die sich als Hauptziel die Veränderung des Friedensabkommens nach dem Ersten Weltkrieg setzt. Damit wurden nicht nur territoriale Forderungen erhoben, sondern auch solche nach finanziellen Erleichterungen, die für die bulgarische Wirtschaft eine Last waren.<sup>55</sup> Mit den territorialen Forderungen verband man in Bulgarien die Verwirklichung des Nationaltraumes von „Großbulgarien“. Das bulgarische Volk identifizierte sich sehr stark mit den „Brüdern“ der verlorenen Territorien, mit denen es 500 Jahre Seite an Seite gegen das „osmanische Joch“ kämpfte. Alles war nicht so lange her, so dass sich die Bulgaren an die „glorreichen Jahre“ erinnern konnten, in denen nach dem Russisch-Türkischen Krieg 1878 neue bulgarische Geschichte geschrieben wurde und Bulgarien dann nach dem Berliner Kongress zum ersten Mal seine im Kampf geborene Einheit verlor. Jede Regierung seither, gleich welcher Partei sie angehörte und welche anderen Ziele sie sich setzte, war sich dessen bewusst, welche Bedeutung die Idee der Wiedervereinigung Bulgariens hatte. Und wenn Politiker oder Regierungen es wagten, von dieser außenpolitischen Linie abzulenken, wurden sie sogar durch Gewaltanwendung in die alten politischen Bahnen gelenkt.<sup>56</sup> Man kann dieser Idee von „Großbulgarien“ eine

---

55 Vgl. Dimitrov 1980

56 Es reicht uns, das Beispiel anzuführen, welchem Schicksal der Regierungschef Aleksander Stamboliisky (Agrarpartei, eine der stärksten und modernsten Parteien in Europa) unterlag: seine Politik zur Annäherung an Serbien und die Idee eines starken Balkanpakts kostete ihn das Leben. Die Führer der Inneren Mazedonischen Revolutionären Organisation (IMRO) konnten ihm diesen Wendepunkt seiner Politik nie verzeihen und erklärten ihn des Verrats der bulgarischen Nationalinteressen für schuldig. Das bedeutete, übersetzt in die Sprache der Mazedonischen Organisation, nichts anderes als die Unterzeichnung seines Todesurteils. Die grausame Ermordung von Stamboliisky sollte zwei politische Zwecke erfüllen. Sie sollte zum einen als Warnung an alle Politiker und Organisationen dienen, die die Idee von „Großbulgarien“ nicht vor Augen behielten. Als zweites setzte IMRO ein generelles Zeichen dafür, dass sie sich als eine reale Macht in der bulgarischen Politik etablierte, die mit ihren oft als terroristisch bezeichneten Methoden nicht nur Angst in der Bevölkerung verbreitete, sondern auch die Politiker und selbst den Zarenhof schreckte.

etwas außergewöhnliche Kraft zuschreiben, politische Konflikte zu bändigen und sich damit als Synonym von politischer Einigkeit zu etablieren:

*Die historische Berufung der Bourgeoisie als führende Klasse bestand darin, die nationale Einigkeit zu verwirklichen, was praktisch die Wiederherstellung der Grenzen Bulgariens laut des Vertrages von San Stefano bedeutete. ... Nachdem die bulgarische Bourgeoisie die nationale Einigkeit als ihr Ziel formulierte, musste sie auch Wege zu ihrer Erreichung ermitteln. ... In dieser Situation hat die außenpolitische Orientierung für die bürgerlichen Parteien und das machthabende Regime eine außerordentlich große Bedeutung gewonnen. Die zahlreichen Parteien unterschieden sich nicht so sehr durch ihre innenpolitischen Programme, sondern vielmehr durch ihre außenpolitischen Neigungen.<sup>57</sup>*

Im März 1941 sagte Ministerpräsident Filov im Parlament: „Wir reden seit 20 Jahren von Revision, haben nur auf den richtigen Moment gewartet. Heute können wir nicht einfach zusehen, sondern wir müssen handeln; unsere Politik ist die logische Folge all dessen, was nach dem Ersten Weltkrieg passierte.“<sup>58</sup> Auch in seiner Rede im September 1942, ein Jahr später, als er die wichtigsten 18 Programmpunkte seiner zweiten Regierung (April 1942) vor einem Fachpublikum präsentierte, redete er über die bedeutendsten Aspekte der Außenpolitik seit dem Ende des Ersten Weltkriegs und liess wissen, dass sich in dem Punkt auch in diesem Kriegsjahr nichts geändert hatte:

*Unsere Außenpolitik reagierte immer konsequent auf die Neuilly-Diktatur, die uns mit Macht aufgezwungen wurde. ... Alle unsere Regierungen nach dem Großen Europäischen Krieg betrieben mehr oder weniger eine revisionistische Politik und versuchten, diese Politik an sich ständig ändernde Bedingungen anzupassen und an die Möglichkeiten, die sich im Laufe der Zeit als günstig erwiesen.<sup>59</sup>*

---

57 Vgl. Dimitrov 1980a: 208-209

58 Vgl. Groueff (1991: 357) (meine Übersetzung)

59 Vgl. ZDA, Fond 1335-K/1/82, Bl. 6, die Rede von Ministerpräsident Bogdan Filov am 15. September 1942 im Militärklub in Sofia (meine Übersetzung)

Und wenn die territoriale Revision während der ersten Zwischenkriegsperiode kein unmittelbares Ziel<sup>60</sup> darstellte, so sah doch die bulgarische Führung in der revisionistischen Politik des Deutschen Reiches seit den 30er Jahren die greifbar nahe Gelegenheit, jetzt dieses Ziel ein für allemal zu erreichen. Ohne die Vereinigung mit Thrazien, Mazedonien, Pirot und Süddobrudja könnte man die bulgarische Zukunft als unsicher bezeichnen, so Gabrowski, und das bulgarische Volk wäre allen möglichen Gefahren ausgesetzt.

*Diese allerhöchsten nationalen Prioritäten jedes einzelnen Bulgaren waren immer für die bulgarische Außenpolitik entscheidend und haben immer die Handlungsrichtlinien vorgegeben. Sie sind auch jetzt entscheidend. In seiner Außenpolitik hat sich Bulgarien immer nach diesen nationalen Interessen gerichtet und diesbezüglich jeden weiteren Schritt geplant.*<sup>61</sup>

Die Zukunft des Landes im Jahr 1941 hing von der Entwicklung der Kriegsgeschehnisse ab. Man durfte aber nicht den Fehler begehen, so Gabrowski, die bulgarische Außenpolitik nach irgendwelchen Sympathien, abstrakten Ideen oder nach fremder Propaganda und Einfluss zu richten. Ganz im Gegenteil spricht der Innenminister von den nationalen Interessen Bulgariens, welchen alle anderen Ziele untergeordnet sind.<sup>62</sup>

In dieser Richtung der bulgarischen Außenpolitik erkannte der amerikanische Konsul Bary in Istanbul einen nationalen Konsens aller politischen Gruppierungen. In der Politik der nationalen Vereinigung sah er *„eher ein gesamtbulgarisches Programm und nicht die Politik einer konkreten politischen Gruppe“*.<sup>63</sup>

Als Bulgarien das Dreimächteabkommen unterschrieb und im Jahr 1940 das Parlament das Gesetz zum Schutz der Nation erließ, wurde damit auch offiziell die Richtung der bulgarischen Judenpolitik vorbestimmt, wenn dies auch 1940-1941 noch von den

---

60 Vgl. Dimitrov 1980a: 219

61 Rede von Innenminister Gabrowski 1941, ZDA, Fond 264-K/1/123, Bl. 15 (meine Übersetzung)

62 Ebd.

63 Vgl. Toschkova (Hg.) 1992: 149, Dokument Nr. 110, Bericht des amerikanischen Konsuls Bary an den Außenminister der USA über die politische Lage in Bulgarien nach dem Tod von Zar Boris III (meine Übersetzung).

verschiedenen Ressorts nicht klar expliziert wurde. Jede Teilorganisation beschäftigte sich in ihrer Domäne mit verschiedenen Problemen und Erwartungen (normativen und kognitiven), denen sie nach dem Beginn des Krieges ausgesetzt wurde und die sich im Laufe des Krieges veränderten. Es ist anzunehmen, dass das „Judenproblem“ sich nur in bestimmten Teilorganisationen anhäufte und die anderen Organisationen nicht immer Zugang zu Informationen über die spezifische interne Kommunikation bekamen. Darauf verwies der ehemalige Agrarminister Kuschev in seiner Aussage vor dem Volksgericht nach dem Krieg. Die Fragen der Außenpolitik insgesamt und sogar manche Fragen der Innenpolitik seien nicht vor dem Ministerrat als Dachorganisation diskutiert worden. Er verwies auf die unterbrochene Kommunikation zwischen dem Agrarministerium, Außenministerium und Verteidigungsministerium über wichtige Fragen bezüglich der annektierten Gebiete Süddobrudja, Mazedonien und Thrazien:

*Ich war nicht in der Lage, zur Domäne des Verteidigungsministeriums sowie des Außenministeriums Zugang zu bekommen, besonders als letzteres durch die Entscheidung von höchster Stelle<sup>64</sup> isoliert wurde.<sup>65</sup>*

Man bekam den Eindruck, dass die wichtigsten Fragen der Innen- und Außenpolitik von den sogenannten „Vier“<sup>66</sup> entschieden wurden unter der Führung des Zaren, so jedenfalls Minister Kuschev.<sup>67</sup>

Diese beiden Richtungen der bulgarischen Außenpolitik lassen sich am besten in einem Satz zusammenfassen: „*Unsere Nichtteilnahme am Krieg schließt nicht die*

---

64 Der Minister meint wahrscheinlich mit dem Ausdruck „höchste Stelle“ den Zar und den Zarenhof.

65 Vgl. ZDA, Fond 250-B/1/ 39, Bl. 24-25 (meine Übersetzung)

66 Unter dem Namen wurde das Kriegskabinett bekannt, das aus vier Ministern (Ministerpräsident, Verteidigungsminister, Innen- und Außenminister) unter der Führung von Zar Boris III zusammengestellt wurde.

67 Die Aussagen vor dem Volksgerichtshof sind unter Todesdrohung entstanden. Fast alle nachrangigen Politiker der Zeit von 1941-1943 sind auch anschließend hingerichtet worden. Ich verwende solche Aussagen nur, wenn sie mir nicht unplausibel erscheinen. Soziologisch methodologisch gesagt: Ich beobachte in dieser Beschreibung (per beobachtendem Verstehen), wie Gerichtskommunikation oder das Kommunikationsangebot eines Angeklagten die operativ verstehende Kommunikation in der entscheidenden Zeit (per beobachtendem Verstehen) beschreiben. Zur Unterscheidung von operativem und beobachtendem Verstehen vgl. Nassehi 1997.

*Verwirklichung der historischen Aufgaben des bulgarischen Volks aus.*<sup>68</sup> Dieser Satz stellt den allgemeinen Rahmen der explizit kommunizierten bulgarischen Außenpolitik in der untersuchten Periode 1940-1943 dar, und in diesem Rahmen trafen die Organisationen auch ihre Entscheidungen über die neu- und albulgarischen Juden. In welchem Zusammenhang diese Prozesse zueinander standen, können wir im Weiteren mit Hilfe der garbage can-Theorie analysieren.

#### 4.4 Züge einer opportunistischen Politik

Bis zum Jahr 1942 konnte man sagen, dass die „Judenfrage“ nicht explizit als Problem in der politischen Kommunikation definiert wurde, außer in Diskussionen über das Gesetz zum Schutz der Nation, insbesondere in darauf folgenden Protesten breiterer politischer und öffentlicher Kreise. Ob eine solche Problematisierung in der internen organisationalen Kommunikation festzustellen ist, können wir mit Hilfe der vier garbage can-Ströme untersuchen. Man kann jedenfalls nach dem Erlass des „Gesetzes zum Schutz der Nation“<sup>69</sup> von einem *symbolischen* Anfang der Judenpolitik reden. Es war zu dem Zeitpunkt jedoch noch nicht vorherzusehen, welche späteren Konsequenzen das Gesetz sowohl für die entscheidenden Organisationen als auch für die bulgarischen Juden selbst haben würde. Die Entscheidung, ein solches Gesetz zu entwerfen und für Bulgarien zu erlassen, wurde vielmehr in der Literatur und anderen Datenquellen dieser Zeit als *politischer Opportunismus* bezeichnet. Selbst der Zar erklärte diese Entscheidung als *zeitgemäß*, als *passend* zum neuen europäischen Zeitgeist und zur Politik der deutschen Verbündeten, und in dem Sinne wäre es besser, so der Zar, wenn die bulgarische Regierung selbst etwas in die Richtung unternähme, anstatt ein solches Gesetz von deutscher Seite aufgezwungen zu bekommen.<sup>70</sup> Es ging um Antizipation deutscher Entscheidungen. Der Zar pflegte in solchen unsicheren Situationen zu sagen: *„Wenn die Flut deinen Acker erreicht, lass sie lieber durchfließen, anstatt einen Damm zu bauen: sonst verlierst du den Damm*

---

68 Vgl. die Aussagen von Agrarminister Daskalov vor dem Volksgericht, ZDA, Fond 250-B/2/40, Bl. 2 (meine Übersetzung)

69 Dezember 1940

70 Vgl. Cohen (ed.) 1995: 133-134; Dokument Nr. 29. Es wird ein Gespräch mit dem Zaren zitiert, in dem er als Argument für das Gesetz die Handlungen der Nachbarländer Rumänien und Ungarn heranzieht.

und deinen Acker auch noch.“<sup>71</sup> Als der Rabbiner Daniel Zion gegen das Gesetz protestierte und eine Audienz beim König verlangte, informierte ihn der Berater im Zarenhof Lultschew, dass das Gesetz „lediglich“ verabschiedet worden sei, „um den Forderungen unserer deutschen Verbündeten Genüge zu tun“.<sup>72</sup> Es mag sogar sein, dass sich die bulgarische Regierung ohne deutschen Druck dafür entschied, dieses Gesetz zu erlassen, aus „Dankbarkeit“ für die deutsche Hilfe zur Wiedervereinigung mit Süddobrudja und als Zeichen für die pro-deutsche Außenpolitik der bulgarischen Regierung, mit der sich Bulgarien den Anschluss der Gebiete Thrazien, Mazedonien und Pirot erhoffte.<sup>73</sup> Der Vizevorsitzende der parlamentarischen Kommission für innere Angelegenheiten Nikolaev schrieb in seinen Memoiren: „Die Abgeordneten griffen die Juden an, aber dachten dabei an Dobrudja.“<sup>74</sup> Und als er seinen Rücktritt einreichen wollte, weil er mit dem Gesetz nicht einverstanden war, riet ihm Außenminister Popov davon ab, falls er nicht den bulgarischen Interessen schaden wolle. Diese außenpolitischen Interessen beinhalteten die Vereinigung aller bulgarischen Gebiete ohne Kriegsführung.<sup>75</sup>

Auch der Justizminister der ersten Filov-Regierung Mitakov gab uns (vor dem Volksgerichtshof) wichtige Hinweise darüber, dass bis 1942 in Bulgarien trotz des Gesetzes zum Schutz der Nation die „Judenfrage“ als Problem nur beschränkt kommuniziert wurde, nämlich zur Anpassung der bulgarischen Maßnahmen an die der deutschen Verbündeten diene:

*Für mich war die „Judenfrage“ während der Zeit, als wir das Gesetz zum Schutz der Nation erließen, keine wirtschaftliche, Rassen- oder Religionsfrage; meiner Meinung nach war und bleibt diese Frage, trotz mancher widersprüchlicher Hinweise, eine rein politische, die durch die Umstände an die Tagesordnung kam und einen temporären Charakter besaß: nur bis der Krieg zu Ende ist.“<sup>76</sup>*

---

71 Vgl. ZDA, Fond 250-B/1/ 39, Bl. 40, die Aussagen von Minister Vassil Mitakov (Justizminister in der ersten Filov-Regierung) vor dem Volksgericht. (meine Übersetzung)

72 Vgl. Nissim 2000: 116

73 „Preparation of the Act on the Protection of the Nation (NPA), which initiated anti-Jewish legislation in this country, began without any pressure from Berlin.“ vgl. Barouh 2002: 82

74 Vgl. Nissim 2000: 93

75 Ebd.: 93-94

76 Vgl. ZDA, Fond 250-B/ 1/39, Bl. 43 (meine Übersetzung)

Scheinbar, wie dieser Minister unterscheidet auch die Forschung zum Antisemitismus zwischen vier Strömungen und entsprechenden Narrativen: wirtschaftliche, rassische, religiöse und eben „politische“ Judenfeindschaft. Diese Unterscheidung ist sogar bei einem Vergleich des rumänischen mit dem bulgarischen Antisemitismus erprobt worden (Brustein/King 2004). Aber „politisch“ heißt dort: Juden werden als Gefahr für die Politik wahrgenommen, weil sie „zuviel“ Macht akkumulieren oder für linke Politik votieren (vgl. ebd.: 446-450). Genau das wird mit „politischer Frage“ von Minister Mitakov nicht gemeint, Juden vielmehr nur zum Anlaß genommen, ein ganz anderes Problem im politischen Feld zu kommunizieren, für das temporäre antijüdische Maßnahmen eine Lösung darstellen.

Ähnliche Argumentationen wie diese finden wir in den Notizen von Dimitar Peshev<sup>77</sup> (Vizepräsident des Parlaments), der sich auch sicher war, dass die „Judenfrage“ in Bulgarien zur Zeit der Inkraftsetzung des Gesetzes nicht existierte. Peshev analysiert die Situation in Bulgarien, indem er hervorhebt, dass keine nennbaren sozialen Bedingungen und Bedürfnisse aufzulisten sind, die den Nutzen eines solchen Gesetzes bekräftigen. Peshev war sich sicher, dass die Verabschiedung des Gesetzes damit verbunden war, die bulgarische Politik auf die deutsche abzustimmen, und da *„die Deutschen der ‚Judenfrage‘ große Bedeutung beimessen“*,<sup>78</sup> entschied sich die Regierung, aus solchen opportunistischen Gründen dieses Gesetz zu erlassen, ohne die ausdrückliche Forderung von deutscher Seite abzuwarten.

*So konnte die Gesellschaft nur Vermutungen über diese Frage anstellen; dabei gab es einige, die der Meinung waren, dass die bulgarischen Interessen an der Seite der deutschen Politik, die zur Verwirklichung der bulgarischen nationalen und staatlichen Ziele führte, einige temporäre restriktive Maßnahmen gegen die Juden rechtfertigen könnten, wenn die Juden keine Nutznießer dieser Politik sein konnten.*<sup>79</sup>

Aber am meisten beeindruckte die Reaktion des Zentralrates der Juden in Sofia, als dieses Gesetz an die Öffentlichkeit gebracht wurde: Er deklarierte, wie sehr er *„den geliebten Zar und die geliebten Machthaber“* verehrte, die mit diesem Gesetz *„uns vor*

---

77 Vgl. ZDA, Fond 1335-K/1/ 156, Bl. 60-61, 73-75

78 Vgl. ZDA, Fond 1335-K/1/ 156, Bl. 73-75 (meine Übersetzung)

79 Ebd. (meine Übersetzung)

dem Krieg verschonen wollten“.<sup>80</sup> Damit war dieses Gesetz für die Dachorganisation der bulgarischen Juden kein Zeichen für Antisemitismus, sondern nur für politischen Opportunismus. Und damit bulgarische Juden für diese Politik Unterstützung leisten konnten, wurde auch die Verhaltensweise der Juden vom Zentralrat vorgegeben: „In diesen schwierigen Zeiten müssen wir uns diesen restriktiven Maßnahmen unterwerfen, ohne zu protestieren“. Oder: „Die Juden dürfen nicht über die Verordnungen der Regierung streiten, sie kritisieren oder kommentieren.“ Und „... komplette Zurückhaltung, keine Streitigkeiten, keine Kritik an niemandem.“<sup>81</sup>

#### **4.5 Mitwirkung der bulgarischen Organisationen im deutsch-bulgarischen Entscheidungsprozess**

- **Die These des deutschen Drucks in der Literatur über den bulgarischen Holocaust**

Der größte Teil der Literatur über den Holocaust in Bulgarien konzentriert sich auf die Beantwortung der Frage, wer die bulgarischen Juden gerettet hat. So Oren (1989: 412):

*Several attempts have already been made to reveal the truth. As a result much information has been collected and made public. The accounts so far produced have not been the works of professional historians. In the main, they have suffered from a common deficiency by focusing themselves on the question of who saved the Jews, rather than how the Jews of Bulgaria managed to survive. Thus the question had led the various raconteurs to search for the incidental and specific.*

Dabei ersparen sich die Forscher Bemühungen, die Deportationen der neubulgarischen Juden zu untersuchen, meistens mit der Erklärung, dass der deutsche Druck dort entscheidend wurde, da diese Gebiete nicht auf einer Vertragsbasis von Bulgarien annektiert wurden.<sup>82</sup> So entsteht häufig eine spezifische Abgrenzung der neubulgarischen Gebiete von den altbulgarischen. Es scheint, dass der deutsche

---

80 Vgl. Toschkova 1997: 19 (meine Übersetzung)

81 Vgl. Toschkova 1997: 19-20 (meine Übersetzung)

82 Vgl. eine Kritik dieser Vorgehensweise in Wagenstein 2003: 73

Druck sich in dieser Forschungsrichtung als ein wichtiges Argument bei der Erklärung des Todes der neubulgarischen Juden erweist.<sup>83</sup> Die Frage des deutschen Drucks wird auch in diesem Forschungsprojekt berücksichtigt, dient aber nur als ein Element der Untersuchung. Wir dürfen nicht annehmen, dass das mitentscheidende Land (in dem Fall: Bulgarien) ein machtloses Instrument in deutschen Händen war.

- **Bulgarien als ein „machtloses Instrument“ der deutschen Politik?**

Bulgarien gehörte zu den deutschen Verbündeten im Zweiten Weltkrieg und war damit kein Land, in dem Deutschland die legitime Macht besaß, politische Entscheidungen mitzubestimmen oder selbst durchzusetzen und durchzuführen, anders als in den von Deutschland besetzten Regionen, wo Deutschland allerdings auch auf Mitwirkung der lokalen Organisationen angewiesen war.<sup>84</sup> Im Fall, dass Bulgarien Deportationen ablehnte oder sich sogar weigerte, sich an bilaterale Abkommen mit Deutschland bezüglich der „Judenfrage“ zu halten, bestand die Möglichkeit für die jüdische Bevölkerung, Deportationen und dem Tod zu entkommen. Sie mußten dafür nicht fliehen, wie in Dänemark, einem Land mit diplomatischen Beziehungen zum Deutschen Reich, das aber besetzt war. Das kann man sehr deutlich einem Bericht vom 31. Dezember 1941 (Berlin) entnehmen,<sup>85</sup> in dem Konrad Rödiger im Reichsaußenministerium dem Staatssekretär von Weizsäcker über die zwischenstaatlichen Aspekte der „Judenfrage“ berichtete. In dem Dokument steht ausdrücklich, dass, falls sich ein Land nicht im Krieg mit Deutschland befunden hatte, die „Judenfrage“ mittels bilateraler Handelsabkommen und offizieller Vereinbarungen zwischen den Konsulaten und den Regierungen entschieden wurde. Die juristische Regelung der „Judenfrage“ erfolgte nur durch die Bewilligung des Heimatlands, dessen Juden sich zu der Zeit in Deutschland aufhielten. Anderes, wie z.B. der Vorschlag des bulgarischen Außenministers, diese Gelegenheiten durch ein allgemeines Abkommen zwischen den europäischen Ländern zu regeln, wurde von der Rechtsabteilung in Deutschland mit folgender Argumentation abgelehnt:

---

83 Vgl. Oschlies 1972, Matkowski 1982, Boyadjiev 1991, Hoppe 1996

84 Vgl. ausführlich dazu Seibel/ Raab 2003

85 PA. AA, Bestand: Inland IIg, Bd. 183, Bl. 486195-486196

*Die Übernahme solcher multilateralen Verpflichtungen seitens eines Staates bezüglich irgendeiner Gruppe eigener Staatsangehöriger ist theoretisch möglich, jedoch in der Praxis nicht üblich; die Übernahme solcher Verpflichtungen würde als Einmischung in die Souveränität eines Landes betrachtet. Deshalb kann ein solches multilaterales Abkommen zwischen den Staaten, die eine ähnliche Politik wie die deutsche gegen die Juden implementieren, nicht in Rücksicht auf ihre eigenen Juden erfolgen.<sup>86</sup>*

Der bulgarische Justizminister Partov äußerte sich im Ministerrat im entscheidenden Monat Februar 1943, als es zur Entscheidungsfindung über Deportationen bulgarischer Juden kam (*Rechtsargumentation*): „Nach der Andeutung einer möglichen deutschen Forderung in diese Richtung<sup>87</sup> sagte ich aber, dass wir trotzdem nicht ins Extrem über die Judenfrage verfallen könnten, wie dies Kroatien und die Slowakei getan hatten, da diese zwei Staaten deutsche Kreationen sind und nicht völlig unabhängige Staaten wie unserer.“<sup>88</sup>

Was ist mit der politischen Souveränität bulgarischer Organisationen in den neu erworbenen Gebieten (1942) Pirotd, Thrazien und Mazedonien? Diese Gebiete standen unter bulgarischer Verwaltung. Das Schicksal dieser Territorien würde erst nach dem Ende des Krieges endgültig entschieden. Anders als im Gebiet Südbrodruja, das mit dem Krajova-Abkommen offiziell als bulgarisches Territorium anerkannt wurde, bekam Bulgarien in Mazedonien und im Belomorie-Gebiet (Thrazien) das Recht, eine Zivilverwaltung aufzubauen und die Administration nach dem Rückzug der deutschen Militärverwaltung zu übernehmen.<sup>89</sup> In seinen Erinnerungen an die Deportation der neubulgarischen Juden notierte Peshev das Folgende:

*Ich habe vermutet, dass dies passiert, weil diese Gebiete nicht offiziell von Bulgarien annektiert wurden und Deutschland dort die größere Möglichkeit besaß, uns seine Entscheidungen aufzudrängen. Das war nur eine Einschätzung von mir,*

---

86 Vgl. Toschkova (Hg.) 1992: 68-69 (meine Übersetzung)

87 Damit sind Deportationen gemeint, R. I.

88 Vgl. ZDA, Fond 250-B/1/40, Bl. 29, Aussagen von Justizminister Partov vor dem Volksgericht (meine Übersetzung)

89 Vgl. ausführlich zum Charakter der Verwaltung der neuen Gebiete Daskalov 1990.

*obwohl sich die Verwaltung dieser Gebiete auf keine Weise von der Verwaltung anderer Teile Bulgariens unterschied.*<sup>90</sup>

Dass die deutschen Organisationen keine legitime Macht in diesen Gebieten nach dem Rückzug der deutschen Militärverwaltung und der Übergabe der Verwaltung in bulgarische Hände hatten und dass die neuen Gebiete Pirot, Thrazien und Mazedonien praktisch nach denselben Regeln wie im per Abkommen annektierten Süddobrudja verwaltet wurden, beweisen zwei Dokumente aus den Jahren 1941 und 1943. Das sind insofern wichtige Hinweise für die Analyse, weil wir mit diesen Dokumenten die Annahme überprüfen können, dass die bulgarischen staatlichen Organisationen sogar in ihrem Besatzungsstatut nicht ohne weiteres direkt von deutschen Entscheidungen beeinflusst werden konnten. Das erste Dokument datiert vom 17. Dezember 1941<sup>91</sup> und hat als Adressat das bulgarische Parlament: Außenminister Popov legte dem Vorsitzenden einen Entwurf des deutsch-bulgarischen Abkommens vom 21. September 1941 vor, in dem durch Schriftwechsel zwischen der deutschen Regierung (deutsches Konsulat in Sofia) und dem bulgarischen Außenministerium die Aussiedlung von 500 Bürgern deutscher Herkunft vereinbart wurde. Der größere Teil von ihnen befand sich allerdings im von Bulgarien annektierten Gebiet Süddobrudja, und bis zu dem Zeitpunkt hatten diese Personen keine endgültig geklärte Staatsangehörigkeit. Das zweite und noch aussagekräftigere Dokument für unsere Beobachtung ist das vom 18. Januar 1943<sup>92</sup> (kurz vor der Entscheidung zur Deportation von 20 000 bulgarischen Juden im Februar!). Wieder in einem Schriftwechsel zwischen der deutschen Regierung (deutsches Konsulat in Sofia) und der bulgarischen Regierung (Filov als Ministerpräsident war zuständig) *„bittet die deutsche Regierung um die Zulassung der Aussiedlung von 800 besitzlosen Personen deutscher Herkunft, die sich in Deutschland niederlassen wollen. Zum größten Teil befinden sich diese Personen in den 1942 befreiten Gebieten“*.<sup>93</sup> Die bulgarische Regierung nahm den deutschen Vorschlag an. Mir ist nicht bekannt, dass diese Quellen bis heute in der Literatur

---

90 Vgl. Cohen (ed.) 1995: 287 (meine Übersetzung)

91 ZDA, Fond 173/6/ 1734, Bl. 1-9

92 Ebd., Bl. 1-9

93 ZDA, Fond 173-K/6/1734, Bl. 2, es handelt sich um die Gebiete Pirot, Thrazien und Mazedonien. (meine Übersetzung)

benutzt wurden, um die prominente Erklärung, die bulgarischen Organisationen seien machtlose Instrumente deutscher Politik in den besetzten Gebieten gewesen, zu widersprechen. Die Hervorhebung dieser zwei Dokumente soll dazu dienen, die These über den deutschen Einfluss in den neuen Gebieten zu dementieren: Es ist aus den Dokumenten klar zu entnehmen, dass die deutsche Regierung die Zustimmung der zuständigen bulgarischen Organisationen benötigte, um irgendwelche Schritte in diesen Gebieten zu unternehmen, die Bevölkerungsfragen betrafen. Die These über den deutschen Druck betrifft eine völlig andere Diskussion, die wir in diesem Forschungsprojekt woanders berücksichtigen werden und die manchmal irrtümlicherweise den Eindruck erweckt, dass die bulgarischen Organisationen in den neuen Gebieten nur zu machtlosen Helfern der Deutschen wurden. Die Soziologie darf bei der Analyse solcher Prozesse im Holocaust nicht davon ausgehen, dass verbündete Regime keinerlei Macht besaßen. Wir können sogar das von deutschen Truppen besetzte Dänemark<sup>94</sup> hervorheben: trotz des deutschen Besatzungsregimes weigerten sich die staatlichen Organisationen, mit den Deutschen zu kollaborieren und Judendeportationen durchzuführen: die Regierung trat vor Beginn der Deportationen zurück.<sup>95</sup>

Insbesondere die Tatsache, dass Bulgarien ein Land war, das in der Zeit des Zweiten Weltkrieges eine (relativ) unabhängige Politik führen konnte, spielt für die Analyse eine entscheidende Rolle und definiert Bulgarien als einen besonderen Fall, der sich von anderen Fällen während der Shoah unterscheidet.<sup>96</sup> Wir nehmen an, die bulgarischen Organisationen besaßen die Möglichkeit, selbst Entscheidungen zu treffen und waren keine Instrumente deutscher Entscheidungsprozesse

---

94 Der Zar äußerte sich in einem Gespräch mit dem oppositionellen Abgeordneten Muschanov über den bevorstehenden Beitritt Bulgariens zum Driemächtepakt sehr negativ zu der Idee, dem dänischen Beispiel in Beziehung zu den deutschen Forderungen zu folgen: „*Ich ziehe es eher vor, die Krone niederzulegen und zu verschwinden, statt Gefangener im eigenen Land zu sein. Das Dilemma ist: Deutschland oder Russland.*“ (vgl. Groueff 1991: 332) (meine Übersetzung)

95 Vgl. Dammann/ Ivkova 2001: 15

96 Durch eine Gemeinsamkeit könnte Bulgarien ansatzweise mit Rumänien verglichen werden, was die geographische Verteilung der Viktimisierung anbetrifft: gemeint ist damit die Unterscheidung Kernland/Randgebiete.

und Forderungen, es sei denn, andere Umstände<sup>97</sup> erwiesen sich als ungünstig für die bulgarische Politik und machten diese von der deutschen abhängig: Bei der Beobachtung solcher Prozesse im Holocaust muss der Unterschied zwischen prinzipiell fehlender Macht des Besatzungsregimes und politischer Abhängigkeit und Antizipation deutscher Entscheidungen explizit gemacht werden. Es ist aus soziologischer Sicht nötig, genau diese spezifischen Bedingungen im Entscheidungsprozess zu analysieren, die zur Zusammenarbeit mit den deutschen Spezialorganisationen bezüglich der „Judenfrage“ führten.<sup>98</sup> Die deutschen Führungsorganisationen konnten keinerlei Entscheidungen ohne die Zustimmung der zuständigen bulgarischen Ressorts durchsetzen. Als deutsche Verbündete sicherten sich die staatlichen Organisationen in Bulgarien sowie die orthodoxe Kirche und zahlreiche andere Vereinigungen ihre Autonomie, Entscheidungen zu treffen. In den deutschen Geheimberichten über die bulgarische Innen- und Außenpolitik wurde noch im Jahr 1940 vermerkt: *„Zar Boris III ist bereit, jeden Preis zu zahlen, um ‚souverän‘ in einem ‚souveränen Staat‘ zu bleiben“*.<sup>99</sup>

Bis zum Jahr 1942 waren die antijüdischen Maßnahmen nicht das Ergebnis von direktem deutschen Druck.

*Die deutschen Stellen beobachteten die Vorgänge in Bulgarien genau, zeigten jedoch bis zum Sommer 1942 kein Interesse an den bulgarischen Juden.*<sup>100</sup>

Auch Peshev explizierte seine Gedanken im Parlament nach dem Tod von Zar Boris III:

---

97 Wirtschaftliche Gründe, z.B. das Abkommen Clodius (s. Anlage 1) oder Neubacher (vgl. Paunovsky 1971), die für das politische Benehmen Bulgariens für eine lange Periode entscheidend waren, so die Aussagen von Minister Doichinov in der zweiten Filov-Regierung (vgl. Fond 250-B/1/40, Bl. 1); diese wirtschaftliche Abhängigkeit bestimmte auch die politische Abhängigkeit von Deutschland vor und nach dem Ausgang des Krieges; Angst vor einem politischen Putsch, unterstützt von Deutschland ist ein weiterer Grund und nicht zuletzt Angst vor einem deutschen Okkupationsregime, wie die Deutschen das 1942 in Vichy-Frankreich und 1944 in Ungarn machten: wenn die bulgarische Politik zu unabhängig wird für die deutschen Verstandnisse, dann ist diese Gefahr nicht zu unterschätzen (vgl. Filov 1990: 132).

98 Lammers 1995

99 Vgl. Toschkova (Hg.) 1992: 18, Dokument Nr. 8 (meine Übersetzung)

100 Vgl. Steuer 1997: 93

*Sehr geehrte Abgeordnete! Ich werde es nicht leugnen, dass wir in der Entwicklung dieser Politik (der Regierung, R. I.) vielleicht einige Fehler gemacht haben, die aber kein Ergebnis unseres Beitritts zum Dreimächtepakt waren. (...) Die Kriegserklärung gegen England und Amerika, unser Beitritt zum antikommunistischen Pakt, die Art und Weise, wie die Judenfrage entschieden wurde – dies alles sind solche Schritte, die von uns falsch gemacht wurden, ohne dass sie uns durch den Dreimächtepakt aufgezwungen wurden.<sup>101</sup>*

Sogar auf Anfragen des bulgarischen Außenministeriums (Juni 1942), ob die bulgarischen Juden auch in die Ostgebiete deportiert werden könnten, ähnlich wie die Juden aus dem engeren deutschen Einflussbereich, sollten die zuständigen Teilorganisationen des Ministeriums zunächst negative Antwort erhalten. In einem internen Vermerk des deutschen Ministeriums heißt es: *„Eine etwa gestellte Frage, ob Deutschland bereit ist, Juden aus Bulgarien zwecks Abschiebung nach Osten zu übernehmen, bitte ich zu bejahen, hinsichtlich des Zeitpunktes der Abnahme jedoch ausweichend zu antworten und sich die Stellungnahme mit dem Hinweis darauf vorzubehalten, dass die Abschiebung von Juden aus Deutschland, dem Protektorat, der Slowakei und Rumänien bereits die verfügbaren Verkehrsmittel so stark beansprucht, dass voraussichtlich im laufenden Jahr die Übernahme der Juden aus Bulgarien nicht mehr möglich sein wird.“<sup>102</sup>*

Nach dem Gesetz zum Schutz der Nation (im Dezember 1940 erlassen, im Januar 1941 in Kraft getreten) änderte sich die Situation für die bulgarischen Juden innerhalb des Landes insofern, als dass nun die gesetzliche Basis dafür geschaffen worden war, Lösungen zu definieren und zu begründen, ohne dass die Juden gleichzeitig als ein „Problem“, z.B. als „Feind des bulgarischen Volkes“ in der Kommunikation betrachtet wurden. Das Gesetz und alle darauf folgenden Maßnahmen gegen die Juden wurden in der staatlichen politischen Kommunikation als präventive Restriktionen definiert.<sup>103</sup>

---

101 Vgl. ZDA, Fond 1335-K/1/88, Bl. 15, Peshevs Rede im Parlament 1944 (meine Übersetzung).

102 Vgl. PA.AA, Bestand: Inland IIg, Bd. 183, Bl. 486204, ZDA, KMF06, 698/12

103 Vgl. die Debatte im Parlament bei der Einführung des Gesetzes zum Schutz der Nation, ZDA, Fond 190/ 3/ 52, Bl. 1-92. In den Dokumenten wird am klarsten expliziert, dass das Gesetz nicht richtig durchdacht wurde. Demzufolge konnten die zuständigen Ressorts gegen die harte Kritik keine gute Verteidigungslinie einbringen. Es wurde eine Verwirrung seitens der Protagonisten des Gesetzes

Seit dem 28. Juni 1942 wurde das „Gesetz zur Ermächtigung des Ministerrates bezüglich aller Entscheidungen zur Judenfrage und aller anderen mit ihr verbundenen Fragen“, auch Ermächtigungsgesetz genannt, verabschiedet. Nach diesem Gesetz bekam der Ministerrat die Ermächtigung, Anordnungen mit Gesetzescharakter zu erlassen, wobei die nötige Abstimmung vom Parlament nachträglich durchgeführt wurde.

Neben diese geschilderte fehlende Problematisierung der Juden in der Kommunikation der koordinierenden Dachorganisationen trat aber eine je nach Teilorganisation (Ressort) spezifische Problemdefinition.

Welche spezifischen Problematisierungen formulierten die entscheidenden Teilorganisationen in Bulgarien bezüglich der „Judenfrage“ und welche Merkmale wiesen sie in der Zeit von 1941 („Gesetz zum Schutz der Nation“) und 1942 („Gesetz zu schnellen Maßnahmen bezüglich dringender Fragen in den befreiten Gebieten“<sup>104</sup> und „Gesetz zur Ermächtigung des Ministerrates bezüglich aller Entscheidungen zur Judenfrage und aller anderen mit ihr verbundenen Fragen“) bis zum entscheidenden Jahr 1943 („Abkommen zur Deportation von 20 000 Juden aus Alt- und Neubulgarien“) auf?

---

ersichtlich, und sie widersprachen sich bei der Argumentation, warum Bulgarien solch ein Gesetz überhaupt nötig habe.

104 Vgl. ZDA, Fond 173-K/ 6/ 1733, Bl. 5-6

## 4.6 Teilnehmer und ihre *Problematierungen*

**Für die Innenpolitik und für die innere Sicherheit zuständige Organisationen: Ministerium für Inneres und Volksgesundheit<sup>105</sup> (Zentralverwaltung), Polizei (Suborganisation im Innenministerium) und Judenkommissariat (Bewegungsverwaltung)<sup>106</sup>**

*Problematierungen* in Altbulgarien:

### **a) Die fremde jüdische Propaganda (durch schwarze Radiosender aus Palästina) als eine innenpolitische Gefahr von außen**

Im September 1941 gab Innenminister Gabrowski Richtlinien der bulgarischen Innenpolitik heraus und bestimmte, welche Ziele und Aufgaben die Verwaltung in Anbetracht dessen zu erfüllen hatte.<sup>107</sup> Dass es der bulgarischen Bevölkerung in der schweren und unsicheren Kriegszeit so gut ging, hatte sie den deutschen Verbündeten zu verdanken, so Gabrowski. Diesbezüglich war die Hauptaufgabe der lokalen Verwaltung an erster Stelle, diese „*erfreuliche Tatsache*“ immer wieder in die Öffentlichkeit zu bringen und einen Aufklärungsbeitrag zu leisten. Es ist anzunehmen, dass Bulgariens Feinde versuchten, durch Propaganda und Verbreitung von Gerüchten die Bevölkerung in die falsche Richtung zu lenken und der offiziellen Politik, an der Seite Deutschlands im Krieg zu bleiben, zu schaden. Als Instrument in den Händen der „*Feinde*“ wurden von Minister Gabrowski ausdrücklich die

---

105 Weiterhin im Text als Innenministerium gekennzeichnet.

106 Vgl. Dammann/ Ivkova 2001: 16. Bei solchen Bewegungsverwaltungen geht es darum, dass die Leitideen der Bewegung zur Domäne einer staatlichen Verwaltung werden. Im Fall Bulgarien handelt es sich um die antisemitische Bewegung „Ratnik“, deren Mitglied nicht nur der Judenkommissar Alexander Belev war, sondern auch der Innenminister Gabrowski. Eine interessante Erklärung dazu bot uns Ministerpräsident Filov selbst im Jahr 1942 in seiner Rede an, in der er auf die 18 Punkte der Regierung einging sowie auf die Entschlossenheit der Regierung, solche rechten Organisationen wie „Ratnik“ und „Legioneri“ für ihre politischen Ziele zu gewinnen (Fond 1335-K/1/ 82). Die Organisation „Ratnik“ wurde 1937 gegründet und verbreitete antisemitische Losungen, begleitet von antisemitischen Aktionen und kleinen Pogromen. Sie zeichnete sich auch durch starken Nationalismus aus und unterhielt enge Beziehungen zu deutschen Organisationen, womit sie sich als gefährlich für das Regime in Sofia einstufen liess (vgl. Filov 1990: 789).

107 Vgl. ZDA, Fond 264-K/ 1/ 123, Bl. 1-29

schwarzen Radiosender aus London, Moskau und dem jüdischen Siedlungsgebiet Palästinas benannt.

*Falls sich das bulgarische Volk dieser Propaganda unterwirft, wird es damit die Verbündeten dazu bringen, Bulgarien und das bulgarische Volk als unfähig und unwürdig für die Vereinigung zu betrachten, die sie als Volk und Staat erreichten, und damit hätten sie keine Aufmerksamkeit und Unterstützung mehr verdient; dann müsste das bulgarische Volk von vorne anfangen, sich erneut mit Kampf und neuen Kräften zu erholen, innenpolitisch und wirtschaftlich, und das Vertrauen zurückzugewinnen, das es jetzt auf dem Balkan als erstrangige Macht genießt.<sup>108</sup>*

## **b) Die Juden als „Gerüchteverbreiter“ in Bulgarien: Problem für die innere Sicherheit**

Die fremden Radiosender wurden der Sabotage und Propaganda beschuldigt; die bulgarischen Juden wurden in diesem Bericht nicht explizit als „Feinde“ definiert, sondern nur als *potentielle Adressaten* und *mögliche Kraft*, wodurch diese Propaganda innerhalb des Staates weiter verbreitet werden könnte.<sup>109</sup> Im selben Jahr (1942) wurde diese Problematisierung von Innenminister Gabrowski dadurch expliziert, dass die Juden der „*Verbreitung von Gerüchten*“ beschuldigt wurden und das Innenministerium dafür zu sorgen habe, die praktische Anwendung des Gesetzes zum Schutz der Nation zu beschleunigen.<sup>110</sup> Die Verbreitung von Gerüchten

---

108 Vgl. ZDA, Fond 264-K/1/123, Bl. 4 (meine Übersetzung)

109 Zur Prävention gegen Gerüchteverbreitung durch die bulgarischen Juden wurden Maßnahmen erlassen: Ausgehverbot am Abend, Öffentlichkeitsverbot und Beschlagnahmung von Radioapparaten.

110 Vgl. Cohen (ed.) 1995: 170-171, Dokument Nr. 49 von 25. Juni 1941; Innenminister Gabrowski erarbeitete eine Gesetzesänderung und erweiterte die Anwendungsmöglichkeiten des Gesetzes zum Schutz der Nation; ein Ergebnis davon war die im selben Jahr geschaffene antisemitische *Bewegungsverwaltung KEV* (Judenkommissariat), die sich als Domäne „die Judenfrage“ aneignete. Innenminister Peter Gabrowski und der Judenkommissar Alexander Belev waren ehemalige Ratnizi: die Organisation der „Ratnizi“ zeichnete sich vor allem durch ihre antisemitischen Parolen aus, und wurde zur Gefahr für die Regierung; Ministerpräsident Filov sprach in seiner Rede vom September 1942 (vgl. ZDA, Fond 1335-K/1/82, Bl. 11-13) über diese Gefahr und über die Bemühungen der Regierung, sie zu neutralisieren, indem die Regierung versuchte, führende Personen der Bewegung zu kooptieren. Einerseits passte die Regierung mit der Schaffung solcher Kommissariate ihre Politik an die deutsche an, andererseits versuchte sie auch, mit der Kooptierung von Gabrowski und Belev ein innenpolitisches

wurde als Verbrechen gegen den bulgarischen Staat erklärt, und Juden, die sich in diesem Punkt schuldig machten, wurden festgenommen und streng bestraft.<sup>111</sup>

Diese ersten zwei *Problematisierungen* brachte der Innenminister mit einem anderen höchst problematischen Punkt der Innenpolitik in Verbindung: die für das Regime bedrohliche Tätigkeit *der bulgarischen Rechten*.<sup>112</sup> Diese, anstatt der Regierung zu helfen, in Krisensituationen die Rahmenbedingungen der bulgarischen Politik zu sichern, war eher bedacht, die Macht zu übernehmen.<sup>113</sup> Diese Ziele führten dazu, dass aus den Reihen solcher nationalistischen Gruppierungen harte Kritik an der Regierung geübt und damit auch eine Art „*negative staatsfeindliche Propaganda*“ betrieben wurde. Die Regierung konnte eine Annäherung versuchen, so der Innenminister, indem man diese für *gemeinsame Maßnahmen gegen die Juden* gewinnt.

### c) Der russische Bolschewismus als „Werk einer Handvoll habgieriger Juden“

- **Eine Gefahr von außen**

Zuletzt spricht Minister Gabrowski von der Verbindung des bulgarischen Volks mit Russland und gibt die Richtlinie vor, in der Propaganda der administrativen Organe Russland und das russische Volk nicht mit dem Bolschewismus Seite an Seite zu stellen. Die administrativen Organe müssten immer wieder in ihrer Öffentlichkeitsarbeit die Tatsache hervorheben, dass der Bolschewismus ein „Werk“ der Kommunisten sei. An dessen Machtspitze stünden größtenteils Juden, „*die eigene Ziele und Gewinne verfolgen, die dem russischen Volk völlig fremd sind*“.<sup>114</sup>

---

Problem zu lösen: die Gefahr eines Putsches durch die bulgarische Rechte mit Hilfe der Deutschen. Auf diese Gefahr kommen wir später in der Analyse ausführlicher zurück.

111 Vgl. ZDA, Fond 264-K/ 1/123; Cohen (ed.) 1995: 172, Dokument Nr. 51: Juden wurden wegen Gerüchteverbreitung festgenommen und zwangsweise in anderen Gegenden angesiedelt.

112 Vgl. ZDA, Fond 264-K/1/123, Bl. 10

113 Ebd.

114 Ebd., Bl. 14 (meine Übersetzung)

- **Eine Gefahr für die innenpolitische Sicherheit**

Im Bericht des Polizeichefs an Innenminister Gabrowski vom Jahr 1942 bezeichnete er die bulgarischen Juden *als Kommunisten* und unter anderem als *eine Gefahr für die innere Sicherheit*. Er berichtete über das Wirken mancher Juden als *Instrument der Alliierten*. Damit stellten diese ein Problem für die „bulgarischen Interessen“ dar und erklärten sich gegen die Politik der Regierung.<sup>115</sup> Auch in den Reihen der Offiziere gab es Kommunisten, die die Ideen aus Russland unterstützten und sich öffentlich gegen die Politik der Regierung äußerten, und zwar besonders zu ihren Maßnahmen gegen die Juden. Der Polizeichef berichtete von seinen Vermutungen, dass durch die „*Beziehungen*“ solcher Offiziere zu anderen politischen Kreisen der alten Parteien im linken Sektor (Kommunisten, Bauernpartei, Putschisten vom 19. Juni etc.) die Gefahr bestand, dass diese sich dank der gemeinsamen Ablehnung der Judenpolitik innerhalb und außerhalb des Landes einigen und zu gemeinsamen politischen Aktionen gegen die Regierung bereitfinden könnten.<sup>116</sup> Die Beziehungen der bulgarischen Juden und die Politik der Regierung gaben also Anhaltspunkte für die Herausbildung einer stärkeren linken Opposition, die in den Maßnahmen gegen die Juden nur die passende Gelegenheit sah, die Bindung zu Deutschland öffentlich in die Kritik zu stellen. Darin sah das Innenministerium eine nicht zu unterschätzende innenpolitische Gefahr für das Regime, ausgehend von einer potentiellen Vereinigung des *linken politischen Sektors*.

Das Judenkommissariat (KEV) bekam auch Informationen von den Bezirksdirektionen darüber, dass die Richtlinien der Polizei, illegale Kommunisten und deren Helfer zu verfolgen, von den lokalen Verwaltungen erfolgreich umgesetzt wurden. Es sei notwendig geworden, 35 Juden ins Judenlager zu deportieren, da diese als *Verwandte von Kommunisten und Helfern (Problematisierung)* bezeichnet wurden oder selbst *Kommunisten* waren. Das Einweisen dieser Juden ins Lager wurde als dringende Maßnahme betrachtet, um der Gefahr vorzubeugen, dass sie in die *Illegalität* abtauchen.<sup>117</sup>

---

115 Cohen (ed.) 1995: 176-178, Dokument Nr. 57

116 Vgl. Cohen (ed.) 1995: 171-172, Dokument Nr. 51

117 Vgl. ZDA, Fond 190-K/ 3/17, Bl. 2-3

*Problematisierungen* in Neubulgarien: Kommen *neue Probleme* in der Kommunikation hinzu?

**a) Die „Judenfrage“ als Teilproblem der Minderheiten- und Bulgarisierungspolitik: ein erstrangiges Problem für die Suborganisationen des Innenministeriums in den neuen Gebieten**

Das Innenministerium übernahm in Zusammenarbeit mit dem Außenministerium als Zuständigkeitsbereich in den neuen Gebieten unter anderem auch die Lösung der Minderheitenprobleme. In seinen Notizen über einen Plan für die Aufgaben in Mazedonien betonte der Innenminister die „Losung“ der bulgarischen Politik seit dem Anfang des selbständigen bulgarischen Staats: „*Ein Volk, ein Staat, ein König!*“.<sup>118</sup> In der Zeit des Zweiten Weltkrieges blieb diese Losung ein Symbol für die bulgarische Politik, besonders in den neuen Gebieten: diese Losung beinhaltete „*das ewige Ziel*“<sup>119</sup> des bulgarischen Volkes in seiner historischen Entwicklung auf dem Balkan. Das Ziel, „*diese Gebiete als untrennbaren Teil der gesamten Heimat wiederherzustellen sowie jegliche zentrifugalen Kräfte dort zu beseitigen*“<sup>120</sup> reflektiert auf eine *neue Problematisierung* bezüglich der neubulgarischen Juden, die sich von der bisherigen in Altbulgarien grundsätzlich unterscheidet. Die Juden wurden im Plan für die neuen Gebiete vom Innenministerium als solche „*zentrifugale Kraft*“ definiert und ihre Bekämpfung wurde als ein *erstrangiges Teilproblem* hervorgehoben:

*Die zentrifugalen Kräfte, die sich zur Zeit als Hindernis für diese Hauptaufgabe (diese Gebiete als untrennbaren Teil von Bulgarien zu verstehen, R. I.) erweisen, sind von unterschiedlichem Charakter. Sie können jedoch in Gruppen unterteilt werden. An erster Stelle stehen die zentrifugalen Kräfte von nationalem Charakter: die Serben- und die Serbomanen-, die Albaner-, die türkische und Zinzaren-<sup>121</sup> frage, die Zigeuner- und die Judenfrage.<sup>122</sup>*

---

118 Vgl. ZDA, Fond 264-K/1/ 458, Bl. 61-66

119 Ebd., Bl. 61 (meine Übersetzung)

120 Vgl. ZDA, Fond 164-K/1/ 458, Bl. 61 (meine Übersetzung)

121 Die rumänische Minderheit in den neuen Gebieten.

122 Vgl. ZDA, Fond 164-K/1/ 458, Bl. 61 (meine Übersetzung)

Das Innenministerium problematisierte die „Judenfrage“ unter anderem im Rahmen eines Plans der *„politischen Aufgaben in Mazedonien“*, und dort wurde das Minderheitenproblem, zu dem auch die „Judenfrage“ gehörte, als *erstrangiges* für diese Teilorganisation angeführt. Als zentrales Problem, verbunden mit der schlechten Lage in den neuen Gebieten, definierte der Innenminister in seinem Plan für politische Aufgaben *„den aufgebrauchten Geist“* in Mazedonien, der in den Vordergrund trat. Die Verwaltung, die *„nicht schlechter ist, als die in Altbulgarien“*,<sup>123</sup> wurde nicht als problematisch definiert. *„Der Geist“* in Mazedonien litt unter der *„fremden kommunistischen, serbischen und anderen Propaganda“*, die die Bevölkerung verunsicherte und Angst über das Ende des Krieges hinaus schürte. Auch wenn das Innenministerium das Problem mit den Serbomanen mit anderen Mitteln bekämpfen wollte, da diese trotz allem bulgarische Bürger waren, ordnete Minister Gabrowski die Minderheitenfrage einer etwas spezifischeren *Problematisierung* zu, die nicht mehr zu den Aufgaben der Verwaltung gehörte, sondern zu den politischen Aufgaben der Regierung. Als einen sehr wichtigen Punkt in seinem Plan hob der Innenminister die Minderheitenprobleme hervor:

*An dritter Stelle betrachte ich die Minderheitenfrage: Serben, Zinzaren, Türken, Zigeuner, Juden und Albaner. „Mit allen Mitteln muss Bulgarien zu einem national-einheitlichen Staat umwandelt werden. Das versteht jeder von uns. Diesbezüglich muss die Minderheitenfrage in Mazedonien auch Objekt einer speziellen Tätigkeit sein“*<sup>124</sup>

In einem Plan des Innenministeriums über die zukünftige Administrierung Mazedoniens wurde als eine der wichtigen *Problematisierungen* in Bezug auf den Anschluss an Altbulgarien die Minderheitenfrage expliziert:

(...) 2. *Aufgaben in Bezug auf die Rückgewinnung Mazedoniens:*

a) ...

j) *Die Befreiung der Region nach Möglichkeit von der fremden Bevölkerung: griechische und serbische Kolonisten, Juden, Türken, Zigeuner und Armenier.*

---

123 Vgl. ZDA, Fond 264-K/1/458, Bl. 63-66 (meine Übersetzung)

124 Ebd., Bl. 65 (meine Übersetzung)

*l) Die Möglichkeiten und Bedingungen schaffen, um die Bulgarisierung dieser Gebiete durchzuführen, besonders in Saloniki und der Kozani-Region.<sup>125</sup>*

Die Richtlinien, wie man diese ersten Schritte vorantreiben sollte, wurden in einem letzten Punkt des Plans zusammengefasst:

1. ...

*2. Einführung der Rassenprinzipien, verallgemeinert und erweitert, nicht nur für die Juden, sondern auch für die Zigeuner, Armenier, Türken und Griechen und die Nicht-Arier insgesamt.<sup>126</sup>*

#### **b) Die kommunistische Bewegung in Mazedonien und die mazedonischen Juden als „Staatsfeinde“ des bulgarischen Staates**

Nachdem gegen die Juden in den neuen Gebieten, besonders in Mazedonien, schon von den deutschen Truppen restriktive Maßnahmen als „Feinde“ verhängt wurden und diese Maßnahmen von der bulgarischen Verwaltung fortgesetzt wurden, verstärkte sich in besonders hohem Maße die Propaganda der „Vaterländischen Front“ in Mazedonien. Besonders viele junge neubulgarische Juden wurden von der Kommunistischen Partei Jugoslawien (KPJ) umworben und bildeten sogar Organisationen, die gegen die „bulgarische Okkupation“ zu kämpfen bereit waren.<sup>127</sup> Nicht nur junge Männer schlossen sich der kommunistischen Gruppen an, sondern auch Frauen und sogar Schüler; und nach besonders harten Maßnahmen gegen die mazedonischen Juden, die die bulgarische Polizei und das Judenkommissariat sowie die Repräsentanten anderer Ressorts durchführten, waren immer mehr von ihnen dazu entschlossen, sich an Sabotageakten der Partisanengruppen zu beteiligen oder diese mit finanziellen Mitteln zu unterstützen sowie gar Partisanen und Waffen in den jüdischen Gettos zu verstecken.<sup>128</sup>

---

125 Vgl. ZDA, Fond 264-K/1/458, Bl. 93 (meine Übersetzung); Saloniki und Kozani liegen im ägäischen Mazedonien und blieben bis zum Ende des 2. Weltkrieges in der deutschen Besatzungszone. (s. Anhang 1)

126 Vgl. ZDA, Fond 264-K/1/458, Bl. 110 (meine Übersetzung)

127 Vgl. Hoppe 1996: 281; Kolonomos/ Veskovich-Vangeli 1986: 33-54

128 Vgl. Kolonomos/ Veskovich-Vangeli 1986: 33 ff.; es handelt sich um eine Dokumentenpublikation in der jugoslawischen Teilrepublik Mazedonien.

Über die Sorgen von Innenminister Gabrowski zu den neubulgarischen Juden existiert ein deutsches Dokument,<sup>129</sup> aus dem wir etwas über eine mögliche bulgarische Argumentation bezüglich der „Judenfrage“ erfuhren:

*Die bulgarische Regierung verfolgt mit der Deportation der Juden vor allem materielle Interessen, die sich darin äußern, vertrauten Bulgaren den Besitz der deportierten Juden zu übergeben, um sie auf diese Weise zufrieden zu stellen und gleichzeitig die Unruhe stiftenden Juden in den neuen Gebieten durch zuverlässige Bulgaren zu ersetzen.*

Selbst Innenminister Gabrowski sagte in einem Gespräch mit dem deutschen SS-Abgesandten Danneker (am 8. Februar 1942 kurz vor der Unterzeichnung des deutsch-bulgarischen Abkommens zur Deportation von 20 000 Juden),<sup>130</sup> dass sich die bulgarische Regierung bereit erklärte, nur die neubulgarischen Juden zur Deportation freizugeben: *„Es sei ihm darum zu tun, die politischen Unruheherde in diesen neuen Gebieten zu beseitigen.“* (*Problematisierung*: die Juden als Gefahr für die Sicherheit in den neuen Gebieten). *„Gabrowski ließ aber unmissverständlich durchblicken, dass für ihn eine Abschiebung von Juden aus dem altbulgarischen Gebiet vorläufig nicht in Frage käme. Diese Juden wolle er künftig vermehrt im öffentlichen Arbeitseinsatz beschäftigen.“*<sup>131</sup> Inzwischen wurde dem Ministerrat vom Judenkommissar Belev der Vorschlag vorgelegt, die Abschiebung der neubulgarischen Juden (ca. 12 000) *„unter Einbeziehung unerwünschter jüdischer Elemente aus Rumpfbulgarien“*<sup>132</sup> (ca. 8 000)<sup>133</sup> durchzuführen.

---

129 Vgl. Cohen (ed.) 1995: 234-238, Dokument Nr. 105, ein Bericht vom 5. April 1943 des deutschen Gesandten in Sofia Beckerle und des Polizeiattachés Hoffmann an das AA Berlin über die Schwierigkeiten bei der Deportation der Juden aus Bulgarien. (meine Übersetzung)

130 Vgl. Toschkova 1992 (Hg.): 113, Dokument Nr. 82

131 Vgl. PA.AA, Bestand: Inland lig, Bd. 183, Bl. 486285, im ZDA, KMF06, 698/12

132 Ebd, Bl. 486286

133 Die Angabe dieser Zahl variiert in der Literatur und in den Dokumenten: es wurde oft von zusätzlich 6 000 Juden aus Altbulgarien geredet, aber das unterzeichnete Abkommen zwischen dem deutschen RSHA-Abgesandten Danneker und dem Judenkommissar Belev sah die Abschiebung von insgesamt 20 000 Juden vor; da die Juden aus den neubulgarischen Gebieten auf ca. 12 000 geschätzt wurden, wurde diesbezüglich mit der Deportation von 8 000 Juden aus Altbulgarien gerechnet, um die Zahl 20 000 zu erreichen.

Im September 1942 (aufgrund des Ermächtigungsgesetzes) wurde auch eine spezielle *Bewegungsverwaltung* geschaffen, das **Judenkommissariat (KEV)**, das sich mit der „Judenfrage“ beschäftigen sollte und mit den zuständigen deutschen Organisationen eng zusammen arbeitete. Die Schaffung eines solchen Kommissariats war das Ergebnis der verschärften Maßnahmen gegen Juden und der Erweiterung des Gesetzes zum Schutz der Nation, die als Aufgaben des Innenministeriums unter der persönlichen Aufsicht des Innenministers Gabrowski im Jahr 1942 expliziert wurden. Die Spezifika dieser Bewegungsverwaltung liegen darin, dass sie die erste die Macht vertretende Teilorganisation mit einer antisemitischen Domäne (und mit einem Antisemiten an der Spitze) wurde.<sup>134</sup> Nach Aussagen der Sekretärin des Judenkommissars Belev, Maria Pavlova, vor dem Volksgericht, gab es außer Belev noch drei Abteilungsleiter im KEV, die Ex-Mitglieder der antisemitischen nationalistischen Bewegung „Ratnizi“ waren.<sup>135</sup> Im Geheimbericht des deutschen Gesandten Beckerle wurde sogar ein Zielkonflikt zwischen der Politik des Judenkommissariats und der Regierung expliziert: *„Die Darlegungen des bulgarischen Judenkommissars dürfen von uns auch nie absolut gewertet werden. Der Judenkommissar gehört einer der Oppositionsbewegungen an, die in schärfster Opposition zur Regierung stehen und dem Ministerpräsidenten und der Regierung ein falsches Spiel unterstellen. Seinen Maßnahmen stand ich oft mit grössten Bedenken gegenüber, da er verschiedene wichtige Voraussetzungen übersah.“*<sup>136</sup>

Das Einnisten einer solchen antisemitischen Bewegung in eine staatliche Verwaltung (das Innenministerium) diente dem Zweck, die horizontale Koordination der antisemitischen Ressortkommunikation zu übernehmen und die praktische Anwendung des Gesetzes zum Schutz der Nation zu beschleunigen. Auch die Kommunikation zwischen den staatlichen Teilorganisationen und den Judenräten in Altbulgarien und den neuen Gebieten wurde vom KEV abgestimmt. In den Aussagen der Minister des zweiten Filov-Kabinetts vor dem Volksgericht wurden

---

134 Vgl. PA.AA, Bestand: Inland lig, Bd. 183, Bl. 486312 und Bl. 486316, im ZDA, KMF06, 698/12: *„Der dem bulgarischen Innenminister unterstehende Judenkommissar Belev, der persönlich überzeugter Antisemit ist, hatte von vornherein den Plan erwogen, weitere 6 000 Juden aus Altbulgarien, insbesondere aus den Großstädten, hinauszunehmen, um die jüdische Führungsschicht in den Plan mit einzubeziehen.“*; vgl. auch Chary 1972: 52.

135 Vgl. Chary 1972: 56

136 Vgl. PA.AA, Bestand: Inland lig, Bd. 183, Bl. 486357, im ZDA, KMF06, 698/12

das KEV und das Innenministerium insgesamt für die meisten Maßnahmen gegen die Juden verantwortlich gemacht, weil sie seit 1942 die gesamte Koordination der „Judenfrage“ übernahmen und diese zur organisationseigenen Domäne machten.

Kurz nach der Gründung des KEV erfolgte eine Verschärfung der Maßnahmen gegen die bulgarischen Juden sowie auch eine Neudefinition von „Jude“: Juden wurden nicht mehr anhand ihrer „*Religion*“ definiert, sondern es trat das Kriterium „*Abstammung*“ in den Vordergrund. Mit dem Paragraph 29 wurde sogar *die Abschiebung* von Juden aus Sofia in die Provinz oder außerhalb des Königreichs festgesetzt.<sup>137</sup> Damit wurden die Grundlagen für die zuständigen deutschen Organisationen geschaffen, Vorschläge an die bulgarischen Organisationen bezüglich Deportationen der Juden in die Ostgebiete zu richten. Dass diese Verschärfung der Maßnahmen gegen die Juden als eine solche Gelegenheit von den Deutschen gedeutet wurde, gab uns die Auswertung der deutschen Dokumente über die Judenfrage in Bulgarien<sup>138</sup> zu verstehen. Erst nach den gesetzlichen Änderungen in Sofia folgten deutsche Anfragen an die zuständigen Ressorts in Bulgarien, ob eine Vereinbarung über die zukünftige Abschiebung der bulgarischen Juden zu dem Zeitpunkt schon angebracht war: „*Nachdem die neue bulgarische Gesetzgebung auch eine abgesonderte Ansiedlung der Juden vorsieht, sollte den Bulgaren der Vorschlag gemacht werden, diese Juden in den Osten abzuschieben.*“<sup>139</sup>

Da die *Bewegungsverwaltung* (KEV) mehr mit den praktischen Maßnahmen gegen die Juden beschäftigt war, finden wir auch in der Literatur und in den Datenquellen eher selten eine explizite Problematisierung zur „Judenfrage“. Die *Bewegungsverwaltung* wurde mit dem Ziel geschaffen, die Richtlinien der Judenpolitik des Innenministeriums in die Praxis umzusetzen sowie auch die vom Gesetz zum Schutz der Nation vorgesehenen Maßnahmen gegen die Juden zu vollziehen. Praktisch war diese Teilorganisation für *die Implementierung* der „Judenpolitik“ zuständig, und zwar immer dann, wenn Entscheidungen von den zuständigen Ressorts getroffen wurden. Diese Entscheidungen betrafen Vorschläge seitens des

---

137 Vgl. Chary 1972: 54-55

138 Vgl. Politisches Archiv. Auswärtiges Amt (PA.AA), Bestand: Inland IIg, Bd. 183, Bl. 486187-48636, im ZDA, KMF06, 698/12

139 Ebd., Bl. 486236, vom 9. Oktober 1942, vgl. auch Barouch 1991: 76

KEV, aber auch Einzelentscheidungen vom KEV selbst, wenn es seinen Zuständigkeitsbereich überschritt, ohne die Zustimmung der Dachorganisationen anzufordern, was zu verschärften Zielkonflikten der Teilorganisationen führte. Es ist anzunehmen, dass das Judenkommissariat die Problematisierungen der „Judenfrage“ mehr nach antisemitischen Vorstellungen definierte und vorantrieb und der Ministerrat und der Zarenhof als Dachorganisationen im Entscheidungsprozess andere Argumentationen in die Kommunikation einbrachten, die mit den generellen politischen Umständen im Einklang waren:

*Wenn sich daher die hiesige Judenabschiebung unter anderen Umständen und mit grösseren Schwierigkeiten als in den dem Machtbereich des Reiches unterstehenden Ländern vollzieht, so ist hierbei zu berücksichtigen, dass die bulgarische Regierung diese Frage einfach nicht über's Knie brechen kann, sondern sowohl innen- als auch aussenpolitische Folgen vorauszusehen und abzudecken hatte.<sup>140</sup>*

Diese Zielkonflikte zwischen dem KEV und den Dachorganisationen sind auch mit der sich immer mehr vergrößernden Distanz zu begründen, die durch die spezielle Gesetzgebung geschaffen wurde: Nach der Verschärfung der Maßnahmen und den Änderungen des Gesetzes zum Schutz der Nation und mit der Erschaffung eines Judenkommissariats wurde die ganze Verantwortung für „die Judenfrage“ auf das KEV übertragen, und die Implementierung dieser Politik wurde zur Domäne dieser *Bewegungsverwaltung*. Der Ministerrat hatte nur eine Aufsicht über die Entscheidungen des Judenkommissariats und das Parlament eine über die Entscheidungen der Regierung. Diese Aufsicht konnte und wurde in den meisten Fällen, laut Gesetz, *post factum* ausgeübt.

*For the next two years the Commissariat for the Jewish Questions was to be the major instrument enforcing Bulgaria's (really Germany's) policy in the Jewish community.<sup>141</sup>*

---

140 Vgl. PA.AA, Bestand: Inland IIg, Bd. 183, Bl. 486355, im ZDA, KMF06, 698/12, Bericht des deutschen Gesandten in Sofia Beckerle.

141 Vgl. Chary 1972: 55

Hinweise auf eine *Problematisierung* der „Judenfrage“ seitens des Judenkommissariats gibt uns ein Dokument (Februar 1943), unterzeichnet vom deutschen Gesandten in Sofia Beckerle; die Deportation der nebulgarischen Juden sah der Judenkommissar als die Gelegenheit, auch „*wirtschaftlich gut gestellte Juden, also auch solche, deren Beziehungen zu hochstehenden bulgarischen Kreisen bekannt sind*“<sup>142</sup> zu entmachten. Die *Problematisierung*, die Juden seien *zu einflussreich* in der Hauptstadt, da sie gute Beziehungen zu den höheren Kreisen pflegten, wurde mehrmals vom Judenkommissar mit der „Judenfrage“ in Verbindung gebracht. Sogar die Maßnahmen, die das Gesetz zum Schutz der Nation für die Juden vorsah, wurden immer wieder durch Interventionen von Mitgliedern der Regierungskreise und des Ministerrates abgeschwächt, „*weil diese Kreise oft mit Juden versippt seien*“.<sup>143</sup> Durch die guten Beziehungen der altbulgarischen Juden entstand die doppelte Gefahr, dass nicht nur die Maßnahmen des Gesetzes nicht erfolgreich angewendet wurden, sondern Juden auch Ablehnung und Proteste gegenüber der Judenpolitik der Regierung auslösen konnten. Man müsste mehr Vorsichtsmaßnahmen in Altbulgarien ergreifen, da die *einflussreichen Juden* dort sich als Hindernis für die zukünftige Politik erweisen konnten.

**Für die Außenpolitik und für die äußere Sicherheit zuständige Organisationen: das Ministerium des Äußeren und des Kultus und die bulgarischen Konsulate sowie das Verteidigungsministerium**

- **Die bulgarischen Juden im Ausland**

Nach der Auswertung der primären Datenquellen und der Literatur sind uns mehr *Lösungen* der Judenfrage bekannt geworden als *Probleme*, die vom Außenministerium und seinen Teilorganisationen kommuniziert wurden. Die bulgarischen Konsulate im Ausland und das Außenministerium waren einige der Organisationen, die „die Judenfrage“ in ihrem Zuständigkeitsbereich verfolgten, besonders die Teilorganisationen, die sich in direkter Verbindung zu deutschen Organisationen befanden sowie die Suborganisationen des Ministeriums in den neuen Gebieten und im deutschen Machtbereich. Außenminister Popov sowie die Staatssekretäre des

---

142 Vgl. PA.AA, Bestand: Inland IIg, Bd. 183, Bl. 486298, im ZDA, KMF06, 698/12

143 Vgl. PA.AA, Bestand: Inland IIg, Bd. 183, Bl. 486289, im ZDA, KMF06, 698/12

Außenministeriums führten seit Ende 1941 bis zu Popovs Rücktritt als Außenminister Mitte 1942<sup>144</sup> einen intensiven Schriftwechsel über Angelegenheiten der bulgarischen Juden im Reichsprotektorat Böhmen und Mähren (heute: Tschechien). Es ging um Fragen, die bilaterale Absprachen zwischen deutschen und bulgarischen Organisationen in Hinsicht auf „die Judenfrage“ betrafen. Diese bilateralen Absprachen waren für Deutschland sehr wichtig, da es den deutschen Spezialressorts darum ging, besonders schnell und effektiv Entscheidungen voranzutreiben, indem sie mit den Ländern außerhalb ihres Einflussbereichs einzelne Abkommen abschlossen.

Es wurde in der einschlägigen Literatur über das Schicksal der bulgarischen Juden wenig darüber geschrieben, dass sich für einige hundert dieser Juden bulgarischer Staatsangehörigkeit, die im deutschen Protektorat Böhmen und Mähren wohnhaft waren, noch im Jahr 1942 die vier Entscheidungsströme *genozidal koppelten*. Der bulgarische Außenminister Popov schlug den deutschen Organisationen vor, die Behandlung der Juden fremder europäischer Staatsangehörigkeit durch ein gemeinsames zwischenstaatliches Abkommen zwischen den europäischen Ländern zu regeln. Der bulgarischen Regierung bereitete diese Ungewissheit über die juristischen Verordnungen zu den ausländischen Juden zu viele Schwierigkeiten<sup>145</sup> (*Problematisierung*: juristisch-administrative Unklarheiten, die die Implementation der antijüdischen Gesetzgebung in Bulgarien gegenüber Juden ausländischer Staatsangehörigkeit verhinderten). Anlass zu dieser *Problematisierung* schienen die massiven Proteste von Ungarn, Spanien und Italien und besonders die von Rumänien zu sein: „Der damalige Außenminister Popov hat die Frage der gleichmäßigen Behandlung der Juden europäischer Staatsangehörigkeit seitens der europäischen Länder gelegentlich seines Empfangs beim Herrn Reichsaußenminister in Berlin vor allem deshalb angeschnitten, um die geschilderten Schwierigkeiten mit der Rumänischen Regierung aus der Welt zu schaffen.“<sup>146</sup>

---

144 In der zweiten Filov-Regierung (ab April 1942) füllte Filov selbst den Posten des Außenministers neben dem des Ministerpräsidenten aus.

145 Vgl. PA.AA, Bestand: Inland IIg, Bd. 183, Bl. 486187-486203 im ZDA, KMF06, 698/12

146 Vgl. PA.AA, Bestand: Inland IIg, Bd. 183, Bl. 486216, ZDA, KMF06, 698/12, Geheimtelegramm über die Absprache in der Judenfrage mit Bulgarien, gezeichnet von Beckerle.

Diese und weitere derartige *Problematisierungen* des bulgarischen Außenministeriums wurden als Gelegenheit vom deutschen Außenministerium genutzt, um gleichzeitig das damalige Angebot für eine einheitliche Regelung über die Behandlung von Juden europäischer Staatsangehörigkeit an die zuständigen deutschen juristischen Stellen der Abteilung Deutschland zur Überprüfung weiterzuleiten sowie dem bulgarischen Außenministerium den Gegenvorschlag zu machen, ein bilaterales Abkommen zu schließen.<sup>147</sup> Den deutschen Vorschlag nahm die bulgarische Seite entgegen und erklärte sich bereit, eine solche vertragliche Regelung zu unterzeichnen.<sup>148</sup> Damit hatte die bulgarische Regierung den Weg für die Einbeziehung der bulgarischen Juden in die deutschen Maßnahmen geebnet.

*Hinsichtlich der praktischen Durchführung der zuletzt genannten Maßnahmen sei eine Einheitlichkeit allerdings im Augenblick nicht vorauszusehen, (...) und da sich auch naturgemäß aus der politischen Situation Unterscheidungen hinsichtlich der Staaten ergeben, die, wie etwa Bulgarien und andere, bereitwillig an der Durchführung eines Neuaufbaus mitarbeiten, und andere (Schweiz), bei denen gerade hinsichtlich der Judenfrage das Verständnis noch zu wünschen übrig liesse.*<sup>149</sup>

Die allgemeinen deutschen Sicherheitsmaßnahmen in Paris führten Ende 1941 zum Arrest von Juden. Unter den in Gewahrsam genommenen Juden befanden sich auch solche bulgarischer Staatsangehörigkeit. Die Proteste anderer Konsulate und die entsprechend entgegenkommenden Reaktionen seitens deutscher Organisationen führte zur Verunsicherung im bulgarischen Konsulat, die sich vorerst mit den deutschen Maßnahmen einverstanden erklärte<sup>150</sup> (*Problematisierung*: Widerspruch zwischen den Handlungen des bulgarischen Konsulats und anderen betroffenen Konsulaten). „*In letzter Zeit habe ich*<sup>151</sup> *doch mitgekriegt, dass der spanische, der türkische, der italienische und andere Botschafter in Paris nach Anordnungen der*

---

147 Vgl. PA.AA, Bestand: Inland IIg, Bd. 183, Bl. 486203, im ZDA, KMF06, 698/12

148 Vgl. PA.AA, Bestand: Inland IIg, Bd. 183, Bl. 486217, im ZDA, KMF06, 698/12

149 Vgl. PA.AA, Bestand: Inland IIg, Bd. 183, Bl. 486239, im ZDA, KMF06, 698/12

150 Vgl. ZDA, Fond 176-K/8/1184, Bl. 13, Schriftwechsel zwischen dem Konsulat und dem Außenministerium (politische Abteilung).

151 Der bulgarische Konsul in Paris.

*jeweiligen Regierungen sich intensiver um die Befreiung ihrer festgenommenen jüdischen Staatsbürger bemühen.*<sup>152</sup>

Eine weitere *Problematisierung* wurde vom Konsulat explizit in Anbetracht der mangelnden Information seitens des Ministeriums sowie in Bezug auf Proteste und Anschuldigungen wegen der offensichtlichen Fehlpolitik des Konsulats zum gegebenen Zeitpunkt geäußert:

*Auf Veranlassung der beiden Konsulate*<sup>153</sup> *wurden sogar einige Kranke entlassen. Alle diese Bemühungen der fremden Konsulate sind Anlass für die Verwandten der bulgarischen Juden, ununterbrochen zum Konsulat zu kommen, die Fürsprache der bulgarischen Regierung anzufordern, sogar dagegen zu protestieren, was sie als „Gleichgültigkeit“ des Konsulats gegenüber bulgarischen Bürgern bezeichnen.*<sup>154</sup>

Es ist an dieser Stelle wichtig zu bemerken, dass diese Anfrage des Konsuls an das Außenministerium nur solche Anweisungen betrifft, die die weiteren offiziellen Maßnahmen des Konsulats für „*Kranke, Ex-Kriegsteilnehmer, Behinderte*“ festlegten und nur im Fall, dass diese als „*regimetreu*“ definiert wurden.<sup>155</sup>

- **Die Juden in den neuen Gebieten**

Andere *Problematisierungen*, die das Innenministerium und seine Teilorganisationen sowie das Verteidigungsministerium bezüglich der Judenfrage explizit formulierten, betrafen die Juden in den neuen Gebieten, die als ein *Teilproblem* der diplomatischen, administrativen und militärischen Kommunikation zwischen den bulgarischen und italienischen Ressorts betrachtet wurden.<sup>156</sup> Den Spezifika dieser Kommunikation werde ich an anderer Stelle der Arbeit ausführlicher nachgehen.

---

152 Vgl. ZDA, Fond 176-K/8/1184, Bl. 13, Schriftwechsel zwischen dem Konsulat und dem Außenministerium (politische Abteilung).

153 Es handelt sich um die türkischen und spanischen Konsulate.

154 Vgl. ZDA, Fond 176-K/8/1184, Bl. 13, Schriftwechsel zwischen dem Konsulat und dem Außenministerium (politische Abteilung). (meine Übersetzung)

155 Ebd.: Bl. 13 (meine Übersetzung)

156 Vgl. ZDA, Fond 176-K/ 8/1067, Bl. 2, 3, 9, 10, 11, 29, 46, 47, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 66, 67, 68, 72, 73, 74, 109, 112, 115, 116, 117, 123, 135, 136, 137, 144, 145, 146, 160, 169, 170, 186, 196

Damit die mit den neubulgarischen Juden in Verbindung gebrachten *Problematismen* verdeutlicht werden können, oder zumindest der Kontext dieser *Problematismen*, wird hier der Rahmen dieser außenpolitischen und militärischen Kommunikation festgelegt: Es handelt sich vor allem um Fragen in Bezug auf die Minderheitenprobleme, territoriale Interessen der beiden Länder sowie um gezielte Homogenisierungsmaßnahmen in den von jedem Land entsprechend besetzten Gebieten. Angesichts der oben genannten Faktoren beobachten wir eine sehr intensive Kommunikation zwischen dem bulgarischen Außenministerium und dem Verteidigungsministerium sowie ein Überlappen der *Problematismen* bezüglich der Juden in den neuen Gebieten, da sie unter die Zuständigkeit zweier Ressorts fielen. Die *Problemdefinition*, die wir in der Kommunikation der beiden Ministerien fanden, beinhaltet zum ersten Mal eine explizierte Gefahr, die mit den Juden in den neuen Gebieten schon 1941-1942 verbunden wurde: *Die Juden sind eine Gefahr für die Sicherheit und für das bulgarische Regime in Mazedonien.*

*Es ist dem Militärstab eine Ehre, das geehrte Außenministerium zu benachrichtigen, dass in letzter Zeit im Gebiet Skopje bewaffnete Gruppen aufgetreten sind. Es gibt Informationen, dass die Albaner, die Türken und die Juden sich unter Anführung des italienischen Konsulats in Skopje zusammenschließen. Man kann annehmen, dass diese illegalen Arrangements sich das Ziel gesetzt haben, unsere Verwaltungsbehörden zu sabotieren und die Ruhe der Region und im Gebiet zu stören.*<sup>157</sup>

Da sich die bulgarische Regierung in einer ständigen Kriegsgefahr auf dem Balkan sah, besonders aus den Gebieten, die unter deutscher, italienischer und bulgarischer Verwaltung standen, wurden solche Informationen von den zuständigen Ressorts sehr ernst genommen und führten zu weiteren *Problematismen* im Kommunikationsprozess: *Die Juden in den neuen Gebieten sind anfällig für Kollaboration in Bezug auf die italienischen Interessen und erklären sich gegen das bulgarische Regime.*

*In Bezug auf die Propaganda, die von den Italienern in Mazedonien betrieben wird, wurden die folgenden ausführlichen Angaben gesammelt:*

---

157 Vgl. ZDA, Fond 176-K/ 8/1067, Bl. 72, geheime Informationen des Verteidigungsministeriums an das Außenministerium (politisches Amt) (meine Übersetzung).

1. *Der Italiener Aldo Morten aus dem Konsulat in Skopje machte der Kassiererin im Kino „Vardar“-Skopje, Elene Mihailova Karpova, russischer Herkunft, den Vorschlag, sie im Konsulat einzustellen und hatte ihr die folgenden geheimdienstlichen Aufgaben gestellt:*

*- zu erkunden, ob es solche Juden in Skopje gibt, die bereit wären, Gelder zu sammeln und ihr zu übergeben, um ihren jüdischen Mitbürgern aus Belgrad zu ermöglichen, wieder nach Skopje zurückzukehren, und zwar solchen Juden, die in Belgrad zwangsweise angesiedelt wurden;*

*- (...)*

*Frau Karpova hat ihre Zustimmung gegeben, die ersten zwei Aufgaben zu erfüllen (...)<sup>158</sup>*

Diese *Problematisierungen* von beiden Ressorts (Verteidigungsministerium und Außenministerium) waren ein expliziter Ausdruck der allgemein angespannten militärischen-politischen und administrativen Kommunikation<sup>159</sup> zwischen Bulgarien und Italien in der Region, da Italien als Okkupationsmacht auf dem Balkan eine Gefahr für die bulgarischen Interessen darstellte, anders als Deutschland. In einem Gespräch (1942) zwischen dem Sekretär des bulgarischen Konsulats und dem italienischen bevollmächtigten Diplomaten über die schlechte Lage bulgarischer Bürger im italienischen Machtbereich auf dem Balkan (Albanien und Kostursko) sprach die bulgarische Seite ihr Bedauern aus, dass die italienische Regierung keine Maßnahmen ergriff – im Gegensatz zu den deutschen Organisationen in Saloniki und Lerinsko –, die dort schnell den Repressalien gegen die bulgarische Minderheit ein Ende bereiteten:

*Der italienische bevollmächtigte Minister antwortete mir, dass er sehr wohl versteht, wie wichtig es ist, dass die Beschwerden der Bulgaren aus Albanien und Kostursko aufhören. Aber er findet es wichtig hervorzuheben, dass ein gewisser Unterschied zwischen der deutschen und der italienischen Lage auf dem Balkan besteht:*

---

158 Vgl. ZDA, Fond 176-K/ 8/ 1067, Bl.73 (meine Übersetzung).

159 Vgl. noch ausführlicher dazu Hoppe 1979: 121-124; „Die Grenzziehung zwischen der deutschen, italienischen und bulgarischen Besatzungszone im südlichen Balkan führte immer wieder zu Konflikten. Zwischen Italienern und Bulgaren kam es im mazedonisch-albanischen Grenzgebiet sogar zu bewaffneten Auseinandersetzungen, so dass deutsche Stellen hier immer wieder schlichtend eingreifen mussten.“ (S. 122)

*Deutschland, das hier nur als militärische Okkupationsmacht ist und keine direkten Interessen hat, kann ohne jede Gefahr die Rolle eines objektiven Richters annehmen. Italien, da es jetzt eine Macht auf dem Balkan ist, muss eine Reihe von Umständen verantworten, um die es sich sonst nicht zu kümmern brauche.*<sup>160</sup>

Wir finden in Filovs Tagebuch eine ähnliche Argumentation, die er explizit im Gespräch mit dem schweizerischen Botschafter Redard, der offiziell die britischen diplomatischen Interessen in Bulgarien wahrnahm, vorbrachte. Dort äußerte Filov die folgende *Problematisierung*: „*Wir verstehen, dass der Krieg tagtäglich grausamer wird. Ich habe ihm gesagt, was für einen schädlichen Einfluss die Juden bei uns (verstehe Bulgarien) ausüben und dass wir das Recht haben, uns davor zu schützen im Hinblick darauf, dass wir auch Szene militärischer Aktionen werden könnten.*“<sup>161</sup> Auf diese Aussage kam der Schweizer Botschafter in seinem Bericht an das politische Departement in Bern zurück, wobei er den Ministerpräsident zitierte<sup>162</sup> und zur Erkenntnis kam:

*Am Ende unseres Treffens hinterließ Herr Filov, der wieder sein wohlwollendes Lächeln aufgesetzt hatte, bei mir nicht den eindeutigen Eindruck, dass die bulgarische Regierung ihre Entscheidungen bezüglich der Juden revidieren wird und dass sie fest dazu entschlossen ist, mit allen verfügbaren Mitteln die Politik des Pakts zu unterstützen, indem sie bei ihrer jetzigen Position vom treuen Wächter der Balkanburg bleibt.*<sup>163</sup>

---

160 Vgl. ZDA, Fond 176-K/ 8/1067, Bl. 112 (meine Übersetzung)

161 Vgl. Filov 1990: 560-561 (meine Übersetzung)

162 So Filov im Gespräch mit Redard: „*Mit ihrem Benehmen sind die Juden in Bulgarien gefährlich für die Interessen des bulgarischen Staates. Keiner weiß, was uns die Zukunft bringt. Es ist nicht auszuschließen, dass sich keine zweite Front hier auf dem Balkan bildet, über die so viel geredet wird; aber die Situation erlaubt uns nicht zu behaupten, dass diese Gefahr auszuschließen ist. Wir müssen unsere Vorsichtsmaßnahmen treffen. (...) Jetzt befinden wir uns in einer Epoche, in der die staatlichen Erwägungen von höchster Priorität sind, und die Regierung hat die Aufgabe, sich um die Sicherheit der ganzen Nation zu kümmern. Ich bin der erste, der einige Entscheidungen, die wir treffen mussten bedauert, aber ich erkläre, dass unsere Stellung gegenüber den Juden in Bulgarien humaner ist, als eine Bevölkerung zu bombardieren, die friedlich in nicht-militärischen Gegenden lebt.*“ Vgl. Cohen (ed.) 1995: 214-215, Dokument Nr. 89 (meine Übersetzung)

163 Vgl. Cohen (ed.) 1995: 215, Dokument Nr. 89 (meine Übersetzung)

- **Problematisierungen der für Staatsfinanzen und Wirtschaft zuständigen Organisationen**

Im Jahr 1941 wurden die ersten Schritte zur Enteignung der bulgarischen Juden gemacht: eine „einmalige Steuer“ auf jüdisches Vermögen wurde auferlegt.<sup>164</sup> Solche Bestimmungen gehörten nicht mehr zum Kompetenzbereich des Judenkommissariats, sondern zu dem des Finanzministeriums. Der damalige Finanzminister Bojilov argumentierte während der Debatte im Parlament über die „einmalige Steuer“, die bis zu 25 % ging, der wichtigste Grund für eine solche Bestimmung sei, dass die Juden für „über 60 Jahre Ausbeutung Bulgariens“<sup>165</sup> dem Land etwas schuldeten (*Problematisierung*: „die Juden“ sind „Schuldner“ des Landes). Die Einführung der Steuer war auch eine gute Gelegenheit, „die kriegsbedingten Belastungen des bulgarischen Haushalts auszugleichen“.<sup>166</sup> Im Jahr 1942 teilte Innenminister Gabrowski den administrativen Organen des Landes mit, dass die gute Wirtschaftslage Bulgariens von der kompetenten Finanzpolitik der Regierung abhing. Diese hatte es ermöglicht, ohne ausländische Kredite und Verschuldungen nur mit innerstaatlichen Maßnahmen die Inflationsraten niedrig zu halten: „(...) Auch das jüdische Eigentum wurde mit 25 % besteuert. Mit den so gesammelten finanziellen Mitteln wird es uns ermöglicht, die Bedürfnisse der Kriegszeit zu befriedigen, ohne die bulgarische Währung zu schwächen und ohne eine Krise im wirtschaftlichen Leben auszulösen.“<sup>167</sup>

Der finanzielle Unterhalt des Judenkommissariats erfolgte durch die Gelder der bulgarischen Juden („Fond Jüdische Gemeinde“). Die Spekulationen des Judenkommissariats mit jüdischem Geld, das in der Zentralbank in Sofia deponiert wurde, führte zum Konflikt in der Ressortkommunikation zwischen dem KEV und dem Finanzministerium. Innenminister Gabrowski behauptete, dass das jüdische Jahreseinkommen 26mal höher als das bulgarische eingeschätzt wurde, und das war für ihn Grund genug, die Juden endlich aus dem wirtschaftlichen Leben des Landes

---

164 Vgl. Chary 1972: 43, Oschlies 1976: 49, Hoppe 1996: 281

165 So der Finanzminister, zitiert in Hoppe 1996: 281 und in Chary 1972: 43.

166 Vgl. Oschlies 1976: 49

167 Vgl. ZDA, Fond 264-K/1/ 123, Bl. 29 (meine Übersetzung)

auszuschließen<sup>168</sup> (*Problematisierung*: Juden wurden als Konkurrenz für die Bulgaren betrachtet).

1942 stellte der Finanzminister ein Gesetz gegen den Schwarzhandel vor, das jedoch nicht direkt gegen die Juden gerichtet war, sich aber das Ziel setzte, den bulgarischen Finanz- und Wirtschaftssektor während des Krieges zu kontrollieren. Dieser Entwurf wurde zum Objekt von Diskussionen und Kritik im Parlament, aber dort wurden nur die Paragraphen entfernt, die Maßnahmen gegen „Bulgaren“ vorsahen, und nicht die gegen „die Juden“.<sup>169</sup>

Das KEV definierte auch andere *Probleme*, die mit jüdischen Wohnungen in den größeren Städten, besonders in Sofia, zusammenhingen. Hinsichtlich des Wohnungsmangels wurde entschieden, dass 30 bis 70 % des jüdischen Eigentums zum Nutzen von „*bedürftigen Bulgaren*“ konfisziert werden sollte.<sup>170</sup>

Alle Maßnahmen, die gegen die altbulgarischen Juden getroffen wurden, wurden erst recht für die neubulgarischen Juden gültig. In den neuen Gebieten wurden die Restriktionen sogar noch schärfer vom KEV implementiert: „*Von den Juden der besetzten Gebiete, die deportiert wurden, wurde alles Eigentum konfisziert; das Vermögen bis auf das Existenzminimum fiel dem Kommissariat zu.*“<sup>171</sup>

Unter den Dokumenten des Innenministeriums bezüglich Mazedonien finden wir eine andere *Problematisierung*, die zu den dort lebenden Juden hervorgebracht wurde: die Ressorts hatten die wirtschaftliche Situation in den neuen Gebieten als kritisch beurteilt und besonderen Wert auf die Tatsache gelegt, dass in diesen schwierigen Kriegszeiten einige Personen die Schwächen der bulgarischen Verwaltung dort ausnutzten, um privat Gewinn zu erzielen. So wurden speziell die

---

168 Vgl. Oschlies 1972: 19

169 Vgl. Chary 1972: 44

170 Vgl. Chary 1972: 61. Chary schreibt, dass in der Tat die besten Wohnungen von KEV-Mitgliedern und anderen korrupten Politikern und Mitgliedern der Regierung übernommen wurden. Dasselbe Schicksal traf auch konfiszierte jüdische Gelder, da ein Teil davon in die Etablierung der Bank „Serdika“ einfluss, deren Vorstand ausschließlich Ratnizi-Mitglieder bildeten. Diese hatten dadurch die Möglichkeit, Kredite an andere Ratnizi-Mitglieder zu vergeben, die in der Handelsbranche tätig waren; ebd. S. 67.

171 Vgl. Hoppe 1996: 284

in Skopje lebenden Juden beschuldigt, serbische Währung auf dem Schwarzmarkt gegen bulgarische umgetauscht zu haben, um der bulgarischen Verwaltung ihren Reichtum zu verheimlichen, da das serbische Geld nach den bulgarischen Verordnungen deklariert werden musste.<sup>172</sup>

### **Für die Gesamtkoordination zuständige Dachorganisation: die Kanzlei des Zaren**

*Problematisierung:* die „Judenfrage“ als *indirekte* Gefahr für den Machterhalt des Zaren und der Regierung

Noch Ende 1940 wurde von den deutschen Organisationen die Entschlossenheit dargestellt, in Bulgarien eine „bequeme“ Regierung durch deutsche Intervention in die Innenpolitik zu bilden, falls die damalige Regierung sich noch lange weigerte, mit Deutschland zu kollaborieren.<sup>173</sup> Es wurde sogar die Überzeugung von deutscher Seite klar geäußert, dass es für die Ziele der deutschen Politik besser wäre, die Regierung durch ein Militärkabinett zu ersetzen. Mitteilungen in der ausländischen Presse unterstützten die Gerüchte, die in politischen Kreisen in Bulgarien kursierten, dass *„deutsche Freunde wie Aleksander Tzankov oder General Lukov und sogar Bagrjanov den schwankenden, unsicheren Filov stürzen und die Macht übernehmen werden.“*<sup>174</sup> Und wenn diese Gefahr im Jahr 1941 am Zarenhof und nur in Bezug auf den Beitritt zum Dreimächtepakt wahrgenommen und kommuniziert wurde, dann wurde sie im Jahr 1942 schon in Verbindung zu „den Juden“ und „den Freimaurern“<sup>175</sup> gebracht. Im Monat Mai erfuhr Zar Boris III, dass er in einem deutschen Geheimbericht beschuldigt wurde, er mache eine antideutsche Politik und die bulgarische Regierung stünde unter

---

172 Vgl. ZDA, Fond 264-K/ 1/458, Bl. 26

173 Vgl. Groueff 1991: 341

174 Ebd.: 342 (meine Übersetzung)

175 Die Organisation der Freimaurer in Bulgarien wurde mit dem Gesetz zum Schutz der Nation verboten; nichtsdestotrotz wurden führende Politiker und wichtige Personen, sogar der Zar, von deutschen Dachorganisationen beschuldigt, dass sie die Tradition der Freimaurerloge immer noch pflegten und unter dem Einfluss von Juden und westlichen liberalen Kräften stünden (vgl. PA.AA, Bestand: Inland IIg, Bd. 183, Bl. 486187-486361, ZDA, KMF06, 698/12).

dem politischen Einfluss von Juden und Freimaurern. Und General Lukov<sup>176</sup> sei der einzige, der diese Situation in den Griff kriegen würde.<sup>177</sup> Anfang 1943 verschärfte sich die Situation für den Zar, den Zarenhof und die Regierung, als von der Wilhelmstrasse in Berlin die Warnung ausging, die Deutschen würden jede Regierung in Bulgarien unterstützen, die „mit den Kommunisten und den Juden fertig werden kann“.<sup>178</sup> Diese Warnung seitens der deutschen Verbündeten war auch Thema eines Gesprächs zwischen dem Zaren und Ministerpräsident Filov. Letzterer warnte den Zaren davor, diese Gefahr zu unterschätzen.

*Ich erinnerte den Zaren daran, was Paul Schmidt zu Zagorov<sup>179</sup> in Berlin in Hinsicht auf die deutsch-bulgarischen Beziehungen sagte: die Deutschen wollten sich nicht in unsere inneren Angelegenheiten einmischen und würden jede Regierung unterstützen, die mit den Kommunisten, mit den Juden, für die es keinen Platz im neuen Europa gibt, mit der Straße, das heißt mit den anderen politischen Bewegungen, ganz egal ob sie den Linken oder zu den Nationalisten zuzuordnen sind, fertig wird.<sup>180</sup>*

Trotz aller Warnungen und Komplikationen gibt es nur wenige Daten, die uns Informationen über die Position des Zaren zur „Judenfrage“ geben. Das hängt möglicherweise damit zusammen, dass während des kommunistischen Regimes in

---

176 General Lukov, General Jekov und Pantev gehörten zu den bulgarischen Rechten (Legioneri, Ratnizi etc.), die sich als Gegner des Regimes bezeichneten und die Regierung beschuldigten, eine milde Politik zu führen; dagegen verlangten sie engere Bindungen an Deutschland sowie die Teilnahme am Krieg durch Truppen an der Ostfront. Auch wenn diese Personen offiziell von den Deutschen nicht unterstützt wurden (vgl. Groueff 1991: 374-375), inoffiziell gab es Indizien dafür, dass sie sich doch deutscher Unterstützung oder mindestens Sympathien erfreuten: Zar Boris war sehr besorgt, als er erfuhr, dass der deutsche, der italienische und der ungarische Gesandte in Sofia (Beckerle, Madjistrati und Arnoti) zu einem Empfang gingen, der von den Studenten-Legioneri organisiert wurde (vgl. Groueff 1991: 403). Obwohl es offiziell keine Beziehungen zwischen den bulgarischen Rechten und der deutschen Regierung gab, schrieb Beckerle in einem Telegramm, dass mit dem Mord an General Lukov die Deutschen „einen treuen Mitläufer“ verloren hätten, der für die deutsche Regierung von großer Bedeutung war (vgl. Toschkova (Hg.) 1992: 114, Dokument Nr. 83).

177 Vgl. Groueff 1991: 402-403

178 Vgl. Filov 1990: 132, 558 (meine Übersetzung)

179 Bulgarischer Gesandter in Berlin.

180 Vgl. Filov 1990: 558 (meine Übersetzung)

Bulgarien die persönlichen Archivmaterialien von Zar Boris III nach Russland gebracht worden sind. Vielleicht kann die Forschung Klarheit über die Prozesse in Bulgarien gewinnen, wenn diese eines Tages zugänglich werden. Von den zugänglichen Datenquellen ist mir nur ein deutsches Dokument bekannt, worin die Position des Zaren über die „Judenfrage“ deutlich wurde: Er war einverstanden mit der Deportation der neubulgarischen Juden (keine Problematisierung im Kommunikationsprozess) sowie mit der Deportation eines Teils der altbulgarischen Juden, die als „*bolschewistisch-kommunistische Elemente*“ (*Problematisierung*) bezeichnet wurden.<sup>181</sup> Im Gespräch zwischen dem Zar und dem deutschen Außenminister wurden die altbulgarischen Juden nur in Bezug auf ihre *kommunistische Tätigkeit* als Gefahr für das Regime betrachtet. Diese *Problematisierung* ist mit der des Innenministeriums identisch.

Eine *allgemeine* Argumentation zur „Judenfrage“ lieferte der Zar in einem Gespräch mit den Oberhäuptern der bulgarischen orthodoxen Kirche im Jahr 1943 (15. April, nach dem entscheidenden Monat März!): Er redete vom „Judenproblem“ und definierte es als ein *historisches Problem*. Die Juden bezeichnete er als Träger eines „*spekulativen Geistes*“, der der Menschheit viel Schaden verursacht hat und dies immer noch täte: „*Diesem spekulativen Geist verdanken wir größtenteils auch die gegenwärtige Weltkatastrophe*“.<sup>182</sup> Zar Boris III argumentierte gegen die Juden und bezeichnete sie als Träger von „*Spekulationen*“ und „*Negation*“ (*Problematisierung*). Je schneller sich die europäischen Völker vom Einfluss und von der Ausbeutung der Juden befreien, so der Zar weiter, desto mehr würde sich das Nationalgefühl unter diesen Völkern stärken (*Problematisierung*: „Die Juden sind eine Gefahr für die nationale Einheit und noch dazu besitzen sie finanzielle Macht“). Insgesamt können die beiden letzten Problematisierungen in einer Argumentationslinie zusammengebunden werden: Juden vs. Patriotismus.<sup>183</sup> „*Bekannt für ihren Patriotismus, könnte unsere orthodoxe Vaterlandskirche keine andere Meinung vertreten*“,<sup>184</sup> beschloss der Zar seine Rede vor der Synode.

---

181 Vgl. Toschkova (Hg.) 1992: 129, Dokument Nr. 95, Gespräch zwischen Zar Boris III und Außenminister Joachim von Ribbentrop.

182 Vgl. Cohen (ed.) 1995: 240, Dokument Nr. 109, Protokoll der heiligen Synode über die Rede von Zar Boris (meine Übersetzung)

183 Dieses Argument wurde oft von den verschiedenen Organisationen benutzt, um „die Judenfrage“ zu explizieren. Bei solcher allgemeinen Problematisierung wird nicht klar, welche Art von Problemen darunter zusammengefasst wurde. Es ist anzunehmen, dass solche Problematisierungen mehr der

## 4.7 Lösungsdefinitionen

Als Lösungen<sup>185</sup> für die in der Kommunikation produzierten *Teil*probleme mit der jüdischen Bevölkerung in Bulgarien waren seit 1941 bis zum entscheidenden März 1943 mehrere Vorschläge vorhanden, die von den zuständigen Ressorts dargestellt und teilweise praktisch umgesetzt wurden.

- **Wirtschaftliche Restriktionen**

Wie wir schon bei den Problematisierungen der jeweils verantwortlichen Ressorts angedeutet haben, folgten nach dem Erlass des Gesetzes zum Schutz der Nation eine Reihe wirtschaftlicher Vorkehrungen gegen die bulgarischen Juden, und zwar nicht nur gegen die altbulgarischen, sondern auch gegen die aus den neuen Gebieten. Die Konfiszierung des jüdischen Eigentums wurde streng durchgeführt. Trotz der Gesetzgebung und der festgelegten Maßnahmen gegen Juden in Bulgarien wurden bis zum Jahr 1942 (Wannsee-Konferenz) nur einige von den wirtschaftlichen Restriktionen in die Praxis umgesetzt. Die Juden wurden von bestimmten Geschäftspraktiken ausgeschlossen. Die Größe eines jüdischen Unternehmens durfte einen bestimmten Kapitalbetrag nicht überschreiten, Unternehmen mit Mischkapital (jüdisch-bulgarisch) wurden geschlossen und aufgelöst, wobei die größeren und bedeutenden Unternehmen und Fabriken nicht an Bulgaren weiterverkauft,

---

Propaganda gegen die Juden in der politischen Kommunikation dienten, um die opportunistische Politik gegenüber Deutschland weiterzuführen, und zwar immer dann, wenn die Umstände es verlangten.

184 Vgl. Cohen (ed.) 1995: 243, Dokument Nr. 109, Protokoll der heiligen Synode über die Rede von Zar Boris (meine Übersetzung)

185 Einige Lösungen gab es schon vor „der Judenfrage“ oder wurden vorher in Bezug auf andere Problematisierungen kommuniziert. Dann aber, als diese in die Öffentlichkeit rückten, suchten sie nach dem passenden „Judenproblem“. Damit meine ich z.B. das Gesetz zum Schutz der Nation, da ausdrücklich in der Kommunikation um das Gesetz das Fehlen *eines tatsächlichen Problems* expliziert wurde, *die Lösung* aber präventiv geschaffen wurde, was tatsächlich eine Reihe von Einzelentscheidungen und Teilproblematisierungen nach sich zog. Im Anschluss an den Erlass des Gesetzes folgte kaum seine Implementierung, was den Eindruck erweckte, das Gesetz diene, den Kritikern nach, nur der „Dankbarkeit“ an die Deutschen und wurde aus Opportunismus eingeführt. Die Bestimmungen wurden oftmals umgangen oder gar nicht angewandt, so dass rechte Politiker es als „Gesetz zum Schutz der Juden“ parodierten, und bei solch einer verzerrten Anwendung könnte es schon gar nicht „dem Schutz der Nation“ dienen, vgl. Hoppe 1996: 281.

sondern vom Staat übernommen wurden.<sup>186</sup> Die „einmalige Vermögenssteuer“ wurde nach deutschem Vorbild auch in Bulgarien eingeführt, und jüdische Bankkonten wurden gesperrt sowie seit der Schaffung des Judenkommissariats auch unter dessen Kontrolle gebracht. Die beschäftigungslosen Juden wurden von der Regierung aufgefordert, bis zum 1. September 1942 die Stadt zu verlassen.<sup>187</sup> Den in Sofia und den größeren Städten verbliebenen Juden wurden auch Restriktionen der von ihnen bewohnten Wohnungsfläche aufgezwungen.

Mit dem voranschreitenden Krieg wurde auch der Kreis der von Juden ausgeübten Tätigkeiten und Berufe stark verengt. Ab 1942 wurden mehrere Anordnungen erlassen, wonach die Juden bestimmte Berufe nicht mehr oder nur begrenzt ausüben durften: die Zahl der Ärzte wurde fühlbar reduziert, die jüdischen Apotheken wurden völlig enteignet und an „Bulgaren“ weiterverkauft.<sup>188</sup>

Noch rasanter spitzte sich die Lage für die neubulgarischen Juden zu, da mit der Umsetzung der Maßnahmen in den neuen Gebieten schon von den Deutschen begonnen worden war,<sup>189</sup> die von der bulgarischen Verwaltung dann nur weiter praktiziert wurden. Besonders jüdische Wohnungen wurden gleich am Anfang konfisziert und den deutschen Offizieren oder bulgarischen Beamten aus Altbulgarien zur Verfügung gestellt.<sup>190</sup> Die jüdische Bevölkerung in Mazedonien verarmte durch diese Restriktionen in solchem Maße, dass sogar der Sekretär des Judenkommissariats in Skopje sich gezwungen sah, dem Innenministerium in Sofia darüber zu berichten und um eine spezielle Bestimmung des Ministeriums zu bitten, den Juden zu erlauben, einige Handelstätigkeiten auszuüben, da diese am Existenzminimum lebten. Seiner Anfrage wurde vom Ministerium in Sofia mit einer Absage begegnet.<sup>191</sup>

---

186 Vgl. ZDA, Fond 250-B/1/40

187 Vgl. Hilberg 1982: 511

188 Vgl. Oschlies 1976: 50-51

189 Vgl. Kolonomos/ Veskovich-Vangeli 1986: 24ff.; die deutschen Truppen in den neuen Gebieten, besonders in Mazedonien, hatten schon in der Zeit vor der bulgarischen Verwaltung folgende repressive Maßnahmen gegen die jüdische Minderheit erlassen: es wurden jüdische Autos, Radioapparate, Telefonleitungen konfisziert sowie das Verbot auferlegt, dass Juden ohne Erlaubnis der Deutschen ihre Wohnorte verlassen durften.

190 Ebd. : 23-24

191 Ebd. : 24-25

- **Politische Restriktionen**

- **Auszeichnung und Absonderung in Gettos, restriktive Bestimmungen bezüglich Bewegungsfreiheit und Meinungsfreiheit**

Im Sommer 1941 unterschrieb Innenminister Gabrowski eine Verordnung, die restriktive Maßnahmen gegen die bulgarischen Juden vorsah im Rahmen der *Problemtisierung*: „Juden verbreiten Gerüchte mit dem Ziel, die nationale Eintracht zu schwächen, den Geist des bulgarischen Volkes zu erschüttern sowie seinen Glauben in die Zukunft“. <sup>192</sup> Den Juden wurde verboten, jegliche politische Fragen zu bereden, insbesondere über politische Neuigkeiten zu sprechen. Ab 21 Uhr bis 6 Uhr durften sie keine öffentlichen Plätze betreten. Falls irgendwelche Verstöße durch die Polizei nachgewiesen wurden, folgten strenge Restriktionen wie Berufsverbot, Zwangsumsiedlung, Deportation außerhalb des Königreichs trotz der bulgarischen Staatsangehörigkeit sowie Aberkennung der bulgarischen Staatsbürgerschaft. <sup>193</sup>

Im September 1942 wurde vom Judenkommissariat die Bestimmung erlassen, die Juden sollten durch einen gelben Stern gekennzeichnet werden. Einige Monate später wurden auch die jüdischen Wohnungen sowie die wenigen noch nicht aufgelösten jüdischen Unternehmen gekennzeichnet. <sup>194</sup>

Die Dokumente der bulgarischen Verwaltung in Mazedonien zeigen auch die politische Linie der dortigen Teilorganisationen, die Juden in den Städten Skopje, Stip und Bitolja zwangsweise in Gettos umzusiedeln: Sie wurden in einem Viertel – zum Beispiel in Skopje – abgesondert und ihre alten Wohnungen an Bulgaren übergeben. <sup>195</sup> In besonderen Fällen wurden sogar die angesehenen Juden aus Mazedonien nach Altbulgarien zwangsweise ausgewiesen, damit sie keinen Einfluss mehr auf die jüdische Minderheit in Mazedonien ausüben konnten. <sup>196</sup>

---

192 Vgl. ZDA, Fond 264-K/1/127, Bl. 215 (meine Übersetzung)

193 Ebd.: Bl. 215

194 Vgl. Kolonomos/ Veskovich-Vangeli 1986: 22-23

195 Ebd.: 24

196 Ebd.: 26. Diese Juden waren durch ihre Verbindungen zu den mazedonischen kommunistischen Gruppierungen bekannt und wurden damit zu „Staatsfeinden“ Bulgariens erklärt. Kurz vor den Departa-

## - **Zwangsumsiedlung in andere Gegenden des Landes**

Das Gesetz zum Schutz der Nation (Januar 1941) sah vor, dass die Juden nicht mehr ohne polizeiliche Genehmigung reisen durften. Juden wurden in dafür vorgesehenen Städten und Gegenden zwangsweise angesiedelt. Ab Frühjahr 1942 traten diese Verordnungen in Kraft, und Juden wurde ausdrücklich von der Polizei und vom Innenministerium verweigert, zu reisen. Es waren besonders die Juden davon betroffen, die in Sofia lebten: immerhin mehr als die Hälfte des bulgarischen Judentums konzentrierte sich in der Hauptstadt. Anfang 1943 waren auch bestimmte Gebiete in Bulgarien für Juden nicht mehr zugänglich. Das erfolgte nach einer Aufforderung der bulgarischen Truppen aus Sicherheitsgründen, da bei den damaligen Kriegsentwicklungen die Juden als „Gefahr“ eingestuft wurden. So verlangte der Stab der deutschen Truppen, die in Bulgarien stationiert waren und in der Region Vidin Eisenbahnlinien bauten, dass dieses Gebiet für Juden durch eine Sonderbestimmung gesperrt wurde.<sup>197</sup>

## - **Zwangsarbeit im Arbeitslager (-gruppen) innerhalb des Landes**

Im Jahr 1941 übten deutsche Organisationen Druck auf den bulgarischen Außenminister Popov aus und drohten ihm damit, dass sie nicht mehr lange dulden würden, die Juden weiterhin im Arbeitsdienst zu beschäftigen: *„Falls dies weiterhin so funktioniert, werden unsere Truppen die freundschaftlichen Beziehungen zu ihnen unterbrechen“*<sup>198</sup> Die bulgarische Regierung zeigte sich daraufhin bereit, die deutschen Erwartungen nicht zu enttäuschen und fasste die bis jetzt im Arbeitsdienst beschäftigten Juden (dem Verteidigungsministerium unterstellt) in spezielle Zwangsarbeitergruppen (dem Ministerium für öffentliche Arbeiten unterstellt) zusammen.

Später erwiesen sich diese Zwangsarbeitergruppen im Entscheidungsprozess als eine bequeme *Lösung anderer neuer Problematisierungen*: *„Wir können die*

---

tionen wurden sie wieder nach Mazedonien ins Lager gebracht, um von dort mit den anderen Juden deportiert zu werden.

197 Vgl. Oschlies 1976: 51

198 Vgl. Cohen (ed.) 1995: 171, Dokument Nr. 50, (meine Übersetzung); Hilberg 1982: 509

*altbulgarischen Juden nicht deportieren, da wir sie zur Zeit dringend für Bauarbeiten benötigen.*“ Dies wurde zur meist benutzten *Argumentation* der bulgarischen Regierung gegen drängende Aufforderungen zur Deportation seitens deutscher Spezialorganisationen, die seit 1942 immer häufiger geäußert wurden.

## - **Deportation und Tötung**

Nach der Wannsee-Konferenz 1942, die mit der Entscheidung zur „Endlösung der Judenfrage“ in einen (immer noch umstrittenen) Zusammenhang gebracht wird, gab es auch Resonanz in der bulgarischen „Judenpolitik“. Zu den bis jetzt praktizierten *Lösungen* kam eine neue dazu: Deportation und Tötung.<sup>199</sup> Es kam zu einer intensivierten Kommunikation zwischen deutschen und bulgarischen Organisationen im Entscheidungsprozess. Immer mehr neue Bestimmungen wurden auf bulgarischer Seite erlassen, die mit den spezifischen Problematisierungen der zuständigen Ressorts zusammenhingen sowie mit den besonderen, sich ständig ändernden Umständen der Innen- und Außenpolitik. In Bulgarien wurden Abschiebungen von Juden ins Ausland schon 1941 erwogen, falls sich die bulgarischen Juden nicht an die Anordnungen des Innenministeriums hielten,<sup>200</sup> aber das wurde eher als präventive „Einschüchterung“ betrachtet. Mir ist nur ein Dokument bekannt, in dem von tatsächlicher Abschiebung jüdischer Bürger außerhalb des Landes berichtet wurde. Der Polizeichef schrieb in seinem Jahresbericht (1941) über die Tätigkeit der Arbeiterpartei und der jüdischen Organisationen gegen die Judenverfolgung,<sup>201</sup> dass ein großer Teil der Juden die Kommunisten unterstützte sowie Gerüchte verbreitete. Dagegen habe die Polizei

---

199 Dass Deportationen zum Arbeitseinsatz nach Polen Tötung bedeuteten, war in Bulgarien im Februar/März 1943 schon bekannt. Im Gespräch zwischen Premierminister Filov und dem schweizerischen Botschafter Redard protestiert dieser gegen die Deportationen der nebulgarischen Juden: „*Das heißt, sie werden zum Tode verurteilt!*“ (meine Übersetzung). Filov bezeichnete diese Aussage als übertrieben und erwiderte, dass die Juden als Zwangsarbeiter nach Polen geschickt werden (vgl. Cohen, ed. 1995: 214-215, Dokument Nr. 89, Filov 1990: 560-561). Auch die Radiosender aus Moskau und London sowie die kommunistische Presse in Bulgarien berichteten über die Deportationen und Tötung von Juden in den Arbeitslagern in Europa (vgl. Cohen, ed. 1995: 193-194, Dokument Nr. 71 vom 31. Dezember 1942).

200 Vgl. ZDA, Fond 264-K/1/123, Bl. 215, Befehl des Innenministeriums an alle administrativen Organe des Landes, unterzeichnet von Innenminister Peter Gabrowski.

201 Vgl. Cohen (ed.) 1995: 176, Dokument Nr. 57

strenge Maßnahmen durchgeführt: „Einige von den beschuldigten Juden wurden zwangsweise außerhalb des Landes gewiesen, andere wurden zwangsumgesiedelt, und einige wurden zur Zwangsarbeit in Arbeitslager eingewiesen.“<sup>202</sup>

Es lässt sich aus der jetzigen Perspektive nur schwer beobachten, warum für das Problem „Juden verbreiten Gerüchte und schwächen das bulgarische Nationalgefühl“ solch eine extreme Lösung wie *Abschiebung ins Ausland*“ vorgesehen wurde, und zwar nur für „die Juden“ und nicht für andere „Gerüchteverbreiter“. Die Gesetzgebung und die darauf folgenden Maßnahmen gegen die bulgarischen Juden wurden von deutscher Seite mit großer Aufmerksamkeit verfolgt. Sie boten den deutschen Organisationen die passenden Gelegenheiten, den bulgarischen Ressorts immer weiter andere *Lösungen* vorzuschlagen. Der gesetzliche Rahmen war vorhanden, eine Reihe Einzelentscheidungen in der deutsch-bulgarischen Kommunikation wurden getroffen. Ende 1942 stand dann auch von deutscher Seite nichts mehr im Wege, weitere generelle Vorschläge über eine „Endlösung der Judenfrage“ in Bulgarien anzubieten. Die Gelegenheiten dazu boten einerseits die schon 1941 angepasste anti-jüdische Gesetzgebung in Bulgarien, andererseits die sich bis 1942 immer mehr verschärfenden restriktiven Maßnahmen gegen die bulgarischen Juden nach deutschem Vorbild sowie die Bereitschaft der bulgarischen Regierung, den im deutschen Protektorat Böhmen und Mähren lebenden bulgarischen Juden die Staatsbürgerschaft abzuerkennen und diese von da an deutscher Macht zu unterstellen. Logischerweise wurde in Deutschland damit gerechnet, dass die bulgarische Regierung auch weitere gemeinsame Maßnahmen unterstützen würde, da „*Bulgarien und andere Staaten bereitwillig an der Durchführung eines Neuaufbaus mitarbeiten...*“.<sup>203</sup> Im deutsch-bulgarischen Entscheidungsprozess boten sich für beide Seiten in der Kommunikation oft Gelegenheiten, *Lösungsdefinitionen* und *Problemmatisierungen* zu formulieren.

---

202 Vgl. Cohen (ed.) 1995: 178 (meine Übersetzung)

203 Vgl. PA.AA, Bestand: Inland IIg, Bd. 183, Bl. 486526-7, im ZDA, KMF06, 698/12, Berlin, 19. November 1942, Referat D III

## 4.8 Entscheidungsgelegenheiten

- **Innenpolitischer Druck**

- *Die politischen Kräfte und die antijüdische Politik der Regierung als passendes Thema für innenpolitischen Druck*

Immer wenn es zu schwierigen außen- oder innenpolitischen Situationen kam, wurde die bulgarische Regierung unter Druck gesetzt, entsprechende Maßnahmen zu treffen. Die innenpolitischen Umstände waren schon im Jahr 1940 angespannt, da sich einige Gruppierungen bildeten, die verschiedene Meinungen über die offizielle bulgarische Position im Krieg vertraten. Die Regierung geriet einerseits unter Druck seitens des linken Spektrums, das eine Politik an der Seite von Russland befürwortete, andererseits unter den Druck der immer schärferen Kritik der bulgarischen Rechten, die sich für eine Politik an der deutschen Seite erklärten. Die dritte ausschlaggebende Kraft war der Kreis, der sich um die führenden Politiker der ehemaligen liberal-demokratischen Parteien formierte. Die Regierung wurde gleichzeitig mit dem politischen Druck aller drei Seiten konfrontiert. Der rechte Sektor, geführt von General Lukov, nahm eine abwartende Position ein, um die passende Gelegenheit zu nutzen, an die Macht zu gelangen.<sup>204</sup> Andererseits gelang es den Kandidaten aus den Reihen der ehemaligen demokratischen Parteien, die Gruppierungen des linken Sektors (Kommunisten, die zwei rivalisierenden Flügel der Bauernpartei BZNS „Vrabcha“ und „Pladne“) für eine breite Koalition vor der Wahl des XXIV. Parlaments zu gewinnen, um sich damit den Wahlerfolg zu sichern.<sup>205</sup> Diese Koalition wurde durch ihre harte Kritik in der politischen Kommunikation zur ernsthaften Gefahr für die Glaubwürdigkeit der Politik der Regierung und damit für das Regime. Nach dem Beitritt Bulgariens zum Dreimächtepakt kamen neue Argumente im innenpolitischen Kampf hinzu: die demokratischen Kräfte und die anderen im Parlament vertretenen Gruppierungen waren sich darüber einig, dass Bulgarien weiterhin vom Krieg verschont bleiben müsste.<sup>206</sup> Dieser politische Ansatz etablierte sich als

---

204 Vgl. Dimitrov 2000: 234-235

205 Ebd.

206 Vgl. Dimitrov 1969:61

Konsens aller politischen Strömungen außerhalb der bulgarischen Rechten. Diese machte sich für die gegenteilige Position stark: Teilnahme am Krieg mit Truppen an der Ostfront. Nachdem die oppositionellen Kräfte keinen Einfluss mehr auf die Außenpolitik der Regierung ausüben konnten – oder höchstens schrittweise und ineffektiv wegen ihrer gespaltenen politischen Interessen –, konzentrierten sie sich auf die Innenpolitik der Regierung, die im Parlament auf harte Kritik stieß.<sup>207</sup>

*Im Gegensatz zu anderen Ländern, die tatsächlich von Deutschland okkupiert waren, war der bewaffnete Kampf, den die Kommunistische Partei (BKP) organisierte, nicht direkt gegen fremde Okkupation gerichtet, sondern gegen das bulgarische Regime.*<sup>208</sup>

Die demokratische Opposition im Parlament sowie die rechten Gruppierungen außerhalb des Parlaments suchten nach jeder Gelegenheit, die Regierung zu kritisieren und sie unter Druck zu setzen. Die Demokraten benutzten die anti-jüdischen Maßnahmen der Regierung, um im Parlament eine breitere Diskussion über die Innenpolitik der Regierung auszulösen und beschuldigten das Regime, es handele aus opportunistischen Gründen und unterwerfe sich einer fremden Politik.<sup>209</sup> In den wirtschaftlichen Restriktionen gegen die bulgarischen Juden sahen die oppositionellen Politiker eine Gelegenheit, die Regierung erneut unter Druck zu setzen und ihr eine „*Annäherung an den Kommunismus*“ zu unterstellen, da diese restriktiv gegen das jüdische Kapital vorging. Das bulgarische Bürgertum sah in denselben Maßnahmen eine Bedrohung für die eigenen Interessen: „*Wenn so gegen eine Rasse vorgegangen werden kann, dann kann man auch gegen die Bourgeoisie allgemein ähnlich vorgehen.*“<sup>210</sup> In einem anderen Sinne kritisierte der linke Parlamentsabgeordnete Stainov die antijüdische Politik der Regierung und bezeichnete die zusätzlichen Maßnahmen als Ablenkungs-

---

207 Vgl. Dimitrov 1969: 62 ff.

208 Vgl. Dimitrov 1969: 57 (meine Übersetzung)

209 Ebd. : 63, eine Kritik des liberalen Politikers Muschanov im Parlament.

210 Ebd. : 64, Muschanov zitiert (meine Übersetzung)

manöver: „Die Aufmerksamkeit der bulgarischen Gesellschaft sollte von anderen viel wichtigeren Fragen der bulgarischen Innenpolitik abgelenkt werden.“<sup>211</sup>

Die Regierung wurde selbst von der Mehrheit im Parlament kritisiert,<sup>212</sup> dass sie zu wenig im Kampf gegen die Kommunisten unternahm, die der bulgarischen Politik schaden konnten und die Beziehungen zu den deutschen Verbündeten gefährdeten. In diesem Sinne wurde auch die Auffassung der Mehrheit zu den antijüdischen Maßnahmen der Regierung exponiert. Die Regierung schlug der Mehrheit vor, einige in der bulgarischen Gesellschaft anerkannte Juden als Ausnahme zu betrachten und die Restriktionen des Gesetzes für diese ungültig zu machen. Filov notierte über das Ereignis in seinem Tagebuch: „Die regierende Mehrheit stand diesem Vorschlag feindselig entgegen, und er konnte nicht durchgeführt werden.“<sup>213</sup> Nach dieser Position sollte sich auch die zukünftige Politik der Regierung richten. Und die Führungsorganisationen sahen darin eine klare Aufforderung zum Handeln. Ende 1942 führte die Polizei mehrere Razzien vor allem gegen kommunistische Untergrundorganisationen durch: „Diesbezüglich wurde eine jüdisch-kommunistische Terrorzentrale aufgedeckt.“<sup>214</sup>

Zusätzlich zu den heiklen innenpolitischen Fragen, die im Mittelpunkt der parlamentarischen Debatten standen, kamen noch die wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten hinzu, die die Opposition benutze, um Druck entstehen zu lassen und die Regierung zu bestimmten Handlungen zu bewegen.<sup>215</sup>

Die Regierung und der Zar fühlten sich von den bulgarischen Rechten bedroht, besonders nachdem am Zarenhof die geheime Information kursierte, diese würden auch von der deutschen Regierung unterstützt.<sup>216</sup> Die Absichten der rechten nationalistischen Kreise, ein freiwilliges Korps zu bilden, um die deut-

---

211 Ebd.: 65 (meine Übersetzung)

212 Vgl. Toschkova (Hg.) 1992: 21, Dokument Nr. 10, Bericht des deutschen Geheimdienstes über die Tätigkeit der bulgarischen Opposition.

213 Vgl. Filov 1990: 469 (meine Übersetzung)

214 Vgl. Toschkova (Hg.) 1992: 109, Dokument Nr. 79, Bericht der Gesellschaft für Südosteuropa über den Kampf der bulgarischen Regierung gegen die Untergrundbewegung im Land (meine Übersetzung).

215 Vgl. ausführlich dazu Dimitrov 1969: 65 ff.

216 Vgl. Groueff 1991: 375-276, Toschkova (Hg.) 1992: 22-23, 29, 43, 75

schen Truppen an der Ostfront zu unterstützen, waren noch gefährlicher für die Politik des Regimes. Sie bedeuteten eine Unterminierung der bulgarischen außenpolitischen Linie. Diese Absichten setzten die Regierung ständig unter Druck, Gegenmaßnahmen zu ergreifen, da sonst die Gefahr der Eskalation der innenpolitischen Situation drohte, was zur Bildung einer neuen rechten pro-deutschen Regierung führen konnte.<sup>217</sup>

Ein wichtiger Punkt der Kritik gegen die Regierung seitens der bulgarischen Rechten war die Unzufriedenheit mit der Politik gegen die Juden und die Kommunisten sowie gegen die liberalen Politiker. Sie wurde als Gelegenheit von der Regierung wahrgenommen, Restriktionen gegen die Juden zu vorzunehmen. Damit verfolgte die Regierung zweierlei Ziele: sowohl Aktivität zu zeigen als auch von anderen Problemen abzulenken. Als im Parlament Debatten über die Finanzpolitik der Regierung geführt wurden, folgten anschließend verstärkte Maßnahmen gegen die Juden. Als die bulgarische Rechte immer härtere Kritik wegen der innenpolitischen Situation ausübte, folgten sofortige politische Restriktionen gegen die Juden. Als ein Beispiel können wir die Aktionen der rechten Gruppierung „Ratnizi“ (aus ihren Reihen kamen auch Innenminister Gabrowski und später der Judenkommissar Belev) hervorheben. Sie wandten sich an das bulgarische Volk: *„Unter dem Einfluss der Engländer und der Juden betreiben die Vertreter der ex-kapitalistischen und der Volksparteien Propaganda und hetzen das bulgarische Volk gegen die Interessen des Landes auf.“*<sup>218</sup> Die Juden wurden in Verbindung mit den Engländern, den Serben und den Kommunisten gebracht und damit zum „Feind“ der bulgarischen nationalen Interessen erklärt. Im deutschen Bericht über diese „Ratnizi“-Aktion heißt es: *„Diese Aktion löste eine große Sensation in Sofia aus.“*<sup>219</sup> Dass diese rechte Gruppierung der Regierung Schwierigkeiten bereitete und sie unter Entscheidungsdruck setzte, können wir auch aus den Reden von Innenminister Gabrowski (1941) und Ministerpräsident Filov (1942) ableiten. Der Innenminister wollte alle Maßnahmen gegen die Juden als innenpolitische Waffe zur Annäherung an die bulgarische Rechte einsetzen:

---

217 Vgl. Groueff 1991: 376

218 Vgl. Toschkova (Hg.) 1992: 26, Dokument Nr. 12, Bericht des deutschen Sicherheitsdienstes über die politische Lage in Bulgarien (meine Übersetzung).

219 Ebd. (meine Übersetzung)

*Die Tätigkeit dieser Personen<sup>220</sup> darf nicht außer Acht gelassen werden. Man muss mit ihren Anführern Beziehungen unterhalten, mit diesen ununterbrochen über die Notwendigkeit von Vereinigung und Zusammenarbeit sprechen und darüber, dass in diesem Moment alle Kräfte im Kampf gegen die Feinde Bulgariens gerichtet werden müssen, und zwar gegen die kommunistische, jüdische und die Londoner Propaganda. Auf diese Weise sollte ihre Mitwirkung gewonnen werden.<sup>221</sup>*

Ministerpräsident Filov sprach in seiner Rede von einer von der bulgarischen Regierung bewusst angestrebten Infiltrierung solcher rechter Gruppierungen und sogar von möglicher Kooptierung:

*In letzter Zeit wurde neben den anderen Maßnahmen noch erwähnt, dass die Archive dieser zwei Organisationen<sup>222</sup> gefunden und konfisziert wurden. Das ist eine Maßnahme, die als Ziel den Kampf gegen diese Organisationen hat. Es gibt aber keinen Zweifel, dass die Mittel dieses Kampfes nicht dieselben sein können, wie diejenigen, die wir gegen die anderen geheimen Organisationen anwenden, wie zum Beispiel gegen die Kommunisten. Wenn es sich um eine Vereinigung der nationalen Kräfte handelt, ist es selbstverständlich, dass die Regierung dagegen handeln wird, falls einige versuchen, nationale Gruppierungen in eine andere Richtung abzulenken. Es gibt aber gleichzeitig keinen Zweifel daran, dass wir in dem Fall keine Vernichtung dieser nationalen Gruppierungen anstreben, sondern ihre Kooptierung.<sup>223</sup>*

Im selben Jahr fand tatsächlich eine solche Kooptation statt. Das Judenkommissariat wurde geschaffen und an seine Spitze gelangte ein Mitglied der „Ratnizi“-Organisation: Judenkommissar Aleksander Belev. Vor diesem Posten war er im Innenministerium als Jurist tätig. Innenminister Peter Gabrowski war auch ein Ex-Ratnik. Diese beiden, das Innenministerium und seine Subeinheit, das Judenkommissariat, betrachte ich als die zwei Organisationen, die „die Judenfrage“ zur eigenen Domäne hatten.

---

220 Hiermit sind die bulgarischen Rechten gemeint.

221 Vgl. ZDA, Fond 264-K/1/123, Bl. 10 (meine Übersetzung)

222 Damit sind „Ratnizi“ und „Legioneri“ gemeint.

223 Vgl. ZDA, Fond 1335-K/1/82, Bl. 11-12 (meine Übersetzung)

- **Sabotageakte und Attentate**

Die innenpolitische Situation in Bulgarien eskalierte Anfang 1943 mit der Ermordung von General Lukov, der als „die Figur“ der bulgarischen Rechten galt und als gefährlichster Gegner des Regimes angesehen wurde. Am 15. Februar 1943 teilte der Zar dem Ministerpräsidenten mit, dass er über die politischen Morde besorgt war, sich aber noch mehr Sorgen darum machte, dass „Moskau die Schuld auf die bulgarische Regierung schob“.<sup>224</sup> Diese These fand auch die Unterstützung der bulgarischen Rechten. Am 17. Februar trafen sich der Zar und der Ministerpräsident, um Folgemaßnahmen zu besprechen. Filov betonte dann die für ihn einzig mögliche Position in dieser Situation:<sup>225</sup>

*Ich habe dem König erklärt, dass wir uns nicht darauf beschränken dürfen, dieses Attentat als ein Werk des Auslands oder der Feinde Bulgariens zu sehen. Diese Anklagen sind zu vage und überzeugen niemanden, so dass die Regierung sich eine Menge Kritik einhandeln wird. ... Wir müssen diese Morde dafür benutzen, um den Kampf gegen den Kommunismus, aber auch gegen das Judentum zu verschärfen. Wir dürfen nicht exzessiv handeln, und vielleicht können wir nichts weiter machen als das, was wir bis jetzt unternommen haben. Aber die Regierung muss mindestens nach außen hin zeigen, dass sie solche Provokationen nicht mehr lange duldet und dass sie entschlossen ist, energischer dagegen vorzugehen. Man muss in diesem Moment den politischen Effekt nutzen.*

Noch am selben Tag begann eine antijüdische und antikommunistische Kampagne in der Presse. Nach den Anordnungen des Ministerpräsidenten folgten auch verschärfte Maßnahmen gegen die beiden „Gruppen“.<sup>226</sup> Filov benutzte die Umstände auch, um dem König über die deutsche Position zur bulgarischen Politik gegen die Juden zu berichten. Er informierte den Zaren über die negative Auffassung von Botschafter Beckerle, der sich gegen eine nach Aussprache mit der Schweizer Botschaft mögliche Auswanderung von 4 000 Kindern und 500 Erwachsenen aus Bulgarien nach Palästina erklärte. Beckerle argumentierte im

---

224 Vgl. Filov 1990: 557 (meine Übersetzung)

225 Ebd.: 557-558 (meine Übersetzung)

226 Ebd.

Gespräch mit Filov, dass „*dies der Propaganda zum Vorteil für England dienen könnte und Unruhe bei den Arabern stiften wird, die die Deutschen aber nicht reizen wollen*“. Der bulgarische Ministerpräsident erklärte sich mit der deutschen Position völlig einverstanden.<sup>227</sup> Demzufolge wurden die schon mit der englischen Regierung vereinbarten Umsiedlungen gestoppt, mit der Erklärung, dass die innenpolitische Situation in Bulgarien keine Gelegenheit dazu böte. Solche Maßnahmen würden im Gegensatz zur Innenpolitik der Regierung stehen.

„Die Judenfrage“ wurde nicht nur von der Opposition zu einem bequemen Thema der Kritik an der Regierung benutzt, sondern galt auch als ein passendes Thema für die Regierenden selbst, um mit der Opposition aus den eigenen Reihen fertig zu werden. Nach dem Protestbrief der 43 Abgeordneten gegen die geplanten Deportationen von altbulgarischen Juden,<sup>228</sup> notierte der Ministerpräsident in seinem Tagebuch:

*Hauptsächlich auf meine Veranlassung hin haben wir entschieden, diese Situation auszunutzen, um die Mehrheit zu prüfen. (...). Der Moment ist passend dafür, weil wir am Ende der Legislaturperiode der Kammer sind und die Judenfrage ein bequemer Agitationsgegenstand ist, falls es zu neuen Wahlen kommt.*<sup>229</sup>

Nach dem Attentat auf den Rundfunkingenieur Janakiev im Mai 1943 (nach der entscheidenden Phase im Februar/ März 1943) stellte man durch Untersuchungen der Polizei und ein Interview von Innenminister Gabrowski (auch in der deutschen Presse veröffentlicht) heraus, dass 6 von den 7 kommunistischen Attentätern Juden waren. Innenminister Gabrowski sprach von „*der Rolle des Judentums bei den Terrorakten*“.<sup>230</sup> Das wurde als Gefahr für die innere Sicherheit des Staates als deutscher Verbündeter im Krieg benannt. Man nutzte diese Angelegenheit aus, um die Restriktionen gegen die Juden zu verschärfen und das durch Propaganda zu untermauern. Kurz darauf folgten Zwangsumsiedlungen der Juden aus Sofia in die Provinz, da die Regierung das

---

227 Vgl. Filov 1990: 558

228 Darauf wird in einem weiteren Kapitel ausführlicher eingegangen.

229 Filov 1990: 561 (meine Übersetzung)

230 Vgl. PA.AA, Bestand: Inland IIg, Bd. 183, Bl. 486351, ZDA, KMF06, 698/12

erneute deutsche Angebot,<sup>231</sup> weitere Deportationen durchzuführen, nicht akzeptierte.<sup>232</sup>

- **Außenpolitischer Druck**

- seitens der Alliierten für eine *humane* Politik bezüglich „der Judenfrage“ in Bulgarien

Schon unter einem anderen Gesichtspunkt haben wir die Anfrage der englischen Regierung durch die Schweizer Botschaft in Sofia zur Auswanderung von 4 000 jüdischen Kindern und 500 jüdischen Erwachsenen betrachtet. Darauf folgte auch eine Anfrage der amerikanischen Regierung. Sie forderte die bulgarische Regierung auf, eine humane Politik gegenüber ihrer jüdischen Bevölkerung zu betreiben, und schlug erneut der Regierung die Auswanderung der erwähnten Juden in neutrale Länder vor, die in der Lage waren diese zu übernehmen.<sup>233</sup>

*Nach Meinung der Regierung der Amerikanischen Staaten sollte sich keine Regierung, auch nicht solche, die militärisch mit Nazi-Deutschland verbunden ist, durch ihr Benehmen etwas zu Schulden kommen lassen, was sich in Zukunft definitiv gegen ihre Reputation wenden könnte.*<sup>234</sup>

Noch im Jahr 1942 wurde durch Radio London und andere Radiosender bekannt gegeben, dass nach der Deklaration der Alliierten vom 17. Dezember desselben Jahres die Vernichtung von Juden als Verbrechen definiert war.<sup>235</sup> Die bulgarische Regierung sollte sich im Klaren gewesen sein, dass Maßnahmen gegen die bulgarischen Juden der nationalen Politik zu dem Zeitpunkt wie auch nach dem Krieg schaden würden. Für das Regime war es, wie wir schon beobachteten, dann besonders wichtig, eine neutrale Politik zu betreiben. Nur mit solcher Politik

---

231 Vgl. Toschkova (Hg.) 1992: 135

232 Vgl. Cohen (ed.) 1995: 243, Dokument Nr. 111, S. 244, Dokument Nr. 112, 113

233 Vgl. Cohen (ed.) 1995: 227, Dokument Nr. 99

234 Vgl. Cohen (ed.) 1995: 227, Dokument Nr. 100 (meine Übersetzung)

235 Vgl. Fein 1979: 48

konnten die nationalen Interessen nach dem Krieg mit Hilfe der Alliierten gefördert werden.

Die bulgarische Regierung wurde ständig dem Druck der spanischen, italienischen, schweizerischen und ungarischen Regierungen ausgesetzt, teilweise auch der rumänischen Regierung.<sup>236</sup> Diese erklärten sich gegen die antijüdische Politik, die Deutschland und einige seiner Verbündeten betrieben:

*Vor einiger Zeit sei durch den italienischen Gesandten in Sofia bei der bulgarischen Regierung ein Vorstoß unternommen worden, der sich aber besonders auf die in Mischehe mit nichtjüdischen Italienern lebenden Juden bezog. Später seien in derselben Sache die diplomatischen Vertreter Spaniens, Portugals und der Schweiz vorstellig geworden. Daraufhin habe die Regierung interne Anweisung gegeben, vorläufig alle in Mischehe lebenden Juden (bulgarischer oder fremder Staatsangehörigkeit sowie staatenlose) nicht zum Tragen des Judensterns zu zwingen und das Nichtanlegen des Abzeichens stillschweigend zu dulden.*<sup>237</sup>

Diese Interventionen europäischer Regierungen führten zur Verunsicherung der bulgarischen Regierung bei der Durchführung der antijüdischen Restriktionen. Sie führten auch zu verschärfter Kritik seitens der liberalen Opposition und der Kommunisten, die in der Politik der Regierung eine Gefahr für einen rechtzeitigen außenpolitischen Richtungswechsel sahen im Fall, dass Deutschland den Krieg verlieren würde. Die Sendungen von Radio „Voice of America“ veröffentlichten die Stellungnahme der amerikanischen Regierung zu den Repressalien gegen die bulgarischen Juden:

*Wir haben mehrmals angekündigt, dass alle Verbrechen der bulgarischen Hitleristen gegenüber der jüdischen Minderheit in Bulgarien und in den okkupierten Ländern streng und individuell bestraft werden. Wir haben ebenso angekündigt, dass die bulgarische Regierung durch ihre verbrecherischen Maßnahmen gegen die Minderheiten im Land der ganzen Welt ein gutes Beispiel dafür gibt, wie die bulgarischen Minderheiten nach dem Krieg behandelt werden müssen. (...) Diejenigen,*

---

236 Vgl. Hoppe 1979: 138

237 Vgl. PA.AA, Bestand: Inland IIg, Bd. 183, Bl. 486289

*die heutzutage in Bulgarien regieren, werden es nach dem Krieg nicht mehr tun können. Und nicht nur das: Wegen ihrer zahlreichen Verbrechen werden sie sich vor einem Gericht verantworten, und das sind keine leere Worte.*<sup>238</sup>

Der bulgarischen Regierung drohte wegen ihrer Politik gegen die Juden nicht nur ein Prozess, sondern auch Bombardements seitens der Alliierten.<sup>239</sup>

- seitens des deutschen Verbündeten für eine Politik bis hin zur „Endlösung der Judenfrage“ in Bulgarien

In den Aktivitäten der Regierung und in der bulgarischen Gesetzgebung sahen die deutschen Organisationen die passenden Inhalte, der bulgarischen Regierung erneut gemeinsame Aktivitäten vorzuschlagen. Alle Problematisierungen der bulgarischen Organisationen und die darauf folgenden Maßnahmen sowie alle Lösungen und die darauf folgenden Problematisierungen waren eher als Folge einer Politik der Antizipation deutscher Entscheidungen zu bezeichnen. Es scheint so zu sein, dass die bulgarischen Organisationen es so weit brachten, dass sie die Deutschen glauben ließen, Bulgarien sei bereit, mit allen Mitteln die neue europäische Ordnung zu unterstützen.<sup>240</sup> Nach der Wannsee-Konferenz 1942 änderte sich jedoch die Lage: nachdem die Deutschen die „Endlösung der Judenfrage“ bestätigt hatten, wirkte sich dies auch auf die deutsch-bulgarische Kommunikation zu den bulgarischen Juden aus. Im Oktober 1942 begann eine aktive Explizierung der deutschen Absichten:

*Nachdem die neue bulgarische Gesetzgebung auch eine abgesonderte Ansiedlung der Juden vorsieht, sollte den Bulgaren der Vorschlag gemacht werden, diese Juden in den Osten abzuschieben. Wir sind bereit, sie zu übernehmen.*<sup>241</sup>

Die bulgarische Regierung zeigte sich nach den ersten deutschen Vorschlägen bereit, diese „im Prinzip“ zu akzeptieren, allerdings mit der Bemerkung, „dass die

---

238 Vgl. Cohen (ed.) 1995: 256, Dokument Nr. 121 (meine Übersetzung)

239 Ebd.

240 PA.AA, Bestand: Inland IIg, Bd. 183, Bl. 486238-486239, Referat D III

241 Ebd.: Bl. 486236

*Bulgaren selbst mit den jüdischen Arbeitskräften rechnen*“.<sup>242</sup> Da die deutschen Organisationen sich zu diesem Zeitpunkt schon sicher waren, dass die technischen Gegebenheiten es ermöglichten, dem Abtransport der rumänischen Juden auch den bulgarischer Juden folgen zu lassen, entsprachen sie „*der Bitte*“<sup>243</sup> der bulgarischen Regierung, einen Berater für Judenfragen zu schicken, um eine Abschiebung in Zusammenarbeit mit den zuständigen Ressorts zu planen und im passenden Moment durchzuführen.

Anfang Februar 1943 machte die deutsche Gesandtschaft in Sofia Innenminister Gabrowski den Vorschlag, eine anti-jüdische Ausstellung zu organisieren.<sup>244</sup>

Am 2. Februar 1943 schlug der inzwischen aus Berlin geschickte Sonderbeauftragte Danneker dem bulgarischen Innenminister vor, die Juden aus den neuen Gebieten Thrazien und Mazedonien nach Osten zu deportieren,<sup>245</sup> da die Regierung mehrmals absagte, eine Abschiebung von altbulgarischen Juden durchzuführen. Von deutscher Seite erfolgte ebenso der Vorschlag, zusätzlich zu den neubulgarischen Juden auch eine Zahl von „*unbequemen Juden aus Altbulgarien*“ mit einzubeziehen.<sup>246</sup> Die Realisierung dieses Plans hing nur noch von der *Entscheidungsfindung* der bulgarischen Regierung ab.<sup>247</sup>

---

242 Ebd.: Bl. 486237, 486261

243 Ebd.: Bl. 486261, 486270; Beckerle schrieb in einem Bericht an das AA über sein Gespräch mit dem Ministerpräsidenten: „*Er begrüßt es dankbar, wenn vor dem Abtransport ein deutscher Berater hierher kommt, der bei der Durchführung der entsprechenden Maßnahmen hilft.*“ In einer Aufzeichnung der deutschen Botschaft in Sofia an Filov notierte der Premierminister handschriftlich in der unteren linken Ecke: „*Wenn es nötig ist, kann aus Deutschland ein spezieller Mann kommen, um die Einzelheiten zu beobachten.*“

244 Ebd.: Bl. 486278

245 Ebd.: Bl. 486285

246 In den Dokumenten über diese Periode finden wir einige widersprüchliche Informationen, wer genau diesen Vorschlag machte: der deutsche Beauftragte Dannecker oder der bulgarische Judenkommissar Belev. Dies lässt sich aus den Datenquellen nicht eindeutig identifizieren. Vgl. PA.AA, Bestand: Inland Ilg, Bd. 183, Bl. 486294, sowie Bl. 486286

247 Ebd.: Bl. 486286

## 4.9 Der weitere Entscheidungsprozess

Die Kriegsentwicklungen sowie die instabile innenpolitische Lage Bulgariens hatten als Folge eine instabile Politik der Regierung auch bezüglich „der Judenfrage“. Hoppe schrieb:<sup>248</sup>

*Schließlich suchte der Zar, den Nationalisten wie den Deutschen Kritikpunkte an seinem Regime zu nehmen. Da das Staatsinteresse neben der Rücksicht auf deutsche Wünsche auch die Beachtung sowjetischer und westlicher Empfindlichkeiten sowie der Stimmung der eigenen Bevölkerung erforderte, ergab sich hieraus oft eine widersprüchliche Politik, die bei der Haltung des Zarenregimes gegenüber Kommunisten und Juden besonders deutlich wird.*

Diese „widersprüchliche Politik“ des Regimes in Sofia äußerte sich besonders beim Entscheidungsprozess im März 1943: die Entscheidungsströme trafen zunächst für 20 000 alt- und neubulgarische Juden genozidal zusammen, entkoppelten sich wieder für ca. 8 000 altbulgarische Juden und blieben genozidal gekoppelt für fast 12 000 Juden aus den neuen Gebieten.

- **Kopplung der Ströme und Entscheidung zur Deportation von 20 000 alt- und neubulgarischen Juden**<sup>249</sup>

Wie kam es dazu, dass sich zum richtigen Zeitpunkt die vier Ströme im Entscheidungsprozess (*Teilnehmer, Problematisierungen, Lösungsdefinitionen und Entscheidungsgelegenheiten*) koppelten und zur Entscheidung zur Deportation führten?

---

248 Vgl. Hoppe 1979: 136

249 Die Juden aus den neuen Gebieten Piro, Thrazien und Mazedonien bekamen bei der Entscheidung im Parlament 1942 nicht die bulgarische Staatsangehörigkeit (31. Anordnung des Ministerrates vom 5. Juni 1942, Protokoll Nr. 77, vgl. Cohen (ed.) 1995: 181), trotzdem werde ich diese Juden weiterhin als bulgarisch bezeichnen, da die bulgarische Verwaltung dieser Gebiete zum Zeitpunkt der Entscheidungsprozesse Verantwortung für sie trug, wie für die gesamte Bevölkerung der Territorien. Die Entscheidungen wurden zentral in Altbulgarien von denselben Organisationen getroffen, und die Enteignung dieser Juden kam auch dem bulgarischen Staat zu Gute.

Die *Probleme* der entscheidenden *Teilorganisationen* hatten sich teilweise Zugang zu spezifischen *Teillösungen* verschafft. Bis zum Jahr 1942 kamen aber diese Ströme in der Ressortkommunikation nie genozidal zusammen. Bis zur Schaffung des Judenkommissariats wurden ausschließlich politische Restriktionen gegen Juden durchgeführt, die als Kommunisten galten oder als „Gerüchteverbreiter“ bei der Polizei berüchtigt waren. Diese Maßnahmen entsprachen den Klauseln des Gesetzes zum Schutz des Staates, die auch gegen nicht-jüdische Kommunisten angewandt wurden.<sup>250</sup> Nach Angaben fremder Informationsdienste wurde im Winter 1942 berichtet, dass der Polizeiterror in Bulgarien „*unvergleichbare Intensität gewonnen hatte*“ und besonders die Verfolgung innerhalb der bulgarischen Armee. „*In nur einem Monat wurden mehr als sechzig Personen zur Hinrichtung durch den Strang verurteilt*“.<sup>251</sup> Die meisten der Verurteilten waren wegen „*staatsfeindlicher Tätigkeit*“ ins Gefängnis gebracht worden, und nach Aussagen von Augenzeugen war „*die Zahl der zum Tode Verurteilten in der Armee sehr groß*“.

*Es ist nicht lange her, als in der Garnison in Plovdiv fünf Soldaten hingerichtet wurden, nur weil sie untereinander über Informationen diskutierten, die von fremden Radiosendern gesendet wurden.*<sup>252</sup>

Wie wir schon beobachteten, wurde im Jahr 1942 das Judenkommissariat als spezielle *Suborganisation* im Innenministerium geschaffen, das ausschließlich jüdische Angelegenheiten zu seiner Domäne machte. Seit diesem Zeitpunkt können wir unterstellen, dass es zumindest eine *Teilorganisation* gab, die *zuständig* für „die Judenfrage“ war. Wir nehmen an, dass es zumindest einen Teilnehmer im Entscheidungsprozess gab, der sich seit 1942 bis zu den entscheidenden Monaten in 1943 mit *ständigem Engagement* und *stabiler Aufmerksamkeit* mit jüdischen Angelegenheiten auseinandersetzte. Wir können über die anderen *Teilorganisationen* im Entscheidungsprozess annehmen, dass sie im Laufe der Zeit mehrere unterschiedliche Entscheidungsprozesse verließen und zu anderen hinzu traten, da sich die Zuständigkeitsbereiche der verschiedenen Ressorts teilweise überlappten. Nur einige

---

250 Das Gesetz (1941) gegen alle geheimen Organisationen, die staatsfeindliche Tätigkeiten ausübten, sah besonders strenge Maßnahmen gegen Organisationen mit kommunistischem Hintergrund vor.

251 Vgl. Toschkova (Hg.) 1992: 73-74, Dokument Nr. 51 (meine Übersetzung)

252 Ebd.: 74 (meine Übersetzung)

Ressorts (die sogenannten „Vier“: der Innen-, der Außen-, der Verteidigungs- und der Premierminister unter Anführung des Zaren) waren auf die wichtigsten innen- und außenpolitischen Angelegenheiten konzentriert. Andere bekamen nur dann Zutritt, wenn ihre Zustimmung benötigt wurde (z.B. Ministerrat) oder wenn ein Regierungswechsel stattfand. Durch den häufigen Machtwechsel kamen zusätzlich *neue Teilnehmer* im Entscheidungsprozess hinzu, die ihre Präferenzen auch neu definieren ließen.

Auch die politische Situation bot mehrere nacheinander folgende *Gelegenheiten*, die zur Entscheidungsfindung zur Deportation einluden. Die häufigen politischen Attentate und Sabotageakte führten zur Eskalation der innenpolitischen Situation in Bulgarien. Darauf folgten verschärfte Maßnahmen sowohl gegen Kommunisten als auch gegen die bulgarischen Juden.

Die außenpolitische Lage erwies sich als äußerst unsicher für die bulgarische Regierung. Am 2. Februar 1943 erlitt die deutsche Armee in Stalingrad eine entscheidende Niederlage. Damit bestand die Gefahr, dass sich auf dem Balkan per Invasion der Alliierten eine zweite Front eröffnete. Dann hätte sich Bulgarien in der Lage befunden, Krieg gegen die Alliierten zu führen. Ministerpräsident Filov verdeutlichte die bulgarische Bereitschaft zu einer durch deutsche Waffen und Munition verstärkten militärischen Präsenz im Belomorie-Gebiet bis Saloniki, um die Gefahr der englischen Invasion zu minimieren. Diese wurde nach der deutschen Niederlage bei Stalingrad als real eingeschätzt, da die Engländer sich einer russischen Invasion zu den Meerengen (Bosporus und Dardanellen) entgegenstellen wollten.<sup>253</sup>

Die Lage eskalierte dann für die bulgarische Regierung, als der deutsche Druck zum Abbrechen der sowjetisch-bulgarischen diplomatischen Beziehungen Anfang 1943 immer stärker wurde:

*Nach Berichten des Geheiminformanten hat sich der Zar mehrmals im Kreis seiner engsten Vertrauten dazu geäußert, dass mit dem Abbrechen der russisch-bulgarischen Beziehungen um jeden Preis abzuwarten sei, bis klar ist, wie die deutsche Invasion gen Stalingrad und Kaukasus enden wird. Der Informant ist der Meinung,*

---

253 Filov 1990: 581, Fußnote 23

*dass der Zar niemals die russisch-bulgarischen Beziehungen abbrechen wird, bevor sich eine endgültige Niederlage Russlands bei Stalingrad ergibt.*<sup>254</sup>

Die deutschen Organisationen machten immer häufiger Vorschläge zur Abschiebung der Juden nach Osten, die mit der angespannten politischen Lage in Bulgarien *zeitlich* zusammenfielen. Und als Bulgarien sich gegenüber den deutschen Anfragen prinzipiell bereit zeigte, wurden diese Vorschläge zur Zusammenarbeit noch intensiver. Der deutsche Gesandte Beckerle kam zusammen mit SS-Hauptsturmführer Dannecker auf deutscher Seite, Innenminister Gabrowski und Judenkommissar Belev als Repräsentanten der bulgarischen Organisationen zum Entschluss, einen Plan für die Abschiebung von 20 000 bulgarischen Juden vorzubereiten und diesen dem Ministerrat als entscheidender Dachorganisation zur Bewilligung vorzulegen. *Diese Ströme* trafen im März 1943 *zeitgleich* zusammen und boten den *zuständigen Ressorts* die *Gelegenheit, die Entscheidung zur Deportation bulgarischer Juden zu treffen.*

- **Die Entscheidungsfindung im Ministerrat**

Im Februar 1943 stand der deutsche Vorschlag zur Deportation bulgarischer Juden auf der Tagesordnung des Ministerrates. Nach Aussagen der Minister im zweiten Filov-Kabinett (1942-1943) vor dem Volksgericht,<sup>255</sup> stellte Innenminister Gabrowski die Frage zur Diskussion, indem er vorab erklärte, dass die Deutschen Arbeitskräfte in Galizien brauchten und sich an die bulgarische Regierung wandten. Minister Iotsov (Bildungsminister) äußerte sich, dass es nicht nötig sei, die ganze jüdische Bevölkerung zur Deportation freizugeben, „*da eine solche Abschiebung kein Spiel ist*“.<sup>256</sup> Er führte das Beispiel der Umsiedlung der Bevölkerung aus Nord- nach Süddobrudja nach dem Krajova-Abkommen ein:

---

254 Vgl. Toschkova (Hg.) 1992: 101, Dokument Nr. 72, Geheiminformation des Sicherheitsdienstes an das Auswärtige Amt über die russisch-bulgarischen Verhältnisse (meine Übersetzung).

255 Vgl. ZDA, Fond 250-B/1/40, Bl. 1-34, Protokolle der Vernehmung von Ministern des zweiten Filov-Kabinetts (April 1942-September 1943).

256 Ebd.: Bl. 15 (meine Übersetzung)

*Mir wurde erwidert, dass wir für die Bulgaren solche Leiden zugelassen haben und dass wir sie für die Juden nicht zulassen wollen. Nach den Gesprächen und Andeutungen wurde klar, dass in dem Fall ein starker deutscher Druck ausgeübt wurde; außerdem müssten wir eine kleine Konzession an die Deutschen machen. Es ging um unseren Widerwillen, Truppen an die Ostfront zu schicken.<sup>257</sup>*

Nach der Aussage des Bildungsministers, sie alle hätten verstanden, dass es zwecklos war, sich gegen den deutschen Vorschlag zu wehren, kam die entscheidende Argumentation:

*Unter diesem Druck und geleitet vom Wunsch, dem Staat nicht zu schaden, den wir alle begrüßen, schlug Minister Partov als Jurist vor, nur die Juden aus Thrazien und Mazedonien zu deportieren, die noch keine bulgarischen Staatsbürger waren. Wenn die deutschen Herren so darauf beharren, Arbeitskräfte zu bekommen, dann können sie diese aus den neuen Gebieten kriegen. (...) Ich muss hervorheben, dass ich diese Kompromissentscheidung schwer übers Herz brachte. Mich beruhigte nur der Vergleich mit der Aussiedlung der Bulgaren aus der Dobrudja. Außerhalb des Ministerrates vertraute ich Freunden meine Gefühle an. Ich sagte, dass es besser wäre, meinen Rücktritt einzureichen. Meine Freunde rieten mir davon ab: diese Frage sei nicht so wichtig im Vergleich zu der Frage unserer Beziehungen mit Russland. Außerdem würde ich nicht von der Verleumdung verschont bleiben, ich hätte mich an die Juden verkauft, und der Sender „Unabhängiges Bulgarien“<sup>258</sup> würde nicht lange mit seinen üblen Nachreden warten.<sup>259</sup>*

Der Bildungsminister sowie alle anderen Minister bestritten in ihren Aussagen, je etwas anderes erlaubt zu haben, als nur die Deportation der neubulgarischen Juden und etwas über Pläne bezüglich altbulgarischer Juden zu wissen: „... weil der Ministerrat weder über solche Aussiedlungsfragen diskutiert, noch eine Entscheidung getroffen hatte“.<sup>260</sup> Diese Entscheidung sei sogar unter der Bedingung ge-

---

257 Ebd.: Bl. 15 (meine Übersetzung)

258 Staatlicher Radiosender in den neuen Gebieten, stark nationalistisch orientiert.

259 Vgl. ZDA, Fond 250-B/1/40, Bl. 1-34, Protokolle der Vernehmung von Ministern des zweiten Filov-Kabinetts (April 1942-September 1943) (meine Übersetzung)

260 Vgl. ZDA, Fond 250-B/1/40, Bl. 16 (meine Übersetzung)

troffen worden, dass ihre Implementation nicht überstürzt wird mit dem Ziel, Zeit zu gewinnen und womöglich auch diese Juden vor Deportationen zu verschonen. Als die Minister nach der Protestaktion im Parlament erfuhren, dass auch altbulgarische Juden nach dem Abkommen zur Deportation herangezogen wurden, erklärte sich der Bildungsminister dies mit der Überschreitung des Zuständigkeitsbereichs des Innenministers: „*Offensichtlich war dem Minister sein Innenministerium nicht ausreichend genug*“.<sup>261</sup> Die Aussagen des Bildungsministers wurden auch vom Justizminister bestätigt.<sup>262</sup> Dieser fügte noch eine organisationsspezifische Argumentation hinzu: „*Wir können diese Juden nicht deportieren, weil es in Bulgarien keine Anzeichen von Rassenverfolgung gibt, sondern nur einen Kampf auf wirtschaftlicher Ebene. ...*“<sup>263</sup> Als offensichtlich wurde, dass eine Deportation bulgarischer Juden nach Galizien notwendig war, äußerte sich der Justizminister noch einmal: „*... ich schlage vor, dass, falls der deutsche Druck zu groß ist, um Zeit zu gewinnen die Juden aus den neuen Gebieten langsam und teilweise deportiert werden, die nach dem vom ersten Filov-Kabinett erlassenen Gesetz keine bulgarischen Bürger sein konnten und nicht sind, weil diese neuen Gebiete nicht durch einen internationalen Vertrag an uns angeschlossen wurden, auch nicht nach irgendeinem innerstaatlichen Akt. ... Aber ich füge noch hinzu, dass für alle Minister nur dieser Druck, zu verhindern bulgarische Truppen an die Ostfront zu schicken, das Motiv für diese Entscheidung war.*“<sup>264</sup>

Auch Wirtschaftsminister Angelov erklärte sich gegen die Deportationen, seiner Aussage nach. Er gab aber keine Informationen über die eigentliche Entscheidungsfindung.<sup>265</sup>

Die Entscheidungsströme koppelten sich dann zur genozidalen Entscheidung. Trotz aller Widerrede im Ministerrat wurde am 22. Februar 1943 das Belev-Dannecker-Abkommen<sup>266</sup> unterzeichnet, das die Abschiebung von 20 000 neu- und altbulgarischen<sup>267</sup> Juden in das deutsche Besatzungsgebiet vorsah.

---

261 Meine Übersetzung

262 Vgl. ZDA, Fond 250-B/1/40, Bl. 29, die Aussage von Justizminister Partov.

263 Vgl. ZDA, Fond 250-B/1/40, Bl. 29 (meine Übersetzung)

264 Ebd. (meine Übersetzung)

265 Ebd.: 34

266 Vgl. Cohen (ed.) 1995: 204-205, Dokument Nr. 80

Bis zu diesem Punkt des Forschungsprojekts richtete sich die Beobachtung der Entscheidungsprozesse ausschließlich auf die *Täter-Organisationen*. Wir wollen noch beobachten, wie sich die Situation nach der Entscheidungsfindung zur Deportation für die bulgarischen Juden entwickelte. Das bedeutet, wir wollen noch die *Opfer-Reaktionen* beobachten und zwar alle Umstände, die zu politischen Mobilisierungsprozessen führten und dann für die Entscheidungsprozesse eine zentrale Rolle spielten.

---

267 Im Originaltext steht zuerst „20 000 Juden aus den neuen Gebieten Thrazien und Mazedonien“, dann wurde das mit demselben Stift durchgestrichen, mit dem auch Judenkommissar Belev unterzeichnet hatte.

## V. DEMOKRATIE MIT BROKERAGE?

### 1. Theoretischer Forschungsstand

#### 1.1 Persönliche Netzwerke als soziales Kapital

Seit den 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts hat sich die Forschungsrichtung der sozialwissenschaftlichen Netzwerkanalyse sehr stark entwickelt. Sozialanthropologie, Soziologie, Politologie und Sozialpsychologie beschäftigen sich damit, Methoden und Begriffe zu erarbeiten, um die Bindungen von Individuen in „non-groups“ oder „quasi-groups“<sup>268</sup> (Mayer 1977, Boissevain 1968, Mitchel 1974) zu beschreiben und deren Funktionen zu erforschen. Diese Analysen interessieren sich für die soziale Unterstützung, die Individuen aus ihren Netzwerken beziehen. Dabei werden Netzwerke als soziales Kapital (Jansen 1999, De Graaf/ Flap 1988), als Indikator oder sogar als Voraussetzung funktionierender demokratischer Entwicklung diskutiert (Gibson 2001, Jansen 1999). Wichtig für die Fragestellung dieser Arbeit ist insbesondere die folgende Erkenntnis: *„Persönliche Netzwerkkontakte sind von besonderer Bedeutung, wenn es darum geht, ob Menschen protestieren (oder es eben nicht tun).“*<sup>269</sup> Die Soziologie beschäftigt sich mit der Erforschung solcher Bindungen („weak ties“ und „strong ties“: Granovetter 1973, 1982; Wegener 1987) in Netzwerken, um zu versuchen, der *„Lösung des zentralen Problems der Soziologie – der Integration von Strukturen und Handeln – näherzukommen.“*<sup>270</sup> Dabei interessiert sich die Soziologie nicht für die Individuen<sup>271</sup> selbst und deren persönliche Merkmale, sondern für deren relationale Merkmale im Netzwerk (Jansen 1999). Die sozialen Netzwerke sind persönliche Bindungen (Granovetter 1973), die über Dyaden hinausgehen und *„die zwischen einer definierten Menge von einzelnen Einheiten – in der Regel: Individuen – beobachtet werden können.“*<sup>272</sup> Die Netzwerke können auch verschiedene Formen

---

268 Im Vergleich zu einer Kleingruppe haben die Individuen im Netzwerk keine direkte Beziehung zueinander und auch ein niedriges Intimitätsniveau; im Vergleich zu Organisationen oder Bürokratien verfügen die Netzwerke auch über ein niedriges Niveau struktureller Differenzierung (vgl. Burkolter 1976: 5).

269 Vgl. Ohlemacher 1991: 11

270 Vgl. Jansen 1999: 16

271 Ein Netzwerk kann aus Individuen bestehen, aber auch aus anderen Netzwerkelementen, wie z.B. Organisationen.

272 Vgl. Kähler 1975: 283

und Dimensionen annehmen: Patronage, Freundschaft, brokerage, Verwandtschaft etc.: „these multiplex or many-stranded relationships build a total network“.<sup>273</sup> Die Soziologie versucht nicht nur, solche Strukturen detailliert zu beschreiben, sondern, viel wichtiger, sie in Verbindung zu anderen sozialen Phänomenen zu bringen und Hypothesen über kausale Zusammenhänge zwischen verschiedenen Arten von Netzwerken und anderen Variablen zu analysieren.

Das Forschungsziel dieses Projektes ist es, unvollständige Viktimisierung zu untersuchen, wobei Hypothesen und offene Fragen über solche Kausalität zwischen interpersonellen Bindungen und Netzwerken (besonders brokerage) als einsetzbares „soziales Kapital“ einerseits und genozidalen Entscheidungsprozessen andererseits gebildet werden. Das Konzept des sozialen Netzwerks gibt uns die Möglichkeit, die Veränderung oder die Reproduktion von bestimmten sozialen Strukturen und Entscheidungen zu erforschen, wo das „Private“ in die formalen Öffentlichkeitsstrukturen eindringt und sie beeinflusst, ohne sie zu „privatisieren“ (Roniger 1994). Da es schon als nachgewiesen gilt, dass persönliche Netzwerke Personen eine wichtige Unterstützung bieten und eine entscheidende Rolle im Prozess der Mobilisierung politischen Protestes spielen,<sup>274</sup> ist die Frage relevant, welche Art von Beziehungen wir dabei beobachten – von der Protestinitiation bis hin zum Protest. Wie lassen sich diese Bindungen differenzieren? Im Sinne solch einer Netzwerkanalyse, die Netzwerke als einsetzbare Ressource (soziales Kapital) zur Auslösung von Protesten erfasst, können wir als erstes fragen, welche Grundlagen dieses Kapital hatte (Jansen 1999): Waren das **a) die Familien- und Gruppensolidaritäten**, die auf „strong ties“ beruhen, oder **b) die Informationskanäle** als eine andere Art Ressource, die auf „weak ties“ beruhen oder **c) Strukturelle Autonomie** als eine wiederum andere Form des sozialen Kapitals. Sie ist in Bezug auf Personen zu prüfen, die als Makler (oder auch broker genannt: vgl. Burkolter 1976, Boissevain 1974) tätig werden. Diese Position, von Jansen (1999) der „lachende Dritte“ genannt, kann so gebildet werden, indem die Prozesse der Verbindung von voneinander getrennten Gruppen durch einen „strukturell autonomen Akteur“ beobachtet werden.

---

273 Vgl. Burkolter 1976: 4

274 Vgl. Ohlemacher 1991: 13-14

### Zu a) Familien- und Gruppensolidaritäten: Vom Nutzen der Verwandten<sup>275</sup>

Solche Bindungen werden in der Netzwerkanalyse „strong ties“<sup>276</sup> (Granovetter 1973) genannt. Sie zeichnen sich durch eine bestimmte Intensität und Dauer aus und fordern ein hohes Maß an Reziprozität. In der wissenschaftlichen Literatur wurde untersucht, wie solche starken Bindungen Individuen beeinflussen können: man kann annehmen, dass nur starke Bindungen über die Macht verfügen, Individuen dauerhaft zu beeinflussen und sie für bestimmte Änderungen zu bewegen. Besonders in Situationen mit hohem Risiko und hohen Kosten erwiesen sich starke Beziehungen als mobilisierend und höchst effektiv.<sup>277</sup> Es steht außer Frage, dass die Intensität der Bindungen eine wichtige Bedeutung bei jeder Netzwerkanalyse hat; diese Variable wird auch bei der vorliegenden Untersuchung berücksichtigt. Es muss nicht erneut bewiesen werden, dass persönliche Beziehungen wichtig sind, um überhaupt Menschen dazu zu bewegen, zu protestieren. Die Intensität der sozialen Beziehungen<sup>278</sup> hat eine bedeutende Rolle bei der Unterscheidung zwischen Mobilisierung und tatsächlicher Teilnahme an bestimmten Protestaktionen. Damit ist der Unterschied gemeint, dass die zwei Arten von Beziehungen – starke und schwache – verschiedene Funktionen erfüllen, die wiederum mit anderen Netzwerk-Variablen verbunden sind. Diese Unterschiede sind besonders dann wichtig, wenn wir mehrere Phasen des Protestes zu erforschen haben. Es ist zu unterscheiden zwischen diffusen Protesten, einer weiteren umfangreicheren Protestmobilisierung mehrerer heterogener sozialer Gruppen und dem tatsächlichen politischen Protest, der auf diesem „höheren Niveau“ bürokratische Entscheidungen zu beeinflussen versucht. Starke Bindungen sind erst in solchen Situationen notwendig, so die meisten Autoren, in denen ein hoher Grad an persönlichem Vertrauen gefragt ist, weil sie mit *high cost/ high risk*-Aktivitäten verbunden sind. Aber um Informationen zu bekommen und Protest erst einmal zu mobilisieren, sind starke

---

275 Brunnbauer/ Kaser (Hg.) 2001

276 Granovetter (1973:1361) schreibt über starke und schwache Bindungen, wobei er annimmt, dass solche „ties“ positiv und symmetrisch sind; er definiert die Bedeutung von „Stärke“ („strength) der Bindungen: „...the strength of ties is a (probably linear) combination of the amount of time, the emotional intensity, the intimacy (mutual confiding), and the reciprocal services which characterize the tie.“

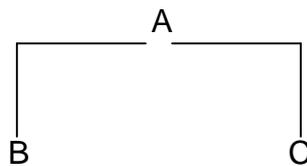
277 Brunnbauer/ Kaser (Hg.) 2001: Umschlag: „Verwandtschaft und Familie gelten als zentrale Institutionen des alltäglichen Lebens auf dem Balkan und in Bulgarien. Ohne Verwandte und ihre Hilfeleistungen können sich die wenigsten Menschen in Bulgarien ihr Leben vorstellen.“

278 Ohlemacher (1991: 13) bezeichnet die Intensität als „Einflussfaktor“.

Bindungen nicht ausreichend. Starke Bindungen können keine „Brücke“<sup>279</sup> sein und damit, so Granovetter (1973), sind sie nicht als Grundlage sozialer Mobilität zu betrachten. Solche Brücken können nur „weak ties“ sein, denen eine starke Mobilisierungskraft beigemessen wird, weil sie Personen aus verschiedenen Netzwerken miteinander verbinden und damit die notwendige Grundlage schaffen, sie zum Handeln zu organisieren und zu politischen Protestaktionen zu bewegen.<sup>280</sup>

**Zu b) Informationskanäle: vom Nutzen entfernter Bekannter**<sup>281</sup>

„Weak ties“ und besonders deren Stärke haben seit dem Jahr 1973 (Granovettersches Weak-Tie-Theorem) einen wichtigen Platz in der wissenschaftlichen Literatur über Netzwerkanalyse und soziale Mobilität sowie bei spezifischeren Themen, wie z.B. Mobilisierung politischen Protestes (Ohlemacher 1991). Schwache Bindungen unterscheiden sich von starken dadurch, dass sie monofunktional sind, zeitlich begrenzt und von den beteiligten Personen unterschiedlich eingeschätzt werden.<sup>282</sup> Das wird von Granovetter erklärt, indem er von einer Netzwerkkonstellation ausgeht, die er als Transitivität bezeichnet (Abbildung 1):



Zwischen A und B sowie zwischen A und C bestehen starke Bindungen. Granovetter geht davon aus, dass sich früher oder später auch eine Beziehung zwischen B und C bildet, da die beiden Bindungen A und B und A und C auf einer Ähnlichkeit basieren, die sich auf die Beziehung zwischen B und C projizieren lässt (Abbildung 2):

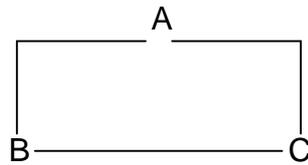
---

279 Granovetter (1973: 1363) geht von einer Netzwerktiade zwischen A, B und C aus, wobei zwischen A und B und zwischen A und C eine starke Beziehung besteht; er nimmt an, dass infolge dessen auch eine schwache Bindung zwischen B und C möglich wäre: das bedeutet, eine starke Bindung kann nie eine Brücke zwischen zwei verschiedenen Netzwerken sein, nur eine schwache Bindung kann diese Funktion erfüllen, siehe ausführlicher dazu unter **b)** die Abbildungen 1 und 2.

280 Vgl. Ohlemacher 1991: 16

281 Der Titel eines Beitrages von Bernd Wegener (1987).

282 Vgl. Ohlemacher 1991: 14



Eine starke Bindung kann dann keine „Brücke“ sein, da sie nicht die einzig mögliche Verbindung zwischen zwei Netzwerken ist.<sup>283</sup> Die starke Bindung zwischen zwei Personen (A und B) unterstellt, dass jede weitere starke Bindung von jeder der beiden Personen eine oder mehrere potentielle schwache Bindungen impliziert, also können von daher starke Bindungen keine „Brücken“ sein. Nicht jede schwache Bindung ist eine „Brücke“, aber jede „Brücke“ ist eine schwache Bindung.<sup>284</sup> Die Bedeutung solcher weak ties knüpft an andere Netzwerk-Variablen an, wie Verfügbarkeit über Informationskanäle, Herstellung sozialer Dichte, das Erzeugen neuer Beziehungen: „*weak ties play a role in effecting social cohesion*“ (Granovetter 1973: 1373). Die „Stärke von schwachen Beziehungen“ gewann immer mehr an Bedeutung, seitdem Granovetter (1973) sie als Grundlage sozialer Mobilität betrachtete. Starke Bindungen wie Verwandtschaft und enge Freundschaft können zwar innerhalb des Netzwerkes starken Einfluss auf die beteiligten Personen ausüben (Änderung im Denken oder im Verhalten etc. beeinflussen), aber sie sind nicht in der Lage, Informationsflüsse von Netzwerk zu Netzwerk zu ermöglichen und damit auch zusätzlich neue Verbindungen zu erzeugen.<sup>285</sup>

*When a man changes jobs, he is not only moving from one network of ties to another, but also establishing a link between these.*<sup>286</sup>

Die oben genannten Variablen werden auch in diesem Forschungsprojekt untersucht, um die strukturellen Merkmale der Protestmobilisierungsprozesse hervorzuheben. Die Analyse solcher Charakteristika von persönlichen Beziehungen – deren Art und Intensität – ist die Grundlage für eine weitere Analyse einer besonders wichtigen Funktion – der des brokers. Anders erklärt: die erste Analyse beschäftigt sich mit der Frage: Welche Art von Beziehungen beobachten wir, die die notwendigen Informationen

---

283 Vgl. Granovetter 1973:1364

284 Vgl. Granovetter 1973: 1364

285 Vgl. Granovetter 1973, Ohlemacher 1991

286 Vgl. Granovetter 1973: 1373

verbreiteten und damit eine Mobilisierung und Auslösung lokalen Protestes ermöglichen? Die zweite beschäftigt sich mit der Frage: Wie wurde die „Überbrückung“ zwischen Lokalem und Nationalem ermöglicht und damit auch die Institutionalisierung des Protestes?

### **Zu c) Strukturelle Autonomie**

Mit der Rolle solcher „autonomen Akteure“ kommen wir zu einer anderen Diskussion in den sozialwissenschaftlichen Disziplinen, die sich mit den verschiedenen Rollen von Personen (bzw. Organisationen) in Netzwerken beschäftigt; diese Diskussion verläuft oft unter dem Oberbegriff Klientelismus (oder auch Patronage) (vgl. Eisenstadt/Roniger 1989, Eisenstadt/ Roniger 1981, Boissevain 1974, Burkolter 1976, Weber-Pazmino 1991). Solche Bindungen und Netzwerke (Klientelismus oder Patronage), zeichnen sich durch eine Asymmetrie bei der Verfügbarkeit, einem Austausch von Ressourcen und durch Interpersonalität der Beziehung aus. Die Soziologie interessiert sich für primäre Verhältnisse in solchen Netzwerken verschiedener Art und deren Funktion innerhalb formaler Strukturen, wie z.B. innerhalb von Bürokratien (Eisenstadt 1976). In diesem Forschungsprojekt ist es wichtig, den theoretischen Rahmen so zu gestalten, dass man ihn mit den besonderen fallspezifischen Fragen verbinden kann.

Die persönlichen Netzwerke, die Protest auf einem lokalen Niveau mobilisieren und verschiedene diffuse Handlungen verursachen, wurden in der Literatur untersucht, auch im Fall Bulgariens während des Holocaust.<sup>287</sup> Die wichtigere Frage in diesem Forschungsprojekt ist es zu beobachten, wie der Protest institutionalisiert wurde, und den Mechanismus der Protestübertragung von der lokalen auf die nationale Ebene zu beschreiben. Damit kommen wir zu einer wichtigen Funktion in Netzwerken, der des brokers.

## **1.2 brokerage als „Brücke“ zwischen Lokalem und Nationalem**

Die Bedeutsamkeit von Netzwerken und Freundschaften für Mobilisierungsprozesse scheint in der wissenschaftlichen Literatur erwiesen, jedoch nicht der Zusammenhang

---

<sup>287</sup> Tatsache ist, dass viele Politiker, sogar Personen im Königshaus und selbst die Königsfamilie, oftmals einzelnen Juden und jüdischen Familien geholfen haben, Bulgarien zu verlassen oder bestimmte Erleichterungen und Vorteile in Bulgarien zu genießen (vgl. Groueff 1991: 382, 385-386).

zwischen politischem Protest und brokerage. Die Analyse wird nicht aus der Perspektive des Individuums erfolgen, sondern es werden die Netzwerkstrukturen in ihrer Gesamtheit und im Hinblick auf deren systematische Verflechtungen betrachtet. Dafür müssen wir erst einmal wissen: Was ist ein *broker* in der Literatur über Netzwerke und Klientelismus?

Die *broker*-Figur, ein Begriff aus der Finanzwelt, wurde zum ersten Mal 1956 in einem Aufsatz von Eric R. Wolf vorgeschlagen. Wolf beschäftigte sich mit der Untersuchung einer komplexen Gesellschaft, die von der lokalen bis zur nationalen Ebene vernetzt wurde, und zwar nicht nur durch formelle Beziehungen, sondern auch durch informelle. In dem dichten Beziehungsnetz, so Wolf (1956), gab es bestimmte Punkte (einzelne Individuen oder auch Gruppen von Individuen), die durch interpersonelle Beziehungen die lokale und die nationale (staatlich-institutionelle) Ebene verbunden haben, bzw. einzelne soziale Komplexe, die, aus welchen Gründen auch immer, nicht von alleine in Verbindung treten konnten. Die einfache Frage, mit der wir anfangen können, ist: Was genau ist ein *broker*? Welche Eigenschaften zeichnen die Rolle des *brokers* aus?

Die *broker*-Rolle<sup>288</sup> wurde im Kontext der Patron-Klient-Beziehungen zum ersten Mal ausdifferenziert. Manche Autoren<sup>289</sup> schrieben nicht mehr nur über eine asymmetrische Patron-Klient-Dyade, sondern stießen in ihren Untersuchungen (meistens Feldforschungen) auf die Existenz der so genannten Vermittler-Figur. Die Rollenkonstellation, in die sie eingebettet wurde, nannten die Forscher zuerst eine asymmetrische Triade.<sup>290</sup> Am Anfang wurde nicht klargestellt, ob es tatsächlich Unterschiede zwischen den Rollen des *brokers* und Patrons gab und ob *broker* als selbständiger Begriff, losgekoppelt vom Begriff des Patrons, zu fassen ist. Die Auffassung, jeder Patron sei gleichzeitig ein *broker* (weil die wichtigste Funktion des Patrons die Vermittlung ist), hat sich erst nach den Aufsätzen von Mayer (1967) und Boissevain (1969) verändert. Die beiden Autoren trennten die Rolle des *brokers* von der des Patrons:

---

288 Auch als Makler, Mediator, gate-keeper, Hebel etc. in der wissenschaftlichen Literatur über Klientelismus anzutreffen.

289 Vgl. Wolf (1956), Foster (1963), Blok (1969a), Boissevain (1969, 1974), Burkolter (1976), Mayer (1967, 1977), Kenny (1977), Velez-Inanes (1978)

290 Vgl. Weber-Pazmino (1991: 35 ff.)

Boissevains broker ist nicht unbedingt ein Patron, obwohl jeder Patron ein broker ist. So kommen wir zu einem wichtigen Element der broker-Rolle: der Statusunabhängigkeit des brokers im Gegensatz zur Rolle des Patrons. Mit anderen Worten gesagt, jeder kann broker sein oder werden, aber nicht jeder kann ein Patron sein, weil der broker per definitionem nicht über einen höheren sozialen Status (im Vergleich zum Klienten) verfügen muss. Damit wird der Akzent anderswo gesetzt: auf die gesellschaftliche Funktion des brokers als Vermittler, auf seine Statusfreiheit (strukturelle Autonomie). Die Vermittlungsrolle des brokers ist nicht vom Besitz von „first-order resources“<sup>291</sup> abhängig, sondern ist vielmehr mit vielfältigen Kontakten verbunden, die der broker auf verschiedenen Ebenen pflegt und in bestimmten Situationen bereit ist, im Rahmen einer broker-Beziehung zu aktivieren (auf jeden Fall für Profit).<sup>292</sup> Wir können theoretisch annehmen, dass der broker sich auf mehreren sozialen Niveaus bewegt und dort operiert und gleichzeitig mehrere verschiedenartige Kontakte knüpft. Diese „strukturelle Beweglichkeit“ des brokers macht seine Rolle so strategisch wichtig: er kann jederzeit an den notwendigen Stellen Kontakte knüpfen und damit erfolgreich seine Rolle erfüllen: zu vermitteln. In diesem Punkt (über den Inhalt der Funktion) einigten sich alle Autoren: der broker wurde als „Brücke“ zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Einheiten bezeichnet, die aus bestimmten Gründen voneinander entfernt waren (oder sich miteinander im Konflikt befanden),<sup>293</sup> aber eine Verbindung zwischen sich suchten. Der broker ist dadurch befähigt, diese wichtige Vermittlungsfunktion auszuüben, weil er den Mechanismus dieser Gegensätze versteht.<sup>294</sup> „*Brokers keep a foot in a both between which they bridge the gap. They are able to do so because they understand the different values and symbols that set these structures apart.*“ Weber-Pazmino schreibt, dass der broker sich „*in beiden sozialen Einheiten, in beiden ‚Milieus‘ auskennt*“ und dass genau diese Voraussetzung aus ihm einen Mediator, eine „Brücke“ macht. Um den spezifischen Charakteristika einer broker-Rolle näher zu kommen und die Literatur über diese Problematik zusammenzufassen, habe ich die folgende **Tabelle 1** erstellt:

---

291 Vgl. Boissevain (1969: 380)

292 Siehe Tabelle 1

293 Vgl. Velez-Inanes 1978: 368, Scott 1977: 126

294 Vgl. Blok (1969a: 370)

## brokerage – ein Überblick auf die theoretischen Grundzüge des Konzepts

<b>Rolle/ Struktur Wer?</b>	<b>Funktion was?</b>	<b>Form Wie?</b>	<b>Gesellschaft- licher Kontext Wo?</b>	<b>Sinn/ Zweck Warum?</b>
<p><b>1. broker=Patron</b></p> <p>Die einfachste Darstellung ist die asymmetrische Triade; Patrone stehen nicht nur in einer dyadischen Beziehung, sondern verbinden ihren Klienten mit einem Dritten, der außerhalb dieser engen dyadischen Beziehung lokalisiert ist; in diesem Fall ist der broker ein Semi-Patron, d.h. der Patron ist auch als Klient eines höher positionierten Patrons zu bezeichnen, aber gleichzeitig behält er seine Patronrolle für den Klienten. Diese Richtung in der Literatur versteht die Vermittlertätigkeit als eine zentrale Patronfunktion: im Mittelpunkt steht der Status des Patron-brokers.</p>	<p>Die Hauptfunktion des brokers ist die Vermittlung; der broker wird oft als „Brücke“ bezeichnet: er vermittelt zwischen zwei Personen (das ist die einfachste Form) oder zwischen zwei sonstigen Einheiten, die aus religiösen, politischen, wirtschaftlichen etc. Gründen nicht miteinander in Kontakt treten können oder wollen; damit erfüllt der broker eine „moderne“ Funktion in der so genannten komplexen Gesellschaft: er verbindet die lokale mit einer anderen, z.B. der nationalen Ebene, d.h. er sorgt für strukturelle Kohäsion. Der broker zeichnet die Verbindungsstruktur aus, die die verschiedenen Komplexe miteinander verbindet. Er genießt eine strukturelle Autonomie (oder Freiheit), da er nicht über „first-order</p>	<p><b>1. Informalität</b></p> <p>Die brokerage-Beziehung ist per definitionem eine informelle Beziehung: die beiden Seiten sind nicht an eine bestimmte Rechts- oder andere Vertragsform gebunden. Die Beziehung beruht auf einer „impliziten Vereinbarung“; solche informellen (impliziten) Beziehungen sind nicht (oder eher im Ausnahmefall) rechtlich sanktionierbar.</p> <p><b>2. Individualität</b></p> <p>Die brokerage-Beziehung ist eine persönliche Beziehung. Wenn es sich um Individuen handelt, gehört zur Persönlichkeit einer Beziehung nicht nur, dass sich die beiden Rollenträger flüchtig vom Sehen kennen, sondern dass sie genau wissen, wer wer ist und dass sie sich individuell schätzen:</p>	<p>In den 60er Jahren beschäftigte sich die Klientelismusforschung mit der Untersuchung komplexer Gesellschaften: die Hauptfrage wurde: Wie sind die verschiedenen Komplexe solcher heterogenen Gesellschaften verbunden? So entstand aus der Begrifflichkeit der Finanzwelt das Konzept des brokers als „Brücke“ zwischen lokaler und nationaler (institutioneller) Ebene. Dabei entwickelten sich zwei verschiedene Arten der Analyse: die Netzwerkanalyse und das Modell der dyadischen Pyramide. Die beiden Analyserichtungen beschäftigten sich mit der Erforschung von parallelen, informell verbindenden Strukturen (Knotenpunkte) zwischen den verschiedenen Einheiten solcher komplexen</p>	<p>Die Frage „warum“ (Sinn der Beziehung) konnte bis jetzt von den Forschern, die sich mit dieser Problematik auseinander gesetzt haben, nicht ausreichend beantwortet werden. Die zweite Richtung der Frage „warum“ (Ziel/ Zweck der Beziehung) dagegen konnte eine zufriedenstellende Antwort erhalten: es handelt sich bei solchen Beziehungen um ein „Mittel zum Zweck“, und die Ziele sind rollenspezifisch bedingt.</p> <p><b>1. Die Sinn-Frage</b></p> <p>Die Frage, warum eine solche Beziehung eingegangen wurde, sucht nach dem kognitiven Hintergrund und nach der kulturell (und ethnisch) geprägten Weltanschauung der Rollenträger.</p>

<b>Rolle/ Struktur Wer?</b>	<b>Funktion was?</b>	<b>Form Wie?</b>	<b>Gesellschaftlicher Kontext Wo?</b>	<b>Sinn/ Zweck Warum?</b>
<p><b>2. broker=/=Patron</b></p> <p>Die Träger der Rollen von broker und Patron sind nicht immer identisch; ein Patron kann auch broker sein, aber ein broker nicht immer ein Patron, weil er eine gewisse Statusunabhängigkeit besitzt; wichtig bei der broker-Rolle ist seine gesellschaftliche Funktion (die Vermittlung) und nicht der Status des brokers: in bestimmten Situationen kann jeder die broker-Rolle erfüllen. Man muss zwischen Klientel-Beziehungen und broker-Beziehungen unterscheiden, so Weber-Pazmino (1991: 44-45): eine broker-Beziehung ist dann klientelistisch, wenn die Klient-Vermittler-Patron-Triade asymmetrisch strukturiert ist; wenn aber eine von beiden Dyaden oder beide (Klient-broker Dyade und broker-Patron Dyade) symmetrisch sind, d.h. keine</p>	<p>ressources“ verfügt, sondern einen Zugang zu solchen hat; von daher verfügt er, im Gegensatz zu einem Patron, über „unlimited credit“, weil er jederzeit seine Kontakte aktivieren kann. Diese Vermittlungsfunktion des brokers ist mit einem anderen Element verbunden: mit dem Tausch, d.h. mit anderen Worten der broker vermittelt und dadurch macht er auch Profit. Der Austausch von Leistung und Gegenleistung zwischen broker und Klient unterliegt keiner Reglementierung (im rechtlichen Sinne): weder zeitliche, noch qualitative (d.h. Art der Leistung und der Gegenleistung). Weber-Pazmino (1991: 52-53) unterscheidet zwischen zwei Leistungskategorien: 1. des Patrons und des brokers 2. des Klienten. Der broker kann nur vermitteln und Interessen vertreten,</p>	<p>Individualität bedeutet nicht, dass die Beziehung situationsbedingt ist.</p> <p><b>3. Freiwilligkeit</b></p> <p>Das ist die dritte Komponente, die in der Literatur grundsätzlich drei Implikationen aufweist: das Fehlen einer Askription bezüglich der Rollen, (vorhandener) Zwang und die Frage nach möglichen anderen Alternativen für den Klienten. Keiner von den beiden Rollenträgern hat seine Rolle vorerst zugeschrieben bekommen, sondern die Rollen werden erworben (broker oder Klient sind keine askriptiven Merkmale). Die zweite und dritte Implikation werden oft zusammen diskutiert, weil die meisten Autoren einen gewissen Zusammenhang zwischen Zwang und (fehlenden) weiteren Alternativen sehen. Diese beide Implikationen werden</p>	<p>Gesellschaften. Grundsätzlich können solche Beziehungen in jeder Gesellschaft gefunden werden. Der Akzent auf der Vermittlungsfunktion des brokers und nicht auf seinen sozialen Status trug dazu bei, dass sich das broker- von dem Patronage-Konzept losgekoppelt hat und letztendlich der broker-Begriff eine selbständige theoretische Existenz gewonnen hat. Oft werden die brokerage-Beziehungen als die „moderne“ Variante der Patronage-Beziehung betrachtet.</p>	<p><b>2. Die Ziel-Frage</b></p> <p>Diese Frage richtet sich auf das Ziel solcher Beziehungen. Die Antwort ist meistens einfach zu formulieren: Es besteht ein Bedarf nach Verbindung zwischen getrennten Individuen oder anderen sozialen Einheiten, die das aber ohne einen Vermittler nicht erreichen können. Dabei aktivieren sich Netzwerkbeziehungen verschiedener Art, um solche Verbindung zu ermöglichen. Der broker kann vermitteln, dafür erhält er bestimmte Gegenleistungen. Die Ziele jeder solchen Beziehung sind von den Spezifika der Situation des potentiellen Klienten und von der Vermittlungsbereitschaft des potentiellen brokers abhängig.</p>

<b>Rolle/ Struktur Wer?</b>	<b>Funktion was?</b>	<b>Form Wie?</b>	<b>Gesellschaft- licher Kontext Wo?</b>	<b>Sinn/ Zweck Warum?</b>
Statusunterschiede nachzuweisen sind, dann handelt es sich um eine brokerage-Beziehung.	aber er kann seinen Klienten keinen direkten Schutz und Sicherheit anbieten. Der Klient kann zwei Leistungskategorien gegenüber dem broker bedienen: Arbeits- und verschiedene Dienstleistungen und Gefolgschaft und Loyalität: „(...) Hinsichtlich seines Leistungspotentials liesse sich (...) der broker als Spezialist titulieren“. <sup>295</sup> Die erbrachten Leistungen und Gegenleistungen sind situationsabhängig: wichtig ist, in welcher Lage sich der Klient befindet und welche Ziele die Beziehung für die beiden Seiten hat; wann, wie und was genau ausgetauscht wird, wird nicht fest vorgeschrieben. Was aber wichtig beim Austausch ist, das ist die „implizite Reziprozität“: beide Seiten in der Beziehung sollten mit den gegenseitig erbrachten Leistungen zufrieden sein. Diese „Zufriedenheit“ lässt sich nur subjektiv messen, sie ist nicht per definitionem festgelegt.	mehr im Rahmen der Klientel-Beziehungen diskutiert und nicht in Bezug auf broker-Beziehungen.		
<b>Quellen:</b> Wolf 1956, Foster 1963, Kenny 1977, Boissevain 1969, 1974, Mayer 1967, 1977, Scott 1977, Blok 1969a, 1969b, Velez Inanes 1978, Burkolter 1976, Spittler 1977, Mühlmann 1982, Eisenstadt/ Roniger (eds.) 1984, Schweizer (Hg.) 1989, Weber-Pazmino 1991				

---

295 Weber-Pazmino 1991: 53

### 1.3 Demokratietheorie und Demokratiemessung

Besonders die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts zeichnete sich durch einen Aufschwung in der empirischen Demokratieforschung aus. Von Interesse für die Forscher war vor allem die moderne Demokratisierungswelle, die noch von Huntington 1991 die „Dritte Welle“ genannt wurde. Dieser Demokratisierungsschub wird als eine einzigartige politische Veränderung der modernen Gesellschaft bezeichnet.<sup>296</sup> Diese Auffassung beruht darauf, dass Demokratien unter anderem, wie von zahlreichen Forschungen nachgewiesen, weniger Gewalt anwenden als nichtdemokratische Staaten (Rummel 1997). Die Demokratisierungswelle aber führt zur Nachfrage nach präziseren Indikatoren zur Unterscheidung von Demokratien und Nichtdemokratien und auch zur Unterscheidung innerhalb solcher demokratischen Strukturen (Lauth/ Pickel/ Welzel 2000: 8). Eine herkömmliche Messlatte,<sup>297</sup> wie sie z.B. mit dem Wahlrecht operiert, gibt uns zwar Erkenntnisse über die Einführung des Wahlrechts in den verschiedenen Ländern oder über den Unterschied von passiven und aktiven Wahlrechten. Aber sie verfügen nicht über genügend Indikatoren, um das komplexe Konstrukt Demokratie detailliert darzustellen und für besondere Fragestellungen, wie die dieses Forschungsprojekts, zugänglich zu machen.

Spätestens seit dem Poliarchy-Ansatz von Robert Dahl (1971, 1989) wurden auch solche Skalen entwickelt, die die breite Übergangszone zwischen Diktaturen und Demokratien differenzierter untersuchbar machen, auch Skalen für die Erfassung von Grauzonen (Lauth/ Pickel/ Welzel 2000: 10) zwischen demokratischen und autoritären Regimes sowie von Subtypen demokratischer und nicht-demokratischer Regime.

- **Hybride politische Regime: zwischen Diktatur und Demokratie**

Für die empirische Demokratieforschung heißt es, diesen neuen Entwicklungen und dem immer mehr entstehenden Bedarf nach differenzierteren Demokratiekonzepten nachzugehen. Neben den alten Richtungen in der empirischen Demokratieforschung (Regime nach dem dichotomen Diktatur-Demokratie-Konzept zu typologisieren oder Strukturtypen innerhalb demokratischer Regime zu untersuchen)

---

296 Lauth/ Pickel/ Welzel 2000: 7

297 Vgl. Schmidt (2000), der die herkömmlichen Messlatten wie Demokratieskalen detailliert darstellt.

etabliert sich immer mehr eine weitere Forschungsrichtung, die zwar auch nicht auf typologische Klassifikationen verzichtet, diese aber erweitert.<sup>298</sup> Diese neue Vorgehensweise macht es möglich, einen Teil der Probleme, die sich bei den herkömmlichen Messlatten stellen, aus dem Weg zu schaffen. Das sind z.B. Probleme, die mit der Erfassung von Grauzonen zwischen „reinen“ Diktaturen/ Autokratien und „reinen“ Demokratien zusammenhängen (Lauth/ Pickel/ Welzel 2000: 10). Die traditionelle Zweiteilung Diktatur/ Demokratie kann nicht die Übergangszone zwischen diesen beiden „reinen“ Regimetypen erfassen. In dieser Übergangszone sind vor allem Regimetypen verortet, die als *hybride* zu bezeichnen sind (Lauth/ Pickel/ Welzel 2000:10).<sup>299</sup> Im Gegensatz zu der etablierten Auffassung in der empirischen Demokratiemessung (Linz 2000, Huntington 1991), dass Demokratie an sich ein dichotomes Konzept sei (ein Regime ist entweder als demokratisch zu bezeichnen oder nicht), betonen die wenigen Forscher, die sich mit hybriden Regimen befassen, dass es nicht mehr so wichtig ist, die Differenzen zwischen Demokratien und Autokratien zu betonen und Regime so zu verorten, sondern auch solche Regime zu untersuchen, die verschiedenartige Adjektive tragen (Collier/ Levitsky 1997). Der Differenzierungsbedarf innerhalb der Regimetypen ist also gewachsen.

Zwei Forschungsrichtungen gehen diesem Differenzierungsbedarf nach: einerseits die Bildung von Mischtypen, andererseits die Bildung von Subtypen. Mischtypen sind solche, die Charakteristika sowohl autoritärer als auch demokratischer Regime aufweisen. Diese Regime verortet man im Graubereich zwischen Demokratie und Autokratie.<sup>300</sup> Die zweite Vorgehensweise ist, entsprechende Subtypen demokratischer und nicht-demokratischer Systeme zu etablieren. In dieser Forschungsrichtung der empirischen Demokratieforschung lässt sich die Arbeit von Collier und Levitsky (1997) hervorheben, die eine methodologische Übersicht liefert. Die Autoren beschäftigen sich zwar mit posttotalitären Regimen mit Akzent auf Lateinamerika, was sie sagen könnte aber als allgemein gültige Differenzierung betrachtet werden. Es handelt sich um die Untersuchung von Subtypen

---

298 Vgl. die Beiträge im Buch von Lauth/ Pickel/ Welzel (Hg.) 2000: 7ff.

299 Z.B. „halbe“, „defekte“, „imperfekte“, „autoritäre“, „proto“ usw. sind weitere Adjektive der Demokratie, vgl. Lauth/ Pickel/ Welzel 2000 und Collier/ Levitsky 1997.

300 Nach Karl Loewenstein (1959) lassen sich totalitäre und autoritäre Regime als Autokratien erfassen (vgl. dazu Krennerich 2002: 59). Vgl. noch Rüb (2002), der über hybride Regime schreibt, indem er auch Überlegungen zu einem autoritären sowie einem demokratischen Minimum bietet.

demokratischer Regime (democracy with adjectives), mit denen sich die Demokratieforschung in den letzten zehn Jahren befasst. Die Forscher versuchen, bei der Untersuchung solcher Subtypen Strategien zu entwickeln, um Differenzierung zu bewahren, ohne dabei das Demokratiekonzept zu sehr auszudehnen (Collier/ Levitsky 1997: 430-431). Defekte Demokratien (Croissant/ Thiery 2000) oder „diminished subtypes“ von Demokratien (Collier/ Levitsky 1997; „unvollständige Demokratien“ oder auch „verminderte Subtypen“ in der deutschsprachigen Literatur) sind Bezeichnungen für politische Regime, die sich zwischen Demokratie und Autokratie befinden, ohne autoritär zu sein und von dem definitorischen Minimum der Demokratie abweichen. Mit anderen Worten: Defekte Demokratien sind immerhin Demokratien und nicht als autoritäre Regime zu bezeichnen. Defekte Demokratien sind als politische Regime zu verstehen, die einen Kernbestand an demokratischen Merkmalen aufweisen, aber auch gleichzeitig Störungen in der Funktion von Teilregimen. Diese Störungen erlauben bei solchen Systemen nicht, von funktionierender liberaler Demokratie zu sprechen. Nach dem Konzept der defekten Demokratie (Thiery 2002, Croissant/ Thiery 2000) lassen sich drei demokratische Subtypen definieren, je nachdem welche der drei Dimensionen des Demokratiekonzeptes Defekte aufweisen: exklusive Demokratie, Enklavendemokratie, iliberale Demokratie.<sup>301</sup> Die Forscher, die sich mit der Untersuchung von defekter Demokratie befassen, verweisen oft auf das Problem, dass die Grenze zwischen defekten Demokratien und Autokratien sehr leicht zu überschreiten ist (Croissant/ Thiery 2000: 94).<sup>302</sup> Dies wird dadurch ermöglicht, dass solche verminderten Subtypen nicht alle Elemente eines Demokratiekonzeptes haben. Dabei ist nicht mehr klar, welche Merkmale dazu dienen, Demokratien von Nicht-Demokratien zu unterscheiden und funktionierende Demokratien von defekten Demokratien zu trennen. Aus diesem Grunde erweitern Croissant und Thiery (2000: 89ff.) die Minimaldefinition von Robert Dahl (1971): „*contestation open to participation*“,<sup>303</sup> wobei zwei neue Dimensionen hinzugefügt werden: die Dimension des Verfassungs- und Rechtsstaates und die Dimension der effektiven Herrschaftsgewalt. Dies dient dazu, die Defizite von Dahls Minimaldefinition

---

301 Mehr dazu vgl. Thiery 2002: 83ff.

302 Über die volle Definition von defekten Demokratien vgl. Croissant/ Thiery 2000: 95.

303 Wettbewerb (public contestation = political competition, opposition) und Partizipation (= inclusiveness) sind die zwei Dimensionen, die Robert Dahl (1971) in seinem Poliarchy-Konzept hervorhob.

abzudecken: die zwei Dimensionen von Dahls Poliarchy-Konzept sind zwar dafür geeignet, Demokratien von Autokratien zu trennen, aber wenig relevant, liberale Demokratien von nicht-liberalen zu differenzieren (Croissant 2002: 19). Die Autoren entwerfen ein „Basismodell demokratischer Regime“ und bezeichnen es als „embedded democracy“<sup>304</sup>. Demgegenüber betrachten die Autoren das Modell der defekten Demokratie als „diminished subtype“ von Demokratie.

- **Das Autoritarismus-Konzept von J. J. Linz**

Die Konzepte über defekte Demokratie und verminderte Subtypen von Demokratie werden immer öfter von der Frage begleitet, ob das zu Demokratie zählen oder als Subtypen von Autokratien erfasst werden soll? Benötigen wir nicht eher eine erweiterte Ausdifferenzierung des Autoritarismuskonzeptes und nicht des Demokratiekonzeptes? Dies sind die Fragen, die Juan J. Linz 2000 in seinem Aufsatz über Autoritarismus stellt. Gleichzeitig schlägt er eine Definition autoritärer Regime vor, indem er diese von Demokratie und von Diktatur unterscheidet.<sup>305</sup> Linz ist stellvertretend für die Auffassung, dass Grauzonenregime als autoritär zu verstehen sind und nicht als zu Demokratie tendierend, nur weil sie nicht ausreichend autoritäre Elemente aufweisen. Auch Regime mit verschiedenen Adjektiven (Collier/Levitsky 1997) sind keine demokratischen Regime, und demzufolge muss man eher über eine Ausdifferenzierung des Konzepts autoritärer Regime sprechen und nicht über unvollständige Subtypen von Demokratie (Linz 2000: XL).<sup>306</sup>

Linz stellt eine Theorie autoritärer Regime dar, indem er sich vor allem auf die Ausübung und Organisation von Macht konzentriert und nicht auf die „Politikinhalt, die verfolgten Ziele und die *raison d'être*“ (Linz 2000: 130) dieser politischen Regime.<sup>307</sup> Sein Autoritarismuskonzept ist aus drei wichtigen Hauptkomponenten gebaut: begrenzter Pluralismus, Mentalität anstatt Ideologie und Semi-Opposition

---

304 Über die Konzepte und Kriterien der embedded democracy vgl. Croissant/ Thiery 2000: 92-93.

305 Linz 2000

306 Linz setzt lieber Adjektive vor Autoritarismus als vor Demokratie und spricht in dem Sinne mehr über „gewählten Autoritarismus“, „Mehrparteien-Autoritarismus oder „Autoritarismus auf zentraler Ebene mit subnationaler Demokratie“ (vgl. Linz 2000: XL).

307 Linz spricht nur von autoritären Regimen und nicht von autoritären Regierungen, weil letztere relativ geringe Macht und Einflussmöglichkeiten besitzen (vgl. Linz 2000: 130-131).

(Pseudo-Opposition, vgl. ebd.: 138-139). Im Unterschied zu demokratischen Regimen ist für autoritäre Regime ein begrenzter Pluralismus typisch. Diese Begrenzung kann gesetzlich definiert werden, aber auch de facto stattfinden. Eine wichtige Charakteristik dieses begrenzten Pluralismus ist, dass er sich nur auf bestimmte politische Gruppen bezieht oder aber auf Interessengruppen (ebd.: 131). Jedoch besteht hier noch ein Unterschied zu demokratischen Regimen: diese politischen Gruppen müssen sich nicht vor der Wählerschaft verantworten und sie genießen die Möglichkeit, sich soweit gegenüber dem Regime oppositionell zu platzieren und sich als unabhängig zu institutionalisieren, wie die Machtspitze es noch zulässt. In solchen Regimen, im Gegensatz zu Demokratien, sind die Machthaber nicht durch eine Wählerschaft repräsentiert und gewählt worden, sondern durch die Unterstützung eines Herrschers oder einer führenden Gruppe. Das bedeutet nicht, dass solche „potentielle Wählerschaft“ (ebd.: 131) fehlt, aber sie ist nicht entscheidend bei der eigentlichen Machtübernahme. Innerhalb autoritärer Systeme redet Linz von „einem ständigen Prozess der Kooptierung“ (ebd.: 132): eine Ergänzungswahl von Politikern, die eher selten als Berufspolitiker zu charakterisieren sind, häufiger als Experten.

In Anlehnung an Bolivar Lamounier unterscheidet Linz zwischen Mentalität und Ideologie. Ideologien sind typisch für totalitäre Systeme. Ideologische Glaubenssysteme sind ein mächtiges Manipulations- und Mobilisierungsinstrument und haben die Kraft, breite Schichten zur politischen Partizipation anzuregen (Linz 2000: 133 ff.). Im Gegensatz zur Ideologie besitzen Mentalitäten eine viel schwächer ausgeprägte Anziehungskraft für die Massen, was sich negativ auf die Partizipation im politischen Prozess auswirkt. Mentalitäten sind, so Linz, typisch für autoritäre Regime, was eine wichtige Konsequenz für die politische Kommunikation hat: schwache Mobilisierungskraft zum politischen Handeln. Aber gleichzeitig verschaffen Mentalitäten mehr Freiraum für „Anpassung an veränderte Bedingungen im äußeren Umfeld“ (ebd.: 135). Allgemeinere Werte<sup>308</sup> verschaffen dem autoritären Regime Flexibilität bei der Neutralisierung von politischen Opponenten sowie die Loyalität der Wählerschaft.

---

308 Linz spricht von allgemeinen Werten wie soziale Gerechtigkeit, Nationalismus, Patriotismus, Ordnung, Modernisierung der Gesellschaft (ebd.: 135).

Linz richtet sein Forschungsinteresse mehr auf zwei andere Charakteristika autoritärer Regime: auf den begrenzten Pluralismus und auf die politische Mobilisierung. Die Analyse von Mentalitäten bleibt in seiner Studie eher marginal: er schließt die Diskussion mit der Annahme, dass die Unterscheidung zwischen Ideologie und Mentalität soweit relevant ist, dass Mentalitäten (implizit und explizit) sich mehr auf das soziale und politische Leben auswirken und Ideologien eine tief greifende Wirkung auf den politischen Prozess ausüben. Das bedeutet, dass die Unterscheidung Ideologie/ Mentalität sich auf Handeln/ Kommunikation in der Politik bezieht (ebd.: 132 ff.).

Da Linz sein Erkenntnisinteresse mehr auf die politische Mobilisierung und auf den begrenzten Pluralismus konzentriert, ist die Untersuchung vom Charakter der Opposition (illegale Opposition, Semi-Opposition, Halbopposition, Pseudo-Opposition, vgl. Linz 2000: 138 ff.) in autoritären Regimen ein wichtiger Ansatzpunkt. Prinzipiell gilt für autoritäre Regime, dass dort eine ineffektive Mobilisierung zu beobachten ist. Diese Betrachtung basiert darauf, dass im Rahmen eines begrenzten Pluralismus und einer eher schwachen Anziehungskraft der Mentalität keine effektive politische Mobilisierung stattfindet (Linz 2000: 137). Auch die Zentralisierung von Macht und Kontrolle führt dazu, dass die breiteren Bevölkerungskreise sogar das Interesse verlieren, sich an Wahlen zu beteiligen. Sie versuchen stattdessen, dieses Fehlen an Mitgestaltungsmöglichkeiten in der Politik damit zu kompensieren, Bindungen (Klientelismus, klientelistische Machtstrukturen) zu Regionalpolitikern zu knüpfen und diese für bestimmte Ziele einzusetzen. Die Schaffung und Aufrechterhaltung solcher klientelistischen Machtverhältnisse wirkt sich negativ auf die politischen Partizipationsprozesse aus. Trotz solcher Hindernisse innerhalb autoritärer Regime, kommt es doch oft zu einer aktiveren politischen Mobilisierung. Deshalb bietet sich die Konstruktion mehrerer autoritärer Subtypen an.

Von der Begrenzung des politischen Pluralismus hängt es ab, welche Oppositionskonstellation sich in autoritären Regimen bildet. Linz (2000: 139) unterscheidet mehrere Arten von Opposition: „eine Halb- oder Semi-Opposition durch Gruppierungen, die nicht dominant oder in der regierenden Gruppe vertreten sind“, ein zweites Oppositionsmodell ist das, dessen Befürworter „unterschiedliche Schwerpunkte und Politikkonzepte vertreten“, sich aber trotzdem für die Errichtung des Regimes erklären, damit allerdings andere Ziele als die regimeeigenen verfolgen.

Oder man findet solche Oppositionelle, die an andere Modelle anzuknüpfen versuchen, von denen sich die Machthaber gerade entfernen wollen (ebd.: 139). Neben dieser Semi-Opposition bildet sich auch eine illegale Opposition, die aufgrund persönlicher Beziehungen zu den derzeitigen Machthabern geduldet wird. Eine dritte Modifizierung von Opposition in autoritären Regimen ist die nicht legale (alegale) Opposition, die mit der illegalen oft kollaboriert. Diese alegale Opposition bildet sich dank der günstigen Bedingungen, die das autoritäre Regime verschafft: Freiraum für soziale Organisationen und andere Nicht-Regierungs-Organisationen. Das Zusammenspiel zwischen der illegalen und alegalen Opposition ist insofern wichtig, als dass dadurch die Möglichkeit entsteht, dass sich außenstehende Organisationsformen in die Regierungsorganisationen und -institutionen einnisten (Linz 2000: 140). Und da sich diese alegale Opposition in nicht politischen Organisationen (kirchlichen, beruflichen, kulturellen etc.) bildet, ist es ein entscheidender Faktor für die Semi-Opposition, mit der alegalen zu kooperieren und somit die Regierungsinstitutionen zu infiltrieren (Linz 2000: 140), um innerhalb des Regimes dann wieder illegal oder gar legal zu handeln.

- **Linz'sche Typologie autoritärer Regime und Subtypen autoritärer Regime**

Linz basiert seine Typologie autoritärer Regime nicht auf der Hervorhebung ideologischer Elemente, auch nicht auf die Selbstaussagen der Führer der untersuchten Regime. Als Grundlage seiner Typologie autoritärer Regime nimmt er die Definition<sup>309</sup> und entwickelt Subtypen autoritärer Regime. Politische Mobilisierung und begrenzter Pluralismus sind ein wichtiger Bestandteil seiner Theorie, und diese zwei Komponenten spielen eine zentrale Rolle bei der Typologisierung autoritärer Regime. Der begrenzte Pluralismus ist für eine Subtypenbildung insofern relevant, als dass man damit, je nachdem welche Organisationen, inwieweit und wie sie sich beteiligen dürfen und welche ausgeschlossen werden, Subtypen autoritärer Regime bilden kann. Aufgrund dieser zwei Komponenten autoritärer Regime unterscheidet Linz die folgenden Typen und Subtypen von Autoritarismus:

- bürokratisch-militärische Regime
- der organische Staat

---

309 Über die Definition autoritärer Regime vgl. Linz 2000: 129.

- mobilisierende autoritäre Regime in postdemokratischen Gesellschaften
- postkoloniale autoritäre Mobilisierungsregime
- Rassen- oder ethnische „Demokratien“
- „unvollkommene“ und „prätotale“ politische Situationen und Regime
- posttotalitäre Regime

Hier wenden wir uns ausführlicher dem bürokratisch-militärischen Subtyp autoritärer Regime zu. Bevor wir damit anfangen, muss jedoch geklärt werden, dass diese Typen als Idealtypen zu verstehen sind. Linz beschäftigt sich nicht mit der Analyse jener Regime, die zwischen solchen Idealtypen zu verorten sind, aber er weist darauf hin, dass es autoritäre Regime gibt, die sich oft durch einen gemischten Charakter auszeichnen.

*... Gleichermaßen führte die Dominanz von Untersuchungen zu Nazi-Deutschland in der Forschung zum Europa der Zwischenkriegszeit zu einer Vernachlässigung der autoritären Regime der 20er und 30er Jahre als einem eigenen Typ.<sup>310</sup>*

- **Bürokratisch-militärische Regime**

Dieser Subtyp autoritärer Regime charakterisiert sich durch eine Machtkonstellation, gezeichnet von Militär und Bürokratie. Linz bezeichnet den Subtyp als einen, „den wir am häufigsten bei autoritären Regimen finden“ (Linz 2000: 157). Die wichtigsten Elemente dieses Untertyps sind:<sup>311</sup>

- Militärs und Bürokraten übernehmen die Macht, wobei sie gleichzeitig andere politische Gruppierungen und Organisationen ein- oder ausschließen.
- Sie kommen an die Regierung, ohne dass sie eine bestimmte Ideologie explizieren.
- Es wird meistens keine dominierende Einheitspartei zugelassen.
- Es wird nicht versucht, die Gesellschaft politisch zu mobilisieren; die Beteiligung der Bevölkerung am politischen Leben wird im negativen Sinne beeinflusst.
- Diese Regime besitzen im Grunde einen pragmatischen Charakter.

---

310 Linz (2000: 155)

311 Vgl. ausführlich dazu Linz 2000: 157 ff.

- Die Armee spielt eine entscheidende Rolle als Stütze solcher Regime, und meistens regt dieses Verständnis eine etwas andere Diskussion an: solche Regime werden durch die Armee unterstützt, aber die dominierende Rolle im politischen Leben spielen nicht die Offiziere, sondern die Beamten, die Experten und die Parteipolitiker der früheren Parteien (Linz 2000: 158). Auch die Institution des Monarchen sowie die Kirche dürfen in dieser Diskussion nicht vergessen werden, vor allem im Osteuropa der Zwischenkriegszeit, wo solche Subtypen autoritärer Herrschaft besonders zum Vorschein kommen.
- Linz (2000: 158-159) definiert die Legitimität dieser Regime als gemischt (in Anlehnung an Max Weber). Bei der Machtübernahme steht nicht eine charismatische Person im Vordergrund, die sich die politische Führung auf diesem Weg aneignet, sondern eher oft genau im Gegenteil, da die Machtübernahme nicht durch Wahlen stattfindet.
- Diese Regime zeichnen sich durch ein oft willkürliches politisches Verhalten aus: gegenüber der Opposition und anderen kritisch eingestellten Gruppen (Linz 2000: 159). Trotz dieses politischen Verhaltens, versuchen die Machthaber, dem Regime einen legalistischen Charakter zu verleihen (ebd.: 159):

*... Sie erlassen Verfassungen, die denen westlicher liberaler Demokratien nachgebildet sind, sie halten so lange wie möglich an scheinverfassungsmäßigen und scheinparlamentarischen Formen fest, ge- und missbrauchen gesetzliche Prozeduren und die Gerichte.*

Diese Form von Legalismus verschafft den Regimen einen widersprüchlichen Charakter: einerseits beobachten wir Freiheiten (sowohl in der politischen als auch in der privaten Sphäre), die man demokratischen Regimen zuordnen kann; gleichzeitig aber etabliert sich ein Machtmissbrauch (politische Morde, die vertuscht werden, anders als bei totalitären Regimen), was als typisch für solche Untertypen autoritärer Regime zu bezeichnen ist.

- Bürokratisch-militärische Regime werden oft als „bevormundende Demokratien“ (*tutelary democracies*) bezeichnet (Linz 2000: 159). Diese Bezeichnung bildet sich dadurch heraus, dass solche Regime mit Programmen (= politische Versprechungen) an die Macht gelangen, das Land zu „modernisieren“ im Sinne der neuen weltweiten politischen Entwicklungen. Die Änderungen im politischen System und

die Machtergreifung bei diesem autoritären Subtyp werden unter folgenden gesellschaftlichen Bedingungen beobachtet:

- a) Vor der Machtergreifung gab es in der Gesellschaft (junge) parlamentarisch-demokratische Institutionen sowie ein Mehrparteiensystem, die es aber nicht dazu gebracht haben, sich endgültig zu etablieren. Linz (2000: 160) verweist darauf, dass das Misslingen einer politischen Mobilisierung breiterer Bevölkerungsschichten daran erkennbar ist, dass größtenteils die Bevölkerung nur über einen niedrigen Bildungsgrad verfügt, die Großgrundbesitzer auf dem Lande weiterhin ihre Macht genießen und starke klientelistische Beziehungen auf lokaler Ebene vorhanden sind. Durch die demokratisch-parlamentarischen Strukturen aber ergaben sich solche Bedingungen, dass diese Bevölkerungsschichten ausreichend mobilisiert wurden, um das Regime zu gefährden (Linz 2000: 161).<sup>312</sup>
- b) In den präautoritären Gesellschaften, in denen demokratische politische Strukturen herrschten, gab es oft unlösbare und eskalierende Probleme zwischen ethnischen und nationalen Gruppen, die von den Regierenden nicht mehr kontrolliert werden konnten. Solche Problemsituationen ergaben sich in fast allen südost- und osteuropäischen Ländern, besonders auf dem Balkan, wo nach dem Zerfall des Osmanischen Reiches jedes Land Minderheiten außerhalb der staatlichen Grenzen hatte und territoriale Forderungen an die Nachbarländer stellte. Das führte zu starkem Nationalismus und Chauvinismus und darin sieht Linz (2000: 163) die immer mehr wachsende Rolle der Armee.

Das Ergebnis solcher gesellschaftlichen Bedingungen, so Linz (2000: 161), war die Etablierung von Königsdiktaturen und die Durchführung von manipulierten Wahlen.

- Die Frage des politischen Pluralismus betrachtet Linz in Anlehnung an Janos (1970), der zur folgenden Erkenntnis kommt: Das Niveau des politischen Pluralismus in solchen Subtypen autoritärer Regime hängt von der präautoritären poli-

---

312 Als Beispiel dafür nennt Linz (2000: 160ff.) die Bauernparteien in Südost- und Osteuropa nach dem Ersten Weltkrieg, die nicht nur eine Gefahr für die Regierung darstellten, sondern auch für die Monarchie, da diese Institution meist nach der Auflösung des Osmanischen Imperiums als Staatsform eingeführt wurde und nicht durch eine lange Tradition etabliert war.

tischen Mobilisierung ab oder von der Polarisierung der mobilisierten Schichten. Diese Abhängigkeit wird dann erkennbar, wenn das neue Regime für gewisse Zeit gedrängt wird, einige politische Gruppen und Organisationen in ihrer Autonomie weiterhin zu akzeptieren, da die rasche Ausschließung solcher Gruppen zu gefährlich für das Regime wäre:

*In solchen politischen Kontexten – der Ausdruck „System“ scheint hier unangemessen – produzieren die Spannungen zwischen Ideologie und Struktur einige Zufälligkeiten im politischen Prozess und können dazu führen, dass verschiedene, miteinander konkurrierende Gruppen versuchen, sich gegenseitig von der politischen Szene zu verdrängen. Diese Art von Parteistaat ist de facto pluralistisch, aber nicht durch Tradition oder ausdrückliche Vereinbarung. Dies ist eher Pluralismus aus Mangel an Alternativen und nicht nach Plan.*<sup>313</sup>

- Ein letzter Punkt findet sich bei Linz im sogenannten „Exkurs über Militärs in der Politik“ (ebd.: 177). Er könnte wie folgt zusammengefasst werden:
  - a) Nicht alle militärischen oder vom Militär unterstützten Einmischungen haben als Grund die Bildung von autoritären Regimen. Aber ganz unabhängig davon, welche Gründe ursprünglich dabei erkennbar sind, führen solche Einmischungen immer zur tatsächlichen Machtübernahme von autoritären Kräften.
  - b) Die Intervention der Armee hängt mit mehreren Faktoren zusammen, die kulturell bedingt sind und aus dem Grund auch von Fall zu Fall variieren: Linz (2000: 176) nennt solche Faktoren „interne“ („Mentalität der Offiziere, institutionelle Interessen und organisatorische Probleme“).
  - c) Politiker oder andere zivile Kräfte greifen oft zuerst zur Armee als unterstützender Faktor bei Putschen und anderen nicht-demokratischen Verfahren.
  - d) Die Rolle der Armee beschränkt sich nicht nur auf innenpolitische Aktivitäten, sondern weitet sich auch außenpolitisch aus, besonders in Situationen der Kriegsführung. Dann hat das Militär entscheidende Funktionen zu erfüllen, und dadurch wächst sein Einfluss in der politischen Kommunikation.

---

313 Janos 1970: 233, zitiert in Linz 2000: 164-165; es handelt sich bei Janos um Untersuchungen des Einparteienstaats, aber diese Erkenntnis findet Parallelen auch zu autoritären Regimen, die keine Einheitspartei an der Macht aufwiesen.

Ähnlich wie Linz, bevorzugt es Bagley (1984) über Kolumbien als Fall eines Subtyps von autoritären Regimen zu sprechen und nicht als Fall eines unvollständigen Subtyps von Demokratie. Anstatt, wie es in der modernen Demokratieforschung der 90er Jahre üblich geworden ist, das Regime als nicht etablierte Demokratie zu betrachten und es mit Adjektiven wie „*restricted, controlled, limited, oligarchical, elitist, elitist-pluralist, and consociational*“<sup>314</sup> zu versehen, nennt er das politische System Kolumbiens „*inclusionary authoritarianism*“<sup>315</sup>. Charakteristisch für Bagleys inklusiven Autoritarismus sind fünf definitorische Grundmerkmale: niedrige politische Mobilisierung (low subject mobilization), begrenzter politischer Pluralismus (limited pluralism), Dominanz der Exekutive (executive predominance), patrimonialer Regierungsstil (patrimonial style of rulership) und Abwesenheit von Ideologie (absence of ideology)<sup>316</sup>. Das politische Regime Kolumbiens im autoritären Spektrum zu verorten und dann als Subtyp von Autoritarismus zu klassifizieren (inklusive Autoritarismus) folgt der Logik, dass in diesem Fall einige Stufen von Demokratie formell erreicht wurden, dies aber doch ein verzerrtes Bild von Demokratie darstellt. Verminderte Subtypen von Demokratie sind nur dann in der empirischen Demokratieforschung relevant, wenn ein politisches System mehrere demokratische Merkmale aufweist, die, ohne als Fassade eines nicht-demokratischen Regimes zu dienen, funktionstüchtig sind. Dann ist diese Strategie, verminderte Subtypen von Demokratie zu bilden, sinnvoll, um Differenzierung innerhalb des Demokratiekonzeptes zu erreichen.<sup>317</sup> In solchen Fällen, dass ein politisches System zu viele Fehler in der Funktion der demokratischen Teilregime hat, ist es fraglich, ob man dies weiterhin zum demokratischen Spektrum des Kontinuums zählen muss und noch als Subtyp definiert. Dann ist die Frage berechtigt: Ist ein solches System nicht als unvollständiger Subtyp von autoritären Regimen zu betrachten?

*Scholars should be self-conscious about the analytic and normativ implications of choosing to form subtypes in relation to democracy, as opposed to some other concept.*<sup>318</sup>

---

314 Vgl. Bagley 1984: 125

315 Ebd. : 127

316 Vgl. dazu ausführlich Bagley 1984: 129-136

317 Vgl. Collier/ Levitsky 1997: 441

318 Vgl. Collier/ Levitsky 1997: 442

Ob man Demokratie oder Autoritarismus mit verschiedenartigen Adjektiven versieht, hängt, wenn man normative Implikationen ausschließt, prinzipiell von der Forschungsstrategie und von den Spezifika der Forschungsfragen ab. Wichtig ist nur, die Grundklassifikation und die Grundbegriffe gut zu präzisieren. Erst dann können noch zusätzliche kontextbezogene Merkmale ausdifferenziert werden, ohne dass man dabei unbedingt Subtypen bildet. Solche Vorgehensweise ist bei qualitativen Analysen besonders relevant, wobei ermöglicht wird, systematisch-theoretische und historisch- und fallspezifische Erkenntnisse zusammenzukoppeln.<sup>319</sup>

#### 1.4 Demokratie versus Genozid-Ansatz

Die Genozidforschung beschäftigt sich schon lange mit dem Thema, welchen Einfluss mehr oder weniger demokratische Strukturen auf genozidale (und andere Massen-) Tötungen haben. Mit empirisch gestützten Arbeiten wurde versucht, eine einheitliche Theorie zu entwickeln, zeitgleich auch adäquate „Präventionsformeln“ gegen Genozid (Demozid)<sup>320</sup> und Krieg. Es werden verschiedene Faktoren unterschieden, jedoch variiert ihre Gewichtung in den verschiedenen Forschungskonzepten. Es existiert kein einheitliches theoretisches Angebot, warum Genozide, Kriege und andere Gewalt immer wieder und unter verschiedenen politischen und sozialen Bedingungen stattfinden. In den sozialwissenschaftlichen Theorieangeboten<sup>321</sup> wurde Genozid immer in Verbindung zur politischen und sonstigen sozialen Struktur untersucht, auch in Verbindung zum Krieg. Eine der Hauptvariablen der Forschungsfragen ist der Typ des politischen Systems, in dem Genozid stattfindet.

Auf den folgenden Seiten wird eine Annäherung an das Konzept Demokratie vs. Genozid versucht. Diese Aufgabe wurde dadurch erschwert (und gleichzeitig entpuppte sie sich als analytische Herausforderung), dass die Ansätze nicht immer zu den gleichen Ergebnissen führten: teilweise konkurrierten sie in unterschiedlichen theoretischen und empirischen Dimensionen.<sup>322</sup> Es gibt jedoch einen Ansatzpunkt, trotz unterschiedlicher Forschungsstrategien, der die Annahme, Demokratien seien

---

319 Vgl. Krennerich 2002: 64

320 Vgl. Rummel (1995: 4)

321 Zum theoretischen Forschungsstand über Genozid vgl. Fein 1993a, 1993b.

322 Vgl. Fein (1993b: 84): „This cautions us to look at the question of democracy and violence in different context and times before arriving the conclusions that are too self-comforting.“

weniger gewalttätig gegenüber ihren eigenen Bürgern, empirisch bestätigt.<sup>323</sup> Allerdings sorgten Ansätze von Mann (1999) sowie von Fein (1995) für Anregung und müssen als wissenschaftliche, selbstkritische Beobachtung weiter in Betracht gezogen werden. So Mann (1999: 21):

*If we want to understand the growth of ideologically-legitimated and state-perpetrated genocide, we must realize that this has been the pervert product of the most sacred institution of Western modernity: democracy.*

Um diese Heterogenität des empirisch-theoretischen Forschungsstands detaillierter darzustellen, konzentrieren wir uns zunächst auf drei konkurrierende Ansätze: Rummels Konzept des demokratischen Friedens, Feins MMM-These und Manns „dark side of democracy“.

- **Rudolph J. Rummels Demokratie-Ansatz: Democracy is a Method of Nonviolence**

Einer der bedeutenden Forscher auf dem Gebiet des Zusammenhangs von Genozid, Krieg und Demokratie, und deswegen im Jahr 1996 als einer von vielen für den Friedens-Nobelpreis nominiert, ist Rudolf J. Rummel. Seit 1975 beschäftigt sich Rummel damit, was wir heutzutage Theorie und Empirie des „demokratischen Friedens“ nennen können. Mehr als 30 Jahre sucht er nach einer „solution to war and violence“:

*There is one solution to each and the solution in each case is the same. It is to foster democratic freedom and to democratize coercive power and force. That is, mass killing and mass murder carried out by government is a result of indiscriminate, irresponsible power at the center. Or in terms of title of this book, Power kills. (Rummel 1997: 3)*

---

323 Vgl. Fein (1993b: 85): „Nevertheless, the general proposition that democracies do not annihilate groups defined to be *within their polity* – i.e., part of the body politic and the moral universe of obligations – has not been contradicted.“

Rummels Zentralbegriff ist Macht (power). Er schreibt über drei grundsätzliche politische Mächte in Bezug auf Gesellschaften: zwingende (coercive), autoritäre (authoritative) und verhandelnde (bargaining) und dementsprechend auch über drei (ideale) Typen von politischen Regimen: das totalitäre, das autoritäre und das demokratische: die drei Spitzen von Rummels politischem Dreieck (Rummel 1997: 121). Dieses Modell erklärt selbst nicht, wieso eine kausale lineare Beziehung zwischen Demokratie und Gewalt (externe und interne) oder auch zwischen Demokratie und Frieden behauptet wird.

Wie ist die Verbindung zwischen Demokratie, Frieden und Gewalt bei Rummel theoretisch fundiert?

### *1. Die repräsentative Natur der Demokratie und die Gewalt-Kosten: der menschliche Wille*

Rummel greift 200 Jahre zurück und zu Immanuel Kants „Ewigem Frieden“ von 1795, um eine Erklärung für die friedliche Natur der demokratischen Regime zu liefern. Kant gibt als einfache Erklärung dafür, dass die Menschen keine Kriege und Gewalt wollen: weil sie nicht ihr Leben, ihren Besitz und ihre Mitmenschen im Krieg verlieren wollen.<sup>324</sup> Die Menschen wählen daher Führer, die bereit sind zu verhandeln und Kompromisse zu schliessen, und damit auch Gewalt zu umgehen. Dabei setzen die Autoren, die von Rummel zitiert werden,<sup>325</sup> bei dieser Erklärung von demokratischem Frieden und Gewaltfreiheit die Akzente auf die demokratischen Institutionen. Freie Wahlmöglichkeit und freie Meinungsäußerung schaffen verantwortliche politische Regime, die viel weniger bereit sind, Gewalt bei politischen Massnahmen anzuwenden.

### *2. Demokratische Kultur, Pluralismus und „In-Group Perception“*

Unter demokratischer politischer Kultur versteht Rummel die kulturelle Norm, die die Demokratie in sich trägt und in der Gesellschaft kultiviert: die Kultur der politischen Kompromissbereitschaft, der Toleranz und des Verhandelns. Die demokratischen Verhältnisse etablieren diese politische Kultur und schaffen damit bestimmte

---

324 Rummel schreibt: „*The general public does not want war, if it can choose.*“ (Rummel 1997: 129).

325 Vgl. Rummel 1997:129ff.: Babst 1964, Kilgour 1991, Gaubatz 1991, Wright 1942 etc.

kulturelle Normen: damit erfüllt die Demokratie auch eine disziplinierende Rolle, sie ist der „Wegweiser“ zur friedlichen, gewaltfreien, politischen Problemlösung.

*And that democratic people by themselves are genetically and psychological no more no less prone to genocide, mass murder, and war than any other people. But the nature of a democratic system and exchange society is that it disciplines our dispositions; it requires that we learn the ways of nonviolent conflict resolution if we are to get along and prosper. (Rummel 1997: 143)*

Auf dieser Ebene des theoretisch Fundierten gibt es zwei Variablen von zentraler Bedeutung: der gegenseitige Druck, resultierend aus der Heterogenität der individuellen und Gruppeninteressen in „Austauschgesellschaften“ (exchange society) und die Kultur des Austausches (exchange culture). Durch die demokratische Kultur (= exchange culture bei Rummel) entsteht eine kulturelle Matrix (cultural matrix), nach deren Regeln sich die Definitionen und die Erwartungen an die gegenüberstehende Seite (Individuen, andere Interessengruppen, Staaten etc.) richten. So ist für Rummel anzunehmen, dass zwei Seiten gleicher demokratischer Natur dieselben Erwartungen aneinander formulieren. Bei einem Konflikt wird die Lösung, gemäss dieser demokratischen Kulturform (kulturelle Matrix), friedlich und ohne Gewaltanwendung verlaufen, da dies der Kern der liberalen Demokratie ist: Konfliktlösungen finden sich durch Verhandlungen, Kompromisse, Toleranz. Die Vielzahl an Interessengruppen und die Heterogenität der demokratischen Gesellschaften machen es möglich, dass viele verschiedene „cross-pressure“-Ströme in der Gesellschaft aufeinander prallen und damit einen politischen Druck ausüben, der das soziale Gleichgewicht bewahrt.

*Both cross-pressures and culture provide a proper understanding of the democratic peace, in my view, as long as it is understood that they sit along a continuum from the most democratic to the least democratic totalitarian regimes. (Rummel 1997: 209).*

### 3. Frieden (soziales Feld) vs. Macht (Antifeld)

Bei dieser dritten theoretischen Erklärung liefert Rummel eine etwas abstraktere philosophisch-soziologische Argumentation. Um seinen Ansatz, Demokratie sei eine Methode für friedliche und gewaltlose Konfliktlösung, weiter zu fundieren,

präsentiert Rummel sieben Annahmen,<sup>326</sup> die zur Anwendung von drei zentralen theoretischen Konzepten führen: soziales Feld (social field), Antifeld (antifield) und Konflikt-Spirale (conflict helix).<sup>327</sup> Das Konzept des sozialen Feldes steht bei Rummel im direkten Zusammenhang mit individuell geprägten Bedeutungen, Werten und Normen<sup>328</sup> innerhalb der Gesellschaft (Rummel 1997: 159f.).

*Now – and this is the critical point – the field is produced by individuals (including individuals acting in some authoritative capacity on behalf of groups) cooperating or conflicting according to their meanings, values, and norms what gives specificity to this – and, thus, focus to the forces involved – is the perceptions, expectations, disposition, capabilities, interests, and wills of this individuals. The field is thus a gestalt of a spontaneous society, one in which people are free to act as they see fit or wish.*<sup>329</sup>

Das soziale Feld, so Rummel, ist nichts weiter als eine „freie Gesellschaft“, die ähnlich funktioniert, wie die freie Marktwirtschaft, d.h. soziales Feld, freie Gesellschaft und Austauschgesellschaft fallen theoretisch bei Rummel zusammen. Das soziale Feld ist diese demokratische gesellschaftliche Form, wobei die Individuen (zugehörig zu verschiedenen Interessengruppen) in einer Situation des kontinuierlichen Konfliktes leben. Der Unterschied ist, dass dieser Konflikt, besser gesagt die Konfliktlösungen, meistens friedlicher und gewaltloser Natur sind. Das ist der entscheidende Punkt: das soziale Feld wird als Antonym zum Antifeld von Rummel postuliert. Konflikte begleiten jede Art von Gesellschaften, die entscheidende Unterscheidung liegt bei der Konfliktlösung.

Um die Zentralargumentation bei dieser dritten theoretischen Erklärung zusammenzufassen, lässt sich das Folgende hervorheben:

---

326 Vgl. die ausführliche Rummelsche Argumentation: Rummel 1997: 153-157.

327 Vgl. Rummelsche Definitionen und Begrifflichkeit, ebd. S. 157.

328 Diese Normen, Werte und Bedeutungen gestalten die kulturelle Matrix, die Schemata, durch die das Individuum die Realität wahrnimmt und definiert (ebd. S. 164).

329 Vgl. Rummel 1997: 160

Im sozialen Feld (= Austauschgesellschaft oder Demokratie) können die Individuen mit ihren spezifischen Interessen nebeneinander leben und durch Versuch und Irrtum lernen, wie man friedlich Konflikte löst, ohne Gewalt anzuwenden. Diese Individuen handeln *spontan*, da es keine zentrale Macht gibt, die durch Gewalt ihre Handlungen steuert und sanktioniert. Die Individuen haben die Möglichkeit, durch Begegnungen jeder Art über einander (über die eigenen Interessen, Erwartungen etc.) zu lernen und „quer durch den Weg gehen“, ohne dabei die entstehenden Konflikte mit Gewalt lösen zu müssen. Das bezeichnet Rummels Idee der Konflikt-Spirale (conflict helix). Bei diesem Prozess findet ein Austausch an Gedanken, Erwartungen, Handlungs- und Kompromissstrategien statt.

*As a result the social field it is criss-crossed and cross-cut by the natural product of individuals acting spontaneously. (ebd.:161)*

Antifeld bezeichnet den Gegensatz von sozialem Feld. Jede Gesellschaft, in der die Macht der Regierungsspitze (die zentrale Macht) stark und in Händen weniger Interessengruppen und Individuen konzentriert ist, in der es keinen freien Spielraum für das einzelne Individuum gibt, stattdessen stark zentralisierte politische Kontrolle, jede solche Gesellschaft verwandelt sich in ein Antifeld, indem die Individuen nicht mehr *spontan* handeln können. Das Individuum und die individuelle Freiheit hat zentrale Bedeutung für die liberale Demokratie und von daher auch für individuelle Interessen, Erwartungen, Normen und Werte.

*The social field has been largely replaced by an organization of society built and structured by government. It is this organization that turns a state into an antifield. (ebd.: 163)*

Durch diese antonyme Trennung – soziales Feld/ Antifeld – erklärt Rummel seinen Ansatz: Demokratien wenden keine innenpolitische Gewalt an und haben friedlichen Umgang mit anderen Demokratien.<sup>330</sup>

---

330 Vgl. dazu Rummel 1997: 170-176 über „conflict helix“-Argumentation und das Rummelsche Erklärungsangebot für den Demokratie/ Frieden-Ansatz.

- **Helen Feins Demokratie-Ansatz: MMM-These (More Murder in the Middle)**

Helen Fein (1995) sucht, ähnlich wie Rummel, nach Zusammenhängen zwischen politischen Systemen und Genozid. Dabei kommt sie, anders als Rummel, zu etwas anderen Ergebnissen: nicht-etablierte Demokratien<sup>331</sup> sind viel öfter bereit, Gewalt gegen ihre Bürger anzuwenden als nicht-demokratische oder autoritäre Regime. Fein untersucht die Verbindung zwischen Demokratie und solchen Faktoren wie ethnische Diskriminierung, ökonomische Ungleichheit und Krieg einerseits und innenpolitische Gewalt andererseits. Die Forschungsfrage in Feins Ansatz ist: Wie kann Demokratie grundsätzlich die Menschenrechte sichern und wieso wird in der Wissenschaft meistens angenommen, dass Demokratien das per se tun? Es besteht ein bedeutender Unterschied in der Fragestellung von Fein und von Rummel, da bei Rummel die zentrale Variable die Art der politischen Macht (demokratisch oder nicht demokratisch) ist, von der die innenpolitische Gewaltanwendung abhängt;<sup>332</sup> dagegen wurde bei Fein der Akzent anderswo gesetzt: nicht unbedingt der Typus politischer Regime, sondern das Sichern von Bürgerrechten und politischen Rechten ist die grundlegende Bedingung, gegen innenpolitische Gewalt wie Genozid präventiv zu handeln.

In Feins Ansatz, im Gegensatz zu Rummel, finden wir als Variablen bei der Erklärung von Genozid auch die ethnische Diskriminierung und die ökonomische Ungleichheit als Faktoren, die zu Gewalt und Gewalteskalation führen können. Die erste Hypothese generiert Fein nach der meist vertretenen Annahme in der Genozid- und Demokratieforschung: je mehr Demokratie (verstanden als Kontinuum), desto weniger (oder gar keine) innenpolitische Gewaltanwendung und desto mehr politische Akzeptanz für Menschen- und Bürgerrechte. In dieser Studie<sup>333</sup> konnte Fein diese erste Hypothese nicht bestätigen und gleichzeitig nicht völlig ablehnen: d.h. dass die Annahme, es gibt eine positive Korrelation zwischen zunehmender Demokratisierung und zunehmender (bis völliger) Anerkennung von Menschen- und Bürgerrechten, nicht empirisch bestätigt wurde. Dafür wurde die

---

331 „Partly democratic states“ = as democracy is extended before it is fully institutionalized (Fein 1995: 170).

332 Die Präventionsmechanismen sind in der Demokratie inbegriffen, so Rummel (1997).

333 Fein übernimmt Mullers Ansatz und überprüft ihn mit Daten des Amnesty International-Berichts für das Jahr 1987 zu 145 Staaten (Fein 1993b: 170).

zweite Hypothese bestätigt: junge Demokratien (nicht etabliert) und semi-freie Staaten neigen viel mehr zur innenpolitischen Gewaltanwendung als nicht demokratische und autoritäre Regime (**More Murder in the Middle-These**). Diese Hypothese, empirisch bestätigt, versuchte Fein auch theoretisch zu fundieren:

*Some argue that by opening up the possibility of greater class and group conflict, the expansion of democracy actually increases the motives for repression among elites and parties fearing a populist victory. (...) Challengers, as well as the governing elite, may resort to violence. The extension of democracy should give formerly excluded groups and suppressed class challengers the possibility to change the political and distributive order by mobilization of numbers. (Fein 1995: 173).*

Bei Fein wurde keine positive Korrelation zwischen Expandieren der Demokratie und zunehmender Beachtung von Menschenrechten<sup>334</sup> bestätigt in der Form wie bei Rummel. Trotzdem bleibt die Annahme unbestritten, dass Demokratien weniger Gewalt gegenüber ihren Bürgern anwenden. Allerdings wurde bei Fein bestätigt, dass junge Demokratien zu mehr innenpolitischer Gewaltanwendung bei Konfliktlösungen neigen, als nichtdemokratische Staaten, weil die Menschen- und Bürgerrechte nicht ausreichend gesichert sind.

- **Michael Manns Demokratie-Ansatz: The Dark Side of Democracy**

Michael Manns Konzept, Genozid als die „dunkle Seite der Demokratie“ zu betrachten, ist ein „unconventional view“, wie auch der Autor selbst behauptet. Mann setzt dabei, im Gegensatz zu Rummel und ähnlich wie Fein, den Akzent auf politische Formeln und Ideologien von Nation, Rasse und Klasse (Mann 1999: 19). Er bezieht sich auf Fein, die solchen „modernen Mythos“ als Vorreiter für Genozid einstuft. Mann beschäftigt sich nicht nur mit dem Erforschen von Genozid, sondern genereller mit „murderous ethnic and political cleansing“.<sup>335</sup> Er argumentiert, dass Demokratien häufiger zur Gewaltanwendung im Streben nach ethnischer Homogenisierung griffen, als dies Diktaturen taten. In Gesellschaften, wo das politische

---

334 In dem Fall, von Fein so definiert: „the right to life, the right to personal inviolability; and the right to be free of fear or arbitrary seizure, detention, and punishment“ (Fein 1995: 171).

335 Genozid ist die letzte Phase von ethnischer Säuberung, so Mann (1999: 22).

Regime institutionell Klassenkonflikte anerkannte, führte das zum Abbau des Mythos über „organic national unity“<sup>336</sup> und damit zur gewaltlosen innenpolitischen Konfliktlösung.

Moderne Säuberungen und Genozid, so Mann, wurden von Demokratien durchgeführt oder unterstützt, und damit sind solche Ereignisse als Teil der Geschichte der demokratischen Staaten nicht wegzudenken. Das Individuum und die individuellen Bürgerrechte stehen nicht im Mittelpunkt der liberalen Demokratie, sondern die sozialen Klassen (Mann 1999: 23). Das ist die zentrale Argumentation bei Mann:

*(...) Class struggle and its institutionalization – far more than an essentialist respect for individual human rights – have restrained most liberal democracies from cleansing atrocities „within“ their core citizen body. (Mann 1999: 23)*

In solchen liberalen Gesellschaften, wo die Klasseninteressen institutionalisiert wurden (heutzutage durch das Parteiensystem), hatte der Staat eine begrenzte vermittelnde Rolle zwischen Gruppeninteressen, und damit war seine Macht keine „coercive“ mehr (Mann 1999: 24). Im Vergleich zu Fein beobachten wir einen wichtigen Unterschied: Fein hebt die individuellen Menschen- und Bürgerrechte hervor, Mann dagegen die Institutionalisierung der Gruppeninteressen (Klasseninteressen).

Die theoretische Grundlinie, die Mann in seinem Ansatz verfolgt, ist organic democracy/ ethnic cleansing/ genocide (extermination).<sup>337</sup> Es ist die theoretisch und empirisch untrennbare Verbindung zwischen ethnischem Nationalismus (die Idee von „the organic society“: ethnisch homogene Gesellschaften), Säuberungen und Genozid, die Mann als dunkle Seite der Demokratie expliziert:

*But we should also view both present and past with greater realism and honesty. Ethnic and political cleansing was central to the modernisation of both the Old and*

---

336 Das ist die „The people and its other“-Zentralthese von Mann: er unterscheidet implizit zwischen zwei unterschiedlichen Formen von „peoples“ in Demokratien: „stratified people“ und „organic people“, vgl. Mann 1999: 21ff.

337 Vgl. Mann 1999: über „organic democracy“ S. 27-33, über „ethnic cleansing“ S. 34-35, über „genocide“ S. 35ff.

*New Worlds. We must recognize how difficult it was and is to achieve modern multi-ethnic liberal or social democracy. (Mann 1999: 45)*

Die kritischen Ansätze von Fein (1995) und Mann (1999) sind ohne Zweifel ein wichtiger Schritt nach vorne für das Verstehen der Beziehung zwischen Demokratie und Genozid sowie dessen Prävention. Mann muss bemerken, dass, trotz aller Kritiken am Rummelschen demokratischen Friedens-Ansatz, die meistens gut theoretisch und empirisch fundiert wurden, keiner der Autoren die Aussage dementieren konnte, dass Demokratien keine Gewalt gegenüber ihren Bürgern anwenden, die als Mitglieder des „universe of obligation“<sup>338</sup> definiert wurden. Demzufolge könnte eine zukünftige Aufgabe der interdisziplinären Demokratie- und Genozidforschung die Entwicklung empirischer Methoden und Indikatoren sein, mit deren Hilfe solch ein „Universum von Verpflichtungen“ nicht nur definiert wird, sondern auch die „dazu gehörenden“-Mechanismen zum Vorschein kommen.<sup>339</sup>

## **2. Bildung der Hypothese 2**

Wie wir schon beobachtet haben, koppelten sich die Entscheidungsströme genozidal zuerst für 20 000 Juden, entkoppelten sich aber dann für ca. 8 000 Juden aus Alt-Bulgarien. Bei der Rettung von Opferpopulationen können demokratische Verhältnisse eine bedeutende Rolle spielen, wie in vielen oben zitierten Studien gezeigt. Die Demokratiemessung erlaubt es, politische Regime nach ihrem Demokratisierungsgrad einzuordnen. Es gibt auch Studien, die mit den Instrumenten einer tiefen qualitativen Analyse auch hybride Regime erfassen. Die Demokratieforschung zeigt auch, dass demokratische Verhältnisse Gewaltanwendung beträchtlich reduzieren. Dementsprechend wird der erste Teil der Hypothese 2 definiert: Sogar Restbestände an Demokratie können unter bestimmten Umständen Populationen vor Ausrottung verschonen. Allerdings wird diese Annahme erweitert, indem eine Verbindung zwischen demokratischen Merkmalen und brokerage postuliert wird. Es ist schon mehrfach untersucht worden, dass im Holocaust persönliche

---

338 Fein (1993a: 36): „The concept of the universe of obligation is based on my revision of Durkheim's notion of rules and the domain of collective conscience (*The Division of Labour*). Developing a set of logical propositions, I concluded that 'Offences against persons outside the universe of obligation will not be socially recognized and labelled as crime. ... Collective violence is an offence against a class whose members are outside the universe of obligation'.“

339 Soweit mir bekannt ist, hat nur Helen Fein (1979) einen solchen Versuch gemacht.

Beziehungen vielen Juden geholfen haben, Deportationen zu entgehen. Es ist mir aber noch kein Fall bekannt, in dem nicht nur die persönlichen Beziehungen zwischen Juden und Nicht-Juden untersucht wurden, sondern auch eine Institutionalisierung dieser Beziehungen. Wie beim Forschungsstand über Bulgarien angedeutet wurde, kann man nicht nur persönliche Beziehungen einsetzen, um Entscheidungen zu beeinflussen; und oft ist das nicht ausreichend, um Protest auszulösen und Entscheidungen zu stornieren. Die zweite Vermutung ist, dass genau dies durch brokerage passiert, indem größere Einheiten im Entscheidungsprozess miteinander durch einen institutionellen broker verbunden werden und dadurch auch Rettungsprozesse ermöglicht werden. Im Hinblick darauf lautet die zweite Hypothese:

**H2:** *Restbestände an Demokratie verhindern Völkermord, wenn solche semi-demokratischen Verhältnisse durch brokerage ergänzt werden.*

### 3. Operationalisierung

- **Restbestände an Demokratie**

Wie lassen sich solche demokratischen Merkmale oder Restbestände operationalisieren und in dieser Fallstudie erheben? Dies ist vielleicht eine der schwierigsten Fragen dieses Forschungsvorhabens. Die Gründe hierfür lassen sich benennen:

- Ich will das Regime nicht zu messen versuchen, sondern eine spezifische Verbindung zwischen demokratischen Elementen und brokerage postulieren und darüber Daten erheben, und zwar im Hinblick auf genozidale Entscheidungen. Deshalb kann ich die bewährten Messlatten für Demokratie nicht anwenden.
- Soweit mir bekannt ist, existiert kein ähnlicher Versuch für eine Region oder gar eine vergleichende Fallstudie, an die ich anknüpfen kann.

Bei der Operationalisierung stütze ich mich erstens auf J. J. Linz (2000) und seine Untersuchung autoritärer Regime und ihrer Subtypen. Zweitens, in Anlehnung an Bagleys Studie über Kolumbien als „inclusionary authoritarian regime“, wird in diesem Forschungsprojekt eine tiefe qualitative Analyse<sup>340</sup> versucht, um die Besonderheiten der politischen Regime präziser zu untersuchen und die Verbindung zur brokerage zu beobachten. Dabei ist es nicht von zentraler Bedeutung, das Regime typologisch zu klassifizieren. Vielmehr ist es wichtig, die spezifischen Merkmale des Regimetypen hervorzuheben, die als demokratisch, als Indikatoren für Restbestände an Demokratie, zu verstehen sind, und ihre Verbindung zur politischen brokerage und zum Auslösen politischen Protestes zu sehen. Eine dichte Beschreibung in solch einer Fallstudie (die keine Vergleichsstudie ist!) würde eine genauere Bewertung der Besonderheiten des Regimes liefern. Im Blick auf die Spezifika der Forschungsfragen und Hypothesen erweist sich solche methodologische Vorgehensweise als angemessener, da die herkömmlichen Messlatten und Skalen (vgl. dazu Rummel) das Regime allgemein nach festgelegten Indikatoren im Vergleich zu anderen typologisieren, aber keine Erkenntnisse über wichtige Besonderheiten jedes einzelnen Regimes darstellen. Dass

---

340 Vgl. auch zu dieser Methode in der empirischen Demokratieforschung Beetham (1994), Wesson, ed. (1984), Lauth/ Pickel/ Welzel (2000).

Bulgarien in diesen Skalen (vgl. Rummel 1998: 383ff.) nicht die höchsten Werte für Autoritarismus erhält, können wir als ersten Indikator dafür bezeichnen, dass das Regime auch mehrere (oder einige) Merkmale und Charakteristika aufweist, die nicht als autoritär zu bezeichnen sind.

Ich beginne damit, ähnlich wie es Bagley für Kolumbien untersucht hat, zu postulieren, dass das Regime „inclusionary“ ist. Abgesehen davon, wie das Regime an die Macht kam, konzentriere ich mich darauf, das Funktionieren des Regimes zu analysieren. Und zwar werden nicht die Aussagen des Regimes über sich selbst zur Untersuchung herangezogen, sondern unabhängig davon die folgenden Indikatoren benutzt, die bei Linz sowie bei Bagley eine zentrale Rolle spielen:

1. die präautoritäre politische Mobilisierung
2. begrenzter Pluralismus
3. Opposition

Wie aus der Theorie autoritärer Regime (Linz 2000) abzuleiten ist, sind diese drei Elemente miteinander verbunden, und durch die Art dieser Verbindung ergeben sich auch die verschiedenen Untertypen autoritärer Regime. Es ist also relevant, die präautoritäre Periode in die Untersuchung miteinzubeziehen. In diesem Fall (Bulgarien) wäre es angemessen, uns einen Überblick über die Zwischenkriegszeit zu verschaffen. Somit werden die gesellschaftlichen Verhältnisse beobachtet, in deren Umfeld der Regimewechsel stattfand und sich die politischen Verhältnisse der Holocaust-Zeit etablierten. Wir können nicht die Rettung von Opferpopulationen selbst als Indikator für demokratische Bedingungen bezeichnen, auch nicht die Selbstaussagen der Monarchie und der Regierung. Wenn wir uns auf die drei Elemente konzentrieren (politische Mobilisierung in der präautoritären Periode, begrenzter Pluralismus und Opposition), dann können wir als brauchbare Indikatoren für Restbestände an Demokratie die folgenden hervorheben:

1. Falls wir Hinweise in der Literatur und in den Dokumenten für eine höhere politische Mobilisierung in der präautoritären Gesellschaft oder innerhalb der mobilisierten politischen Gruppen nachweisen, dann ist das ein Indikator dafür (den theoretischen Erkenntnissen nach), dass das neue Regime versuchen wird, Teile dieser früheren politischen Elite zu kooptieren (einzuschließen) und andere Gruppen wieder auszu-

schließen. In Anlehnung an Janos (1970) können wir annehmen, dass das autoritäre Regime sich dann gezwungen sieht, für eine gewisse Zeit die Autonomie bestimmter politischer Gruppierungen zu akzeptieren, womit andererseits durch den entstehenden begrenzten Pluralismus (2) die Basis entsteht, dass sich verschiedene Arten von Opposition (3) bilden. Eine starke Opposition innerhalb der regierenden Mehrheit, aber auch außerhalb, als drittes Element dieser Forschungsstrategie könnte ein wichtiger Indikator für Restbestände an Demokratie sein, weil die Unterstützung und die Etablierung des autoritären Regimes stark davon abhängt, wie sich die autonomen Interessensgruppen platzieren und welche neue Machtkonstellation sich zwischen den Regimeanhängern, den Kritikern und den Opponenten des Regimes ergibt. Ein brauchbarer Indikator für demokratische Restbestände wären in dem Sinne Verweise in der Literatur und in den Daten zu Ereignissen, bei denen es die Opposition innerhalb der regierenden Mehrheit schaffte, Kontrolle über Regierungsentscheidungen auszuüben und diese sogar zu be- oder verhindern. Besonders in den autoritären Gesellschaften in Südost- und Osteuropa der Zwischenkriegszeit, wo es vor dem Aufschwung autoritärer Verhältnisse ein demokratisch-parlamentarisches System gab, es aber nicht zu dessen Etablierung kam, wo es eine starke Mobilisierung breiterer Bevölkerungsschichten gab (beispielsweise Agrarbewegungen und -parteien), wo auch stark polarisierte politische Richtungen (links und rechts) vorhanden waren und sich Minderheitenprobleme und -konflikte in der Politik einnisteten, also in solch einer komplizierten gesellschaftlichen Situation, so könnte man annehmen, war das autoritäre Regime stark darauf angewiesen, sich zumindest die Unterstützung der regierenden Mehrheit permanent zu sichern. Dies könnte auch als ein brauchbarer Indikator für Restbestände an Demokratie definiert werden: *das Problem des Auseinanderfallens, des Zusammenhalts der regierenden Mehrheit*. Trotz Verbots von Parteien und anderer autoritärer Strukturen, wie manipulierter Wahlen und nicht-demokratischer Machtergreifung (durch Militärputsche etc.), müssen wir Indikatoren dafür suchen, dass dieses autoritäre Regime sich als ein „inclusionary“ Regime etablierte. Das bedeutet, dass die schon eingeschlossenen Gruppen innerhalb dieses Regimes eine gewisse Autonomie besaßen, gleichgültig ob es dazu durch manipulierte Wahlen kam, dass es einen Pluralismus gab, gleichgültig, ob er sich als begrenzt etikettieren lässt. Über diese gewisse Autonomie wurden die Bedingungen für eine Opposition geschaffen sowie für Interessengruppen, die alle zusammen dafür sorg-

ten, das autoritäre Regime zu zwingen, auf sie wegen ihrer Einflussmöglichkeiten in der politischen Kommunikation ständig Rücksicht zu nehmen.

2. Dass es zur Bildung klientelistischer Beziehungen in autoritären Gesellschaften kommt, zeigen Linz (2000) und Bagley (1984) explizit und erklären es damit, dass die Machtzentralisierung und die niedrige politische Mobilisierung, die vom autoritären Regime bewusst angestrebt wird, dafür sorgen, dass sich die ländliche Bevölkerung Bindungen zu Lokalpolitikern verschaffte. Der zweiten Hypothese nach, wird eine spezifische Verbindung zwischen brokerage und demokratischen Verhältnissen im Entscheidungsprozess unterstellt. Von daher erweist es sich als relevant, noch einmal solche relativ demokratischen Strukturen hervorzuheben und genauer zu untersuchen, da diese sich als Vermittlungsstrukturen darstellen, die es ermöglichen, dass sich Grenzstellen innerhalb der entscheidenden Organisationen bilden. Erst diese Grenzstellen wiederum machten die Institutionalisierung solcher lokaler Bindungen möglich und übertrugen sie damit auf eine höhere staatliche Ebene: auf die nationale. Das heißt nichts anderes, als dass klientelistische Bindungen auf lokaler Ebene für autoritäre Regime typisch sind. Aber diese Erkenntnis allein reicht für unsere Fragestellung nicht aus. Wir müssen weit über diese Bindungen hinaus gehen und uns für ihre Institutionalisierung durch politische Vermittler (broker) interessieren. Genau wegen dieser Überbrückung zwischen Lokalem und Nationalem, wegen dieser spezifischen „Verschiebung“ ist die Verbindung zwischen quasi-demokratischen Verhältnissen in einem einschließenden autoritären Regime und politischer brokerage von zentraler Bedeutung für die Analyse von genozidalen Entscheidungsprozessen.

- **Beziehungsnetzwerke auf lokaler Ebene**

Eine ausführliche Netzwerkanalyse auf Mikroebene wird in dieser Arbeit nicht von zentraler Bedeutung sein,<sup>341</sup> wird aber benötigt, um die ersten Mobilisierungsversuche

---

341 Die Bedeutung der persönlichen Netzwerke ist insofern wichtig, als dass die Verbindung zwischen Lokalem und Nationalem klarer dargestellt wird. Von zentraler Bedeutung für die Fragestellung dieser Arbeit ist es jedenfalls, die Mechanismen und Strukturen zu erforschen und zu beschreiben, die zum Institutionalisieren des politischen Protestes führten. Damit ist die Figur des brokers von zentraler Bedeutung in dieser Fallstudie sowie der Übergang von persönlichen Netzwerken zur angenommenen spezifischen Beziehung zwischen brokerage und Demokratie.

(lokale Mobilisierung) darzustellen und die verschiedenen Teilnetzwerke im Gesamtnetzwerk zu definieren. Das ist, mit anderen Worten, der erste Schritt der Untersuchung der Mobilisierung politischen Protestes – die Untersuchung persönlicher Netzwerke auf lokaler Ebene.

Daten werden in Datenquellen in Archiven und in publizierten Datenquellen und Literatur gesucht. Als Daten für Netzwerkbeziehungen werden alle expliziten und impliziten Verweise auf Freundschaften, „Beziehungen“, Bekanntschaften, Verwandtschaft und berufliche Kontakte zwischen christlichen Bulgaren und bulgarischen Juden, die am Mobilisierungsprozess teilnahmen, genommen. Solche Daten konnten verschiedene Dokumente liefern: private Gespräche, Memoiren, Interviews, private Korrespondenz etc. Es werden folgende netzwerkbezogenen Variablen untersucht:

- Beruf
- Religion
- Art der Beziehungen („weak ties“ und „strong ties“: Freundschaft, „Beziehungen“, Bekanntschaften, Verwandtschaft und berufliche Kontakte)
- Zweck der Beziehungen
- Teilnahme an verschiedenartigen Aktivitäten: Freizeitaktivitäten, Partizipation in beruflichen Interessensgruppen, Partizipation in sozial-kulturellen Organisationen.

Der zweite Schritt der Untersuchung ist die Verbindung zwischen Lokalem und Nationalem: Besonders **brokerage-Beziehungen** interessieren uns, die soziale Einheiten miteinander verbinden, die aus verschiedenen Gründen über keine direkten Kontakte verfügen. Man kann hier offene Fragen formulieren:

- Welche Personen (Wer?) haben die Informationen und Rettungserwartungen als *organisationaler broker* an Organisationen des Entscheidungsprozesses übermittelt und damit die fehlenden direkten Einflussmöglichkeiten kompensiert? Welches sind die zwei Seiten in der dyadischen Beziehung im Entscheidungsprozess? Welche Personen stehen außerhalb dieser dyadischen Beziehung (Entscheidungsträger) und besitzen gleichzeitig die Statusposition, die ihnen in bestimmten Situationen erlaubt, im Entscheidungsprozess zwischen beiden Seiten zu vermitteln und Entscheidungen zu beeinflussen?

- Was passiert in einer broker-Beziehung? Es wird vermittelt zwischen zwei Einheiten, die selbst nicht die Möglichkeit haben, direkt in Kontakt zu treten. Wenn wir die Frage „wer?“ beantwortet haben, dann müssen wir die Funktion des brokers bei der Vermittlung untersuchen: Er verfügt nicht über Ressourcen, die es ihm erlauben, selbst Entscheidungen zu treffen, sondern nur über Beziehungen, die er jederzeit aktivieren kann. Über welche Beziehungen und Möglichkeiten verfügen die Vermittlungspersonen im Entscheidungsprozess? Welche Leistungen und Gegenleistungen sind mit dieser Vermittlungsfunktion verbunden? Bei der Frage, was bei diesen Austauschprozessen ausgetauscht wurde, wird nicht nur nach spezifischen Gegenleistungen gesucht, sondern eher nach generalisierten Belohnungen, z.B. nach der Erwartung von Dankbarkeit mit großem Zeitverzug (nach Jahren) oder nach einer positiven Bewertung des politischen Verhaltens des brokers. Welche Ziele verfolgt die Klient-Seite und welche die broker-Seite mit dieser Beziehung? Welche Leistung erbringt der broker mit dieser Vermittlungsfunktion, und welche Leistungskategorien beobachten wir für die Klient-Seite?
  
- Ist die Beziehung zwischen dem broker und der von ihm vertretenen Seite eine informelle Beziehung, d.h. sind die beiden Seiten durch Rechts- oder Vertragsformen aneinander gebunden oder nicht? Kennen sich die beiden Seiten (broker und Klient) persönlich und schätzen sie sich? Damit wird das Kriterium für die Individualität der Beziehung erfüllt. Das Freiwilligkeitskriterium ist dann erfüllt, wenn der broker und der Klient ihre Rollen erworben haben, was völlig situationsabhängig ist: broker und Klient sind keine askriptiven Merkmale. Die Form der Beziehung ist auch mit Zwang verbunden und mit fehlenden weiteren Alternativen für die Klient-Seite. Hat die Klient-Seite alle anderen Alternativen ausgeschöpft, das Problem zu lösen, bevor sie zu solcher Vermittlung griff? Wie wurde die Klient-Seite gezwungen, die Hilfe eines brokers aufzusuchen?
  
- Wo finden solche Beziehungen statt? In welchem gesellschaftlichen Kontext? Welche politischen und sozialen Verhältnisse herrschen in der Gesellschaft, die zu solchen Beziehungen führen und sie gleichzeitig ermöglichen? Diese Fragen verbinden sich mit der Frage nach vorhandenen Restbeständen an Demokratie, die solche broker-Beziehungen vermutlich erleichtern.

## 4. Überprüfung: neue Teilnehmer und neue Problematisierungen?

### 4.1 Forschungsstand

- **Persönliche Beziehungen, Freundschaft, Freunde-der-Freunde sowie broker im Umfeld relativ demokratischer Verhältnisse im bulgarischen Entscheidungsprozess**

In der Dokumentensammlung von Cohen (1995), fasst Antonina Zheliaskova<sup>342</sup> zusammen:

*The personal friendship between Jews and Bulgarians help up under the great pressure exercised through anti-Semitic legislation, passed in serious violation of the constitution. Even during the most critical period, after it was decided that Bulgarian Jews would be deported, Jewish public figures maintained their links with members of the National Assembly, with high-ranking government officials and with eminent political figures and intellectuals.*

Helen Fein (1979) schreibt eine vergleichende Fallstudie und konzentriert sich dabei auf bestimmte Fragen, die in mehreren Fällen getestet werden können. Fein testet die Forschungsfrage, wie soziale Bewegungen und deren Proteste staatliche Entscheidungen in Dänemark, Belgien und Bulgarien beeinflussten und dabei Deportationen zu verhindern halfen. Es steht bei Fein außer Frage, dass zu den bulgarischen Juden auch jene aus den neuen Gebieten gehörten, d.h. in Bulgarien gab es 62 000 Juden: ca. 12 000 (18 %) davon wurden Opfer von Genozid und ca. 50 000 (82 %) Juden wurden gerettet. Neu- und Altbulgarien gehören zu einem Fall, in dem „collaboration“ stattfand, die dann aber in Altbulgarien aufgehalten wurde. Fein argumentiert zu diesen Unterschieden zwischen alt- und neubulgarischen Juden so:

*To deter opposition, the ministers concluding the agreement to deport the Jews negotiated covertly to lessen its visibility, did not publish it, and specified in that*

---

342 Antonina Zheliaskova ist Mitglied des Redaktionskollegiums des Buches, vgl. Cohen (ed.) 1995: 320.

*agreement only Jews to whom the Bulgarian leaders had no ties, those from the newly acquired territories.*“<sup>343</sup>

Dagegen haben es die Juden aus Altbulgarien, so Fein (1979: 160), in Kjustendil (der Stadt, in der die Proteste gegen die Deportationen zuerst an Kraft gewonnen haben) geschafft, *five Bulgarian friends* zu mobilisieren, um die Proteste nach Sofia weiterzureichen. Zur selben Zeit benutzte der bulgarische Jude Jako Baruch in Sofia *personal contacts from university days and influence garnered from previous favors to such ministers*,<sup>344</sup> um die Deportationen aufzuhalten.

Dieselbe Argumentation finden wir auch bei Bar-Zohar (1999), bei dem im Fokus seiner Untersuchung die Rettung der altbulgarischen Juden steht. Dort benutzt er implizit eine soziologenahe Erklärung, als er die Ereignisse in den entscheidenden Tagen im März 1943 darstellt. In den Kapiteln acht und neun untersucht der Autor besonders die persönlichen Kontakte zwischen potentiellen jüdischen Opfern und wichtigen Personen im Entscheidungsprozess, sowohl in der Stadt Kjustendil als auch in Sofia. Diese persönlichen freundschaftlichen Beziehungen zwischen bulgarischen Juden und Nicht-Juden führten zur Zusammensetzung einer Delegation von einflussreichen Bulgaren (im Sinne von Nicht-Juden) in Kjustendil, die nach Sofia fuhr, um dort offiziell die Proteste zu übergeben, damit einflussreiche Politiker zu beeinflussen und so Deportationen zu verhindern. Diese Handlungen erwiesen sich als entscheidend für den Ausgang des Entscheidungsprozesses, dessen Ergebnis die Rettung von ca. 8 000 altbulgarischen Juden wurde.

Stephan Groueff (1987, 1991), der Sohn von Pavel Groueff, Kanzleichef des Zaren,<sup>345</sup> schrieb im Exil in Amerika ein Buch über Boris III und seine Politik in der Periode 1918-1943. Das Buch wurde in einer bulgarischen Fassung erst nach der politischen Wende 1989 publiziert (1991). Es erregte großes Interesse wegen der Biographie des Autors und wegen seiner Fragestellung. Groueff hatte die seltene Chance, privates und archiviertes, nicht publiziertes Material, z.B. persönliche

---

343 Vgl. Fein 1979: 160

344 Vgl. Fein 1979: 161

345 Pavel Groueff war Chef der Kanzlei des Zaren und persönlicher Berater von Zar Boris III, der ihn von seinem Vater Ferdinand „erbte“.

Korrespondenz, zu erforschen sowie Gespräche und Interviews mit im Exil lebenden Zeitgenossen der Ereignisse zu führen. Kapitel 21 des Buches – „Die Rettung der Juden“ – gibt uns interessante Informationen, besonders über die zahlreichen persönlichen Beziehungen zwischen bulgarischen Juden und bulgarischen Politikern und Königsberatern,<sup>346</sup> sogar über solche mit der Königsfamilie: Juden hatten sehr gute *„freundschaftliche und professionelle Beziehungen zu vielen einflussreichen Personen“*.<sup>347</sup>

Nir Baruch (1991: 83-95), ähnlich wie Groueff (1991: 381-388) und Bar-Zohar (1999: 94-123), verfolgt die Beziehungen zwischen Juden und Nicht-Juden im Hinblick auf die Geschehnisse in den entscheidenden Märztagen 1943. Nissim (2000: 93-94) macht es noch deutlicher, indem er schreibt, dass die Juden in den neuen Gebieten keine „emotionalen Bindungen“ zu der altbulgarischen politischen Elite hatten, deswegen hätten sie nicht gerettet werden können.

Es handelt sich hier, in der Literatur über den Holocaust in Bulgarien, oft unter den Bezeichnungen „Beziehungen“ und „Freundschaften“ zwischen angesehenen jüdischen Opfern und wichtigen Personen im Entscheidungsprozess, soziologisch übersetzt um „persönliche Netzwerke“ verschiedener Art. Solche vorhandenen interpersonellen Bindungen wurden von den meisten Autoren implizit benutzt, um die Rettung der altbulgarischen Juden zu erklären. Es wird nicht untersucht, was mit den neubulgarischen Juden in diesen Märztagen passierte und wo der Unterschied zwischen den beiden Opferpopulationen lag. Im Hinblick auf diese Faktorenkomplexe können die folgenden Fragen formuliert werden:

1. Warum gab es Proteste nur gegen Deportationen der altbulgarischen Juden?<sup>348</sup>  
Warum nicht für alle 20 000 Juden, die nach dem Abkommen zwischen Belev und Dannecker zur Deportation freigegeben wurden? Warum haben wir solche

---

346 Groueff (1991: 385): Selbst Kanzleichef Pavel Groueff wurde von Zar Boris III „der jüdische Konsul“ genannt wegen seiner zahlreichen jüdischen Freundschaften, die er pflegte.

347 Ebd.: 383 (meine Übersetzung)

348 Mit zwei Ausnahmen: der orthodoxe Patriarch Stefan und der Abgeordnete der Opposition Petko Stainov haben gegen die Deportationen der Juden aus dem Belomorie-Gebiet (Thrazien und Mazedonien) protestiert, sie bekamen jedoch keine Antwort von der Regierung und vom König.

verschiedenen Ergebnisse: Rettung nur für die altbulgarischen Juden und Deportation/ Tötung für die neubulgarischen Juden?

2. In welche Art von persönlichen Netzwerken (Freundschaft, brokerage, Patronage, Freunde-der-Freunde-Beziehung etc.) waren die bulgarischen Juden involviert? Inwieweit haben diese persönlichen Netzwerke zur Rettung bzw. das Fehlen von solchen zur Tötung beigetragen? Welche Unterschiede gab es zwischen den neu- und den altbulgarischen Juden?

- **Demokratische Verhältnisse als Umfeld genozidaler/ nicht-genozidaler Entscheidungen**

Als weiterer Faktor im bulgarischen Entscheidungsprozess wurden die relativ demokratischen Verhältnisse dieser Periode genannt (vgl. Oren 1989, Hilberg 1982, Fein 1979). Oren (1989: 413) verbindet zwei Faktoren: relativer politischer Pluralismus im politischen Leben Bulgariens und die persönlichen Beziehungen zwischen christlichen Bulgaren, besonders zwischen wichtigen Personen im Entscheidungsprozess, und altbulgarischen Juden:

*The wheels of the anti-Jewish machine so well assembled under his overlordship by the Filov-Gabrovski-Belev clique and their German friends, were running freely. Boris would hardly have intervened to stop them had the sudden outburst from within not occurred. To be sure, Peshev's efforts and those of his friends were incapable of reversing the rapidly deteriorating position of the Jewish community. All they did was to impede the predetermined course of events leading to disaster, and by so doing, achieved a momentary slowdown which proved fateful in the long run. Their undertaking was made possible by the existence in Bulgaria of a primitive political pluralism and a certain predisposition toward the Jews by a segment of the Christian population, which years of dictatorship and anti-Semitic propaganda had not subdued.*

Hilberg (1982: 507) dagegen betont nur die Restbestände an demokratischen Verhältnissen in der Kriegszeit in Bulgarien:

*Als Achsenland hatte Bulgarien einige Besonderheiten aufzuweisen. Es gab in Sofia ein Parlament (die Sobranie), das sogar Gesetze verabschiedete. Anders als das slowakische Parlament (das ebenfalls Gesetze erliess) war es kein reines Akklamationsorgan, sondern eine Stätte der Diskussionen, Debatten, Proteste und sogar der Korrektur politischer Entscheidungen. Einigen derartigen Korrekturen werden wir bei der jüdischen Gesetzgebung begegnen.*

Nach der Auswertung der Literatur lässt sich zusammenfassen, dass im Sub-Fall Altbulgarien die persönlichen Netzwerke der altbulgarischen Juden eine wichtige Funktion als Ressource<sup>349</sup> erfüllten, die vor allem darin bestand, jüdische Opfer vor Genozid zu beschützen. Ein innenpolitischer Faktor, der in Verbindung zur Nutzung solcher persönlichen Netzwerke steht, sind die relativ demokratischen Verhältnisse in der bulgarischen Gesellschaft 1939-1943.

#### **4.2 Entkopplung der vier Ströme und Entscheidung zur Rettung: Demokratie mit brokerage**

- **Neue Teilnehmer im Entscheidungsprozess: persönliche Beziehungen, politische brokerage, organisierte Proteste**

Seit 1941 (Gesetz zum Schutz der Nation) gab es für die bulgarischen Juden immer mehr „*Inseln der Unsicherheit*“.<sup>350</sup> Da die Maßnahmen von der Regierung immer mehr verschärft wurden, gerieten die Juden in Isolation aus dem gesellschaftlichen Leben des Landes. In dieser Situation von Isolation und Unsicherheit über die Zukunft sahen sich die bulgarischen Juden gezwungen, ihre Beziehungen zu „*einflussreichen Bulgaren*“ auszunutzen.<sup>351</sup> Da die meisten altbulgarischen Juden in der Hauptstadt Sofia lebten, verfügten sie über mehrere *Verbindungen, starke und schwache*, zu Personen an den Grenzstellen der entscheidenden Organisationen. Diese Beziehungen zu Personen im Entscheidungsprozess halfen den altbulgarischen Juden gleich nach dem Erlass des Gesetzes zum Schutz der Nation mehrmals, verschiedenartige Erleichterungen zu bekommen. Daten über solche

---

349 Manche sagen dazu modisch „soziales Kapital“, vgl. Jansen 1999, Weyer (Hg.) 2000.

350 Vgl. Burkolter 1976: 45

351 Vgl. Groueff 1991: 383

klientelistischen Beziehungen, durch die eine ganze Reihe von Erleichterungen für die bulgarischen Juden zustande kamen, wurden sowohl in der Literatur als auch in den Datenquellen mehrmals deutlich.<sup>352</sup> Sogar in Verordnungen von Judenkommissar Belev an die lokalen Verwaltungen in den altbulgarischen Städten, in denen Deportationen vorgesehen waren, hieß es: „*Alle Juden, die reich, angesehen und gesellschaftlich etabliert sind, sind in Listen zu erfassen.*“<sup>353</sup> Diese Beziehungen verhalfen Juden dazu, den Bestimmungen des Gesetzes zu entgehen, bestimmte Erleichterungen für ihre Familien zu bekommen, den gelben Stern nicht tragen zu müssen, manchmal sogar, Visa nach Palästina zu bekommen. Die Politiker, die Minister, die heilige Synode, die Berater des Zaren sowie der Zar und seine Familie selbst halfen ihren jüdischen Freunden und ließen Erleichterungen zu, so dass das Gesetz zum Schutz der Nation von Abgeordneten in „*Gesetz zum Schutz der Juden*“ umbenannt wurde.<sup>354</sup>

*In der Zeit, als es für die jüdischen Bürger äußerst schwierig war, das Land zu verlassen, bekamen mehrere von ihnen ihre Pässe dank der Hilfe des Zaren, wie zum Beispiel Familie Rosenbaum, die in die USA auswanderte. Um einen möglichen Befehl gegen diese Aktion im letzten Augenblick zu verhindern, begleitete der Chef der Kanzlei Groueff die Familie persönlich bis zum Bahnhof, schleuste sie durch die Polizei- und Zollkontrollen ein und begleitete sie bis zur Tür des Abteils.*<sup>355</sup>

Ich will hier nicht alle privaten Beziehungen, die die altbulgarischen Juden zu Personen im Entscheidungsprozess hatten, auflisten, da in der Literatur über die Shoah und die Mobilisierung politischen Protests bewiesen wurde, dass solche persönlichen Bindungen einzelnen Personen geholfen haben.<sup>356</sup> Persönliche Netzwerkkontakte und Beziehungen sind auch dabei von besonderer Bedeutung, Menschen überhaupt dazu zu bewegen, sich für jemanden einzusetzen oder gegen bestimmte Maßnahmen zu protestieren. Diese Bedeutung von Netzwerken für

---

352 Vgl. Groueff 1991: 382, 383, 385, 386-7; Cohen (ed.) 1995: 300 ff., 318; Nissim 2000: 97-99, 101-102, 116; ZDA, Fond 250-B/1/40, Bl. 15, 33, 34; PA.AA, Bestand: Inland IIg, Bd. 183, Bl.: 486252-486257, 486289

353 Vgl. Cohen (ed.) 1995: 206, Dokument Nr. 81 (meine Übersetzung)

354 Vgl. unter anderem Nissim 2000: 99

355 Vgl. Groueff 1991: 386 (meine Übersetzung)

356 Vgl. Ohlemacher 1991

Mobilisierungsprozesse allgemein scheint erwiesen zu sein. Diese Erkenntnis lässt sich auch aus der Literatur über die Prozesse in der bulgarischen Gesellschaft bis 1943 entnehmen. Jedoch beobachten wir bis zum Entscheidungsjahr 1943 nur sporadische und diffuse Hilfsaktionen seitens einzelner Personen im Entscheidungsprozess, und trotz aller Kritik an der Politik der Regierung von breiteren Kreisen der Öffentlichkeit kam es *nicht* zur Durchführung von *anti-antijüdischen* Maßnahmen und zur Abschaffung von politischen und wirtschaftlichen Restriktionen für die gesamte jüdische Population Bulgariens.

Im Jahr 1943, als sich die Entscheidungsströme für 20 000 bulgarische Juden genozidal koppelten, kamen plötzlich neue *Teilnehmer* im Entscheidungsprozess hinzu, die auch neue *Problematisierungen* hineinbrachten. Wir wollen die *Veränderung* dieser zwei Ströme beobachten und mit Hilfe einer historisch-soziologischen Analyse der Netzwerkstrukturen, die sich bei der Veränderung dieser Ströme bildeten, in ihrer Gesamtheit betrachten und analysieren. Wie wurden diese Netzwerke strukturiert, wie sahen die einzelnen Verbindungen aus, die neue Teilnehmer im Entscheidungsprozess hineinbrachten, sie zum Teil zu einer Protestbewegung werden ließen und sie schließlich dazu bewegten, politische Entscheidungen zu revidieren? In Bezug auf diese Fragen wollen wir den ersten Schritt der Analyse gehen, wobei wir zuerst die *neuen Teilnehmer* und deren *Problematisierungen* beobachten.

### Abbildung 1

**Gelb:** Grenzstellen in entscheidenden Organisationen, Informationskanäle

Rote Namen: bulgarische Juden

Schwarze Namen: bulgarische Nicht-Juden

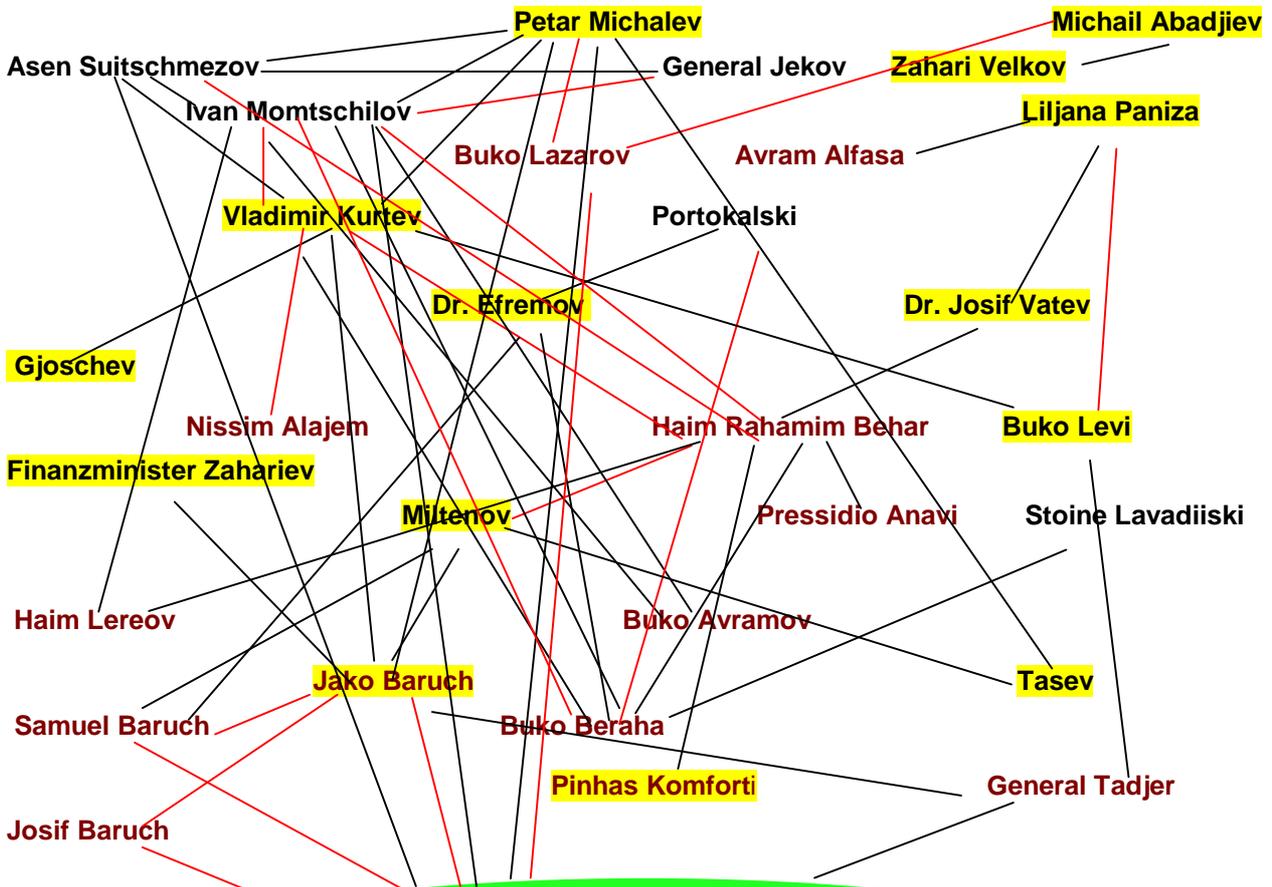
**Rote Linien:** starke Bindungen: Freundschaft, Verwandtschaft

**Schwarze Linien:** schwache Bindungen: Bekannte, Freunde-der-Freunde, ehemalige oder jetzige Kollegen, Mitglieder derselben Organisationen etc.

Quellen: Groueff 1991, Cohen (ed.) 1995, Nissim 1999, Bar-Zohar 1999

**Neue Teilnehmer im Entscheidungsprozess**

**Einheit I: Teilnehmer und Beziehungen zwischen bulgarischen Juden und bulgarischen Nicht-Juden**



**„Brücke“ zwischen Lokalem und Nationalem:  
organisationale BROKER**

**Dimitar Peshev als Vizevorsitzender des Parlaments und  
als Abgeordneter von Kjustendil**

**Einheit II: Teilnehmer auf nationaler Ebene:**

**Zar und Zarenhof  
regierende Mehrheit im Parlament  
Ministerpräsident**

Die deutschen Organisationen haben damit gerechnet, dass mit der Zwangsumsiedlung der bulgarischen Juden in die Provinz auch die Proteste gegen diese Juden heftiger ausfallen werden, „da in der Provinz eine stärkere antijüdische Stimmung herrschte“.<sup>357</sup> Die Juden aus Sofia waren reicher als die Juden der Provinzstädte, und ihr Einbürgern dort würde zur Erhöhung der Preise führen, so der Gesandte Beckerle.<sup>358</sup> Diese Vermutung der deutschen Gesandtschaft in Sofia bestätigte sich im Endeffekt nicht. Im Gegenteil wurde die Zwangsumsiedlung sogar von großer Bedeutung für die altbulgarischen Juden bei der *Entkopplung* der Ströme, die zu ihrer Rettung führten.

- **Schwache Bindungen als Informationskanäle und starke Bindungen, die zur Mobilisierung der Protestaktionen führten**

Die Stärke der schwachen Bindungen besteht in ihrem Potenzial, als Informationskanäle in der Kommunikation zu agieren. Granovetter sah einen wichtigen Zusammenhang zwischen Mobilität und schwachen Beziehungen und erläuterte dies an einem Beispiel über berufliche Mobilität: Man wechselt die Stadt und den alten Beruf und zieht in eine andere Stadt und einen neuen Beruf. Damit verlässt man ein bisheriges Netzwerk von Beziehungen und knüpft neue Beziehungen in einem neuen Netzwerk. Dadurch können Menschen als Informationssysteme betrachtet werden, da durch berufliche Mobilität auch neue Verbindungen zwischen Netzwerken hergestellt werden. In eigenen, engeren Beziehungsnetzwerken kursieren ungefähr dieselben Informationen, und je mehr schwache Bindungen zu anderen Netzwerken unterhalten werden, desto größer ist die Chance, an Informationen zu gelangen, zu denen wir uns sonst keinen Zutritt verschaffen könnten.<sup>359</sup>

Wir können an der **Abbildung 1** beobachten, dass solche schwachen Bindungen den Zugang der bulgarischen Juden zu Informationen ermöglichten, nach denen vom KEV Deportationen altbulgarischer Juden aus Sofia, Kjustendil, Plovdiv, Dupnitsa und anderen größeren Städten des Landes vorbereitet wurden und binnen

---

357 Vgl. Cohen (ed.) 1995: 257, Dokument Nr. 122, aus dem Bericht des Polizeiattachés Hoffmann an das Reichsicherheitshauptamt (meine Übersetzung).

358 Ebd.: 257

359 Vgl. Granovetter 1973

kürzester Zeit auch durchgeführt werden sollten.<sup>360</sup> Wie kam es aber zur Knüpfung solcher schwachen Bindungen? Die Antwort dieser Frage wurde in der Literatur mehrmals implizit angeboten, jedoch nicht ausreichend analysiert, um weitreichende allgemeinere Zusammenhänge beobachtbar zu machen. Die Juden aus Sofia, die zwangsweise in der Provinzstadt Kjustendil angesiedelt wurden, verließen nicht nur ein Beziehungsnetzwerk und wechselten in ein anderes, sondern sie erstellten auch *einen Link* zwischen beiden. Diese Umstrukturierung brachte Menschen aus unterschiedlichen, dicht geknüpften Netzwerken in Kontakt und verhalf einzelnen Individuen auf diese Art und Weise, sich über bisher nicht bekannte organisationale Entscheidungen zu informieren, und sie bewegte sie schließlich zu Handlungen und zur Mobilisierung politischen Protestes. Wir können beobachten, dass sich so etwas ähnliches wie ein Rotationskreis zwischen Sofia und Kjustendil bildete, in dem sich Personen durch schwache und starke Bindungen in mehreren Beziehungsnetzwerken befanden und die Möglichkeit bekamen, Informationen auszutauschen. Besonders die Juden aus Sofia verfügten über mehrere gute Beziehungen zu den Regierungskreisen und zu Grenzstellen der entscheidenden Organisationen: **Liljana Paniza**, die Sekretärin von Judenkommissar Belev, pflegte gute Bekanntschaft zu dem Sofiotischen Juden **Buko Levi**, der seinerseits stellvertretender Vorsitzender des jüdischen Zentralrates in Sofia war und damit über mehrere Beziehungen zu Juden in Sofia verfügte. **Vladimir Kurtev**, mazedonischer Revolutionär aus Kjustendil, der dort Gymnasiallehrer war, aber auch gern in Nazi-Kreisen verkehrte, „*da die deutsche Makedonienpolitik seinen Lebenstraum wahr werden ließ*“,<sup>361</sup> erfuhr von den deutsch-bulgarischen Plänen zur Deportation der Juden aus Gorna Djumaja, Kjustendil und Dupnitsa. Es gelang ihm zufälligerweise bei einer Feier des Judenkommissariats anwesend zu sein, bei der deutsche Diplomaten in Sofia die geheimen Deportationspläne ankündigten. Diese Information leitete er an seinen Bekannten, den Juden aus Kjustendil Nissim Alajem weiter. Nissim Alajem *unterstützte* seit Jahren schon *finanziell* die mazedonische revolutionäre Bewegung und verfügte seinerseits über Netzwerkverbindungen zu den Kjustendiler Juden. Eine weitere interessante und bedeutende Mischung starker und schwacher Bindungen durch Mobilität (*die Linie Sofia-Kjustendil*) beobachten wir bei dem Kjustendiler Juden Samuel Baruch: er lebte in Kjustendil und verfügte über Bekanntschaften mit

---

360 Ich habe in der Abbildung der Übersichtlichkeit wegen die Orte und Organisationen weggelassen.

361 Nissim 2000: 144

Personen der lokalen Administration, wie z.B. mit Bürgermeister **Georgi Efremov**, sowie mit **Miltenov** (Stadtverwaltung). Diese beiden als *Grenzstellen der lokalen Verwaltung* informierten Baruch über die bevorstehenden Deportationen. Samuel Baruch lebte in Sofia, aber da er dort nach dem Gesetz zum Schutz der Nation seine Apotheke verlor, wurde er zwangsweise nach Kjustendil umgesiedelt, wo er weiter seinen Beruf als Apotheker ausüben durfte. Die beiden Brüder von Samuel Baruch – **Jako** und Josif Baruch – lebten immer noch in Sofia. **Jako Baruch** war einer der Anführer der zionistischen Bewegung in Sofia, der seinerseits über mehrere Kontakte und Beziehungen zu Politikern und Regierungsmitgliedern verfügte, da diese sich mehrmals an ihn wandten, um Visa für jüdischen Freunde nach Palästina zu bekommen.<sup>362</sup> Nach der Umsiedlung von Samuel Baruch nach Kjustendil agierte er als *schwache Bindung*, als Brücke zwischen zwei oder mehreren Beziehungsnetzwerken und leitete somit die Informationen weiter. Dasselbe passierte mit dem Kjustendiler Juden Haim Rahamim, der Verwandte in Sofia hatte. Bei einem Besuch traf er dort auf den korrumpierten **Dr. Vatev** vom KEV (auch Verwandter des Judenkommissars Belev): dieser *verkaufte* ihm Informationen über bevorstehende Deportationen der Kjustendiler Juden.<sup>363</sup>

Es ist zu beobachten, dass eine wirkungsvolle Vernetzung von schwachen und starken Bindungen stattfand. Durch die den Juden aus der Hauptstadt aufgezwungenen Mobilität bekamen diese die *Chance*, sich nicht nur von einem Beziehungsnetzwerk zum anderen zu bewegen, sondern auch eine Verbindung zwischen beiden zu erstellen. Wie kam es aber zu dem Mobilisierungsprozess, der dazu führte, die lokale Einheit von Juden und christlichen Bulgaren, also diese *neuen Teilnehmer* auf *lokaler Ebene*, mit *neuen-alten Teilnehmern* im Entscheidungsprozess zu verbinden, die auf einer *nationalen Ebene* agierten?

Vor allem durch starke Bindungen wie Freundschaft und Verwandtschaft kam es dazu, dass die Kjustendiler Juden es schafften, nicht-jüdische Bulgaren dazu zu bewegen, sich zu verbinden, um potentielle Vermittler in der Hauptstadt aufzusuchen. Diese Personen aus den entscheidenden Organisationen sollten als „*Brücken*“ im Mobilisierungsprozess handeln und *Einheit 1* mit *Einheit 2* (vgl. Abbildung 1) verbind-

---

362 Groueff 1991: 382

363 Bar-Zohar 1998: 108, Groueff 1991: 381

den. Auf der Basis einer Rekonstruktion der Literatur über die Mobilisierung politischen Protestes können wir als nachgewiesen betrachten, dass im geheimen, nicht öffentlich zugänglichen Kontext manchmal sogar eine Information ausschließlich über enge Beziehungen erfolgt, und erst dann wird es durch schwache Bindungen ermöglicht, dass diese sich in mehreren Beziehungsnetzwerken verbreitet.<sup>364</sup> Aktivitäten, die mit hohen Kosten und Risiken verbunden sind, erfolgen erst recht ausschließlich über starke Verbindungen. Und wenn die schwachen Bindungen ihre Rolle als Informationskanäle ausreichend erfüllen (bei der tatsächlichen Beteiligung an Protestaktionen, die mit großen Risiken für die beteiligten Personen verbunden sind), benötigt man eine unterstützende Beeinflussung durch starke Bindungen. Wir können am Fall Altbulgarien beobachten, dass die Situation höchst riskant für alle Teilnehmer war: im autoritären Regime in Sofia duldete man keine Protestinitiativen seitens der Politiker oder Abgeordneten; zumindest war eine Beteiligung an solchen Protestinitiativen mit einem Berufsrisiko verbunden, wie z.B. dem Ausschluss aus der regierenden Mehrheit. Den beteiligten Juden drohten noch schärfere Maßnahmen: von Umsiedlungen bis hin zu Lager, Gefängnis, sogar Tod. Eine Beteiligung an Protesten erfolgte erst durch Interaktion in persönlichen Netzwerken: solche können wir an der Abbildung 1 auf der lokalen Ebene der *Einheit 1* ausreichend beobachten. „*Ein Erfolgskriterium für Protest ist die Zahl der Menschen, die erreicht*“.<sup>365</sup> So entstehen mehrere Netzwerke und Netzwerke von Netzwerken, die in ihrer Vernetzung zueinander Informationen austauschen, immer mehr neue Teilnehmer involvieren und durch starke Bindungen Proteste erst einmal entstehen lassen. Diese Netzwerke von Netzwerken, also diese Vernetzung von mehreren Netzwerken müssen aber irgendwie in der Lage sein, ihre Vernetzung und dadurch entstandene Protestmobilisierung auf eine höhere Ebene überzuleiten und dann richtig in Gang zu setzen. Das könnte durch „soziale Relais“<sup>366</sup> oder in dem Fall „Protestrelais“ erfolgen: In solche Rolle können Organisationen oder Personen eintreten. In unserem Fall werden wir Personen nur als Mitglieder von Organisationen zur Analyse heranziehen. Diese Vermittler sollten sich nach

---

364 Vgl. Ohlemacher 1991: 19

365 Vgl. Ohlemacher 1991: 21

366 Vgl. Ohlemacher 1991: 21ff., der Begriff „Relais“ stammt aus dem Bereich der Elektrotechnik und bedeutet (nach Duden): „...zum Ein- oder Ausschalten eines stärkeren Stromes benutzter Apparat, der durch Steuerimpulse von geringer Leistung betätigt wird.“ (Ohlemacher 1991: 25); Protestrelais sind Synonyme für Begriffe wie broker oder Vermittler in der Spezialliteratur.

Möglichkeit in den zwei betroffenen Einheiten bewegen: auf lokaler und auf nationaler Ebene. Ein solcher, ich nenne ihn *Subvermittler*, war Peter Mihalev. Rechtsanwalt, Abgeordneter der regierenden Mehrheit im Parlament, der zu jener Zeit mit seiner Familie in Sofia lebte, aber weiterhin berufliche und persönliche Beziehungen zu mehreren Juden und anderen Bulgaren aus seinem Wahlkreis in Kjustendil pflegte. Ich nenne ihn *Subvermittler* aus dem Grund, weil er sich mehr auf lokaler Ebene engagierte, indem er mit der Delegation aus Kjustendil nach Sofia fuhr, um dort die Proteste auf eine *Sub-Ebene* zu verschieben. Trotzdem ist er nicht einfach ein Teil des Beziehungsnetzwerks wie die anderen, sondern sein Status in der Netzwerkstruktur überschritt die einfachen starken und schwachen Bindungen durch die Spezifika seiner Rolle: dieser *neue Teilnehmer* wurde zum *Subvermittler* dadurch, dass er sich auf zwei Ebenen bewegte: auf der lokalen, weil er aus dem Wahlkreis Kjustendil stammte, dort vorher als Jurist in der Stadtverwaltung tätig war und jetzt auch gleichzeitig auf einer zweiten Ebene agierte, und zwar auf einer nationalen Ebene: dem Parlament. Sein Status als Abgeordneter rüstete ihn mit sekundären Ressourcen aus, die ihm zum richtigen Zeitpunkt ermöglichten, Verbindungen zu den passenden Teilnehmern aufzubauen. Er überbrachte die Proteste der lokalen Einheit an einen *Vermittler* auf höherer Ebene, hier als *Sub-Ebene* bezeichnet. Zu so einem *Vermittler*, kurz *broker* genannt, wurde der stellvertretende Vorsitzende der Volksversammlung Dimitar Peshev, der ebenso wie Mihalev der regierenden Mehrheit angehörte und dessen Wahlkreis auch die Stadt Kjustendil war.

- ***Neue Problematisierungen der neuen Teilnehmer: Peshev als organisatorischer broker?***

Die Protestdelegation aus Kjustendil bestand aus **Suitschmezov**, **Mihalev**, **Momtschilov**, **Kurtev**. Alle vier hatten sehr gute jüdische Freunde, arbeiteten zusammen mit Juden oder waren Mitglieder derselben Organisationen und erfuhren Unterstützung – finanziell oder durch Wählerstimmen<sup>367</sup> – von angesehenen Kjustendiler Juden entweder im Wahlkampf oder bei anderen Aktivitäten (hatten mehr starke Bindungen zu Juden als schwache) und waren sehr angesehen, verfügten über Ansehen auch in hohen politischen Kreisen in Sofia. Alle vier

---

367 Vgl. Nissim 2000: 129-147, Bar-Zohar 1999: 106-115

standen mit Peshev in Verbindung; alle vier wurden zu *Subvermittlern als Teilnehmer der Protestdelegation nach Sofia*. Als diese Delegation Sofia erreichte und die Proteste der Kjustendiler Juden und anderen Bulgaren Peshev überreichen wollte, wusste dieser schon von seinen *guten Freunden* Jako und Josif Baruch von den Vorbereitungen der Deportation. Mit der Herstellung des Kontakts zu Peshev kam es zur expliziten Benennung in der Kommunikation zweier klar voneinander getrennten Einheiten: die eine war die der bulgarischen Juden („Objekte“ der Entscheidung) und ihre Sympathisanten und Mitläufer<sup>368</sup> im alten-neuen Entscheidungsprozess, und die zweite Einheit waren die staatlichen Ressorts (Fach- und Dachorganisationen), die über die legitime Macht verfügten, Entscheidungen zu treffen und durchzuführen („Subjekte“ der Entscheidung): Zar und Zarenhof, Ministerrat, Innenministerium, Judenkommissariat. Als neue *Teilnehmer* kamen dazu: *die Protest-Organisation*<sup>369</sup> *von Peshev und weiteren 42 Abgeordneten der parlamentarischen Mehrheit*. Da die Restriktionen gegen die Juden es nicht mehr ermöglichten, dass diese offiziell protestierten oder in Kontakt zu den entscheidenden Organisationen traten (Juden waren z.B. nach dem Gesetz zum Schutz der Nation als Wähler entmachtet), waren diese gezwungen, die Rolle von Klienten zu erwerben, die *broker* als Verbindung benötigten. Peshev kannte die meisten seiner Wähler und Mitbürger aus seinem Wahlkreis Kjustendil, mit manchen von ihnen war er befreundet oder gar verwandt. (Mit Jako Baruch und seinem Bruder war Peshev sogar durch eine spezifische Bindung verbunden: die Mutter von Jako Baruch stillte Peshev, als er geboren wurde). Ich nehme an, diese *persönlichen Bindungen* (starke und schwache) führten Peshev zu dem Entschluss, sich als *broker* zu engagieren. Damit wurden gleichzeitig zwei Kriterien einer *broker-Beziehung* erfüllt: die *Individualität* der Beziehung sowie das *Freiwilligkeitskriterium* der Beziehung: die beiden Seiten erwarben die Klient- bzw. die *broker-Rolle* völlig situationsabhängig, da sich die Juden gezwungen sahen, eine Vermittlung zu suchen, um die

---

368 Darunter fassen wir alle Personen und Organisationen, die sich je gegen die Maßnahmen der Regierung äußerten und öffentlich dagegen protestierten, also die anti-antijudische Bewegung breiterer Öffentlichkeitskreise, die es als möglich erscheinen lassen, über eine „civil society“ in Bulgarien zu reden.

369 Nach dem Zeitpunkt, zu dem Peshev den berühmten Protestbrief schrieb und weitere 42 Abgeordnete der regierenden Mehrheit sich entschlossen hatten, diesen zu unterschreiben, nenne ich diese sich neu gebildete temporäre Fraktion innerhalb der parlamentarischen Mehrheit eine *Protest-Organisation* mit eigenen Zielen: die Rettung der altbulgarischen Juden.

Deportationen aufzuhalten. Andere Handlungsalternativen waren entweder ausgeschöpft,<sup>370</sup> oder es war zum entscheidenden Zeitpunkt schon zu spät, neue zu suchen, da die Entscheidung ja schon zentral gefallen war. Peshev als broker befand sich an der Grenzstelle zwischen den zwei Einheiten: zum einen, weil er im Kjustendiler Wahlkreis (lokale Ebene) gewählt war und zum anderen, weil er als Vizevorsitzender des Parlaments (nationale Ebene) über sekundäre Ressourcen verfügte, die zwei Einheiten zu verbinden. Dadurch, dass er die Möglichkeit besaß, innerhalb der parlamentarischen Mehrheit Entscheidungen zu beeinflussen und zu revidieren, war Peshev besonders geeignet für die Rolle eines brokers. Peshevs Status war dadurch gekennzeichnet, dass er eine *strukturelle Autonomie* besaß, da er nicht über die Möglichkeit verfügte, selber erste verbindliche Entscheidungen bezüglich „der Judenfrage“ zu treffen: er gehörte nicht zu den entscheidenden Ressorts, die nach dem Ermächtigungsgesetz alle Macht vom Parlament bekamen, erste Entscheidungen zu treffen und durchzuführen, aber nach dem selben Gesetz gehörte Peshev zu der Organisation (die regierende Mehrheit im Parlament), die mit der Macht bekleidet war, Entscheidungen der Regierung zu stornieren.<sup>371</sup>

Trotz der ausgeprägten Macht des Ministerrates in der Kriegszeit behielt das Parlament den Status, Regierungsentscheidungen zu kontrollieren und indirekt (durch Druck seitens der regierenden Mehrheit) oder direkt (durch Veto der Anordnungen der Regierung) zu widerrufen. Dieses Recht nahm Peshev wahr und gründete damit auf einer Sub-Ebene, auf der er sich bewegte, eine *Protest-Organisation* innerhalb der regierenden Mehrheit im Parlament. Er schrieb einen Protestbrief, der von weiteren 42 Abgeordneten (*neue Teilnehmer*) der Regierungsmehrheit unterschrieben wurde. Mit diesem Brief drohte der Regierung eine Interpellation und damit ein Skandal im Parlament wegen der gesetzwidrigen Entscheidung von Minister Gabrowski.<sup>372</sup> Damit kam es zu einem *neuen/ alten innenpolitischen Problem* im

---

370 Es gab in der untersuchten Periode mehrere Protestaktionen verschiedener Organisationen, sowohl von der Opfer-Seite, als auch von anderen Protestbewegungen gleich nach dem Erlass des Gesetzes zum Schutz der Nation. Wir beobachten auch die Ingangsetzung von diffusen persönlichen Beziehungen, die einzelnen Juden halfen, jedoch nicht den gesamten antijüdischen Prozess aufhielten. Ausführlicher zu den verschiedenen Protestaktionen in der Zeitspanne 1941-1943 vgl. Cohen (ed.) 1995.

371 Diese Macht übte das Parlament oft aus, was zu einem späteren Punkt dieses Forschungsprojekts (Restbestände an Demokratie) ausführlicher dargestellt wird.

372 Vgl. Chary 1972: 95, Nissim 2000: 151

Entscheidungsprozess: *dem Zusammenhalt der parlamentarischen Mehrheit*. Diese Situation wurde als neue Gelegenheit definiert, weiterhin scharfe Kritik an der Außenpolitik der Regierung zu üben, besonders nach der deutschen Niederlage bei Stalingrad (2. Februar 1943). Politische Parolen wie „was passiert mit der *Ehre Bulgariens* nach dem Krieg<sup>373</sup> und mit den bulgarischen Interessen in den Kriegs- und Friedensverhandlungen“<sup>374</sup> zogen weitere *Problematisierungen* nach sich.<sup>375</sup>

Wir kommen zu einer der letzten Strukturcharakteristiken der broker-Beziehung, der Analyse des Regimes in Bulgarien als politischer Kontext des Entscheidungsprozesses, wobei wir den Akzent auf die Untersuchung der spezifischen Bindung zwischen politischer brokerage und unterstellten Restbeständen an Demokratie setzen.

- **Die „rettende“ Verbindung: *politische brokerage und Restbestände an Demokratie***

Da hybride Regime als Mischsysteme verstanden und untersucht werden, die Merkmale von zwei Regimetypen aufweisen (Demokratie und Autoritarismus), aber keiner von beiden als dominant zu bezeichnen ist, lässt sich Bulgarien (1939-1943) nicht als solches hybrides Regime definieren. Mehrere Untersuchungen<sup>376</sup> verorteten das politische Regime Bulgariens dieser Zeitspanne im autokratischen Teil des Kontinuums: sowohl empirische Messung, wie die Skalierungen, die R. J. Rummel (1998: 384ff.) nach verschiedenen Prinzipien zusammengestellt hat, als auch qualitative Analysen (Janos 1970, Poppetrov 1982, 1988, 1995, 2001). An dieser Stelle lässt sich sagen, dass die Fragestellung dieses Forschungsprojekts nicht das Ziel verfolgt, das politische Regime Bulgariens genauer zu messen und im Sinne der Demokratieforschung zu definieren. Viel mehr ist es wichtig, eine Forschungsstrategie anzuwenden, die es in dieser Fallstudie ermöglicht, der Hypothese

---

373 Auch moralgeladene Äußerungen wie „*Die Würde Bulgariens ist gerettet!*“ sind uns in den Dokumenten und in der Literatur erhalten geblieben. Vgl. Nissim 2000: 162.

374 Die regierenden Ressorts wussten schon zu dem Zeitpunkt, dass im April 1943 die Bermudas-Konferenz stattfinden würde, bei der England und die USA über die Rettung der Opfer des Nationalsozialismus diskutieren würden (vgl. Toschkova 1997: 33).

375 Vgl. die Argumentation in Peshevs Brief, unterschrieben von 42 Abgeordneten in Cohen (ed.) 1995: 218-219, Dokument Nr. 92.

376 Vgl. Rummel 1998, Poppetrov 1982, 1988, 2001, Janos 1970 etc.

nachzugehen, dass, trotz autoritärem Charakter des Regimes, bestimmte Restbestände an Demokratie zu finden sind, die für die Entfaltung von broker-Beziehungen und Netzwerken eintraten und damit die Bedingungen zur Rettung von Opferpopulationen begünstigten.

- **Das Zarenregime in Bulgarien: ein „inclusionary“ autoritäres Regime?**

Nach der Auswertung des Forschungsstands über Shoah in Bulgarien erweist sich die Vermutung als relevant, dass das politische Regime Bulgariens (1939-1943) stark autoritäre Tendenzen aufweist, aber auch gleichzeitig demokratische Merkmale.<sup>377</sup> Danach nehme ich an, dass solche politischen Systeme als Subtyp von Autoritarismus zu untersuchen sind, wobei der Akzent in dieser Fallstudie auf die Verbindung zwischen demokratischen Merkmalen und politischer brokerage gesetzt wird.

Es gibt jedoch wenige wissenschaftliche Texte über den Charakter des Regimes im Bulgarien der Zwischenkriegszeit. Das Thema muss als Lücke in der bulgarischen Historiographie gelten, die erst seit Ende der 80er Jahre mit den Arbeiten des bulgarischen Geschichtswissenschaftlers Poppetrov gefüllt wird.<sup>378</sup> Wie jedes politische Thema in Bulgarien, wurde auch dieses durch die politische Konjunktur vor und nach der Wende 1989 stark belastet.<sup>379</sup> Neben den inhaltlichen Verzerrungen in der bulgarischen Geschichtsschreibung kommt noch die unpräzise Begrifflichkeit hinzu, die in stark ausgeprägten Diskrepanzen mündete. Poppetrov selbst sprach gleichzeitig in den verschiedenen Perioden seiner Forschung über das Regime Bul-

---

377 Vgl. Dimitrov 1969, 1980a, 1980b, 2000, Hilberg 1982, Poppetrov 1988, 1995, 2001, Oren 1989, Mantschev 1993

378 Von diesem Versäumnis der sozialwissenschaftlichen Forschung spricht auch J. J. Linz. Er bezeichnet die autoritären Regime im Europa der Zwischenkriegszeit als „einen eigenen Typ“, dessen Untersuchung von derjenigen zu Nazi-Deutschland überschattet worden ist (vgl. Linz 2000: 155).

379 Poppetrov 1982: 199ff. Vor der Wende 1989 wurde die Forschung nur in die Richtung gelenkt, das Regime als faschistisch darzustellen und den antifaschistischen Kampf der kommunistischen Parteifunktionäre hervorzuheben. „Die gesamte Forschung war von dieser „marxistisch-leninistischen Methodologie der historischen Erkenntnis“ geprägt, so dass nur ein kleiner Teil der Veröffentlichungen vor 1989 für das Thema heute noch relevant ist.“ Allerdings lenkte das Ende des Kommunismus die Geschichtsschreibung in die völlig entgegengesetzte Richtung: die Zwischenkriegszeit wurde von manchen Autoren sogar als „entwickelte Demokratie“ betrachtet (vgl. Poppetrov 1995: 181).

gariens in der Zwischenkriegszeit von „Faschismus à la Bulgarie“ (vgl. Poppetrov 1982: 199ff., 1986: 78ff., 2001: 388),<sup>380</sup> von „Königsdiktatur“ (vgl. Poppetrov 1995: 181), von „Autoritarismus“ (vgl. Poppetrov 1988: 530ff.), von „autoritärem Regime mit einigen Elementen der Faschisierung“ (vgl. Poppetrov 1995: 195) oder gar von „einer modernisierenden autoritären Diktatur mit einem Monarchen an der Spitze“ (vgl. Poppetrov 1995: 191), die aber untotalitär war.

*Im Ganzen gesehen blieb das Regime autoritär und zeigte keine Tendenzen zum Totalitarismus. Bis 1941 blieb das Privatleben der Bevölkerung von Einmischungen verschont, die Bürger konnten ihre gesellschaftspolitischen und kulturellen Vorstellungen wie in Zeiten der Demokratie entfalten. Bis auf einige Ausnahmen gelang es nicht, eine autoritäre Kultur zu entwickeln; der Pluralismus in Kultur und Geistesleben blieb ebenso wie die Möglichkeit der polemischen Auseinandersetzung in der Presse weitgehend unangetastet. (...) Außerhalb der politischen Sphäre war also bis 1941 in Bulgarien eine relativ freie Entwicklung möglich.<sup>381</sup>*

Im Folgenden stelle ich eine vertiefende Analyse des politischen Systems Bulgariens in der Zwischenkriegszeit dar. Der Akzent wird auf die Annahme gesetzt, dass das politische Regime Bulgariens (1934-1943) als **inklusionäres autoritäres Regime** zu betrachten ist, wobei zwischen den Begriffen „inclusionary“ und „demokratischen Restbeständen“ in dieser Studie ein Gleichheitszeichen gesetzt wird.

- **Drei Elemente eines inklusionären autoritären Regimes in Bulgarien 1934-1943: ein „korrigierter Parlamentarismus“ ?<sup>382</sup>**

### **1. Präautoritäre politische Mobilisierung**

Die bürgerliche Demokratie vom Ende der Wiedergeburtzeit (Ende des 19. Jahrhunderts) bis 1934 (der Anfang des Übergangs zum autoritären Regime)

---

380 Poppetrov bezeichnete das Regime in seinen früheren Texten vor der politischen Wende 1989 als faschistisch, später, nach der Wende, jedoch als autoritär.

381 Vgl. Poppetrov 1995: 192-193

382 Vgl. Dimitrov 2000: 129. Der Ausdruck entstammt einem Brief an Zar Boris III vom Diplomaten Draganov.

charakterisierte sich durch ein konstitutionell-parlamentarisches Mehrparteiensystem mit einem Monarchen an der Spitze. Dieses Mehrparteiensystem schloss politische Gruppierungen der extremen Rechten bis zu den extremen linken Parteien ein und charakterisierte sich durch eine hohe politische Mobilisierung. Das Parlament funktionierte als gesetzgebendes Organ, und seine Funktion war mit einigen Ausnahmen und Abweichungen<sup>383</sup> an das Grundgesetz der Monarchie gebunden. Ein wichtiges Element des existierenden parlamentarischen Systems war die führende Rolle des Ministerrates vor der des Zaren. Besonders die Periode zwischen 1931-1934 mit dem „Volksblock“<sup>384</sup> an der Macht zeichnete sich durch eine „volle Wiederherstellung demokratischer Prinzipien“<sup>385</sup> aus. Die Wahl im Juni 1931 wird in der Literatur als eine Art „Durchbruch“<sup>386</sup> in das System des Regimes vom 9. Juni 1923 bezeichnet, das als Diktatur galt.

In Wirklichkeit waren die politischen Kräfte sehr stark polarisiert. Es gab drei Richtungen, die eine entscheidende Rolle im politischen Prozess spielten, trotz des Parteiverbotes nach dem Putsch im Jahr 1934. Am stabilsten war die Gruppe der ehemaligen bürgerlichen Parteien, die sich als ein entscheidender politischer Faktor etabliert hatte und einer ziemlich langen politischen Tradition folgte. Die Politiker, die dieser Gruppierung nahe standen, waren in der bulgarischen Gesellschaft sehr angesehen, sogar in den Reihen der regierenden Kreise, und genossen selbst den Respekt des Zaren.<sup>387</sup> Die zweite Gruppe waren die Linken (Kommunisten, linke Sozialisten, der linke Flügel der Bauernpartei und andere unabhängige linke Gruppierungen),<sup>388</sup> die einen entscheidenden Platz im politischen Leben hatten. Vor allem die kommunistische Partei im Untergrund und die Bauernpartei (BZNS) waren die zwei größten politischen Gruppierungen

---

383 „Unabhängig von einer Reihe von Anschlägen auf die Verfassung, das Parlament und die demokratischen Grundprinzipien, die Zar Ferdinand durchführte, wurden während seines ‚persönlichen Regimes‘ zumindest formal die Grundsätze eines entwickelten Parlamentarismus eingehalten.“ (Vgl. Poppetrov 1988: 532).

384 Eine Koalition aus Demokraten, Radikalen, Linksliberalen und gemäßigten Agrariern, vgl. Hoppe 1979: 30ff. und Mantschev 1993: 269.

385 Vgl. Hoppe 1979: 30

386 Vgl. Mantschev 1993: 269

387 Vgl. Poppetrov 1988: 536

388 Vgl. Poppetrov 1988: 536; Hoppe 1979: 26-31, 39-50; Oren 1973: 5-43

nach dem Ersten Weltkrieg.<sup>389</sup> Und nicht zuletzt, die dritte Gruppe – die Rechten, die besonders begünstigt von der Instabilität und der inneren Schwächung der demokratischen Parteien waren, aber auch selbst zersplittert und ohne führende Figur nicht sehr aktiv.<sup>390</sup>

Die Zwischenkriegsperiode war politisch heterogen und instabil, mit starken Demokratietendenzen, aber auch mit Brüchen im System der parlamentarischen Demokratie. Jedoch konnte man die politische Mobilisierung vor 1934 als stark bezeichnen, wobei besonders die mobilisierende Kraft des Bauernbundes von Aleksander Stamboliiski und seiner „orangenen Diktatur“ nach dem Ersten Weltkrieg hervorzuheben ist.

Am 19. Mai 1934<sup>391</sup> ergriff die bulgarische Armee durch einen Militärputsch die Macht. Es wurde eine parteilose Regierung gebildet, unterstützt von den Offizieren und repräsentiert vor allem durch Politiker, die dem politischen Kreis „Zveno“<sup>392</sup> nahe standen. Die Parteien wurden verboten, eine politische Zentralisierung wurde durchgeführt. Was diesem Regime jedoch nicht gelang, war, die Monarchie zu beseitigen sowie Formen der bisherigen Demokratie vollständig zu verändern und zu verdrängen. Die neue Regierung scheiterte am Widerstand des Zaren sowie der anderen Kreise des autoritären Teils des politischen Kontinuums.<sup>393</sup> Zwischen 1934 und 1938 etablierte sich eine parteilose Form des Regimes, und seit 1938 wurden wieder erste Schritte zu einer parlamentarischen Form aufgenommen, indem die Rolle des Zaren an der Spitze sich gleichzeitig immer mehr verstärkte und für den Charakter des Regimes entscheidender wurde. „*Von 1935 bis ungefähr zu Beginn des Krieges waren für das nicht partei-gebundene Regime vor allem Experimente charakteristisch, die darauf zielten,*

---

389 „*In the general elections of August, 1919, the Agrarian Union emerged with the largest plurality, followed by the Communists, who became the second largest political force in Bulgaria.*“ (Vgl. Oren 1971: 8-9).

390 Poppetrov 1988: 536

391 Das Militärregime Kimon Georgiev (19. Mai 1934-22. Januar 1935).

392 Der Zveno-Zirkel entstand 1927 und hatte als Mitglieder und Gründer Intellektuelle, Offiziere und Politiker verschiedener Richtungen, die unzufrieden mit der Politik der Demokratischen Eintracht (1926-1931) waren.

393 Vgl. Poppetrov 1995: 190

*sich von Elementen faschistischer Regime zu distanzieren und eine optimale Staatsform zu finden.*<sup>394</sup>

## **2. Begrenzter Pluralismus**

Nach dem Militärputsch am 19. Mai 1934 wurde sehr bald klar, dass das neue Regime nicht mehr lange ohne die Hilfe der früheren Parteien seine Macht erhalten konnte. Als es dazu kam, dass die Putschisten ein parteiloses System einführten, stellte sich die Frage: Wie wird die neue Machtkonstellation zusammengestellt und welche der alten Parteien wird Vorrang im politischen Leben gewinnen? Die Demokratische Partei, eine der mächtigsten im Bulgarien der Zwischenkriegszeit, sprach sich prinzipiell gegen die Art und Weise aus, wie das Regime an die Macht kam, jedoch nicht gegen das Regime selbst.

*In Bezug auf die neue Macht nahmen die Führer der Demokratischen Partei die Position wohlwollender Ratgeber an.*<sup>395</sup>

Nikola Mushanov, Leiter der Partei, verwickelte sich in widersprüchliche Aussagen. Er erklärte sich einverstanden mit den neuen Ideen des Regimes, ohne Parteien zu regieren,<sup>396</sup> jedoch blieb er, wie seine Partei, Befürworter eines parlamentarisch-konstitutionellen Systems, trotz des akuten gesellschaftlichen Drangs nach Reformen. Diese Politik, sich gegen den Putsch, aber für das Regime auszusprechen, erntete bald einige gute politische Posten für Parteimitglieder in der neuen Regierung.<sup>397</sup> Selbst die Anführer der Partei – Muschanov und Malinov – rieten ihren Parteigenossen, Regierungssessel nicht abzulehnen. Damit erhofften sich die Demokraten, weiterhin ihre führende Rolle in den neuen politischen Realitäten zu behalten.<sup>398</sup>

---

394 Ebd.

395 Vgl. Dimitrov 2000: 29 (meine Übersetzung)

396 „Ich war immer Feind von Partisanstvo (= Mehrparteienregime, R. I.), und in gewissem Sinne bin ich Opfer von ihm. Die neue Macht ist auch ein Feind von Partisanstvo. In dem Sinne bin ich ihr Freund.“ (Vgl. Dimitrov 2000: 29, meine Übersetzung).

397 Außenminister z.B. wurde ein ehemaliger Demokrat, vgl. Dimitrov 2000: 30.

398 Ebd.: 30

Alle anderen Parteien, die eine wichtige Funktion für die präautoritäre politische Mobilisierung erfüllten, wurden vom neuen Regime geduldet und äußerten ihre Position zur politischen Situation nach dem 19. Mai. Die Führer des Bauernbundes „Al. Stamboliiski“ erklärten ihre volle Unterstützung für das neue Regime.<sup>399</sup> Die neue Regierung ihrerseits war sehr darauf bedacht, die führenden Parteimitglieder der Partei für sich zu gewinnen und zu kooptieren.<sup>400</sup>

Auch die Demokratische Eintracht sprach sich für das Regime vom 19. Mai aus, obwohl sich innerparteilich mehrere Strömungen herausbildeten. Viele führende Politiker der Partei wurden ebenso vom neuen Regime kooptiert und bekamen wichtige politische Posten. Trotz des Parteiverbots, der neuen politischen Gruppierungen und der neuen Machtkonstellation, gelang es dem Regime vom 19. Mai nicht, die alten Parteien und ihren Einfluß vollständig zu vernichten sowie die Parteien an ihrer Tätigkeit zu hindern. Auch die Presseorgane der alten Parteien funktionierten weiter, trotz der Zensur und der Versuche des Regimes, sie unter Kontrolle zu halten. Sogar die Kommunistische Partei agierte weiterhin als Untergrundpartei und hatte ihre eigenen illegalen Presseorgane.<sup>401</sup> Selbst wenn die alten Parteien verboten wurden und sie innen zersplittert waren, gelang es dem Regime nicht, eine Reform des politischen Lebens durchzusetzen. Der Zar verfolgte die politischen Ereignisse distanziert nach dem Putsch und nahm eine abwartende Position ein.<sup>402</sup>

Die Kooptierung einiger Führer und Mitglieder der alten Parteien führte jedoch zur Zusammensetzung neuer oppositioneller Kräfte, die sich entweder von Anfang an gegen das Regime erklärten oder enttäuscht in ihren Erwartungen waren. Die geduldeten alten Parteien stellten jedoch als teilweise passive Opposition keine ernsthafte Gefahr für die Etablierung des Regimes dar.<sup>403</sup> Die reale Gefahr konnte nur seitens einer Opposition innerhalb des Regimes kommen.

---

399 Ebd.: 31

400 Ebd.

401 Vgl. eine ausführliche Untersuchung zum Thema über die bulgarische Presse in der Periode 1934-1939 von Dimitrov 1980b.

402 Vgl. Groueff 1991: 269, der Zar unterzeichnete oft private Korrespondenz nach dem Putsch als „Ihr Geduldiger“.

403 Vgl. Dimitrov 2000: 64

*Das Schicksal des Regimes wurde von den hinterlistigen Spielen, von den Intrigen innerhalb der Regierung vorbestimmt.*<sup>404</sup>

### **3. Opposition innerhalb der regierenden Mehrheit: ein Zeichen für Demokratie?**

Nach vier Regierungswechseln von 1934 bis 1938 konnte man klar beobachten, wie unsicher und vor allem instabil die innenpolitische Situation war und wie wichtig für das Regime der Erhalt des Zusammenhalts der regierenden Kreise war. Mehrere aufeinander folgende Regierungskrisen behinderten das Regime, seine Ziele effektiv zu erreichen und stellten sogar eine reale Gefahr für seine Existenz und Etablierung dar. Nach dem Liquidieren des parlamentarischen Parteiensystems zeigten sich in den beiden führenden Putsch-Gruppierungen – Zveno und Militärbund – große Unterschiede. Diese eskalierten Ende 1934. Anfang 1935 kursierten die Gerüchte über eine schwere Regierungskrise: die Zveno-Anhänger unter der Führung von Premierminister Kimon Georgiev sowie Teile des Militärbundes sprachen sich gegen die Monarchie aus und zeigten sich bereit, eine Tendenz zur Republik zu unterstützen.<sup>405</sup> Die Flügel der Monarchisten im Militärbund sahen in der tiefen Zerspaltung eine passende Gelegenheit, die Regierung zu beseitigen, die Militärs in die Kasernen zurückzuziehen und dem König die Möglichkeit einzuräumen, eine „nationale Regierung“ zu bilden.<sup>406</sup> Diese Krise führte einerseits zum endgültigen Rücktritt des Zvenozirkels aus der politischen Führung, andererseits zur tiefen Spaltung innerhalb des Militärbundes. Der König begriff dies als die Gelegenheit, seine führende Position zu stärken und den antimonarchistischen Flügel des Militärbundes als potentielle Gefahr für die Monarchie auszuschalten.<sup>407</sup> Eine weitere Spaltung innerhalb der Regierung würde zu einer neuen Regierungskrise führen und damit zum Machtwechsel. In der Tat kam es im April 1935 dazu: zwei der früheren Premierminister kamen nach dem Putsch mit Aussagen gegen das militärische Element des Regimes an die Öffentlichkeit. Der Zentralrat des Militärbundes kam

---

404 Vgl. Dimitrov 2000: 56 (meine Übersetzung)

405 Vgl. Dimitrov 2000: 57 ff.

406 Ebd.

407 Ebd.: 65

zu dem Entschluss, die beiden in die Provinz auszuweisen.<sup>408</sup> Dagegen erklärten sich jedoch drei Mitglieder der Regierung, die den betroffenen Politikern nahe standen, und legten ihr Mandat als Minister nieder. Der Regierungskrise war nicht mehr auszuweichen und sie führte zum Regierungswechsel.<sup>409</sup>

Die ganze Periode zwischen dem Militärputsch am 19. Mai 1934 bis zur Wahl des XXIV. Parlaments 1938 zeichnete sich durch mehrere Regierungskrisen und darauf folgende Regierungswechsel aus. Die entscheidende Erkenntnis dabei ist, dass dies nicht das Ergebnis einer starken Opposition, sondern der Machtkämpfe und Zersplitterung innerhalb der regierenden Kreise und ihrer unterstützenden Gruppierungen war. Auch die oppositionellen Kräfte der ehemaligen Parteien, die nicht im neuen Regime kooptiert waren, stellten eine zusätzliche Gefahr für das Regime dar, besonders in Bezug auf die ständig wechselnde politische Zusammensetzung des Regimes. Harte Kritik von den ausgeschlossenen politischen Gruppen und die Machtkämpfe und Zerspaltung innerhalb der regierenden Mehrheit stellten das Bild einer völlig instabilen politischen Realität zusammen. Im Jahr 1938 verkomplizierte sich auch die außenpolitische Lage, was dem Regime in Sofia zusätzliche Sorgen bereitete. Bezüglich der neuen außenpolitischen Realitäten folgten Umgruppierungen der politischen Parteien in Bulgarien. Einige politische Gruppierungen, die den Militärputsch vom 19. Mai 1934 damals unterstützten, zeigten sich jetzt bereit, mit den Linken zu koalieren, die sich gegen eine pro-deutsche Politik erklärten. Umgekehrt: Oppositionelle des autoritären Regimes zeigten sich bereit, die Regierung in seiner Politik für Deutschland zu unterstützen.<sup>410</sup> Aber das Hauptproblem der oppositionellen Kräfte der bürgerlichen Parteien und der Linken sowie der Rechten, auf das sich alle einigten, waren nicht die Fragen der außenpolitischen Orientierung, sondern die Rückkehr zum konstitutionellen System und zur parlamentarischen Monarchie. Die allgemeinen Unruhen in der Gesellschaft zeigten nur, dass sich das Regime zu Änderungen bereit zeigen musste. Selbst in der Regierung von Kjosivanov bildeten sich zwei opponierende Gruppen: Verteidigungsminister Lukov (gehörte zur extremen Rechten) war für die Rekonstruktion eines parla-

---

408 Ebd.: 67

409 Ebd.

410 Vgl. Dimitrov 2000: 232

mentarischen Systems nach dem Grundgesetz,<sup>411</sup> und der Premierminister erklärte sich gegen ein funktionierendes Parlament. Diese zwei Richtungen führten zur Spaltung der Regierung in zwei Lager: ein Teil der Minister unterstützte den Premier, die andere Gruppe stellte sich an die Seite von Lukov.<sup>412</sup> Damit es nicht zu einer neuen Regierungskrise vor der Wahl des XXIV. Parlaments kam, kam es zu Kompromissen. Keine der beiden Richtungen gab sich aber mit dem Ergebnis (das neue Wahlrecht-Gesetz) zufrieden.<sup>413</sup> Die Minister konnten sich vor allem nicht darüber einigen, wie die Wahlen durchgeführt werden sollten. Innerhalb der Regierung bildete sich eine starke Opposition gegen den Premierminister. Es wurde klar: die Krise war auch diesmal nicht zu stoppen. Mit der Unterstützung des Zaren und im Hinblick auf die kommenden Wahlen wurde die Regierungskrise gelöst:

*In Form einer „Rekonstruktion“ wurde de facto eine neue fünfte Regierung unter der Führung von Kjoseivanov gebildet. Sie zeigte einen neuen Sieg seiner Linie der parteilosen Form von Diktatur ohne besondere Konzessionen für die oppositionelle Bewegung, unterstützt vom Königspalast.<sup>414</sup>*

Nach der vierten aufeinander folgenden Regierungskrise wurde Anfang 1938 die fünfte Regierung von Kjoseivanov gebildet, die Mitglieder der alten Parteien kooptierte, ohne gleichzeitig Konzessionen an ihre ehemaligen Parteien zu machen.<sup>415</sup> Dies war das Ziel des Zaren und der neuen Regierung am Vorabend der Wahl zum Parlament: je mehr Protagonisten das Regime in den Reihen der ehemaligen politischen Parteien fand, desto mehr sicherte sich das Regime seine Existenz und ermöglichte sich dadurch eine reibungslosere Etablierung. Gleichzeitig mit der Kooptierung von führenden Politikern der alten Parteien erhoffte sich die Regierung eine verringerte Opposition gegen ihre gegenwärtige Politik.

---

411 Er hoffte, damit würden die Möglichkeiten für die Rechten, mit seiner Hilfe durch Wahlen an die Macht zu kommen, angesichts der angespannten politischen Situation sich sehr verbessern (vgl. Dimitrov 2000: 233-234).

412 Vgl. Dimitrov 2000: 234

413 Ebd.: 235

414 Vgl. Dimitrov 2000: 237 (meine Übersetzung)

415 Vgl. Dimitrov 2000: 237

Nach der Wahl zum XXIV. Parlament fand eine neue Umgruppierung im politischen Sektor statt. Die Ergebnisse zeigten, dass die regierende Mehrheit im Parlament weniger als 1/5 der Wähler repräsentierte.<sup>416</sup> Demzufolge kam es zu der Lage, dass man nicht mehr genau wusste, in welcher Relation die Opposition zur regierenden Mehrheit im Parlament stand. Jedoch schuf sich das parteilose Regime 1938, nach der Wiedereinführung des Parlaments, seine eigene Mehrheit. Dies war besonders wichtig für das Regime, da es in einer äußerst unsicheren innen- und außenpolitischen Situation am Vorabend des Krieges um seinen Machterhalt kämpfen musste. Die regierende Mehrheit im Parlament war aber ihrer politischen Herkunft nach sehr heterogen zusammengestellt. Viele der früheren Führer der einflussreichsten Parteien wurden in das Regime integriert. Diese Heterogenität zeichnete die Entwicklung der politischen Prozesse in der untersuchten Periode aus und war prägend für den spezifischen Charakter des autoritären Regimes in Bulgarien.

*Die Opposition hatte sich weiterhin erhofft, Abgeordnete für sich zu gewinnen, die der Regierung ihre Unterstützung versprochen hatten. Die Regierung hatte weiterhin Angst vor dem Verhalten der so schwer erreichten Mehrheit.*<sup>417</sup>

Da zu der regierenden Mehrheit frühere Politiker verschiedener Parteien kooptiert wurden, waren diese auch unterschiedlicher Auffassung, was die Maßnahmen der Regierung anging, und sie pflegten es auch in den parlamentarischen Debatten zu äußern. Das brachte die Regierung in die Lage, sich danach zu richten, da sonst die Gefahr bestand, die nächste Regierungskrise auszulösen.<sup>418</sup> Das Parlament wurde zu einer Stätte des offenen politischen Kampfes zwischen drei Hauptgruppierungen: den Treuen des Regimes, der Opposition und einer dritten Gruppe, die dazwischen zu lokalisieren war und damit eine entscheidende Rolle spielte. Da die regierende Mehrheit im Parlament diesen heterogenen Charakter besaß, war die Regierung äußerst darauf bedacht, sich ihrer Loyalität und Unterstützung immer wieder aufs Neue zu

---

416 Ebd.: 250

417 Vgl. Dimitrov 2000: 258 (meine Übersetzung)

418 Ebd.: 259

versichern. Ein bekannter Fall ist die Diskussion um die Wirtschaftspolitik des zarennahen Ministers Bagrjanov.<sup>419</sup>

*Die Polizei berichtete, dass man über die Kooptierung Bagrjanovs zur Opposition nachdachte, sogar dass er zu ihrem Anführer wird. Wassilev rechnete damit, dass Bagrjanov über die Gefolgschaft von 25 Abgeordneten verfügte. Mit ihrer Kooptierung zur Opposition konnte man die Regierung stürzen.*<sup>420</sup>

Als am 18. Juli 1938 dem Parlament das neue Pressegesetz zur Diskussion vorgelegt wurde, äußerten sich sowohl die Opposition als auch die regierende Mehrheit dagegen. Abgeordnete der regierenden Mehrheit verlangten von der Regierung die Harmonisierung des Gesetzes mit der Verfassung.

*Das bulgarische Volk braucht keinen Maulkorb – äußerte sich ein Abgeordneter der Mehrheit –, sondern schöpferische und wirtschaftliche Reformen. Die Regierung bekam Angst vor der breiten Unzufriedenheit sowie vor dem Konsens zwischen der Opposition und der regierenden Mehrheit. Die Gefahr, dass das Parlament das Gesetz sabotiert, war real. Das bedeutete eine Blamage für die Regierung.*<sup>421</sup>

Die Entscheidung über das Gesetz wurde wegen des Widerstandes der regierenden Mehrheit und der neuen Spaltung in der Regierung verschoben.<sup>422</sup> Die Regierung sicherte sich eine Mehrheit im Parlament, aber die war kein Instrument für ihre Politik. Oft waren die Abgeordneten der Mehrheit unzufrieden mit den Maßnahmen der Regierung und brachten es sogar dazu, einige zu verhindern. Sie waren Befürworter der Pressefreiheit, der lokalen Selbstverwaltung und des Prestiges des Parlaments. Die Zweifel der Abgeordneten der Mehrheit an den Maßnahmen der Regierung gegen die kommunistischen Abgeordneten verhinderte deren Kassation. Solcher Widerstand der Abgeordneten der Mehrheit gegen das Regime stellte eine Gefahr für den Machterhalt der Regierung dar.<sup>423</sup>

---

419 Ebd.: 266

420 Ebd.: 266 (meine Übersetzung)

421 Ebd.: 270 (meine Übersetzung)

422 Ebd.

423 Ebd.: 273

In den letzten Monaten vor dem Krieg war die regierende Mehrheit im Parlament zwiespältig: der Zar und die Regierung waren für eine Politik der Neutralität, aber die Mehrheit im Parlament teilte sich in prodeutsche und antideutsche Gruppierungen.<sup>424</sup> Die parlamentarische Mehrheit näherte sich in ihrer Position zum Krieg immer mehr der Opposition. Der Konflikt im Parlament zwischen dem Agrarminister und dem Vorsitzenden Mushanov verkomplizierte sich ebenso in diesen letzten Monaten vor dem Krieg.<sup>425</sup> Mushanov begann, Positionen der Opposition zu vertreten und sprach sich gegen den Willen der Regierung und des Premiers für eine bedeutendere Rolle des Parlaments aus.<sup>426</sup> Der Vorsitzende des Parlaments war auch in einem zweiten Punkt gegen die Politik der Regierung: als Demokrat war er ein großer Freund der westlichen Demokratien und gegen Nazi-Deutschland. Diese Konflikte im Parlament, die Zerspaltung der parlamentarischen Mehrheit und ihre ausdrückliche Tendenz zum oppositionellen Lager sowie die neue außenpolitische Lage am Vorabend des Krieges führten zu neuen Wahlen. Die Regierung konnte sich nicht mehr die Mehrheit im Parlament sichern, vor dem Krieg brauchte sie jedoch ihre volle Unterstützung. Die neuen Wahlen brachten die so ersehnte Unterstützung für die Politik der Neutralität der Regierung.<sup>427</sup> Das XXV. Parlament war aber nicht wie sein Vorläufer: In der neuen Volksversammlung saßen nur 19 Mitglieder der Opposition und 141 der regierenden Mehrheit.<sup>428</sup> Die politische Lage verkomplizierte sich immer mehr, und die Arbeit der Regierung wurde von ständigen persönlichen und politischen Rivalitäten zwischen den Ministern begleitet. Die Regierung spaltete sich in zwei Lager, und im Parlament setzte sich auch eine ähnliche Stimmung durch. Die Deutschen drängten Bulgarien immer mehr, den Pakt zu unterschreiben, und England übte ebenso Druck auf die Regierung aus.<sup>429</sup> Die Minister waren sich nicht einig über die außenpolitische Richtung. Das führte zu einer neuen Kabinettskrise, und die Situation im Parlament drohte zu eskalieren.<sup>430</sup>

---

424 Ebd.: 316

425 Groueff 1991: 316

426 Ebd.

427 Vgl. Groueff 1991: 321

428 Ebd: 321

429 Ebd.: 344

430 Ebd.: 349

*In diesem Moment, als Zar Boris so viele Probleme mit den Deutschen hatte, mit ihren Gegnern und mit der Opposition innerhalb des Landes von links und rechts, kam schließlich noch eine Regierungskrise dazu.*<sup>431</sup>

Minister Bagrjanov kritisierte scharf die Agrarpolitik der Regierung im Parlament ohne jegliche Absprache mit seinen Kollegen, was Premierminister Filov als Provokation gegen die Politik der Regierung insgesamt bezeichnete.

*Wenn diese Frage nicht von uns entschieden wird, wird es im Parlament dazu kommen und uns wird eine Entscheidung aufgezwungen. Aber so geht uns die Kontrolle über die Lage verloren.*<sup>432</sup>

Die rechte Opposition im Lande spielte eine wichtige Rolle in den Jahren vor und während des Krieges. Sie gefährdete ernsthaft die Legitimität der Regierung, da ihre Mehrheit im Parlament und auch die Unterstützung des Regimes durch das Volk immer instabiler wurde. Jede Regierungskrise in der Periode 1941-1943 erschütterte das Regime stark und verhinderte seine Etablierung. Die Minister und der Zar waren sich dessen bewusst und äußerten mehrmals ihre Besorgnis bezüglich des Zusammenhalts der Mehrheit. Auch nach dem Vorfall mit Minister Bagrjanov im Parlament im Jahr 1941 sah Filov eine neue Regierungskrise kommen, ja sogar eine drohende Umsturzgefahr. Filov notierte in seinem Tagebuch, die Deutschen hielten nicht viel von der jetzigen Regierung, jedoch aber von Bagrjanov, der gerne als neuer Premierminister gesehen worden wäre und sicherlich die deutsche Unterstützung fände.<sup>433</sup> Nach Bagrjanovs kritischer Rede bildeten sich auch im Parlament zwei Gruppierungen: die eine unterstützte den zurückgetretenen Minister und die zweite war gegen ihn.<sup>434</sup> Minister Bagrjanov legte sein Mandat nieder, und die Kabinettskrise wurde erneut mit der Zustimmung im Parlament gemeistert.<sup>435</sup>

---

431 Ebd.: 349 (meine Übersetzung)

432 Vgl. Groueff 1991: 349 (meine Übersetzung)

433 Vgl. Filov 1990: 242

434 Ebd.: 246

435 Ebd.: 350, Filov 1990: 251

Im Jahr 1942 verkomplizierte sich die außenpolitische Lage durch das bulgarische Engagement an der deutschen Seite im Krieg. Bulgarien bekam die Süddobrudja zurück, verwaltete das Belomorie-Gebiet (Thrazien und Mazedonien) und sicherte dieses auch militärisch.<sup>436</sup> Es herrschte jedoch immer noch keine einheitliche Stimmung im Parlament, was die Politik des Regimes betraf. Ein Konsens über die Nichtteilnahme am Krieg gegen Russland und über die Bulgarisierungspolitik des Regimes im Belomorie-Gebiet reichte nicht aus, um die Loyalität der Mehrheit bis zum Ende der Wahlperiode zu gewähren, was von erstrangiger Priorität war.

*... Ich habe betont, dass es von großer Bedeutung ist, dass die Kammer ihre ganze Wahlperiode zu Ende führt im Hinblick sowohl auf die Etablierung des neuen Regimes als auch auf die heutigen Gegebenheiten.*<sup>437</sup>

Einige Punkte in der Politik der Regierung erwiesen sich 1942 als Zankapfel für die regierende Mehrheit im Parlament. Neue Regierungskrisen zeichneten sich als Hürden auf dem Weg des Regimes zu seiner Konsolidierung ab und trennten Regierung und Parlament durch eine tiefe politische Kluft. Nach der negativen Erfahrung der Regierung mit dem XXIV. Parlament und nach der unüberwindbaren Diskrepanz zwischen Regierung, Mehrheit und Opposition, die sogar zur neuen Wahl des Parlaments führte, konnte sich das Regime einen erneuten Zerfall der Mehrheit nicht mehr leisten. Angesichts der schwierigen politischen Situation innerhalb und außerhalb des Landes brauchte die Regierung für ihre Politik die volle Unterstützung der parlamentarischen Mehrheit. Als im März 1942 Landwirtschaftsminister Kushev sich unter dem Druck der regierenden Mehrheit im Parlament blamierte,<sup>438</sup> drohte der Regierung erneut eine Krise. Zar und Premier trafen sich und besprachen die neue Auseinandersetzung der Regierung mit der Kammer, wobei der Zar sich sehr besorgt zeigte:

---

436 Ende 1941 äußerte sich Filov positiv zu einer militärischen Intervention in Serbien, als solche von deutscher Seite verlangt wurde, da „diese uns vielleicht von anderen Verpflichtungen entlasten würde, wie z.B. gegen Russland zu kämpfen“, vgl. Filov 1990: 436.

437 Vgl. Filov 1990: 458 (meine Übersetzung)

438 Der Minister zeigte sich unsicher bei der Durchsetzung eines Gesetzes, da die regierende Mehrheit sich dagegen erklärte, und wurde implizit dazu gezwungen, das Gesetz zurückzuziehen: „Viele denken, er hatte sich dabei zu sehr blamiert.“ (Vgl. Filov 1990: 455, meine Übersetzung).

*Er (der Zar, R.I.) hat Angst, ob die Kammer nicht irgendwelche Schwierigkeiten bereitet, da sie klare Zeichen von Nervosität zeigt.*<sup>439</sup>

Filov beruhigte ihn mit dem Versprechen, die Regierung würde keine umstrittenen Gesetzentwürfe ins Parlament einbringen oder würde sie zumindest erstmal der Mehrheit zur Diskussion vorlegen.<sup>440</sup> Die Unzufriedenheit der regierenden Mehrheit im Parlament mit der Politik einiger Minister wurde immer stärker deutlich. Besonders gegen den Landwirtschaftsminister und den Justizminister zeigte sich eine Welle der Negation im Parlament, was die Regierung in eine schwierige Situation brachte.<sup>441</sup> Nach einem ähnlichen Vorfall 1938 im XXIV. Parlament<sup>442</sup> stellte sich heraus, dass die Regierung blamiert war und abtreten musste. Aus diesem Grund wollte Filov diesmal die Situation nicht unterschätzen und führte seinerseits Gespräche mit Abgeordneten der Mehrheit, um diese von einer zu befürchtenden Interpellation abzuhalten.<sup>443</sup>

Obwohl Filov sich so bemühte, die Lage zu beruhigen, führte die Reaktion der Mehrheit zur einer neuen Regierung ohne die unerwünschten Minister.<sup>444</sup>

- **Ein Protestbrief und die Rettung der altbulgarischen Juden: c'est le ton qui fait la musique**<sup>445</sup>

Der Vizevorsitzende des Parlaments Peshev gehörte zwar zur regierenden Mehrheit, jedoch kritisierte er schon 1942 die Politik der Regierung. Als Jurist und ehemaliger Justizminister war er mit den rechtlichen Grundlagen vertraut und setzte

---

439 Vgl. Filov 1990: 455 (meine Übersetzung)

440 Ebd.: 455

441 Vgl. Filov 1990: 457

442 Die Regierung von Kjoseivanov wollte im Parlament ein Gesetz durchbringen, aber die Opposition übte starke Kritik und schaffte es sogar, einen großen Teil der Mehrheit für sich zu gewinnen. Das Gesetz wurde abgelehnt, was die Regierung blamierte und zur Zusammensetzung einer neuen führte (vgl. Filov 1990: 457, Fußnote 17).

443 Vgl. Filov 1990: 457

444 Ebd.: 473

445 Premierminister Filov wandte sich schon früher mit dieser Äußerung an Peshev, als es zu Auseinandersetzungen zwischen der Regierung und der Mehrheit kam (vgl. Filov 1990: 457).

sich besonders für die Rechte eines unabhängigen Parlaments ein. Nicht nur einmal ging Peshev selbst in Opposition gegen Maßnahmen, Verfahrensweisen und Gesetzentwürfe des Regimes. Er nahm 1942 aktiv an der Blamage von Minister Mitakov (Justiz) und seinen Gesetzesentwürfen im Parlament teil, was zu einem Gespräch zwischen Peshev und Premierminister Filov führte.<sup>446</sup> Peshev äußerte seine Meinung Filov gegenüber, indem er ihm die Frage stellte: *„Kann ein Abgeordneter die Person eines Ministers in die Kritik bringen?“*<sup>447</sup> Zur Peshevs Überraschung gab der Premierminister eine positive Antwort, jedoch mit einer wichtigen Bemerkung dazu: *„Ich habe erklärt, dass man auf drei verschiedene Arten diese Kritik äußern kann: vor dem Premierminister, vor der Mehrheit und durch Interpellation. Die ersten beiden akzeptieren wir, aber die dritte lehnen wir ab. Falls ein Abgeordneter doch dazu greift, muss er zur Opposition übertreten.“*<sup>448</sup>

Im März 1942 kam es erneut zu einem Vorfall im Parlament, als Peshev absagte, die Sitzung des Parlaments als Vorsitzender zu führen. Seine Entscheidung traf er, da die richtige Prozedur bei der Blamage zweier Abgeordneter der Mehrheit meines Erachtens nicht eingehalten wurde.<sup>449</sup>

Als sich Peshev im Jahr 1943 bereit erklärte, sich gegen die Deportationen der altbulgarischen Juden einzusetzen, war das nicht nur irgendein Vorfall, den die Regierung wieder aus eigener Kraft meistern konnte. Peshev war nicht nur Vizevorsitzender des Parlaments, sondern war in der Mehrheit durch seine demokratische Vorgehensweise als prominenter Politiker hoch geschätzt.<sup>450</sup> Er fiel besonders durch seine Gesetzestreue auf und äußerte sich allein deswegen oft gegen die Maßnahmen der Regierung im Parlament, blieb aber insgesamt der Politik der Regierung treu. Auch als das Gesetz zum Schutz der Nation im Parlament durchgesetzt wurde, erklärte sich Peshev nicht dagegen.<sup>451</sup> Er verstand es auch in den kritischen Märztagen 1943 nur zu gut, dass die Regierung die Unterstützung der Mehrheit brauchte, um die Konsolidierung der neuen Gebiete durchzuführen und Bulgarien

---

446 Vgl. Filov 1990: 455-457

447 Ebd.: 457 (meine Übersetzung)

448 Ebd.: 457 (meine Übersetzung)

449 Ebd.: 470, vgl. noch Nissim 2000: 150

450 Vgl. Nissim 2000: 152

451 Ebd.: 155

vor dem Krieg gegen Russland zu bewahren. *„Um ein positives Ergebnis zu erzielen, durfte die Aktion ausschließlich aus den Reihen der parlamentarischen Mehrheit kommen und weder das politische System noch das Vertrauen in die Regierung in Frage stellen.“*<sup>452</sup>

Peshev drohte dem Innenminister mit Interpellation im Parlament.<sup>453</sup> Er entschied sich zu handeln und wollte dabei nicht mehr persönliche Kontakte benutzen, sondern „politisch vorgehen“, da er auch erfuhr, dass die Kjustendiler Bevölkerung gegen die Deportationen war, aber Angst hatte zu handeln.<sup>454</sup>

*Ich entschied mich zu handeln, aber wie? Persönliche Beziehungen waren möglich, aber sie schienen mir schwach, unzureichend und ineffektiv, und man konnte keine Ergebnisse erwarten....*<sup>455</sup>

Peshev entschied sich politisch vorzugehen: sein Ziel war, die Mehrheit im Parlament zu mobilisieren, ohne die Politik der Regierung zu gefährden.<sup>456</sup> Er schrieb seinen Protestbrief an Ministerpräsident Filov und entschied sich, ihn nur und ausschließlich der Regierungsfraktion im Parlament vorzulegen, da sich die Opposition nicht in diese Angelegenheit einmischen sollte. Nachdem der Brief von 42 Abgeordneten der Mehrheit unterschrieben worden war, wandte sich Peshev an den Parlamentspräsidenten Kalfov. Dieser informierte seinerseits Filov über die große Protestaktion der Mehrheit sowie über Peshevs Intention, die Sache im Parlament publik zu machen. Filov versuchte, ähnlich wie in der Vergangenheit vorzugehen und bat Peshev zu einem Gespräch unter vier Augen.<sup>457</sup> Peshev war sich im

---

452 Ebd.: 156

453 Ebd. : 150-151

454 Ebd.: 149, 155

455 Vgl. Cohen (ed.) 1995: 286-294, die Erinnerungen von Dimitar Peshev (meine Übersetzung).

456 Peshev erinnerte sich daran: *„Die Parole in der Mehrheit war damals: Es ist eine Einigkeit in Bezug zur großen Staatspolitik nötig, die auch mit der Unterstützung des Volkes durchgeführt wird, da sie nur auf diese Art erfolgreich sein kann. Diese Sichtweise sollte mit der Notwendigkeit verbunden werden, jeden falschen Schritt zu umgehen, der kein Element der tatsächlichen Politik ist und der, ohne zum Erfolg beizutragen, nur irreparablen Schaden zufügen kann, sowohl jetzt als auch in der Zukunft.“* (Vgl. Cohen, ed. 1995: 289, meine Übersetzung).

457 Ebd.: 160

Klaren, welche Auswirkungen eine solche Verzögerung haben konnte. Der Parlamentarier wusste, dass solche persönlichen Gespräche mit dem Ministerpräsidenten in der nahen politischen Vergangenheit dazu geführt hatten, dass Interpellationen zurückgezogen wurden noch bevor sie im Parlament eingereicht waren.<sup>458</sup> Peshev wollte das diesmal nicht riskieren<sup>459</sup> und wusste gleichzeitig, dass eine solche Aktion, ausschließlich von der regierenden Mehrheit unterstützt, ihr Ziel erreichen konnte. Die Regierung stürzte mehrmals in Regierungskrisen nach Auseinandersetzungen mit der Regierungsmehrheit, die sogar zum Regierungswechsel geführt hatten und zu einem neuen Parlament vor dem Krieg. Filov wusste dies ebenso wie Peshev. Die Reaktion des Ministerpräsidenten, als Peshev ohne Absprache mit ihm seinen Brief zur Diskussion im Parlament stellte, explizierte, wie ernsthaft die Situation für die Regierung geworden war. Filov sagte zu einem seiner Minister: *„Peshev versteht nicht, welche Schwierigkeiten mit den Deutschen er mir mit seinem Brief bereitet.“*<sup>460</sup> Filov sah in Peshevs Protestaktion im Parlament eine Herausforderung, gar Ablehnung der gesamten Politik der Regierung. In dieser Situation, als die Rechten das Regime bedrohten und die Einstellung vertraten, *„Bulgarien sollte sich nicht selbst in die Lage eines alten Rentners bringen, der nur in der Vergangenheit lebte“*,<sup>461</sup> war Peshevs Brief für das Regime ein politischer Schlag seitens der Regierungsmehrheit.

---

458 Im Jahr 1942 überredete Filov die Abgeordneten der Mehrheit, ihre Interpellation gegen Minister Kuschew zurückzuziehen mit dem Versprechen, auf die Forderungen einzugehen (vgl. Filov 1990: 456).

459 *„... Ich nahm auch an, dass man mich unter Druck setzen würde, damit meine Aktion nicht öffentlich und die Regierung dadurch diskreditiert würde...“*, schrieb Peshev in seinen Erinnerungen, vgl. Nissim 2000: 160.

460 Vgl. ZDA, 250-B/1/40, Bl. 30, die Aussage von Minister Partov vor dem Volksgericht (meine Übersetzung).

461 Ebd. Die Rechten sprachen sich für eine nationalsozialistische Politik der Regierung nach deutschem Vorbild und für einen Krieg gegen Russland aus. Nach einem Vorfall im Parlament mit den Abgeordneten der Regierungsmehrheit Kostov und Karapetrov, als diese sich gegen die „weiche“ Politik der Regierung äußerten, wurden sie später aus der Mehrheit ausgeschlossen. *„Deni Kostov hat sich während der heutigen Sitzung der Regierungsmehrheit offen geäußert, dass die heutige Regierung unpassend für die jetzige Zeit wäre und dass man jetzt eine nationalsozialistische Regierung brauche. Wir müssen diesen Provokateur liquidieren, da er zu weit ging.“* (Vgl. Filov 1990: 331, 471, meine Übersetzung).

*Auf mein Drängen hin haben wir beschlossen, diesen Fall zur Probe für die Mehrheit zu machen, indem wir in einem Vertrauensvotum die Absetzung Peshevs als stellvertretender Parlamentspräsident sowie den Ausschluss all jener aus der Mehrheit forderten, die nicht unverzüglich ihre Unterschrift zurücknahmen.*<sup>462</sup>

Peshev musste gehen, da er nicht selbst zurücktreten wollte. Aber Peshev erreichte mit seinem Protest im Parlament zweierlei: die Deportation der altbulgarischen Juden wurde gestoppt, und die Mehrheit war zerspalten. Obwohl die Regierungsmehrheit für ein Vertrauensvotum der Regierung stimmte, fiel die Entscheidung knapp aus.<sup>463</sup> Und die Regierung geriet bei jeder Gelegenheit für ihre Politik gegen die Juden in die Kritik der eigenen Mehrheit. Filov schrieb in sein Tagebuch: *„Peshev hat uns sehr geschadet, als er sich nicht einverstanden erklärte, seinen Rücktritt einzureichen, da jetzt alle den Eindruck behalten werden, er wäre blamiert worden, weil er die Juden verteidigt hat.“*<sup>464</sup>

Peshevs Protestaktion kostete ihn seinen Posten, der Regierung drohte erneut eine schwere Krise und die altbulgarischen Juden waren vor dem Tode gerettet.

- **Persönliche Gratifikationen: Was wurde ausgetauscht?**

Ein letztes Element der broker-Beziehungen ist die Frage nach dem beiderseitigen Austausch im Prozess der Vermittlung. Da die Gratifikationen nicht auf Vertragsbasis festgesetzt werden können, sondern auf Vertrauensbasis beruhen, können wir nur beobachten, wie die Teilnehmer ihre Erwartungen subjektiv als enttäuscht oder bestätigt einschätzen. Es existieren keine Daten, die auf materielle Gratifikationen hinweisen. Im Gegenteil, nach der Protestaktion von Peshev wurde eine Untersuchung in Bezug auf Schmiergelder durchgeführt. Man konnte jedoch Peshev nicht nachweisen, dass er sich aus finanziellen Gründen für die Rettung der altbulgarischen Juden eingesetzt hat.<sup>465</sup>

---

462 Vgl. Filov 1990: 561 (meine Übersetzung); Nissim 2000: 163

463 Vgl. Filov 1990: 563, die Mehrheit spaltete sich: 66 waren pro, 33 dagegen, 11 enthielten sich.

464 Vgl. Filov 1990: 564 (meine Übersetzung)

465 Vgl. Nissim 2000: 165

Es lässt sich leicht beobachten, dass die Erwartung der altbulgarischen Juden an Peshev als politischer broker, auch als „Freund“, im Entscheidungsprozess klar definiert war: ihr Leben zu retten. Viel komplizierter ist zu ermitteln, welche Erwartungen Peshev an seine Klienten hatte. Peshev selbst spricht von seiner „moralischen und politischen Verpflichtung“,<sup>466</sup> nicht indifferent zu bleiben und von seiner Entschlossenheit, eine Protestinitiative zu starten. *„Das Schweigen hätte in Widerspruch zu meinem Gewissen und zu meiner Verantwortung als Abgeordneter und Mensch gestanden. Ich wäre zum Komplizen all dessen geworden, was in der Folge hätte geschehen können.“*<sup>467</sup>

Dafür, dass Peshev irgendwelche Gratifikationen voraussetzte, auch in einer langfristigen Perspektive, finden sich keine mit Daten gestützten Belege. Man kann nur annehmen, dass er davon ausging, im Fall einer Niederlage im Krieg würde er vom neuen Regime begnadigt und brauche sich nicht zu fürchten. Nicht nur Peshev, sondern viele Abgeordnete und Politiker hätten die Möglichkeit gehabt, aus Bulgarien zu flüchten, haben es aber nicht getan, da sie nichts befürchteten. Sie, genau wie Peshev selbst, waren der Meinung, sie hätten das Beste für ihr Land getan, um es vor dem Krieg zu verschonen.<sup>468</sup> Nissim (2000) liefert uns Daten über Peshevs Erwartungen, als ihm nach dem Krieg von der Volksfrontregierung der Prozess gemacht wurde. Die Erwartung generalisierter Belohnungen mit großem Zeitverzug,<sup>469</sup> äußerte Peshev selbst gegenüber seinem jüdischen Pflichtverteidiger: *„Obwohl unser Verhältnis gut war, hatte er nicht den Mut, seine berufliche Pflicht zu erfüllen. Ganz abgesehen von der moralischen Verpflichtung mir gegenüber.“*<sup>470</sup> Peshev hinterließ uns nur diese einzige Aussage. Er erwartete Loyalität von seinen jüdischen Mitbürgern in der schwierigen Situation, in der er sich 1944 befand. Die „implizite Reziprozität“ (Weber-Pazmino 1991) in der broker-Beziehung ist ein wichtiges Merkmal, kann jedoch nur subjektiv gemessen werden und ist situationsabhängig. Die bulgarischen Juden wurden dank Peshevs Protestaktion vor dem Tode gerettet. Damit wurde das Äußerste erreicht, was ein

---

466 Vgl. Cohen (ed.) 1995: 287-288 (meine Übersetzung)

467 Vgl. Nissim 2000: 155

468 Vgl. Nissim 2000: 213

469 Vgl. Dammann/ Ivkova 2001: 25

470 Vgl. Nissim 2000: 220

broker für seine Klienten zu tun in der Lage ist. Peshevs Leben wurde verschont: er wurde, anders als seine Kollegen, die zum Tode verurteilt und hingerichtet wurden, im Volksgerichtshofprozeß zu 15 Jahren Gefängnisstrafe verurteilt. Nach eineinhalb Jahren wurde er nach „guter Führung“ aus dem Gefängnis entlassen und erhielt seit 1965 bis zu seinem Tod im Jahr 1973 eine kleine Rente von bulgarischen Juden in Israel<sup>471</sup> sowie kleine Pakete und Einladungen als Zeichen der Dankbarkeit jüdischer Überlebender. Die Frage nach der Reziprozität und der Zufriedenheit beider Seiten kann nur schwer beantwortet werden, da sie die subjektive Einschätzung der Teilnehmer einschließt, die nicht mehr unter der Lebenden sind.

---

471 Vgl. Bar-Zohar 1999: 237

## VI. NATIONALER ANTISEMITISMUS ODER ETHNISCHER NATIONALISMUS?

### 1. Theoretischer Forschungsstand

#### 1.1 „Der Dritte“: Klaus Holz' Ansatz<sup>472</sup> zur nicht identischen anti-nationalen Nation

Holz (2000, 2001) kommt zum Ergebnis, dass ein wichtiger Unterschied zwischen Nationalismus und Antisemitismus besteht, der in zahlreichen Untersuchungen über den Holocaust nicht immer zum Vorschein kommt. Diese beiden Strömungen überlappen sich auf besondere Art und Weise:<sup>473</sup> der Antisemitismus hat einen Sinn nur innerhalb des Nationalismus. Holz unterscheidet auf dem ersten Niveau eine „nationale Semantik“ (nationale Konstruktion von Wir-Gruppen). Das ist die semantische Konstruktion der „Welt von Völkern und Nationen“.<sup>474</sup> Der Nationalismus ist nur dann plausibel, so Holz, wenn nicht eine, sondern mehrere Nationen in dieser Welt existieren. Die Grenze, die diese Welt in Innen und Außen teilt, ist die zwischen national definierten Wir-Gruppen. Diese Gruppen legitimieren sich nach dem nationalistischen Grundprinzip „ein Volk, ein Staat, eine Nation“.<sup>475</sup> Die Grenze erstreckt sich nicht zwischen verschiedenen Einheiten, sondern teilt eine einheitliche Form (die Welt der Nationen) durch zwei: Nation vs. Nation oder Volk vs. Volk. Diese Abgrenzung nach Innen und Außen verläuft symmetrisch. Die Symmetrie ist ein besonders wichtiges Merkmal der Konstruktion xenophober Fremdbilder: d.h. das Definitionskriterium auf beiden Seiten ist dasselbe.<sup>476</sup>

Bei der Definition antisemitischer Semantiken wird ein anderer Mechanismus benutzt, weil „der Jude“ nicht als Ausländer definiert wird. „Die Juden“ sind praktisch in dieser Welt der Nationen nicht einzuordnen: sie können nur als „der Dritte“ definiert werden, der nicht Innen, aber auch nicht Außen richtig zugehört oder einzuordnen ist.

---

472 Holz (2000, 2001)

473 Vgl. Holz 2000: 278 ff.

474 Vgl. Holz 2000: 269

475 Hobsbawn 1991: 34, zitiert in Holz 2000: 274

476 Vgl. Holz 2000: 274

*Die „Juden“ personifizieren mit anderen Worten im nationalen Antisemitismus das tertium non datur der Zwei-Seiten-Form: die nicht identische, anti-nationale Nation.<sup>477</sup>*

Wenn die erste Form „die Welt der Nationen“ ist, in der die Konstruktion *eigene Nation gegen andere Nation* lautet, benutzt der nationale Antisemitismus eine andere Form der Abgrenzung: *erste Form gegen „Jude“*.<sup>478</sup> Der „Jude“ ist alles, was die Welt der Nationen gefährdet, weil er nicht dort zugehört: man befindet sich als „Jude“ Innen, aber gleichzeitig auch Außen, wobei dies auch unmöglich ist, da für den „Juden“ Innen und Außen nicht definierbar sind. Von daher ist die Identität „der Jude“ nicht-identisch.

*Diese Konstruktion einer nicht-identischen Identität als Gegenbegriff zu einer nationalen Identität ist für den nationalen Antisemitismus konstitutiv.<sup>479</sup>*

Der „Jude“ verkörpert nicht nur eine Gefahr für die reale Welt der Nationen und Völker dadurch, dass er sich durch eine nicht-identische Identität auszeichnet, sondern im antisemitischen Stereotyp, so Holz, bilden die „Juden“ eine Nation in der Nation. Nach der semantischen Konstruktion des Nationalismus existieren Innen und Außen verschiedene Wir-Gruppen, aber Innen, bzw. Außen gibt es nur eine identische Wir-Gruppe. Die Differenz kann nur zwischen Innen und Außen legitim sein, aber nicht die Differenz im Innern.<sup>480</sup> Einerseits gefährdet „der Jude“ die Welt der Nationen und andererseits die Identität der Wir-Gruppe, da er eine nicht-identische Identität besitzt.

*Um die Gefährdung oder Unsicherheit dieser zweiwertigen Unterscheidung, die nationale Identität konstituiert, zu artikulieren, muss ein Dritter konstruiert werden, den es gemäß der zweiwertigen Unterscheidung nicht gibt.<sup>481</sup>*

Nationalismus und Antisemitismus unterscheiden sich voneinander, aber zugleich sind sie zusammengekoppelt, so Holz, weil die eine Form geschaffen wird, um die andere

---

477 Holz 2000: 280

478 Ebd. : 281

479 Holz 2000: 282

480 Vgl. Holz 2000: 285

481 Ebd.

Form zu negieren. Es gibt eine Welt der Nationen, in der Innen gegen Außen gleich Nation vs. Nation heißt. Eine nationale Wir-Gruppe könnte sich selbst nicht definieren ohne die Existenz einer entgegengesetzten Wir-Gruppe (Selbst- und Fremdbild der Gruppe). Im nationalen Antisemitismus wird der „Jude“ als Gefahr für die durch nationalistische Semantik definierte Welt der Nationen gesehen. Und was im Innern ist, aber nicht dort hingehört, aber nicht Außen sein kann, oder was „von Außen her“ kommt, vernichtet die Unterscheidung zwischen Wir und den Anderen, vernichtet also die nationale Weltordnung. Der „Jude“ als der Dritte stellt nicht nur für eine Nation eine Gefahr dar, sondern für die ganze Welt der Nationen.

## 1.2 Nationaler Antisemitismus oder ethnischer Nationalismus?

Die Unterscheidung von Antisemitismus und Nationalismus, die bei Klaus Holz detailliert untersucht wird, ist besonders wichtig für die Untersuchung von Viktimisierungsunterschieden beim Holocaust. Häufig wird dieser Unterschied bei vergleichenden Fallstudien nicht herausgearbeitet. Der Akzent wird meistens auf der Haupttäterseite („die Deutschen“) gesetzt und damit auf einen selbstverständlichen nationalen Antisemitismus als Grund für Diskriminierung, Segregierung und Deportation (Aly 2001: 37). Die mitentscheidende Seite im Viktimisierungsprozess wird außer Sicht gelassen: es sind die besetzten oder verbündeten Länder, die über ein unterschiedlich hohes Maß an Macht verfügten, Entscheidungen zu treffen oder zu stornieren. Dieser Blickwechsel findet erst explizit in den Arbeiten von Aly und Gerlach statt. Sie suchen nach Elementen einer Erklärung für Viktimisierung, wobei der regionale nationale Antisemitismus nicht im Mittelpunkt der Forschung steht.<sup>482</sup> Eher kommt eine Multikausalität, ein Zusammenwirken von mehreren generellen Umständen zum Vorschein, die zu tödlichen Ergebnissen führten. In Fallstudien wurde die Erkenntnis gewonnen, dass für tödliche Deportationen nicht nur das Prinzip des nationalen Antisemitismus gilt, sondern mindestens noch eins: das Prinzip der ethnisch-nationalen Vertreibung.<sup>483</sup> Wie Aly (2001) und Gerlach (1998) in ihren Untersuchungen zeigen, ist es notwendig, um den Holocaust richtig zu verstehen, diese Grenze zwischen dem ethnischen Nationalismus und nationalem Antisemitismus nicht zu verwischen, sondern bewusst in der Holocaustforschung vor Augen zu haben und

---

482 Gerlach/ Aly 2002

483 Aly 2001: 36

deutlich zu machen. Und diese Unterscheidung ist nur ein Teil der Multikausalität unvollständiger Viktimisierung beim Holocaust.

## **2. Eine dritte Hypothese**

Wie gezeigt wurde, existiert ein Unterschied zwischen Nationalismus und nationalem Antisemitismus. Im Forschungsstand über die Shoah in Bulgarien, wie allgemein in der Holocaustforschung (vgl. Aly 1995, Aly/ Heim 1991, Aly 2001) wird neuerdings dieser Unterschied hervorgehoben. In diesem Sinne kann eine weitere Hypothese formuliert werden, wobei der Akzent nicht auf den Antisemitismus gesetzt wird, sondern auf den ethnischen Nationalismus. Diese neue Hypothese überschreitet jedoch nicht die fallspezifischen Grenzen, wie das bei den anderen zwei Hypothesen der Fall ist und gilt nur der weiteren Beobachtung im Fall von Tötung. Mit der Generierung dieser Hypothese beziehe ich mich nur auf den Fall von Tötung und strebe eine alternative Beobachtung von genozidalen Entscheidungen an, ohne eine Generalisierung der Erkenntnisse über Fälle von Judeozid hinaus zu beanspruchen. Diese Sub-Hypothese sehe ich als eine ergänzende für die erste allgemeine Hypothese<sup>484</sup> und formuliere sie wie folgt:

**H3:** *Organisierter Judenmord wird nicht nur durch Antisemitismus, sondern auch durch ethnischen Nationalismus gefördert.*

## **3. Der Fall Bulgarien**

### **3.1 Ethnischer Nationalismus als Faktorenkomplex in bulgarischen Holocaust-Entscheidungsprozessen**

Ein wichtiger Faktor, der in der Literatur über den bulgarischen Holocaust implizit zur Erklärung genozidaler Entscheidungen herangezogen wurde, ist der ethnische Nationalismus. Dabei gehen die Thesen der Autoren in zwei verschiedene Richtungen:

---

<sup>484</sup> Ethnischer Nationalismus ist für mich keine Anti-Opferorientierung im Sinne meiner Hypothese 1. Es mag zum einen das Pro (meine Nation) gegenüber dem Anti (andere Nationen) überwiegen; zum anderen lässt sich ethnonationalistische „Säuberung“ sogar ohne Anti denken: „Wir wollen dieses Land für uns haben. Wo die anderen bleiben, ist deren Sache.“

- ***Ethnischer Nationalismus im Sinne von „politischer Opportunismus“ und „Antizipation deutscher Entscheidungen“, um die eigenen außenpolitischen Ziele (territoriale Gewinne ohne Kriegsführung gegen die Alliierten) zu erreichen***
- Hilberg (1982: 506): *„Die bulgarischen Juden waren ein Faustpfand in den Händen einer opportunistischen Macht – einer überschüssigen Ware gleich, die sich gegen politische Vorteile eintauschen liess. Das Reich konnte die bulgarischen Juden nicht restlos vernichten, weil es den vorsichtigen bulgarischen Herrschern keinen hinreichenden Gewinn zu bieten hatte.“*
- Baruch (1991: 6): *„Meiner Meinung nach war der Wunsch nach territorialer Erweiterung der Grund für die deutsch-bulgarische Kooperation. Auf dem Weg zum Erreichen von wirtschaftlichen und politischen Zielen, unterstützt von nationalistischem Streben, war das Leben von ein paar Tausenden Juden ohne Bedeutung.“*
- Nissim (2000: 93-94, 96): Schon bei der antijüdischen Gesetzgebung (1941) gab es Bedenken und Proteste auch von Abgeordneten der regierenden Mehrheit. Nissim zitiert Aussenminister Popov: *„Wir müssen uns unbedingt bis zuletzt aus dem Krieg heraushalten und zugleich jede Chance nutzen, unsere nationalen Ziele zu erreichen. Wir haben die Dobrudja ohne Blutvergiessen bekommen, bald werden wir das Land an der Ägäis in Besitz nehmen, ebenfalls ohne Krieg. Ist das nicht das Wichtigste?“* (S. 94). Auch Peshev schrieb in seinen Memoiren über die antijüdischen Massnahmen, so Nissim, dass man sie zum Erreichen der bulgarischen aussenpolitischen Ziele durchführte. Dafür musste man in diesem Punkt Solidarität mit Deutschland zeigen: *„Ein antijüdisches Gesetz schien das beste Mittel, den Deutschen Dankbarkeit zu bezeugen und mit ihnen über die Neutralität Bulgariens zu verhandeln.“* Für das Jahr 1943, als Bulgarien nicht neutral geblieben und deutscher Verbündeter geworden war, argumentiert Nissim (2000) über die genozidalen Entscheidungen in Bulgarien weiter: *„Bei seinen Begegnungen mit Hitler hatte König Boris nur einen Gedanken: die absolute Gewissheit zu erhalten, dass die Rückgewinnung der verlorenen Territorien unwiderruflich war. Gleichzeitig war um jeden Preis zu vermeiden, dass das privilegierte Verhältnis zu Deutschland ihn dazu zwang, sich offen gegen die*

*Westmächte zu stellen, die traditionell freundschaftlichen Beziehungen zur Sowjetunion zu kappen und direkt in den Krieg einzugreifen. Nur in einem Punkt schien es möglich, die Wünsche des „Führers“ zufriedenzustellen: indem er die Juden opferte. Dies war der einzige „erträgliche“ Preis, den Bulgarien dem Dritten Reich zahlen konnte.“*

- **Ethnischer Nationalismus im Sinne von „Bulgarisierungsziel“, „ethnischer Säuberung“:**
  - Oren (1971: 190): *„Bulgarian Settlers were sent to Greek Mazedonia to replace Greeks who were deported.“* Und in der Fussnote dazu: *„Eventually the Bulgarians handed over to the Germans all the Jews from the occupied territories (11, 392 in number), who were in turn shipped to Poland and exterminated.“*
  - Hoppe (1996: 288): *„Zweifellos betrachtete die Regierung die neuen Gebiete mit besonderer Aufmerksamkeit und war bemüht, in diesen Territorien den Anteil der nichtslawischen Bevölkerung zu vermindern. Diesem Ziel entsprachen die Deportationen der fremden Juden, nachdem sie bereits die Griechen zur Abwanderung ermuntert hatten.“*
  - Fleischer (1996: 256): *„Nicht die geringsten Skrupel empfindet das Regime in Sofia jedoch in den sogenannten „neuen Provinzen“, da dort die jüdische Minderheit als zusätzliches Hindernis für die eigenen Bulgarisierungspläne gesehen wird.“* (Hier kann man nicht ganz sicher sein, ob der Autor unter „Bulgarisierungspläne“ ethnische Säuberungen versteht oder Beibehaltung der Gebiete nach dem Krieg, da nicht weiter argumentiert wurde.)
  - In einer publizierten Datenquelle, unterzeichnet von Beckerle<sup>485</sup> und Hoffmann<sup>486</sup> (Cohen, ed. 1995: 236, Dokument Nr. 105) wird eventuell der Sicherheitsaspekt gegenüber den Bulgarisierungsplänen betont, die zwar Beraubung aber nicht unbedingt Tötung der Juden erforderten: *„Die bulgarische Regierung verfolgt mit der Deportation der Juden vor allem materielle Interessen, die sich darin be-*

---

485 Der deutsche Botschaftler in Sofia.

486 Deutscher Polizeiattaché

*schließen, vertrauten Bulgaren den Besitz der deportierten Juden zu übergeben, um sie auf diese Weise zufrieden zu stellen und gleichzeitig die Unruhe stiftenden Juden in den neuen Gebieten durch zuverlässige Bulgaren zu ersetzen.“*

Die These des ethnischen Nationalismus als Erklärung genozidaler Entscheidungen in den bulgarischen Shoah-Entscheidungsprozessen wird wenig mit Datenquellen belegt. Die Forschungsaspekte, die im Folgenden explizit untersucht werden, beruhen auf den zwei oben dargestellten Richtungen in der Literatur:

1. Es ist zu fragen, ob die ausschlaggebende Kraft für Judenverfolgung und Deportationen in Bulgarien der Antisemitismus war. Alle datengestützten Forschungen (Chary 1972, Oschlies 1972, Fein 1979, Hoppe 1996, Bar-Zohar 1999, Nissim 2000, Brustein/King 2004) widerlegen eine solche These. Obwohl es in der Regierungsspitze Antisemiten gab (Innenminister Gabrowski, Judenkommissar Belev), wurden die Deportationspläne in Altbulgarien aufgehalten; dagegen wurden sie in den neuen Gebieten durchgeführt. Dabei muss man fragen: Wie wurde über die neuerworbenen Gebiete politisch und militärisch kommuniziert? Wurden sie als politisch zu Bulgarien gehörend definiert und ihre Bürger als mit allen Rechten und Pflichten bulgarischer Bürger ausgestattet betrachtet, oder gab es entscheidende Unterschiede zwischen dem Kern des Landes und den Randgebieten?
2. Wurden in diesen Gebieten Bulgarisierungspläne durchgeführt? Wie waren die Juden und die anderen Minderheiten davon betroffen? Gab es Unterschiede zwischen den Juden und den anderen Minderheiten in Bezug auf die Politik des bulgarischen Staates? In der Literatur wurde oft registriert, dass die Juden in den neuen Gebieten als einzige Minderheit nicht als bulgarische anerkannt wurden, d.h. die Juden bekamen keine bulgarische Staatsangehörigkeit, die Angehörigen der griechischen, serbischen, türkischen und albanischen Minderheiten wurden jedoch als bulgarische Bürger vom Staat anerkannt. Bis heute wurde in der Literatur keine Erklärung für diese Tatsache gegeben. Sie wird als selbstverständlich betrachtet, vielleicht in Anbetracht der Richtlinien, die das Gesetz zum Schutz der Nation für die Juden im allgemeinen vorsah.
3. Es ist anzunehmen, dass die politische und militärische Situation in den neuen Gebieten sich von der in Altbulgarien unterschied:

- Diese Gebiete wurden von Bulgarien „annektiert“, aber die „Rückgabe“ erfolgte nicht wie im Fall Süddobrudja mit einem bilateralen Vertrag (Krajova-Vertrag), der diese Revision offiziell sicherte. Vielmehr blieb die endgültige Entscheidung für diese Gebiete bis zum Ende des Krieges offen.
- Bulgarien befand sich in diesen Gebieten wie in anderen Teilen Jugoslawiens tatsächlich im Krieg: Die bulgarischen Truppen sicherten die Front gegen Guerilla-Truppen für die Deutschen und ermöglichten damit die Bewegung deutscher Truppen im Osten und Westen Europas.
- Diese Gebiete sind als Streiterritorien zwischen Bulgarien und ihren Nachbarstaaten Jugoslawien (Serbien) und Griechenland zu bezeichnen, die für jeden der drei Staaten (Mazedonien) oder zwei von ihnen (Thrazien, Pirot) als ethnisch gemischte Randgebiete definiert werden können.

Die Frage ist: Welche Auswirkungen haben alle diese Faktoren auf die genozidalen Entscheidungsprozesse in Bulgarien, nämlich die Judenpolitik der Regierung (mit ihrer Segmentierung in Ressorts) und des Zarenhofes?

#### **4. Operationalisierung**

Eine Operationalisierung könnte auf folgende Weise erfolgen:

- Indikatoren für ethnischen Nationalismus, der hier vom nationalen Antisemitismus unterschieden wird, könnten sein: offizielle staatliche Kommunikation über nationalistische Intentionen bezüglich der neuen Gebiete und Bulgarisierungspläne, wobei die Juden als nicht-erwünschte Minderheit klassifiziert wurden.
- Durchgeführte oder versuchte Deportationen und Austausch von Bevölkerungsgruppen verschiedener fremder ethnischer und religiöser Zugehörigkeit (z.B. Griechen, Serben, Türken, Rumänen etc.).

## 5. Überprüfung: genozidale Kopplung durch ethnischen Nationalismus?

### • Bulgarisierungspläne

Am 24. Mai 1941 wurde in Skopje zum ersten Mal die Zeitung „Vereinigtes Bulgarien“ herausgegeben: Damit setzte sich die Regierung in Sofia, und vor allem das Innenministerium, das für die nationale Propaganda in Alt- und Neubulgarien zuständig war, das Ziel, die Richtlinien der neuen bulgarischen Politik zu lancieren und der breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen: „Ein Volk, ein Staat, ein Zar“.<sup>487</sup> Es scheint so zu sein, dass es in der politischen Zukunft eines großbulgarischen Staates keinen Platz für die Minderheiten der neuen Gebiete gab: Juden, Türken, Griechen, Serben, Zigeuner, Zinzaren wurden zum *Problem* für die Bulgarisierungspolitik der bulgarischen Organisationen. Man kann sogar annehmen, dass sich für die neubulgarischen Juden die Entscheidungsströme in der politischen Kommunikation der entscheidenden Ressorts schon längst zu einer Entscheidung gekoppelt hatten. Sie musste zwar nicht unbedingt genozidal sein, aber die Umstände 1941-1943 erwiesen sich als *unglücklich* für die neubulgarischen Juden.

Anfang 1942 fuhr der Abgeordnete Sotir Janev (parlamentarische Mehrheit) nach Mazedonien, um dort politische Reden in den größeren Städten zu halten mit dem Ziel, die Politik der Regierung zu den neuen Gebiete zu popularisieren.<sup>488</sup> Janev war einer der vielen bulgarischen Politiker und Journalisten, die in die neuen Gebiete reisten, um sich (auf Anregung der Regierung) ein Bild über die politische und wirtschaftliche Lage dort zu verschaffen. Die wichtigste angesprochene Frage in allen Berichten waren die der Minderheiten, die in diesen Gebieten lebten. Janev schrieb an Innenminister Gabrowski:

*Nur 10 %, und zwar vor allem unter den jüngeren Bulgaren, sind Bulgaren, die dem Serbisierungsprozess nicht entkommen konnten. Nachdem die bulgarische Verwaltung diese Gebiete übernahm, läuft der Prozess der Assimilierung des nationalen Glaubens mit dem Blut und mit der Geschichte des bulgarischen Volkes in ganz Mazedonien mit hohem Tempo.*<sup>489</sup>

---

487 Vgl. ZDA, Fond 264/1/458, Bl. 61 (meine Übersetzung)

488 Vgl. ZDA, Fond 264/1/458, Bl. 1; der Vortrag, den Janev in Skopje hielt, hatte den Titel: „Altes und neues Europa“.

489 Ebd. (meine Übersetzung)

Die nationale Propaganda wurde zu einer der wichtigsten Aufgaben in den neuen Gebieten. Diese Aufgabe führte zur Bildung einer speziellen Teilorganisation im Innenministerium: dem nationalen Amt für Propaganda.<sup>490</sup> Diesem Amt wurde so viel Bedeutung beigegeben wie der Polizei und dem Sicherheitsdienst.<sup>491</sup> Die ethnischen Fragen wurden zur höchsten Priorität des Innenministeriums und der Verwaltungsressorts in Thrazien und Mazedonien. Pläne wurden noch vor der Annektierung im Innenministerium zu den wichtigsten Problemen der bulgarischen Verwaltung bei der endgültigen Zurückgewinnung dieser Gebiete geschmiedet. Ein Problem war die Bulgarisierung von Thrazien und Mazedonien.<sup>492</sup> Mit der Parole „ein Volk, ein Staat, ein Zar“ gaben die bulgarischen Ressorts den Rahmen für die ihres Erachtens einzig mögliche Politik in diesen Gebieten vor.

*Diese Losung erklärt alle unsere Nationalkämpfe in der Geschichte unseres Zarenreichs bis zur Gegenwart; sie beinhaltet auch das einzige Ziel unseres Volkes in seiner Entwicklung auf dem Balkan, und in ihr steckt auch die Grundlage jeder politischen Aufgabe.*<sup>493</sup>

Der Innenminister erklärte weiter in seinem Plan über die politischen Aufgaben in Mazedonien und im Belomorie-Gebiet, dass das Hauptziel der Regierung die Abschaffung aller Kräfte sei, die gegen die nationalen Interessen sind: Solche Kräfte seien äußerst schädlich und ständen einer endgültigen Vereinigung aller bulgarischen Gebiete und einer nationalen ethnischen Einheit der Bevölkerung im Wege.<sup>494</sup> Diese für die bulgarischen Interessen feindlichen Kräfte waren von unterschiedlicher Art. An erster Stelle standen die zentrifugalen Kräfte mit ethnischem Charakter: „*die Serben- und die Serbomanen-, die Albaner-, die Nordwesttürken- und die Zinzaren-, die Zigeuner- und die Judenfrage*“.<sup>495</sup>

Nach dem Zerfall der großen Imperien Russland, Habsburg und Osmanisches Reich wurde Ethnisierung grundlegend für die Existenz eines Nationalstaates. Das Prinzip

---

490 Über die Richtlinien der nationalen Propaganda in den neuen Gebieten vgl. ZDA, Fond 264/1/463, Bl. 1-32.

491 Vgl. ZDA, Fond 264/1/4

492 Über die Geschichte dieser Gebiete vgl. Sugar/ Lederer 1969, Poulton 1991, Seewann 1992, Karakasidou 1997, Glenny 1999.

493 Vgl. ZDA, Fond 264/1/458, Bl. 61 (meine Übersetzung)

494 Ebd.

495 Ebd. (meine Übersetzung)

„Vertreibung“ gehörte zur Politik sehr vieler europäischer Länder im 19. und 20. Jahrhundert. Als Mazedonien und Thrazien von Bulgarien als Gebiete unter bulgarischer Verwaltung annektiert wurden, gewannen auch hier die ethnischen Fragen stark an Bedeutung. Die deutschen Organisationen gaben den bulgarischen Ressorts ausdrücklich zu verstehen, dass das Schicksal dieser Gebiete erst nach Kriegsende entschieden würde.<sup>496</sup> Auch in der Dobrudja wurden Umsiedlungen von großen Bevölkerungsmassen unternommen. Fast alle Bulgaren, die vor den früheren rumänischen Ethnisierungsmaßnahmen geflüchtet waren, mussten angesichts der Politik der bulgarischen Regierung wieder ins zurückgewonnene Territorium zurück. Solche Maßnahmen wurden von den bulgarischen Organisationen auch gegen die türkische Bevölkerung der Dobrudja betrieben. Allerdings bekamen die Juden in der Süddobrudja im Gegensatz zu den neubulgarischen Juden Mazedoniens und Thraziens die bulgarische Staatsangehörigkeit. Auch in den neuen Gebieten, die sich bezüglich der Verwaltung nicht vom anderen Teil Bulgariens unterschieden,<sup>497</sup> formulierte die Regierung als wichtigstes Ziel deren Bulgarisierung, und zwar nicht nur, um einen einheitlichen nationalen Staat aufzubauen, der sich in die neue europäische Ordnung einfügen lässt, sondern vielmehr auch, um bei den Nachkriegsverhandlungen den rein bulgarischen Charakter dieser Gebiete als wichtigstes Argument für die Beibehaltung eines großbulgarischen Staates hervorzuheben.

Das einzige Problem, das das Innenministerium in den neuen Gebieten als Hindernis schon vor deren Annektierung betonte, war das *Minderheitenproblem*. Und als die neuen Gebieten von Bulgarien annektiert wurden, begann das Ressort sofort mit einer Bulgarisierungspolitik, welche vorher Griechenland und Serbien sowie die Türkei ebenso mit voller Kraft betrieben hatten und immer noch weiter praktizierten.<sup>498</sup> Zur Hauptaufgabe

---

496 Beckerle schrieb in einem Bericht, dass die Bulgaren durch eine neue Karte von Europa, die in Deutschland publiziert wurde, sehr irritiert waren. Dieser Karte nach waren die neuen Gebiete (Thrazien und Mazedonien) als zur deutschen Kommandozone gehörend bezeichnet (vgl. Cohen, ed. 1995: 196, Dokument Nr. 73).

497 Vgl. Cohen (ed.) 1995 (im Sammelband publizierter Teil von Peshevs Erinnerungen).

498 Beispiel: die Politik der türkischen Regierung, die noch nach 1934 jüdische, bulgarische, griechische etc. Minderheiten aus den Grenzgebieten in das Kernland abgeschoben hatte, da sich die Türkei schon auf die zukünftigen Kriegsentwicklungen und territorialen Änderungen vorbereiten wollte und das Ziel verfolgte, die Vorbereitungen geheim durchzuführen, wobei fremde Minderheiten sie nur behindern würden. „Dem Befehl nach ist allgemein klar geworden – alle Minderheiten, die anderen Religionen angehören, werden aus Thrazien abgeschoben.“ (Vgl. ZDA, Fond 176-K/1/3137, Bl. 9, meine Übersetzung). „Herr Minister, seit einigen Tagen haben die türkischen Behörden die wenigen Juden aus

der bulgarischen Ressorts in Thrazien und Mazedonien wurde die Abschiebung und Umsiedlung aller Minderheiten, die als Gefahr für den bulgarischen Nationalstaat definiert wurden, und die Besiedlung der Gebiete mit bulgarischen Kolonisten aus Altbulgarien.<sup>499</sup>

*Als Hauptaufgabe sind zu berücksichtigen:*

*a) Befreiung des Gebietes von der fremden Bevölkerung*

*b) die Blutbeherrschung<sup>500</sup> des Gebietes, seine Kolonisierung*

*2. (...)*

*b) unerwünschte Elemente in diesen Gebieten nicht zuzulassen*

*j) das Gebiet von der fremden Bevölkerung zu bereinigen: griechische und serbische Kolonisten, Juden, Türken, Zigeuner und Armenier*

*(...)*

*l) die Möglichkeiten zu ermitteln und die Bedingungen zu schaffen, bulgarische Kolonisierung durchzuführen, besonders im Saloniki-, Chalkidiki-, und Kojatski-Gebiet.<sup>501</sup>*

Da in Mazedonien die Lage insgesamt innenpolitisch sehr angespannt war, anders als in der Süddobrudja, schien es noch wichtiger, die Bulgarisierungspolitik schneller und konsequent voranzutreiben, um mindestens dieses Problem aus dem Weg zu schaffen.<sup>502</sup> Und da die bulgarische Regierung voraussah, dass „höchstwahrscheinlich das Gebiet für einige Zeit Zone militärischer Aktionen sein wird oder zumindest Ausgangspunkt für solche“ wurden alle „staatsfeindlichen“ Elemente aufgefordert, das Territorium schnellstmöglich zu verlassen.

---

*Galipoli und Umkreis vertrieben. Vertrieben wurden auch die wenigen bulgarischen Staatsbürger, die im Gebiet lebten und Handel betrieben. Diese aus den Reihen der Armee stammenden Maßnahmen waren Zeichen für Festungsarbeiten, die die Türken vor den Ausländern geheim halten wollen. Diese Maßnahmen begrenzen sich nicht auf die Dardanellen, sondern breiten sich bis Thrazien aus. Aus diesem Grund sollten wir auf die baldige Abschiebung der wenigen bulgarischen Familien dort gefasst sein....“; vgl. Fond 176-K/1/3126, Bl. 167, meine Übersetzung.*

499 Vgl. ZDA, Fond 264/1/458, Bl. 92-93

500 Damit ist gemeint, das Gebiet mit Bulgaren aus den alten Teilen zu besiedeln.

501 Vgl. ZDA, Fond 264/1/458, Bl. 93 (meine Übersetzung)

502 Ebd.: Bl. 94

Die bulgarischen Organisationen in den neuen Gebieten fingen mit der Aussiedlung serbischer und griechischer Minderheiten an, die nach 1913 (Balkankrieg) und 1919 (Neuilly-Abkommen) diese Gebiete kolonisiert hatten.

*Die serbischen Kolonisten müssen gezwungen werden, nach Serbien zurückzukehren. Die Lage der griechischen Kolonisten wird viel schwieriger sein – sie können heutzutage nicht in die Türkei zurückkehren. Aber die Fehler der englischen und griechischen Politik dürfen nicht zu unseren Lasten gehen. Die Einführung der Rassenprinzipien gilt nicht nur für die Juden, sondern auch für die Griechen und alle anderen Nicht-Arier.<sup>503</sup>*

Die Verordnungen des Gesetzes zum Schutz der Nation wurden auch für die serbische, griechische und alle anderen Minderheiten<sup>504</sup> in den neuen Gebieten angewendet. Damit können wir das Gesetz zum Schutz der Nation auch als „Gesetz zur Bulgarisierung der neuen Gebiete“ betrachten.

Gleichzeitig mit der Vertreibung (negative Bulgarisierung) fand zusätzlich eine positive Bulgarisierung statt, indem Bevölkerungsteile aus Altbulgarien für die Neuansiedlung in den neuen Gebieten rekrutiert wurden:

*Dorf- und Stadtkolonisierung. Die Ansiedler nicht wahllos rekrutieren, nur aus den dazu entsprechenden Gebieten. Beurteilung der Größe der Landwirtschaften für Kolonisten, damit diese nicht proletarisiert werden und nicht in die Abhängigkeit der lokalen fremden Bevölkerung geraten. Erschaffung von reichen Bevölkerungsschichten in Thrazien und Südazedonien – wenige, aber reiche Kolonisten. Bei der Dorfkolonisierung die Zigeuner und Türken vermeiden; dieselben sowie die Juden und Armenier bei der Stadtkolonisierung vermeiden.<sup>505</sup>*

1941-1942 begann die Aussiedlung der serbischen Minderheit aus den neuen Gebieten. Allerdings bekamen die bulgarischen Ressorts Schwierigkeiten mit der deutschen

---

503 Vgl. ZDA, Fond 264/1/458, Bl. 110 (meine Übersetzung)

504 Montenegriener und Dalmatier wurden ebenso aus Mazedonien ausgesiedelt, vgl. ZDA, Fond 264/1/185, Bl. 97, und Kroaten aus Mazedonien (ZDA, Fond 264/1/307, Bl. 13, 14, 18, 19).

505 Es handelt sich um die Kolonisierung mit Bulgaren aus Altbulgarien, ZDA, Fond 264/1/463, Bl. 17, meine Übersetzung.

Militärverwaltung in Serbien, da diese wegen der schwierigen innenpolitischen Lage<sup>506</sup> dort beurteilen sollte, wann solche Auswanderer übernommen werden konnten.<sup>507</sup> Diese deutsche „Einmischung“ behinderte die bulgarischen Organisationen, die vorher ohne jegliche Probleme Serben aussiedelten: *„Jetzt verlassen die Aussiedler Mazedonien auf einen einfachen polizeilichen Befehl unsererseits. Es ist einfach erklärbar, dass das Einvernehmen bezüglich einer Aufnahme in Zukunft viel langsamer und begrenzter erfolgen wird in Anbetracht des Interesses an der innenpolitischen Ordnung in Serbien. Das wird die Aussiedlung verschieben, und dabei haben wir überhaupt kein Interesse, sie zu verlangsamen.“*<sup>508</sup>

Aus Skopje wurden nicht nur die Serben abgeschoben, sondern auch andere „unzuverlässige Ausländer“.<sup>509</sup> Nachdem die bulgarischen Behörden Probleme von deutscher Seite bekamen, fingen sie an, solche Minderheiten innerhalb des bulgarischen Territoriums umzusiedeln. Besonders in den Grenzgebieten wurde eine völlige Bulgarisierung für nötig gehalten und durchgeführt.<sup>510</sup> Die Aussiedlung der griechischen Minderheit gestaltete sich schwierig angesichts des Drucks der deutschen Militärverwaltung in Saloniki.<sup>511</sup> Für die Griechen, die aus Russland in Thrazien angesiedelt worden waren, waren ebenso Deportationen vorgesehen.<sup>512</sup> Bezüglich der türkischen Bevölkerung wurden Aussiedlungen geplant und teilweise durchgeführt,<sup>513</sup> die dann aber nach einer ausdrücklichen Forderung der deutschen Organisationen gestoppt und nicht mehr weiter durchgeführt wurden:

*In Anbetracht der Forderungen nach einem ethnisch reinen Staat ist es offensichtlich, dass die Endlösung der Türkenfrage keine andere sein konnte, als eine*

---

506 Kommunistische Bewegung, sonstige Partisanenbewegung, Sabotage und Attentate.

507 Vgl. ZDA, Fond 264/1/506, Bl. 20

508 Vgl. ZDA, Fond 264/1/506, Bl. 20 (meine Übersetzung); das Innenministerium teilte dem Außenministerium mit, dass der deutsche Vorschlag nicht im Interesse von Bulgarien war.

509 Vgl. ZDA, Fond 264/1/506, Bl. 22, meine Übersetzung

510 Vgl. ZDA, Fond 264/1/506, Bl. 23, zu weiteren Umsiedlungen von Serben in Mazedonien nach Serbien vgl. ZDA, Fond 264/1/307, Bl. 32; ZDA, Fond 264/1/178, Bl. 42, 48, 49, 51, 55; ZDA, Fond 264/1/506, Bl. 6, 10, 20, 21, 22, 23, 27, 47, 48, 49, 52, 53, 59, 70.

511 Vgl. ZDA, Fond 264/1/497, Bl. 31

512 Vgl. ZDA, Fond 264/1/497, Bl. 80 zu griechischen Aussiedlungen vgl. ZDA, Fond 264/1/302, Bl. 60, 61, 83, 84, 85, 129; ZDA, Fond 264/1/454, Bl. 2, ZDA, Fond 264/1/185, Bl. 19, 21, 22

513 Vgl. ZDA, Fond 264/1/497, Bl. 26, 29, 38, 46, 49, 60, 85, 86, 87; ZDA, Fond 264/1/463, Bl. 24, 25; ZDA, Fond 264/1/302, Bl. 53, 64, 151, 153

*Aussiedlung der Türken in die Türkei durch ein zwischenstaatliches Abkommen. Solch eine Endlösung aber ist eine Frage der Zukunft. Zum jetzigen Zeitpunkt konnte eine solche Lösung nicht gesucht werden.*<sup>514</sup>

Für die jüdische Minderheit aus den neuen Gebieten kam die passende Gelegenheit, sie zu deportieren, indem am 22. Februar 1943 diese Entscheidung mit einem Vertrag zwischen Bulgarien und Deutschland untermauert wurde.

Die Kopplung der vier Ströme blieb genozidal. 11 343 Juden aus den neuen Gebieten wurden Ende März (!) nach Treblinka deportiert und ermordet, nachdem am 9. März in Altbulgarien niemand dagegen protestierte. Damit wir richtig verstehen können, aus welchen Ursachen diese Entscheidungsströme sich für die neubulgarischen Juden genozidal koppelten, sollten wir die Bulgarisierungsthese bei der Beobachtung der Entscheidungsprozesse berücksichtigen. Am deutlichsten findet die Hypothese Unterstützung durch ein Dokument aus der Ressortkommunikation zwischen dem Judenkommissariat und der lokalen Verwaltung der neuen Gebiete:

*Ich bitte den Herrn Kommissar, mir mitzuteilen, ob sich nach der Aussiedlung der Personen jüdischer Herkunft aus der Stadt Pirot eine neue jüdische Gemeinde aus den sich hier angesiedelten altbulgarischen Juden gründen wird, und falls eine solche gebildet wird, bitte ich um ihre Anordnung.*<sup>515</sup>

In dieser Ressortkommunikation wurde also eine explizite Unterscheidung zwischen den altbulgarischen und den neubulgarischen Juden gemacht. Die altbulgarischen Juden waren „unsere Juden“, die aus den neuen Gebieten dagegen wurden als „Fremde“, „Feinde“ des bulgarischen Nationalstaates bezeichnet. Es ging nicht „gegen die Juden“, sondern um Bulgarisierung.

Die Situation sah für die neubulgarischen Juden anders aus als für die aus Altbulgarien: Peshev und die 42 Abgeordneten der parlamentarischen Mehrheit setzten sich im Protestbrief nur für die Rettung der altbulgarischen Juden ein, entweder, weil sie vorher im Parlament die Entscheidung der Regierung über die Deportation der neubulgarischen

---

514 Vgl. ZDA, Fond 264/1/463, Bl. 24, meine Übersetzung

515 Vgl. ZDA, Fond 190/1/389, Bl. 17, meine Übersetzung

Juden bewilligt hatten (das ist aber nicht gut belegt),<sup>516</sup> oder weil sie mit dem Gesetz für die Staatsbürgerschaft in den neuen Gebieten den neubulgarischen Juden die bulgarische Staatsbürgerschaft verweigert hatten. Außer dem Abgeordneten der Opposition Petko Stainov sowie der bulgarischen orthodoxen Kirche hatte kein anderer wegen der Deportationen der neubulgarischen Juden protestiert.<sup>517</sup> Den neubulgarischen Juden war nicht nur die bulgarische Staatsangehörigkeit verweigert worden, sondern auch das Recht, sich zu anderen Ländern zu bekennen, deren Staatsangehörigkeit anzunehmen und dorthin abzureisen.<sup>518</sup> Die neuen Gebiete wurden auch nicht durch eigene Abgeordnete im Parlament repräsentiert. Aber was noch wichtiger zu sein scheint ist die Erkenntnis, dass die neubulgarischen Juden über keine Beziehungen und Bindungen in Altbulgarien verfügten. Sie befanden sich ausschließlich in den größeren Städten in Mazedonien und Thrazien. Juden, die in der Peripherie, an der Grenze zu Altbulgarien lebten, wurden ins Innere der neuen Gebiete gerückt oder in Arbeitslager nach Altbulgarien geschickt. Polizeilich wurde verboten, ohne Erlaubnis die Wohngegend zu verlassen, und dies galt besonders für die neubulgarischen Juden, die als eine Gefahr für die Bulgarisierungspläne der Regierung betrachtet wurden und dazu als „Staatsfeinde“, da sich Bulgarien in diesen Gebieten im Kriegszustand mit den Nachbarn und mit den Alliierten befand.<sup>519</sup> Die neubulgarischen Juden wurden nicht zwangsweise nach Altbulgarien umgesiedelt; die einzige Verbindung, über die die neubulgarischen Juden im Entscheidungsprozess verfügten, war der Zentralrat der Juden in Sofia. Nach der Auswertung der großen Dokumentation von Kolonomos/Veskovich-Vangeli über die Deportation der mazedonischen Juden können wir unterstellen, dass der Zentralrat der Juden in Sofia eine Vermittlungsfunktion nicht erfüllte. Der

---

516 Nach einem Dokument des deutschen Innenministeriums (vgl. Toschkova, Hg. 1992: 116-117, Dokument Nr. 86) hatte das bulgarische Parlament um den 18. Februar 1943 die Deportation von 20 000 bulgarischen Juden bewilligt. Da mir keine anderen Dokumente bekannt sind, die diese Information bestätigen, nehme ich an, dass es sich um die Entscheidung im Ministerrat handelte. Dieser konnte nach dem Ermächtigungsgesetz Anordnungen mit Charakter von Gesetzen erlassen. Jedenfalls ist aus den Datenquellen und aus der Literatur bekannt, dass die Entscheidung zur Deportation und das Belev-Dannecker-Abkommen nicht im Staatsanzeiger veröffentlicht wurden, da die entscheidenden Ressorts Proteste seitens der Öffentlichkeit in Altbulgarien fürchteten und daraus ein „Geheimnis“ machten.

517 Vgl. Cohen (ed.) 1995: über die Proteste des Abgeordneten Stainov: 223-225, Dokument Nr. 95; Taneva/ Gesenko 2002: über die Proteste der Kirche gegen die Judenpolitik der Regierung: 229-234, Dokument Nr. 103.

518 Vgl. Filov 1990: 560-561, Cohen (ed.) 1995: 212-213, Dokument Nr. 88, S. 213-215, Dokument Nr. 89

519 Vgl. Filov 1990: 581 und Fußnote Nr. 23 auf S. 795.

Zentralrat verdeutlichte in der Kommunikation mit den neubulgarischen Juden nur den Wunsch, dass diese sich an die bulgarischen Gesetze halten sollten, um „*der bulgarischen Verwaltung in diesen schwierigen Zeiten keine Sorgen zu bereiten und sie nicht zu verärgern*“.<sup>520</sup> Als die Lage der Juden in Mazedonien sich nach den strengen finanziellen Restriktionen äußerst verschlechterte, baten einige Juden aus der jüdischen Gemeinde in Skopje bei der Polizei um Erlaubnis, nach Sofia zu fahren, um dort den zuständigen Ressorts ihre Lage persönlich zu schildern. Dies wurde den Juden von der lokalen Verwaltung in Skopje ausdrücklich verboten.<sup>521</sup>

Es kamen also keine neuen Problematisierungen und Teilnehmer zugunsten der neubulgarischen Juden im Entscheidungsprozess hinzu. Auch die kommunikativen Umstände in Altbulgarien boten nicht die Gelegenheit, dass sich die vier Ströme entkoppelten und zur Rettung führten. Die neubulgarischen Juden gehörten nicht zu den Protestnetzwerken, und es gibt keine Daten, die dafür sprechen, dass die neubulgarischen Juden über Freundschaften oder andere Arten persönlicher Beziehungen im Kern des Landes verfügten. Im Parlament gab es keine Lobby für die Interessen der Juden aus Neubulgarien, wie das der Fall für die altbulgarischen Juden war.<sup>522</sup> Die deutschen Interessen wurden von den bulgarischen Organisationen im Entscheidungsprozess berücksichtigt. Als Italien, Spanien und die Schweiz das Angebot einreichten, diese Juden nach Palästina zu bringen, um sie vor dem Tod zu retten, wurde sogar dies von Ministerpräsident Filov abgelehnt. Die Kombination zwischen einerseits dem Fehlen von persönlichen Beziehungen der neubulgarischen Juden zu entscheidenden Personen/ Organisationen in Altbulgarien und andererseits dem ethnischen Nationalismus führte zur endgültigen genozidalen Kopplung der Entscheidungsströme. Die Verbindung ***Bulgarisierung – Krieg(sgefahr) – politischer Opportunismus – fehlende Beziehungen*** erwies sich als tödlich für die neubulgarischen Juden.

---

520 Kolonomos/ Veskovich-Vangeli 1986: 411, Dokument Nr. 52, S. 420, Dokument Nr. 62, S. 423, Dokument Nr. 65

521 Ebd.: 465, Dokument Nr. 100, S. 466-467, Dokument Nr. 101

522 Vgl. Kazakov 1989/ 1999

## VII. ZUSAMMENFASSUNG

- **Fragestellung**

Besonders unterschiedliche regionale Viktimisierungsgrade beim Holocaust (1 bis 100 %) sind schon seit längerem Gegenstand der Forschung. Bei verschiedenen Genoziden hat man die Rettung von Opferpopulationen auf „ganzen“ Territorien bemerkt, z.B. beim Völkermord an Armeniern 1915-1917 die Nicht-Viktimisierung im Westen der heutigen Türkei oder beim Holocaust in Altbulgarien, wo ab 1943 alle Juden gerettet wurden.

In dieser Arbeit handelt es sich auch um eine spezifisch soziologische Beobachtung von unterschiedlicher genozidaler Viktimisierung. Solche soziologischen Forschungsangebote sind ausgesprochen selten. Soziologie ist innerhalb der interdisziplinären Genozidforschung immer noch nur sporadisch präsent. Neben geschichtswissenschaftlichen Arbeiten, die narrativ die genozidalen Ereignisse beschreiben, finden wir auch solche, die näher an soziologischen Theorien argumentierend Erklärungen suchen, und zwar Erklärungen über den Einzelfall hinweg, aber ohne sie zu explizieren. Politologie kann sich als Fach nicht entscheiden, ob mehr narrativ beschreibend, ob erklärend (mit oder ohne explizite soziologische Theorien) oder ob politisch-theoretisch reflektierend (in der Regel stark normativ) vorgegangen werden soll. Viele Sozialwissenschaftler rechnen Genozide Personen (oft: „Menschen“, „Individuen“) zu und betonen dann in einem zweiten Schritt Merkmale der Täterpsyche (Baumans Distanzierungsthese, Goldhagens Antisemitismusthese, Lifton/ Markusens These genozidaler Mentalitäten).

Diese Arbeit ist eine interdisziplinäre mit Akzent auf dem disziplinären Profil der Soziologie. Ein soziologischer Zugang wurde dadurch gewählt, dass der theoretische Rahmen mit Hilfe von Theorien mittlerer Reichweite konstruiert wurde und allgemeine Hypothesen über Tötung/ Rettung in genozidalen Entscheidungsprozessen explizit gebildet wurden. Völkermord wurde so definiert, dass die Tötungen/ Rettung Organisationen zugerechnet werden können, wobei „Individuen“ oder „Menschen“ außerhalb des Erkenntnisinteresses blieben. In den Mittelpunkt der Untersuchung rücken die genozidalen Entscheidungsprozesse von regionalen Organisationen.

In Anlehnung an Feins vergleichende Fallstudie habe ich ein Modell für atypische genozidale Viktimisierung erarbeitet. Dabei bin ich von zwei Beobachtungsperspektiven ausge-

gangen (Perspektive auf Opfer und auf Täter) und habe neue Faktoren vorgeschlagen, die eine wichtige Rolle für unterschiedliche Viktimisierung bei genozidalen Entscheidungsprozessen spielen können, aber bis jetzt in anderen Studien nur implizit untersucht worden sind. Diese neuen Faktoren sind als mehrere generelle Umstände zu betrachten, die sich auch nach der Auswertung des Forschungsstands über die Shoah in Bulgarien als relevant für die Fragestellung dieses Projektes herauskristallisierten. Dieses neue, von mir zur weiteren Beobachtung vorgeschlagene Schema wurde deswegen erarbeitet, weil Fein in ihrer vergleichenden Fallstudie zwar dieselbe generelle Fragestellung hat (wie kommt es zu unterschiedlicher Viktimisierung im Holocaust?), aber ihre Hypothesen an so vielen Fällen testet, dass dabei einige wichtige Charakteristiken einzelner Fälle verloren gegangen sind.

Einer von diesen Fällen Helen Feins ist Bulgarien mit insgesamt ca. 62 000 Juden (Neu- und Altbulgarien) und mit 18 % Tötung (ca. 12 000 neubulgarische Juden) und 82 % Rettung (ca. 50 000 altbulgarische Juden) während des Holocaust. Damit hebt sich Bulgarien von Dänemark, einem weiteren prominenten Fall, dadurch ab, dass in einem regionalen Entscheidungsprozess im Teilgebiet (Altbulgarien) alle Juden, dagegen in drei weiteren Teilgebieten (Pirrot – ehemals serbisch/ jugoslawisch, Thrazien – ehemals griechisch und Mazedonien – ehemals jugoslawisch: Neubulgarien) fast keine Juden gerettet wurden. Diese beiden Bulgarien-Fälle knüpfe ich an eine andere Fragestellung an, die vor allem für die wissenschaftlichen Disziplinen, die sich mit der Shoah auseinandersetzen, üblich geworden ist: die Spezifika der regionalen Entscheidungsprozesse von Organisationen. Zu diesen Regionalanalysen gehört auch die Untersuchung solcher seltener Fälle wie Bulgarien, die zum Ergebnis hatten, dass besonders viele Juden vor dem Tode gerettet wurden.

Da diese Arbeit den Anspruch erhebt, eine explizite soziologische Fragestellung zu exponieren, wurden zwei generelle, nicht an den spezifischen Fall gebundene Hypothesen herausgearbeitet, die nach der Replikationsmethode (R. K. Yin) an beliebigen weiteren Fällen getestet werden können. Dies hat sich als große Herausforderung dargestellt. Ich hatte die Schwierigkeit zu bewältigen, den konkreten Fall Bulgarien, von dem ich in Anlehnung an Feins Untersuchung ausgegangen bin, und die generelle Fragestellung nach unterschiedlicher genozidaler Viktimisierung auseinander zu halten. Der Fall Bulgarien dient zur Überprüfung zweier allgemeiner Hypothesen, die über die fallspezifischen

Grenzen hinausgehen und beim Erforschen anderer genozidaler Tötungen implementiert werden können.

Die Fragestellung über unterschiedliche Viktimisierung als Ergebnis regionaler Entscheidungsprozesse von Organisationen und die Aufteilung der Beobachtungsperspektive (auf Täter/ auf Opfer) konnten mit sozialwissenschaftlichen Theorien mittlerer Reichweite in Verbindung gebracht werden. Die explizite Verbindung zwischen theoretischen Erkenntnissen, Bildung der Hypothesen und der fallspezifischen Überprüfung ist für mich zentral.

- **Ergebnisse der Untersuchung**

Der garbage can-Ansatz wurde als theoretischer Rahmen zur Beschreibung des deutsch-bulgarischen genozidalen Entscheidungsprozesses im Holocaust herangezogen. Dabei wurde eher implizit die Frage gestellt, ob die Bedingungen einer „organisierten Anarchie“ auch beim Holocaust vorliegen. Die Operationalisierung der vier Ströme als zentrales Element des Mülleimer-Konzepts über eine a-rationale Entscheidungsfindung in Organisationen sollte vor allem zur Überprüfung der Frage 1 dienen, ob Anti-Opfer-Orientierung als ein notwendiger Faktor bei der Koordination genozidaler Entscheidungsprozesse betrachtet werden kann. Kann man nicht stattdessen andere generelle Umstände beobachten, die solche Entscheidungen begleiten und vorbestimmen, die aber keinen negativen („Anti“) Bezug zur Opferpopulation aufweisen?

Die Überprüfung dieser ersten Hypothese (*Anti-Opfer-Orientierung bei der Koordination genozidaler Fachpolitiken ist nicht nötig, um bestimmte Populationen genozidal zu viktimisieren*) an der Fallstudie über Bulgarien brachte uns zu der Erkenntnis, dass das Ausmaß an Antisemitismus (= Anti-Opfer-Orientierung) sich in Bulgarien in Grenzen hielt. Man kann aber noch fragen, ob Bulgarien tatsächlich ein „Land ohne Antisemitismus“ (Oschlies) war. Die wichtigere Frage jedoch ist, ob der kommunizierte Antisemitismus die domänenspezifischen Grenzen der Spezialressorts überschritt, in denen sich antisemitische Bewegungen, wie im KEV, eingenistet hatten. Solche antisemitische Kommunikation fand innerhalb und durch die Teilorganisation statt und beeinflusste dort die Entscheidungen. Bei der koordinierenden Entscheidungsfindung aber wurde nach anderen Kriterien vorgegangen. Im Fall Bulgarien lässt sich mit Hilfe der vier garbage can-Entscheidungsströme explizit beobachten, welche unterschiedliche Argumentation die Fach- und Dachorganisationen im Entscheidungsprozess lieferten. Die Ströme koppelten sich zu

einer genozidalen Entscheidung nicht nach dem Prinzip „Antisemitismus“ (= Anti-Opfer-Orientierung), sondern zumindest nach zwei anderen Prinzipien: „territoriale Gewinne ohne Kriegsführung“ und „keine bulgarischen Truppen an die Ostfront schicken“. Die Juden waren die einzigen, die für die bulgarischen Interessen geopfert werden konnten.

Als das Geheimnis gelüftet war, dass die bevorstehenden Deportationen nicht nur die neubulgarischen Juden betrafen, sondern auch die Juden aus Altbulgarien, kamen neue Teilnehmer und Problematisierungen im Entscheidungsprozeß hinzu. Hier sehen wir die zweite Hypothese (*Restbestände an Demokratie verhindern Völkermord, wenn solche semi-demokratischen Verhältnisse durch brokerage ergänzt werden*) bestätigt. Ausgehend von den Konzepten der relativen Demokratie und der brokerage, konnten wir im Fall Bulgariens zu folgendem Ergebnis kommen: relativ demokratische Verhältnisse ermöglichen, dass sich Grenzstellen eigener Art an den entscheidenden Organisationen bilden und dadurch Bedingungen für broker-Beziehungen geschaffen werden. Das autoritäre Regime in Bulgarien hat die Etablierung eines völlig geschlossenen politischen Systems nicht erzielt. Obwohl die Parteien verboten waren, hat sich ein relativer politischer Pluralismus sowie der Erhalt und die Neubildung verschiedener Arten von Opposition etabliert. Für die Stabilität des Regimes war der Erhalt der Regierungsmehrheit von großer Bedeutung. Dies war Peshev in seiner Rolle als politischer broker klar: Seine Protestaktion, unterstützt von weiteren 42 Abgeordneten der regierenden Mehrheit diente der Rettung der altbulgarischen Juden.

Anders entwickelte sich die Situation der neubulgarischen Juden. Das Fehlen von persönlichen Beziehungen zu Grenzstellen in entscheidenden Organisationen im Kernland und der ausdrückliche nationalistische Konsens führten zur endgültigen genozidalen Kopplung der Entscheidungsströme für diese Juden. Wir müssen aber die folgende Unterscheidung machen:

1. Die vier Ströme im bulgarischen Entscheidungsprozess *koppelten sich* zunächst zu einer *Genozidentscheidung* für 20 000 neu- und altbulgarische Juden (erste Entscheidung),
2. *entkoppelten sich* wieder, dadurch, dass die 8.000 altbulgarischen Juden von der Deportation ausgenommen wurden (zweite Entscheidung) und
3. blieben *genozidal gekoppelt* für die 12.000 neubulgarischen Juden (keine ganz neue Entscheidung, aber eine neue alte Entscheidung).

Die Hypothese 1 sehe ich bei der Entscheidung 1 als bestätigt an: die letztliche Entscheidungsfindung im koordinierenden Ministerrat kann als Bezugnahme auf Konstellationen mehrerer Umstände betrachtet werden, die man nicht auf eine Anti-Opfer-Orientierung zurückführen kann. Solche Umstände sind im Fall Bulgarien der Konsens über Nichtteilnahme am Krieg gegen Russland sowie der Konsens über die Beibehaltung der neuen Gebiete nach dem Kriegsende.

Bei der Entscheidung 2 kam es zu einer *Entkopplung* der Ströme für die altbulgarischen Juden, die zu ihrer Rettung führte. Für die neubulgarischen Juden blieben die Entscheidungsströme *genozidal gekoppelt* (keine 3. neue Entscheidung, aber neue Faktoren), woraus sich der untersuchte Viktimisierungsunterschied ergibt: Rettung und Tötung im selben Entscheidungsprozess (1, 2 und 3).

Die Hypothese 3 (*Organisierter Judenmord wird nicht nur durch Antisemitismus, sondern auch durch ethnischen Nationalismus gefördert*) dient zur Unterstützung der ersten Hypothese, jedoch kam es zu einem scheinbaren Widerspruch bei ihrer Überprüfung: Wenn wir den ethnischen Nationalismus als entscheidenden Faktor für die Deportationen der neubulgarischen Juden betrachten, wird dann eine „Anti-Opfer“-Orientierung bestätigt (auch wenn es sich nicht um Antisemitismus handelt)? Da aber bei der ersten Entscheidung keine nationalistische Argumentation erbracht wurde, betrachte ich die erste Hypothese weiterhin als bestätigt, auch wenn für die endgültige genozidale Kopplung für die neubulgarischen Juden ethnisch-nationalistische Faktoren eine Rolle spielten. Ich sehe darin jedenfalls keine Anti-Opfer-Orientierung in dem Sinne, dass sie gegen die *spezifischen* Todesopfer (Juden) gerichtet war, wenn man bei einer „Pro-Bulgarien“-Politik überhaupt von „Anti“-Orientierung sprechen will. Der nationalistische Konsens bezüglich der neuen Gebiete führte zunächst zum Versuch der Bulgarisierung mittels Vertreibung, aber nicht mittels Tötung. Diese Maßnahmen betrafen nicht nur die neubulgarischen Juden, sondern *alle* Minderheiten, die diesem Prozess im Wege standen. Die neubulgarischen Juden wurden zum Opfer einer generellen ethnonationalistischen Politik, die als ihr Hauptziel einen großbulgarischen Staat definierte. Das Zusammentreffen mehrerer Faktoren im Entscheidungsprozess führte zu einer endgültigen Genozidentscheidung: Eine opportunistische Politik sowie das generellere Bulgarisierungsziel in den neuen Gebieten führten zur genozidalen Tötung dieser Population.

## Datenquellen in Archiven:

### I. Staatliches Zentralarchiv für Geschichte (ZDIA) im Staatlichen Zentralarchiv, Sofia (ZDA)

1. **Akten des Parlaments:** Fond 173-K<sup>523</sup>/ 6/ 1349, 1438, 1733, 1734, 2199, 2212
2. **Akten des Innenministeriums:** Fond 264-K/ 1/ 119, 123, 127, 178, 185, 302, 307, 453, 454, 458, 463, 496, 497, 506
3. **Judenkommissariat (KEV):** Fond 190-K/1/: 389; Fond 190-K/3/ 17, 52
4. **Justizministerium:** Fond 242-K/ 2/ 2002, 2362, 2410, 2444, 2514, 2554, 2556
5. **Außenministerium:** Fond 176-K/1/ 3108, 3126, 3137; Fond 176-K /8/ 805, 806, 830, 968, 1067, 1115, 1184, 1205, 1236, 1272, 1287; Fond 176-K /11/ 1261
6. **Fond Dimitar Peshev:** Fond 1335-K/ 1/11, 17, 23, 28, 34, 57, 72, 79, 82, 84, 85, 88, 89, 94, 95, 102, 107, 109, 114, 116, 118, 121, 126, 127, 128, 131, 133, 134, 135, 136, 138, 140, 142, 147, 151, 156, 162, 164, 165
7. **Akten des Volksgerichts:** Fond 250-B<sup>524</sup>/1/ 37, 39, 40

### II. Deutschland, Politisches Archiv. Auswärtiges Amt, Bestand: Inland IIg, Bd. 183, Bl. 486187-486361, Akten, betreffend: Judenfrage in Bulgarien 1941-1944, fotokopiert in: ZDA (siehe I), KMF06, 698/12

---

523 Der Buchstabe K kennzeichnet die Periode von 1878 bis zum Ende des II. Weltkriegs.

524 Der Buchstabe B kennzeichnet die Akten der Kommunistischen Partei, Parteiarchiv.

## **Publizierte Datenquellen und Literatur:**

Aly, Götz 1995: „Endlösung“. Völkerverschiebung und der Mord an den europäischen Juden, Frankfurt am Main

Aly, Götz/ Susanne Heim 1991: Vordenker der Vernichtung: Auschwitz und die deutschen Pläne für eine neue europäische Ordnung, Hamburg

Aly, Götz 2001: Das Prinzip Vertreibung, in: Spiegel Special 1: 36-40

Arendt, Hannah 1986: Eichmann in Jerusalem. Ein Bericht von der Banalität des Bösen, 9. Auflage, München

Bagley, Bruce Michael 1984: Colombia: National Front and Economic Development, in: Robert Wesson (ed.), Politics, Policies, and Economic Development in Latin America, Stanford, Cal.: 124-160

Barouh, Emmy 2002: Peshev's List: The Fate of the Bulgarian Jews During the World War II, in: Ognyan Minchev/ Valeri Ratchev/ Marin Lessenski (eds.), Bulgaria for NATO 2002, Sofia: 81-95

Barouch, Nir 1991: Otkuput. Zar Boris i sudbata na bulgarskite evrei, Sofia

Bar-Zohar, Michael (1998) 1999: Beyond Hitler's Grasp. The Heroic Rescue of Bulgaria's Jews, Holbrooke, Mass.

Beetham, David 1994: Key Principles and Indices for a Democratic Audit, in: Beetham, David (ed.), Defining and Measuring Democracy, London: 25-43

Berger, Ulrike/ Isolde Bernhard-Mehlich 1993: Die verhaltenswissenschaftliche Entscheidungstheorie, in: Alfred Kieser (Hg.), Organisationstheorien, Stuttgart: 133-169

Blok, Anton 1969a: Variations in Patronage, in: Sociologische Gids 16: 365-378

Blok, Anton 1969b: Peasants, Patrons and Brokers in Western Sicily, in: Anthropological Quarterly 42: 155-170

Boissevain, Jeremy 1968: The Place of Non-Groups in the Social Science, in: Man (NS) 3: 543-556

Boissevain, Jeremy 1969: Patrons as Brokers, in: Sociologische Gids 16: 379-386

Boissevain, Jeremy 1973: An Exploration of Two First-order Zones, in: Jeremy Boissevain/ J. Clyde Mitchell (eds.), Network Analysis. Studies in Human Interaction: 125-151

Boissevain, Jeremy 1974: Friends of Friends. Networks, Manipulators and Coalitions, Bristol

Boyadjiev, Christo 1991: Spasjavaneto na bulgarskite evrei prez Vtorata svetovna voina, Sofia

- Brunnbauer, Ulf/ Karl Kaser (Hg.) 2001: Vom Nutzen der Verwandten. Soziale Netzwerke in Bulgarien (19. und 20. Jahrhundert), Wien
- Brustein, William I./ Ryan D. King 2004: Balkan Anti-Semitism: The Cases of Bulgaria and Romania before the Holocaust, in: East European Politics and Societies 18: 430-454
- Burkolter, Verena 1976: The Patronage System. Theoretical Remarks, Social Strategies, Basel
- Chary, Frederick B. 1972: The Bulgarian Jews and the Final Solution 1940-1944, Pittsburgh
- Cohen, David (ed.) 1995: The Survival. A Compilation of Documents 1940-1944, Sofia (in bulgarischer Sprache mit Zusammenfassung zu jedem Dokument auf Englisch)
- Cohen, Michael D./ James J. March/ John P. Olsen (1972) 1990: Ein Papierkorbmodell für organisatorisches Wahlverhalten, in: James J. March (ed.), Entscheidung und Organisation, Wiesbaden: 329-372
- Collier, David/ Steven Levitsky 1997: Democracy with Adjectives. Conceptual Innovation in Comparative Research, in: World Politics 49: 430-451
- Crampton, Richard J. 1996: The Historical Legacy: The Problem of Political Stability in Bulgaria before 1944, in: Höpken, Wolfgang (Hg.), Revolution auf Raten. Bulgariens Weg zur Demokratie, München: 9-27
- Croissant, Aurel 2002: Einleitung: Demokratische Grauzonen – Konturen und Konzepte eines Forschungszweigs, in: Petra Bendel/ Aurel Croissant/ Friedbert W. Rüb (Hg.), Zwischen Demokratie und Diktatur. Zur Konzeption und Empirie demokratischer Grauzonen, Opladen: 9-55
- Croissant, Aurel/ Peter Thiery 2000: Defekte Demokratie. Konzept, Operationalisierung und Messung, in: Hans-Joachim Lauth/ Gert Pickel/ Christian Welzel (Hg.), Demokratiemessung. Konzepte und Befunde im internationalen Vergleich, Wiesbaden: 89-112
- Dahl, Robert 1971: Poliarchy. Participation and Opposition, New Haven/ London
- Dahl, Robert 1989: Democracy and its Critics, New Haven
- Dammann, Klaus 2002: Garbage Can Decision Processes? A sociological redescription of the functionalist research programme in Shoah historiography, Bielefelder Arbeiten zur Verwaltungssoziologie 2002/1, Bielefeld
- Dammann, Klaus/ Rossitza Ivkova 2001: Rettung und Mord bulgarischer Juden – Ansätze einer soziologischen Redeskription, Bielefelder Arbeiten zur Verwaltungssoziologie 2001/5, Bielefeld (bulgarisch in: Jahrbuch der Universität Sofia, Phil. Fakultät, Sofia 2003)
- Daskalov, Georgi 1990: Izgrajdane na bulgarskata administracija i politiceskata sistema v novoosvobodnite zemi na sapadna Trakia i iztocna Makedonia (1941-1944 g.), Voennohistoriceski sbornik: 103-127

- De Graaf, Nan Dirk/ Hendrik Derk Flap 1988: With a little help from my friends: Social resources as an explanation of occupations status and income in West Germany, The Netherlands, and the United States, in: *Social Forces* 67: 452-472
- Dimitrov, Ilco 1969: *Burjoaznata opozizia v Bulgaria 1939/1944*, Sofia
- Dimitrov, Ilco 1980a: Bulgarien in der europäischen Politik zwischen den beiden Weltkriegen. (Vorläufige Schlussfolgerungen), in: *Bulgarische Sprache, Literatur und Geschichte, Südosteuropa Studien* 27, *Bulgarische Sammlung*, Bd. 1: 203-227
- Dimitrov, Ilco 1980b: Bulgarskijat pecat v navecerieto na vtorata svetovna voina (1934-1939), in: *Annuaire de l'universite de Sofia „Kliment Ohridski“*, *Faculte d'histoire* 74: 287-322
- Dimitrov, Ilco 2000: *Bulgarskata demokraticna obstestvenost, faschismut i voinata 1934-1939*, Sofia
- Eisenstadt, Shmuel-Noah 1976: Preface: Some analytical approaches to the Study of Patronage, in: Burkolter, Verena (ed.), *The Patronage System: Theoretical Remarks*, Basel: VII-XII
- Eisenstadt, Shmuel-Noah/ Luis Roniger 1981: The Study of Patron-Client Relations and Recent Developments in Sociological Theory, in: Shmuel-Noah Eisenstadt/ Rene Lemarchand (eds.), *Political Clientelism, Patronage and Development*, London: 271-295
- Eisenstadt, Shmuel-Noah/ Luis Roniger (eds.) 1984: *Patrons, Clients and Friends. Interpersonal Relations and the Structure of Trust in Society*, Cambridge, UK
- Fein, Helen 1979: *Accounting for Genocide. National Responses and Jewish Victimization During the Holocaust*, New York
- Fein, Helen 1993a: *Genocide. A Sociological Perspective*, 2nd ed., London et al.
- Fein, Helen 1993b: Accounting for Genocide after 1945: Theories and Some Findings, in: *International Journal on Group Rights* 1: 79-106
- Fein, Helen 1995: More Murder in the Middle: Life-Integrity Violations and Democracy in the World, 1987, in: *Human Rights Quarterly* 17: 170-191
- Filov, Bogdan 1990: *Dnevnik*, Sofia
- Fleischer, Hagen 1996: Griechenland, in: Wolfgang Benz (Hg.), *Dimension des Völkermords. Die Zahl der jüdischen Opfer des Nationalsozialismus*, München: 241-274
- Foster, George M. 1963: The Dyadic Contract in Tzintzuntzan, II: Patron-Client Relationship, in: *American Anthropologist* 65: 1280-1294
- Förster, Stig/ Gerhard Hirschfeld (Hg.) 1999: *Genozid in der modernen Geschichte*, Münster
- Gentshev, Nikolai 1972: Bulgaro-germanski diplomaticeski odnoschenia (1938-1941 g.), in: *Bulgaro-germanski odnoschenia i vruzki, Izsledvania i materialy*, Band 1, Sofia

- Gerlach, Christian 1998: Krieg, Ernährung, Völkermord. Forschungen zur deutschen Vernichtungspolitik im Zweiten Weltkrieg, Hamburg
- Gerlach, Christian/ Götz Aly 2002: Das letzte Kapitel. Der Mord an den ungarischen Juden, Stuttgart/ München
- Gibson, James L. 2001: Social Networks, Civil Society and the Prospects of Consolidating Russia's Democratic Transition, in: American Journal of Political Science 45: 51-69
- Glenny, Misha 1999: The Balkans 1804-1999. Nationalism, War and the Great Powers, London
- Granovetter, Mark S. 1973: The Strength of Weak Ties, in: American Journal of Sociology 78: 1360-1380
- Granovetter, Mark S. 1982: The Strength of Weak Ties: A Network Theory Revisited, in: Peter V. Marsden/ Nan Lin (eds.), Social Structure and Network Analysis, London et al.: 105-131
- Groueff, Stephane 1987: Crown of Thorns. The Regime of King Boris III of Bulgaria 1918-1943, Lanham et al.
- Groueff, Stephane 1991: Korona ot truni. Zaruvaneto na Zar Boris III 1918-1943, Sofia
- Heinsohn, Gunnar 1998: Lexikon der Völkermorde, Hamburg
- Herbert, Ulrich 1996: Best. Biographische Studien über Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft 1903-1989, Bonn
- Herbert, Ulrich (Hg.) 1998: Nationalsozialistische Vernichtungspolitik 1939-1945. Neue Forschungen und Kontroversen, Frankfurt am Main
- Hilberg, Raul (1961) 1982: Die Vernichtung der europäischen Juden. Die Gesamtgeschichte des Holocaust, Berlin
- Holz, Klaus 1998: Gemeinschaft und Identität, in: Österreichische Zeitschrift für Soziologie 23: 3-26
- Holz, Klaus 2000: Die Figur des Dritten in der nationalen Ordnung der Welt, in: Soziale Systeme 6: 269-290
- Holz, Klaus 2001: Nationaler Antisemitismus: Wissenssoziologie einer Weltanschauung, Hamburg
- Hoppe, Hans-Joachim 1979: Bulgarien – Hitlers eigenwilliger Verbündeter. Eine Fallstudie zur nationalsozialistischen Südosteuropapolitik, Stuttgart
- Hoppe, Hans-Joachim 1996: Bulgarien, in: Wolfgang Benz (Hg.), Dimension des Völkermords. Die Zahl der jüdischen Opfer des Nationalsozialismus, München: 275-310
- Huntington, Samuel P. 1991: The Third Wave of Democratization: Democratization in the Late Twentieth Century, London

- Janos, Andrew C. 1970: The One-Party State and Social Mobilization: East Europe between the Wars, in: Samuel P. Huntington/ Clement H. Moore (eds.), *Authoritarian Politics in Modern Society. The Dynamics of Established One-Party Systems*, New York/ London: 205-236
- Jansen, Dorothea 1999: *Einführung in die Netzwerkanalyse. Grundlagen, Methoden, Anwendungen*, Opladen
- Karakasidou, Anastasia N. 1997: *Fields of Wheat, Hills of Blood. Passages to Nationhood in Greek Macedonia, 1870-1990*, Chicago/ London
- Kazakov, Emil 1989/ 1999: Spasjavaneto na evreite v Bulgaria, in: OKPOE, Bd. 30: 103-114
- Kähler, Harro Dietrich 1975: Das Konzept des sozialen Netzwerks: Eine Einführung in die Literatur, in: *Zeitschrift für Soziologie* 4: 283-290
- Kenny, Michael 1977: *Patterns of Patronage in Spain*, in: S. W. Schmidt et al. (eds.), *Followers and Factions: A Reader in Political Clientelism*, Berkeley:
- Kolonomos, Zhamila/ Vera Veskovich-Vangeli 1986: *The Jews in Macedonia During the Second World War (1941-1945). Collection of Documents*, Skopje (in mazedonischer Sprache)
- Krennerich, Michael 2002: Weder Fisch noch Fleisch? Klassifikationsprobleme zwischen Diktatur und Demokratie, in: Petra Bendel/ Aurel Croissant/ Friedbert W. Rüb (Hg.), *Zwischen Demokratie und Diktatur. Zur Konzeption und Empirie demokratischer Grauzonen*, Opladen: 55-71
- Lammers, Cornelius J. 1995: Levels of Collaboration. A Comparative Study of German Occupation Regimes During the Second World War, in: *Netherlands Journal of the Social Sciences* 31: 3-31
- Lauth, Hans-Joachim/ Gert Pickel/ Christian Welzel 2000: Grundfragen, Probleme und Perspektiven der Demokratiemessung, in: Hans-Joachim Lauth/ Gert Pickel/ Christian Welzel (Hg.), *Demokratiemessung. Konzepte und Befunde im internationalen Vergleich*, Wiesbaden: 7-27
- Lauth, Hans-Joachim/ Gert Pickel/ Christian Welzel (Hg.) 2000: *Demokratiemessung. Konzepte und Befunde im internationalen Vergleich*, Wiesbaden
- Lindblom, Charles E./ David Braybrooke 1963: *A Strategy of Decision*, New York
- Linz, Juan J. 2000 (1975): *Totalitäre und autoritäre Regime*, Berlin
- Luhmann, Niklas 1984: *Soziale Systeme*, Frankfurt am Main
- Luhmann, Niklas 1991: Probleme der Forschung in der Soziologie, in: *Forschung an der Universität Bielefeld* Nr.3: 40-42
- Luhmann, Niklas 2000: *Organisation und Entscheidung*, Opladen

- Mann, Michael 1999: The Dark Side of Democracy: The Modern Tradition of Ethnic and Political Cleansing, in: New Left Review 235(May-June): 18-46
- Mantschev, Krastjo 1993: Parlamentarnata demokrazia v Bulgaria 1918-1934 g., in: Kostadin Paleschutski et al., „681-1948. Iz istoriata na bulgarskata narodnost i durjava. Izsledvania, Analizi, Preozenki, Sofia: 265-274
- March, James G. 1994: A Primer on Decision Making. How Decisions Happen, New York
- March, James G./Johan P. Olsen 1976: Ambiguity and Choice in Organizations, Oslo et al.
- March, James G./ Roger Weissinger-Baylon (eds.) 1986: Ambiguity and Command. Organizational Perspectives on Military Decision Making, Marshfield, Mass.
- Matkowski, Aleksandar 1982: The Destruction of Macedonian Jews, Skopje
- Mayer, Adrian C. 1967: Patrons as Brokers: Rural Leadership in Four Overseas Indian Communities, in: M. Freedman (ed.), Social Organization, Essays Presented to Raymond Firth, Chicago: 167-188
- Mayer, Adrian C. 1977: The Significance of Quasi-groups in the Study of Complex Societies, in: S. W. Schmidt et al. (eds.), Friends, Followers, and Factions: A Reader in Political Clientelism, Berkeley: 43-54
- Mitchel, Clyde J. 1974: Social Networks, in: Annual Review of Antropology 3: 279-299
- Mommsen, Hans 1983: Die Realisierung des Utopischen: Die „Endlösung der Judenfrage“ im „Dritten Reich“, in: Geschichte und Gesellschaft 9: 381-420
- Mommsen, Hans 2002: Auschwitz, 17. Juli 1942. Der Weg zur europäischen „Endlösung der Judenfrage“, München
- Mühlmann, Wilhelm E. 1982: Zur Soziologie komplexer Gesellschaften, in: Schweizerische Zeitschrift für Soziologie 8: 53-62
- Nassehi, Armin 1997: Kommunikation verstehen. Einige Überlegungen zur empirischen Anwendbarkeit einer systemtheoretisch informierten Hermeneutik, in: Tilmann Sutter (Hg.), Beobachtung verstehen, Verstehen beobachten. Perspektiven einer konstruktivistischen Hermeneutik, Opladen: 134-163
- Nissim, Gabrielle 2000: Der Mann, der Hitler stoppte. Dimitar Peshev und die Rettung der bulgarischen Juden, Berlin
- Ohlemacher, Thomas 1991: Persönliche Netzwerke und die Mobilisierung politischen Protests. Stand der Forschung und strukturanalytische Perspektiven, Berlin
- Oren, Nissan 1971: Bulgarian Communism: the Road to Power 1934-1944, New York
- Oren, Nissan 1973: Revolution Administered. Agrarianism and Communism in Bulgaria, Baltimore/ London

- Oren, Nissan (1969) 1989: The Bulgarian Exception: a Reassessment of the Salvation of the Jewish Community, in: Michael R. Marrus (ed.), The Nazi Holocaust. Volume 4.1: The „Final Solution“ Outside Germany, Westport, Conn.: 393-415
- Oschlies, Wolf 1972: Bulgariens Juden in Vergangenheit und Gegenwart, Köln
- Oschlies, Wolf 1976: Bulgarien – Land ohne Antisemitismus, Erlangen
- Paunovsky, Ivan 1971: Vazmezdieta, Sofia
- Poppetrov, Nikolaj P. 1982: Faschismus in Bulgarien. Geschichte und Geschichtsschreibung, in: Südost-Forschungen 41: 199-218
- Poppetrov, Nikolaj P. 1988: Der Übergang vom System der bürgerlichen Demokratie zum parteilosen autoritären Regime in Bulgarien nach dem 19. Mai 1934, in: Jahrbuch für Geschichte Osteuropas 36: 530-551
- Poppetrov, Nikolaj P. 1995: Autoritarismus und Autoritäres Regime in Bulgarien, in: Erwin Oberländer (Hg.), Autoritäre Regime in Ostmitteleuropa 1919-1944, Mainz: 181-195
- Poppetrov, Nikolaj P. 2001: Flucht aus der Demokratie: Autoritarismus und autoritäres Regime in Bulgarien 1919-1944, in: Erwin Oberländer (Hg.), Autoritäre Regime in Ostmittel- und Südosteuropa 1919-1944, Paderborn: 379-403
- Poulton, Hugh 1991: The Balkans. Minorities and States in Conflict, London
- Roniger, Luis 1994: The Comparative Study of Clientelism and the Changing Nature of Civil Society in the Contemporary World, in: Luis Roniger/ Günes-Ayata Ayse (eds.), Democracy, Clientelism, and Civil Society, Boulder, Col.: 1-19
- Rummel, Rudolph J. 1994: Power, Genocide and Mass Murder, in: Journal of Peace Research 31: 1-10
- Rummel, Rudolph J. 1995: Democracy, Power, Genocide and Mass Murder, in: Journal of Conflict Resolution 39: 3-26
- Rummel, Rudolph J. 1997: Power Kills. Democracy as a Method of Nonviolence, New Brunswick New Jersey
- Rummel, Rudolph J. 1998: Statistics of Democide. Genocide and Mass Murder since 1900, Münster/ New Brunswick
- Rüb, Friedbert W. 2002: Hybride Regime: Politikwissenschaftliches Chamäleon oder neuer Regimetypus? Begriffliche und konzeptionelle Überlegungen zum neuen Pessimismus in der Transitologie, in: Petra Bendel/ Aurel Croissant/ Friedbert W. Rüb (Hg.), Zwischen Demokratie und Diktatur. Zur Konzeption und Empirie demokratischer Grauzonen, Opladen: 99-119
- Schmidt, Manfred G. 2000: Demokratietheorien, 3. Auflage, Opladen
- Schmuhl, Hans-Walter 1992: Rassenhygiene, Nationalsozialismus, Euthanasie: von der Verhütung zur Vernichtung „lebensunwerten Lebens“, 1890-1945, 2. Auflage, Göttingen

- Schweizer, Thomas (Hg.) 1989: Netzwerkanalyse: Ethnologische Perspektiven, Berlin
- Scott, James C. 1977: Patron-Client Politics and Political Change in Southeast Asia, in: S. W. Schmidt et al. (eds.), Friends, Followers, and Factions: A Reader in Political Clientelism, Berkeley: 123-146
- Seewann, Gerhard (Hg.) 1992: Minderheitenfragen in Südosteuropa. Beiträge der Internationalen Konferenz: The Minority Question in Historical Perspective 1900-1990, München
- Seibel, Wolfgang/ Jörg Raab 2003: Verfolgungsnetzwerke. Zur Messung von Arbeitsteilung und Machtdifferenzierung in den Verfolgungsapparaten des Holocaust, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 55: 197-230
- Simon, Herbert A. 1976: Administrative Behavior. A Study of Decision-Making Processes in Administrative Organizations, New York
- Spittler, Gerd 1977: Staat und Klientelstruktur in Entwicklungsländern: Zum Problem der politischen Organisation von Bauern, in: Archives Européennes de Sociologie 18: 57-63
- Steuer, Claudia 1997: Theodor Dannecker: Ein Funktionär der „Endlösung“, Essen
- Sugar, Peter F./ Ivo J. Lederer 1969: Nationalism in Eastern Europe, Seattle, Washington
- Taneva, Albena/ Gesenko, Vanja 2002: Glasove v zastita na grajdanskoto obstestvo. Protokoli na Svetia Sinod na Bulgarskata pravoslavna zarkva po evreiskia vapros (1940-1944g.), Sofia
- Thiery, Peter 2002: Demokratie und defekte Demokratien. Zur notwendigen Revision des Demokratiekonzepts in der Transformationsforschung, in: Petra Bendel/ Aurel Croissant/ Friedbert W. Rüb (Hg.), Zwischen Demokratie und Diktatur. Zur Konzeption und Empirie demokratischer Grauzonen, Opladen: 71-99
- Toschkova, Vitka 1985: Bulgaria v balkanskata politika na USA 1939/1944, Sofia
- Toschkova, Vitka (Hg.) 1992: Bulgaria: svoenravnijat sauznik na Tretia raich, Sofia
- Toschkova, Vitka 1997: Fragmenti ot istoriata na evreite v Bulgaria, Sofia
- Velez-Inanes, Carlos G. 1978: Amigos Politicos O Amigos Sociales: The Politics of Putting Someone in Your Pocket. Strategies of Power Among Brokers in Central Urbanizing Mexico, in: Human Organization 37: 368-377
- Wagenstein, Angel 2003: Collective Memory: The Bulgarian Case, in: Emmy Barouh (ed.): History and Memory. Bulgaria: Facing the Holocaust, Sofia: 71-82
- Weber-Pazmino, Goia 1991: Klientelismus. Annäherung an das Konzept, Dissertation phil., Zürich
- Wegener, Bernd 1987: Vom Nutzen entfernter Bekannter, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 39: 278-301

Wesson, Robert (ed.) 1984: Politics, Policies, and Economic Development in Latin America, Stanford, Cal.

Westphal, Peter 2001: Garbage can: Ein Papierkorb-Modell für organisatorisches Wahlverhalten. Analyse der konzeptionellen Probleme bei der empirischen Beobachtung von organisationalen Entscheidungsprozessen, Diplomarbeit rer. soc., Bielefeld

Weyer, Johannes (Hg.) 2000: Soziale Netzwerke. Konzepte und Methoden der sozialwissenschaftlichen Netzwerkforschung, München

Wolf, Eric R. 1956 (1971): Aspects of Group Relations in a Complex Society: Mexico, in: American Anthropologist 58: 1065-1078

Yin, Robert K. 1984: Case Study Research: Design and Methods, Thousand Oaks, Cal. et al.

Zimmermann, Michael 1996: Rassenutopie und Genozid: die nationalsozialistische „Lösung der Zigeunerfrage“, Hamburg

**Anlage 1: „Clodius-Abkommen“ von 1941  
über Mazedonien und Pirot**

Deutsche Gesandtschaft

Копия на апа Лобман  
7. VIII. 6 1/2. лет.

12

250 1 48

Sty

3

Aufzeichnung

Die Deutsche Gesandtschaft benötigt dringend für den Dienstgebrauch eine beglaubigte Abschrift des <sup>24. April</sup> 27. April d.J. zwischen dem Herrn Aussenminister und dem Gesandten Clodius unterzeichneten Abkommens betr. die ehemals jugoslawischen Gebiete.

Sofia, den 7. August 1941.

Копия на апа Лобман  
7. VIII. 41

1. In den von Bulgarien besetzten Teil des ehemaligen jugoslawischen Staates kann Deutschland die von ihm eingeleitete Ausbeute an industriellen Rohstoffen, vor allem an Mineralien, uneingeschränkt weiterbetreiben. Dies gilt nicht nur für erteilte Konzessionen, sondern auch für Unternehmungen, die erst jetzt oder später in Angriff genommen werden. Deutschland kann alle in diesen Gebieten von deutschen Gesellschaften gewonnenen Rohstoffe uneingeschränkt ausführen.

In den Gebieten, die bei einer endgültigen Regelung an Bulgarien fallen, wird der bulgarische Staat bei der Erteilung weiterer neuer Konzessionen die deutschen Interessen bevorzugt berücksichtigen. Die Bulgarische Regierung erklärt sich damit einverstanden, dass die in den Bulgarien zufallenden Gebieten westlich, nördlich und nordöstlich von Skoplje liegenden Chromerzvorkommen in deutsches Eigentum überführt werden.

2. Die von deutschen Truppen in dem ehemals jugoslawischen Gebiet, dessen Besetzung jetzt von bulgarischen Truppen übernommen wird, vorgenommenen Beschlagnahmungen werden zu Gunsten Deutschlands aufrechterhalten.

Die Kosten für deutsche militärische Anlagen in dem von Bulgarien besetzten ehemals jugoslawischen Gebiet werden für die Dauer des Krieges, soweit es sich um Kosten handelt, die in dem Gebiet selbst entstehen, von Bulgarien übernommen.

Bulgarien trägt ferner die Kosten, die in dem von Bulgarien besetzten ehemals jugoslawischen Gebiet durch die Anwesenheit deutscher Truppen in dem Gebiet selbst entstanden und durch die Ausgabe von Reichskreditkassenschei-

nen gedeckt worden sind. Das Gleiche gilt für Kosten, die in Zukunft etwa in dem Gebiet noch entstehen werden. Die Bulgarische Nationalbank wird dementsprechend die Kreditkassenscheine, die in dem von Bulgarien besetzten Gebiet von deutschen Truppen ausgegeben worden sind, zum Clearingkurs einlösen und sie der Hauptverwaltung der Reichskreditkasse ohne Entschädigung zur Verfügung stellen.

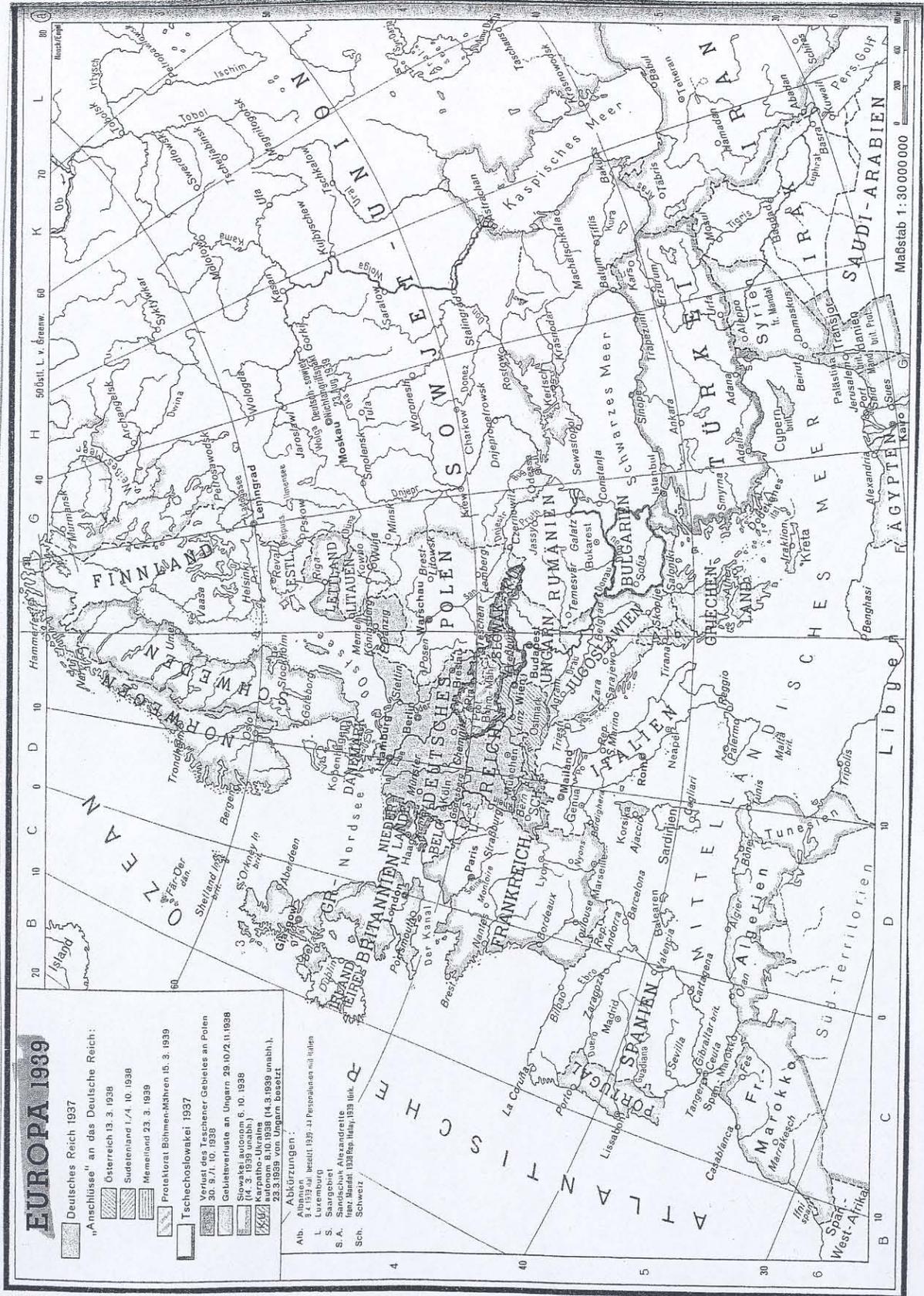
4. In den von Bulgarien besetzten Gebieten untersteht das feindliche Vermögen deutscher Zwangsverwaltung. Dies gilt nicht für das Eigentum von Staatsangehörigen des ehemaligen jugoslawischen Staates.

5. Die bulgarische Regierung ist damit einverstanden, dass die Wanderarbeiter, die bisher aus den von Bulgarien besetzten ehemals jugoslawischen Gebieten in Deutschland eingesetzt worden sind, weiterhin in Deutschland arbeiten. Sie wird dafür sorgen, dass die weitere Anwerbung von Wanderarbeitern für Deutschland nicht behindert wird.

6. Bulgarien haftet Deutschland und seinen Staatsangehörigen gegenüber den ihm bei der endgültigen Regelung des ehemaligen jugoslawischen Staates zufallenden Gebieten entsprechend für die Verpflichtung<sup>en</sup> des ehemaligen jugoslawischen Staates und der jugoslawischen Nationalbank.

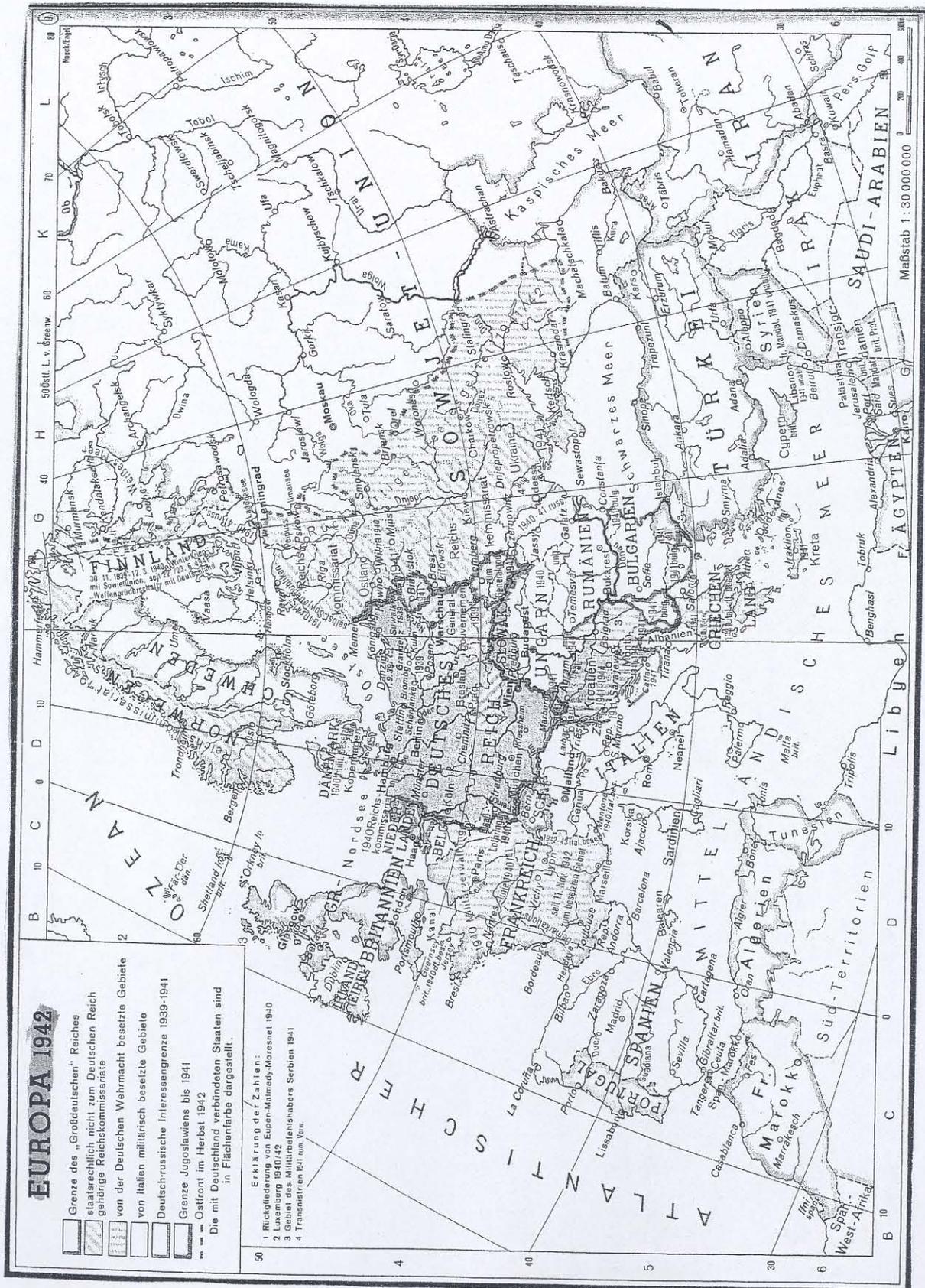
24-IV - 94

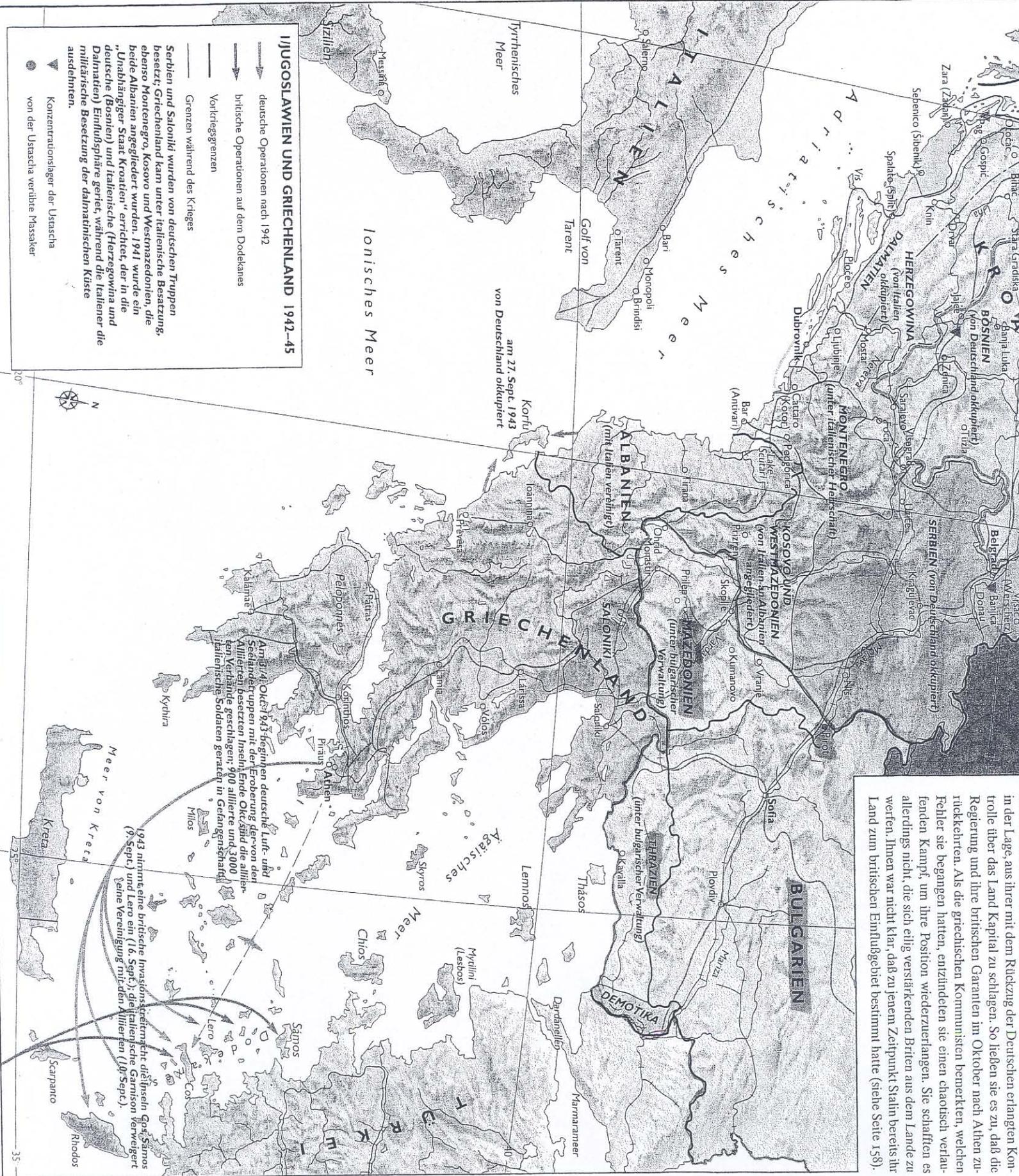
## **Anhang 1: Karten**



# Karte Nr. 2

aus: Grosser Historischer Weltatlas, III. Teil Neuzeit, Beyerischer Schulbuch Verlag, 1967





**YUGOSLAWIEN UND GRIECHENLAND 1942-45**

- deutsche Operationen nach 1942
- britische Operationen auf dem Dodekanes
- Vorkriegsgrenzen
- Grenzen während des Krieges
- ▲ Serbien und Saloniki wurden von deutschen Truppen besetzt; Griechenland kam unter italienische Besatzung, ebenso Montenegro, Kosovo und Westmazedonien, die beide Albanien angegliedert wurden. 1941 wurde ein „Unabhängiger Staat Kroatien“ errichtet, der in die deutsche (Bosnien) und italienische (Herzegowina und Dalmatien) Einflusssphäre geriet, während die Italiener die militärische Besetzung der dalmatinischen Küste ausdehnten.
- Konzentrationslager der Ustascha
- von der Ustascha verübte Massaker

...matische Ober...  
 in der Lage, aus ihrer mit dem Rückzug der Deutschen erlangten Kontrolle über das Land Kapital zu schlagen. So liebten sie es zu, daß die Regierung und ihre britischen Garantien im Oktober nach Athen zurückkehrten. Als die griechischen Kommunisten bemerkten, welchen Fehler sie begangen hatten, entzündeten sie einen chaotisch verlaufenden Kampf, um ihre Position wiederzuerlangen. Sie schafften es allerdings nicht, die sich eilig verstärkenden Briten aus dem Lande zu werfen. Ihnen war nicht klar, daß zu jenem Zeitpunkt Stalin bereits ihr Land zum britischen Einflugsgebiet bestimmt hatte (siehe Seite 158).

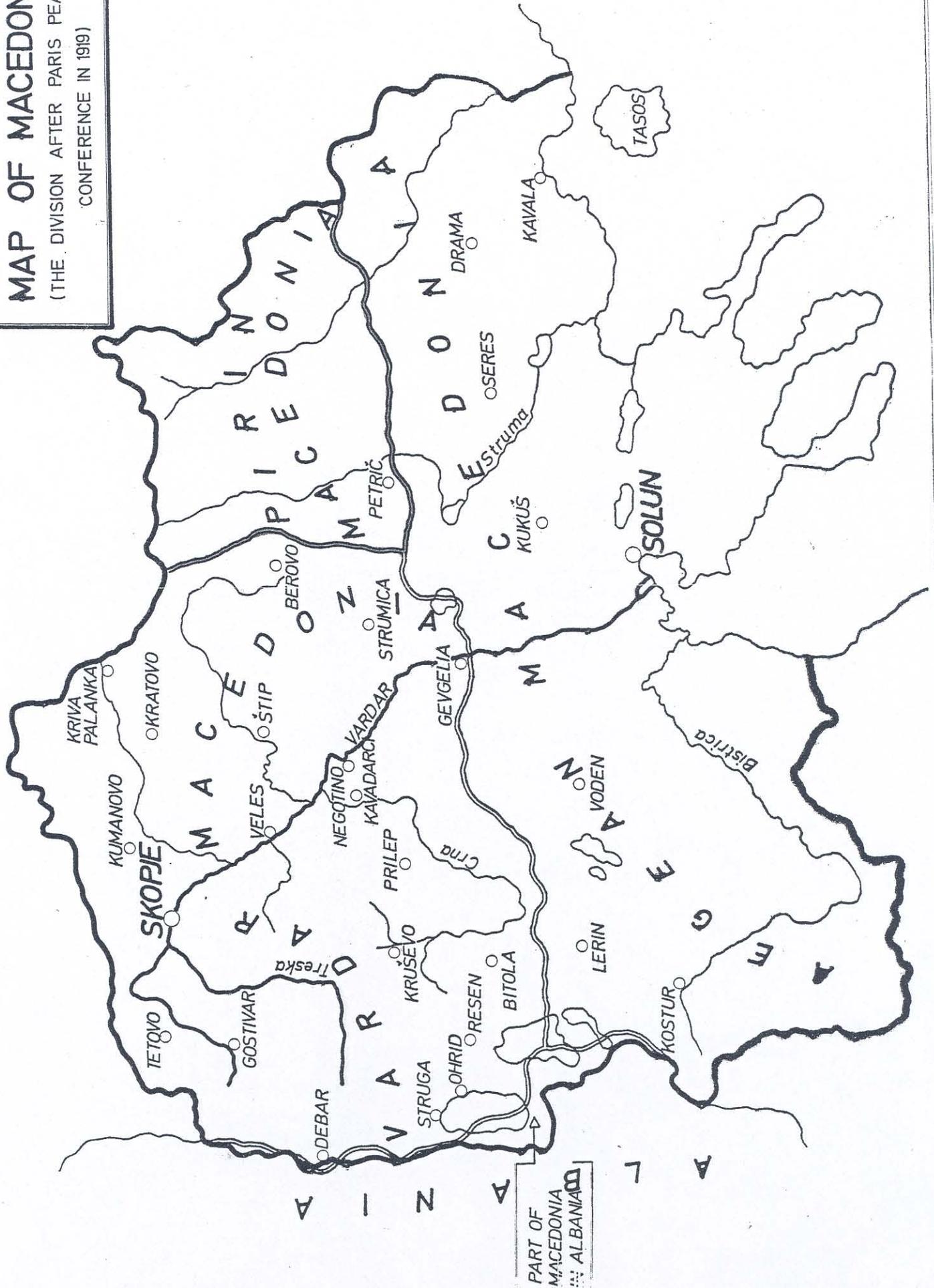
Am 17./18. Okt. 1943 begannen deutsche Luft- und Seesandtruppen mit der Eroberung der von den Alliierten besetzten Inseln. Ende Okt./Anfang Nov. 1943 die alliierten Verbände geschlagen; 900 alliierte und 3000 italienische Soldaten gerieten in Gefangenschaft.

1943 nimmt eine britische Invasionsstreitmacht die Inseln Gost, Sámos (9. Sept.) und Lero ein (16. Sept.); die italienische Garnison verweigert keine Vereinigung mit den Alliierten (10. Sept.).

Karte Nr. 4

aus: Matkovski, Alexandar 1982: A History of the Jews in Macedonia, Skopje

**MAP OF MACEDONIA**  
(THE DIVISION AFTER PARIS PEACE  
CONFERENCE IN 1919)



Karte Nr. 5

aus: Matkovski, Alexandar 1982: A History of the Jews in Macedonia, Skopje

